

## Inhaltsverzeichnis

Beschreibung des Zentrums.....	4
Einleitende Worte von Dr. Reuven Pedatzur .....	5
Einleitende Worte von Dr. Ralf Hexel .....	7
Zusammenfassung Workshop A: Was steht hinter dem Konzept der "Sicherheit" in Israel? .....	8
Bilder von der Konferenz "Gesellschaft und Nationale Sicherheit in Israel" .....	45
Zusammenfassung Workshop B: Nationale Sicherheit und Zivilgesellschaft in Israel .....	49
Gesellschaft und Nationale Sicherheit in Israel Zusammenfassung der Konferenz.....	77
Teilnehmer .....	82

S. Daniel Abraham Center for  
Strategic Dialogue  
Netanya Academic College  
University Street 1  
Kiryat Yitzhak Rabin  
42365 Netanya  
Israel  
Tel: +972-9-860-7400  
Fax: +972-9-860-7401  
E-Mail: [strategic-dialogue@netanya.ac.il](mailto:strategic-dialogue@netanya.ac.il)  
Web: [www.strategicdialoguecenter.org](http://www.strategicdialoguecenter.org)

Die in diesem Band präsentierten Studien wurden durch die großzügige Unterstützung des Israel-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht. Wir danken ihr für die fortgesetzte Kooperation.

November 2009  
©Alle Rechte vorbehalten

Wissenschaftlicher Redakteur:  
Dr. Reuven Pedatzur  
Redaktionelle Bearbeitung:  
Elie Friedman, Esti Ofer

Übersetzung: Maurice Tzorf  
(mit Ausnahme des Beitrags von  
Dr. Ralf Hexel)

Grafikdesign und Druck:  
Merav-Dascalu Publishing Ltd.





## Das S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue

Das 21. Jahrhundert birgt globale Veränderungen, die sowohl Hoffnungen als auch Bedrohungen für den Weltfrieden mit sich bringen. Während wir hier versammelt sind, werden weltweit Dutzende bewaffneter Konflikte ausgetragen, die das Wohlergehen zahlreicher Gesellschaften bedrohen. Die Entschärfung dieser Konflikte ist die dringendste Herausforderung unserer Zeit.

Angesichts der heutigen Sicherheitsprobleme ist ein praktischer Dialog zwischen politischen Führern und nationalen Politikern einerseits und Experten und Akademikern andererseits erforderlich, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die weltweit tätigen Think Tanks, die sich mit theoretischen Ansätzen zur Konfliktlösung auseinandersetzen, stehen vor zwei großen Problemen: Erstens: Wie kann Theorie in praktische politische Ansätze umgesetzt werden? Zweitens: Wie kann der Dialog zwischen Experten und Politikern hergestellt werden? Die größte Herausforderung, der sich die führenden Politiker der Welt heute gegenübersehen, ist die Umsetzung theoretischer Forschung in lösungsorientierte politische Handlungsweisen.

### Die Ziele des Zentrums

Das S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College ist ein aus Wissenschaftlern und führenden Persönlichkeiten aus verschiedenen Gebieten zusammengesetzter Think Tank und Aktionsgruppe. Das Zentrum ist eine im Nahen Osten einzigartige Einrichtung, die sich sowohl akademischen als auch praktischen Bemühungen zu Konfliktlösungen widmet. Die internationale Leitung des Zentrums liegt beim früheren Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschows, und bei Seiner Hoheit Kronprinz Hassan Ibn Talal von Jordanien. Der zurzeit amtierende Vorsitzende des Zentrums ist Dr. Ephraim Sneh, ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister, ehemaliger Verkehrsminister und ehemaliger Gesundheitsminister. Der Vorstand umfasst führende Persönlichkeiten aus Akademie, Politik, dem Geschäfts- und Gemeindeleben aus mehreren Ländern (dieser Einführung ist eine komplette Liste aller Vorstandsmitglieder angehängt).

Das S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue hat eine führende Rolle in der Erstellung bedeutender Positionspapiere und Vorschläge für Konfliktlösungen in der Region und darüber hinaus übernommen. Das Zentrum steht für einen dringend notwendigen Ansatz zu den Problemen weltweiter Konflikte und bietet lösungsorientierte Initiativen auf der Grundlage praktischer Erfahrung und realistischer Ziele. Die vom Center angewandte mehrdimensionale Methode ermöglicht eine Kombination politischer, militärischer, akademischer und wirtschaftlicher Aktionen durch Versendung von Delegationen von ehemaligen Politikern, Gemeindepersönlichkeiten, Sicherheitsexperten, herausragenden Akademikern und bekannten internationalen Geschäftsleuten, die, aus eigenen Erfahrungen und Kenntnissen in ihren jeweiligen Fachbereichen schöpfend, leistungsfähige

Mediationsdienste in regionalen Streitigkeiten anbieten können. Das Zentrum organisiert darüber hinaus Möglichkeiten für Zusammenkünfte von Akademikern und politischen Führern aus der ganzen Welt, wo sie im Rahmen internationaler Konferenzen, Round-Table-Diskussionen und Workshops dringende globale Fragen ansprechen können.

### Internationale Leitung

**Seine Exzellenz Michail Gorbatschow**, ehemaliger Präsident der Sowjetunion

**Seine Hoheit Prinz Hassan Bin Talal** von Jordanien

### Lenkungsausschuss

**Dr. Ephraim Sneh**, Vorsitzender

**Brig.-Gen. (a.D.) Yehuda HaLevy**, Präsident des Lenkungsausschusses

**Trevor Spiro**, Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. David Altman**, Ranghöchster Vizepräsident des Netanya Academic College, Stellvertretender Vorsitzender des Centers

**Dr. Reuven Pedatzur**, Akademischer Direktor

**Brig.-Gen. (a.D.) Baruch Spiegel**, Berater des Vorstands

**Aviva Palter**, Leiterin der Abteilung Internationale Aktivitäten, und Konferenzleiterin

**Botschafter Yitzhak Mayer**, Führender Berater

**Elie Friedman**, Assistent des Direktors

**Esti Ofer**, Koordinatorin

### Ehemalige Vorsitzende des Zentrums

**Ehud Barak**, Verteidigungsminister und Vorsitzender der Arbeitspartei

**Danny Yatom**, ehemaliges Knessetmitglied, ehemaliger Direktor des Mossad

**Dan Meridor**, Stellvertretender Premierminister und Minister für Nachrichtendienste und Atomenergie

Graf Mirabeau sagte vom Preußen des 18. Jahrhunderts, es sei „kein Staat, der eine Armee hat, sondern eine Armee, die einen Staat hat“. Die Workshops, in deren Rahmen die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Militär in Israel untersucht wurden, haben Erkenntnisse und Befunde hervorgebracht, die keinen anderen Schluss zulassen, als dass auch der Staat Israel des 21. Jahrhunderts nicht ein Staat ist, der eine Armee hat, sondern eine Armee (IDF<sup>1</sup>), die einen Staat hat. Wir stellten jedoch fest, dass der Einfluss des Militärs in Israel auf die Gesellschaft noch weit über die Bereiche hinausgeht, die in direktem Bezug zu Verteidigung und Sicherheit im militärischen Sinne stehen.

Der Gedanke, das Verhältnis zwischen dem Verteidigungsapparat und der israelischen Gesellschaft mit Schwerpunkt auf ausgesprochen zivile Bereiche zu untersuchen, führte zu einem Forschungsprogramm, das auf zwei Fachseminaren beruhte, von dem jedes zwei Panels umfasste. Unser Konzept basiert auf der Annahme, dass nationale Sicherheit nicht nur eine Frage von Militär und Krieg ist, sondern auch andere, zivile Bereiche berührt. Diese zivilen Bereiche können von einer Analyse des nationalen Sicherheitskonzeptes des Staates nicht getrennt werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, an die wir uns mit der Bitte um Unterstützung für das Projekt gewandt hatten, ermöglichte uns, das Forschungsprogramm und die Nachfolgekonzferenz zu realisieren. Die begeisterte Reaktion seitens der Stiftung, insbesondere des Leiters ihres Büros in Israel, Dr. Ralf Hexel, und Frau Anita Haviv, für unseren Vorschlag, erwies sich als ansteckend und verlieh uns vom S.-Daniel-Abraham-Zentrum für Strategischen Dialog weiteren Antrieb, unseren Arbeitsplan in die Tat umzusetzen.

Nach Aufstellung einer Liste von Fachleuten aus verschiedenen Bereichen luden wir sie zu den Arbeitsgruppen ein. Während der ersten Sitzung präsentierten die Teilnehmer die Ergebnisse ihrer im Rahmen ihrer akademischen Arbeit oder professionellen Erfahrung erstellten Studien. Als Vorbereitung für das zweite Treffen baten wir sie, Positionspapiere zu ihren Themen zu verfassen. Diese wurden an die anderen Teilnehmer verteilt, so dass diese die Erkenntnisse der jeweils anderen Teilnehmer im Laufe der zweiten Sitzung kommentieren konnten. Das Ergebnis waren faszinierende Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppen. Einige der Einsichten und Befunde wurden im Laufe der Konferenz, die wir im Anschluss

an den Workshops veranstalteten, präsentiert. Dieses Heft enthält die Positionspapiere und Studien der Workshop-Teilnehmer.

Die in diesem Heft enthaltenen Aufsätze analysieren verschiedene Aspekte eines einzigartigen israelischen kulturellen Phänomens. Seit den späten vierziger Jahren hat sich eine Kultur entwickelt, die man als Israels Sicherheitskultur bezeichnen könnte. Die Anhaltspunkte dieser Sicherheitskultur dienen bis heute sowohl Politikern als auch in den meisten Bereichen der israelischen Kultur als praktisch einziger Bezugsrahmen zu Fragen der nationalen Verteidigung; die Verwurzelung dieser Anhaltspunkte erzeugte eine militaristische Kultur (obgleich von den Teilnehmern unterschiedliche Meinungen hinsichtlich der Definition der israelischen Gesellschaft als „militaristisch“ geäußert wurden).

Wir haben festgestellt, dass der Sicherheitsapparat innerhalb dieser einzigartigen israelischen Kultur nicht nur alle Bereiche des zivilen Lebens der israelischen Gesellschaft beeinflusst, sondern darüber hinaus eine Schlüsselfunktion bei der Bestimmung des Wesens zahlreicher anderer Bereiche einnimmt, wie beispielsweise Bildung, Bodenressourcen, Kommunikation, Versorgung der peripheren Regionen des Landes und die Integration von Frauen in Entscheidungsprozessen. Der militärische Apparat ist nicht nur der einzige Maßstab für die Gestaltung der nationalen Verteidigungspolitik, er bestimmt auch die Aktivitäten und Pflichten des größten Teils der israelischen Bevölkerung in Tätigkeitsbereichen, die auf dem ersten Blick nichts mit Sicherheit zu tun haben.

Dies hat unter anderem zu einer Zunahme des Gewichtes der IDF bei der Gestaltung der Politik und der Ausformung von Verhaltensnormen und Werten in der israelischen Gesellschaft geführt. Ein beitragender Faktor sei die Tatsache, dass, so Kobi Michael, „der Planungsstab der IDF der einzige Ort ist, an dem Forschung zur nationalen Sicherheit betrieben wird“.

Israel ist zu einer militaristischen Gesellschaft geworden, ohne dass das Militär dazu die Regierung an sich gerissen hätte. Der Militarismus ist eine Schlüsselkomponente in der Politik der Führungsriege in Israel geworden. Dabei handelt es sich, wie Uri Ben Eliezer feststellte, um einen parteienübergreifenden Militarismus, der die Grenzen zwischen Rechts und Links, religiösen und säkularen, orientalischen und ashkenasischen Juden, Neueinwanderern und Alteingesessenen sprengt. Es ist ein Militarismus, der den Kontrolleuren und Kontrollierten gleichermaßen eigen ist.

Den Entscheidungsträgern in Jerusalem sei diese

<sup>1</sup> Anm. d. Üb.: Kürzel für Israel Defense Forces, Israelische Verteidigungsarmee, hebräisch Tshal



Publikation ans Herz gelegt. Sie sollten es lesen und seine Botschaft verinnerlichen. Israel wird im Grunde durch die IDF kontrolliert und die gewählten Volksvertreter segnen oft die Entscheidungen des Generalstabs und der obersten Kommandoebene lediglich ab. Die aus dem Zweiten Libanonkrieg und der Operation „Gegossenes Blei“ gewonnenen Erfahrungen sollten ausreichen, um sie davon zu überzeugen, dass die Zeit gekommen ist, das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Militär und den gewählten Politikern zu verschieben. In den letzten Jahren wird die israelische Gesellschaft von einer militaristischen Atmosphäre vereinnahmt, die die

Grundwerte der Demokratie des Landes zunehmend unterminiert. Es ist an der Zeit, diese Gleichung umzustellen und zu erklären, dass unser Staat, wie jeder andere geordnete demokratische Staat, ein Staat sein muss, der eine Armee hat, nicht eine Armee, die einen Staat hat.

Zum Abschluss möchte ich erneut der Friedrich-Ebert-Stiftung danken, ohne die dieses Projekt nicht umgesetzt worden wäre; Esti Ofer und Elie Friedman, den Mitgliedern des Centers, deren Engagement bei der Vorbereitung der Workshops unter Konferenz unersetzlich war.

**Dr. Reuven Pedatzur**

Akademischer Direktor

S.-Daniel-Abraham-Zentrum für Strategischen Dialog  
Netanya Academic College

In wohl keinem anderen Staat der Welt spielt die Frage der nationalen Sicherheit in der Innen- wie in der Außenpolitik eine derart gewichtige Rolle wie in Israel. Den geschichtlichen Hintergrund und zugleich den Schlüssel für das Verständnis der zentralen Bedeutung dieses Themas in Politik und Gesellschaft Israels bilden die Geschichte der jüdischen Diaspora, der Mord an sechs Millionen Juden in der Shoah und die Tatsache, dass die Existenz des Staates Israel von seinen Nachbarn in der Region immer wieder bedroht wurde und wird. In der Gegenwart ist es besonders der Iran, dessen Präsident kaum eine Gelegenheit auslässt, öffentlich die Vernichtung Israels zu fordern und gleichzeitig das Nuklearprogramm seines Landes vorantreibt.

Vor diesem Hintergrund stellten sich das Büro Israel der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und das S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College die Frage, wie in Israel das Verhältnis zwischen Gesellschaft und nationaler Sicherheitsdoktrin aussieht. Welche Akteure, Kriterien und Ziele bestimmen den Begriff von Sicherheit in Israel? Wie ist das Zusammenwirken von Politik und Militär bei der Umsetzung der nationalen Sicherheitsdoktrin? Ist der Sicherheitsbegriff rein militärisch definiert, oder werden auch Fragen von Bildung, sozialer Sicherheit oder Gender berücksichtigt? Welche Rolle und Bedeutung kommt den Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu?

Auf der internationalen Ebene gibt es zu diesen Fragen eine intensive Debatte, an der sich auch die FES mit ihrem weltweiten Netzwerk von Projekten beteiligt. Seit den terroristischen Angriffen auf New York und Washington am 11. September 2001 dominiert das Thema Sicherheit die internationale Agenda. Es wurden neue sicherheitspolitische Ansätze entwickelt, da man den neuen Herausforderungen (Terrorismus, Warlords, Staatszerfall etc.) mit den traditionellen Sicherheitskonzepten nicht mehr begegnen konnte. Charakteristisch für die meisten der neuen Konzepte ist, dass sie nicht mehr einseitig auf militärische Mittel setzen, sondern einen erweiterten Sicherheitsbegriff zum Inhalt haben.

Die vorliegende Publikation dokumentiert den Versuch, Antworten auf die oben formulierten Fragen

zu finden. Das gemeinsame Projekt der FES und des S. Daniel Abraham Center bestand aus zwei Etappen. Als erster Schritt wurden zwei Diskussionsgruppen von Experten und Wissenschaftlern gebildet, die in den Monaten Mai und Juni 2009 in getrennten Workshops einmal aus einer zivilen (Bildung, Kultur, Gender, Wohlfahrt etc.) und aus einer militärischen Perspektive die israelische Sicherheitsdoktrin analysierten und debattierten. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse dieser Workshops am 2. September 2009 in Netanya auf der Konferenz "Gesellschaft und nationale Sicherheit in Israel" vorgestellt und vor ca. 200 Teilnehmern mit Wissenschaftlern, Repräsentanten des Sicherheitsestablishments, Vertretern der Zivilgesellschaft und Journalisten debattiert.

Die FES ist eine deutsche Organisation, die sich den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet fühlt. Zugleich ist es ein Prinzip unserer Arbeit, kontroverse Diskussionen und offene Debatten zu fördern und verschiedene politische Positionen zu Wort kommen zu lassen. Durch die Auswahl der Diskussionsteilnehmer ist es Dr. Reuven Pedatzur gelungen, einen wirklich pluralistischen und interdisziplinären "Think Tank" zusammenzustellen. Sowohl in den Workshops als auch auf der Konferenz wurde offen und kontrovers debattiert, unterschiedliche politische Positionen wurden deutlich sichtbar. Die fruchtbaren Diskussionen haben gezeigt, dass es zu diesem Thema einen erheblichen Gesprächsbedarf gibt, um zu neuen Ansätzen bei der Formulierung und Implementierung der israelischen Sicherheitsdoktrin zu kommen. Und es wurde deutlich, dass zivile Akteure hierzu einen ganz wesentlichen Beitrag leisten können und wollen.

Im Namen der FES möchte ich den an dieser Publikation beteiligten Wissenschaftlern und Experten für ihre exzellente Arbeit und ihr großes Engagement danken. Dieses Engagement umfasste nicht nur die Erstellung der Analysen sondern auch die offene und fruchtbare Diskussion in den Workshops sowie auf der Konferenz. Besonders möchte ich Dr. Reuven Pedatzur, Eli Friedman, Esti Ofer und dem Team des Netanya Academic College danken, ohne deren Beitrag das Projekt und diese Publikation nicht möglich gewesen wären.

**Dr. Ralf Hexel**

Direktor Büro Israel, Friedrich-Ebert-Stiftung



## Workshop A: Was steckt in Israel hinter dem Begriff "Sicherheit"?

Die Teilnehmer am ersten Workshop wurden aufgefordert, auf fünf Fragen Bezug zu nehmen:

1. Wie fasst die israelische Gesellschaft Ihrer Ansicht nach den Begriff der Sicherheit auf?
2. Welchen Sicherheitsbedrohungen ist Israel ausgesetzt; setzt der militärische Apparat diese Bedrohungen manipulativ zur Erlangung seiner Ziele ein?
3. Inwieweit unterliegt der Sicherheitsapparat der Kontrolle des zivilen Staatsapparates?
4. Kann die israelische Gesellschaft als "militaristisch" bezeichnet werden?
5. Ist die israelische Demokratie gefährdet?

### 1. Wie fasst die israelische Gesellschaft Ihrer Ansicht nach den Begriff der Sicherheit auf?

**Kobi Michael** beschloss, seinen Beitrag mit den ersten beiden Fragen zu verknüpfen und verlieh seiner Analyse den Titel: **Nationale Sicherheit und Erfassung von Bedrohungen**

Der Zweck der nationalen Führung, wie auch ihre größte Verantwortung, ist die Gewährleistung der nationalen Sicherheit, die als Verteidigung der Existenz und der vitalen Interessen der Nation definiert ist (Tal, 1996)<sup>2</sup>. Der existenziellen Bedrohung eines Staates und einer Nation kommt zugleich eine physische und politische Bedeutung zu. Während die Bedrohung der Sicherheit des Staates eine Bedrohung des Wohls seiner Bürger, der Unversehrtheit des Staates und seiner Souveränität darstellt, richtet sich die Bedrohung der Nation gegen deren nationale Identität und gegen ihre Existenzberechtigung als nationale Entität.

Nationale Sicherheit "ist zweifelsohne ein ausgesprochen soziales Problem" (Kimmerling, 2001, 270) und wird als solches zu einem Begriff, der ein breites Spektrum an Bedrohungen und Herausforderungen umfasst, wovon die militärische Bedrohung nur eine darstellt. Unterschiedliche staatliche Organe befassen sich mit unterschiedlichen Bedrohungen. Wird einer einzelnen dieser Bedrohungen der nationalen Sicherheit – sei es, dass diese Bedrohung objektiv existiert oder

lediglich als solche wahrgenommen wird – besonderes und herausragendes Gewicht beigemessen, kann davon ausgegangen werden, dass dem für die Bekämpfung einer solchen Bedrohung verantwortlichen Organ bei der Gestaltung des nationalen Sicherheitsverständnisses ein größerer Einfluss zufällt.

Nationale Sicherheit ist ein sozial unterlegter Begriff und kann insofern nicht von Ideologien und sozialen Merkmalen getrennt werden. Daher enthalten "Doktrinen der nationalen Sicherheit oft Regeln und Gewohnheiten, die den realen Interessen und Zielen der nationalen Sicherheit völlig zuwiderlaufen" (Kimmerling, 2001, 272). Tatsächlich betrachten die Gestalter der Politik das strategische Umfeld durch ihre eigene politisch-ideologische Brille, die bestimmt, wie sie den Anderen wahrnehmen und Bedrohungen interpretieren.

Ein Beispiel für dieses problematische Verhalten findet sich in den Vereinigten Staaten, wo die Gestalter der Politik von ihrer demokratischen Ideologie beeinflusst waren, indem sie demokratische Staaten als Freunde betrachteten und Feinde als nicht demokratische Staaten definierten (Oren, 1995). Daher ist das Verständnis von der Art und Weise, in der sich eine politische Ideologie ausbildet, sowie von dem konzeptuellen Rahmen, aus dem sie schöpft, unerlässlich zur Beantwortung der Frage, wer eigentlich das Wesen des strategischen Umfeldes und der Bedrohungen für die nationale Sicherheit auszulegen und die Antwort auf diese Bedrohungen und Herausforderungen festzulegen hat.

Im Grunde umfasst das nationale Sicherheitskonzept die Kategorisierung von Bedrohungen und die Ausarbeitung von angemessenen Antworten. Doch zeigt sich besonders im israelischen Kontext häufig eine Tendenz zum Verwischen der Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten von Bedrohungen. Sicherheitsbedrohungen werden als strategische Bedrohungen betrachtet und diese wiederum als existenzielle Bedrohungen. Da der Begriff der Sicherheit im israelischen Kontext in der Regel mit militärischer Sicherheit gleichgestellt wird, führt eine strategische Bedrohung praktisch immer zu einer Auslegung im militärischen Kontext, die ihre Logik aus dem militärischen Denken bezieht. Die Differenzierung zwischen unterschiedlichen Arten der Bedrohung ist im Allgemeinen überaus wichtig und im Falle Israels aufgrund seiner besonderen Umstände um so mehr, weil existenzielle Bedrohungen die Anwendung extremer Mittel legitimieren, die ihrerseits zu einer Eskalation und Verschärfung der Bedrohungen führen kann.

Unter Bezugnahme auf den israelischen Kontext

<sup>2</sup> Kobi Michaels Quellenverzeichnis erscheint am Ende dieses Dokuments



versteht sich eine existenzielle Bedrohung als **Tendenz, Prozess oder Entwicklung, die die Existenz des Staates Israel als nationale Heimstatt des jüdischen Volkes in maßgeblicher Weise gefährdet**. Eine Analyse seiner geo-strategischen Realität legt drei Hauptkategorien existenzieller Bedrohungen für den Staat Israel offen:

1. Die erste Kategorie ist im Wesentlichen demographischer Natur. Hier geht es um den Verlust der jüdischen Bevölkerungsmehrheit im israelischen Staatsgebiet;
2. Die zweite Kategorie ist im Wesentlichen politischer/internationaler Natur. Hier geht es um den Verlust der internationalen Legitimation für das Existenzrecht des Staates Israel als Staat des jüdischen Volkes;
3. Die dritte Kategorie bezieht sich im Wesentlichen auf die Sicherheit und umfasst die vielfältigen militärischen Bedrohungen, angefangen von der nicht-konventionellen, am Beispiel der iranischen nuklearen Bedrohung, bis hin zu sub-konventionellen Bedrohungen, am Beispiel von Terroranschlägen.

Die Kategorien 1. und 2. werden, obgleich sie sehr ernst sind, im Stimmungsbild der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Israel als weniger bedrohlich wahrgenommen. Die 3. Kategorie hingegen wird als überaus real wahrgenommen, wobei die Mehrheit der Bevölkerung in Israel die Armee als das zuständige und professionell am besten geeignete Organ zur Ausarbeitung einer Antwort mit militärischen Mitteln versteht. Die Spürbarkeit und Ernsthaftigkeit dieser Kategorie hat sich in den letzten Jahren mit der Eskalation der Sicherheitslage und dem Stillstand im israelisch-palästinensische Konflikt, den Folgen des Zweiten Libanonkrieges und der Wiedererstarkung der Hisbollah noch weiter verschärft. Hinzu kommen die Spannungen an der Nordgrenze mit Syrien und die beschleunigte nukleare Entwicklung des Irans.

Historisch betrachtet führt die Sonderstellung des Militärs in Israel zu einer Unterordnung des politischen Regierungsapparates gegenüber dem militärischen Apparat. Dies geht so weit, dass die Fähigkeit des politischen Apparates, Entscheidungen durchzusetzen, die in vollkommenem Widerspruch zur Meinung des Militärs stehen, infrage gestellt ist. "Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen führenden Vertretern der verschiedenen Organe behält der Generalstabschef weiterhin die Oberhand über alle anderen – Chef des Auslandsgeheimdienstes (Mossad), Chef des Inlandsgeheimdienstes (Shabak), sogar Verteidigungsminister und Premierminister – weil niemand es wagt, Entscheidungen zu treffen, die seinem

Standpunkt zuwiderlaufen" (Amir Oren, Haaretz<sup>3</sup>, 24.1.2008). Tatsächlich wurde der militärische Apparat in Israel im Laufe der Jahre zu der Autorität schlechthin, die am besten weiß, wie Sicherheitsbedrohungen zu definieren sind und welche Mittel zu ihrer Begegnung zu entwickeln und anzuwenden sind. Die israelische Realität ist in einem Zustand erstarrt, in dem die "zuständigen Experten zur Verwaltung der Gewaltmittel" zumeist leitende Persönlichkeiten aus dem militärischen Apparat sind, "sei es aktiv oder als Reservisten" (Kimmerling, 2001, 271). Tatsächlich hat sich der Status des Militärs als "epistemische Autorität" (epistemisch ist etwas, das sich auf die Bedeutung und Gültigkeit von Erkenntnis und Wissen bezieht, erkenntnistheoretisch) die Abhängigkeit der politischen Ebene vom Militär und von der von ihm entwickelten Wissensbasis verstärkt (Michael, 2007b) und zur Bildung eines politischen Militarismus im Sinne des Einsatzes von militärischer Macht zur Lösung politischer Probleme entwickelt.

Obwohl dies der Status quo in Israel zu sein scheint, bleibt zu berücksichtigen, dass Kriege und mit Gewalt ausgetragene Konflikte komplexe Vorgänge sind, deren militärischer Aspekt nur einer von vielen ist. Im Grunde handelt es sich um komplexe Vorgänge, die ein umfassendes Verständnis der Sozialwissenschaften erfordern, und "bei unserem Versuch zu verstehen, warum Konflikte und Bedrohungen entstehen, müssen wir zu den Ursprüngen zurückgehen und menschliches Verhalten verstehen lernen" (Last, 2008). Daraus folgt, dass die Beschäftigung mit der Definition von Bedrohungen eine intellektuelle Herausforderung darstellt, die ein tief gehendes Verständnis des Wesens von Konflikten und von der menschlichen Natur erfordert. Daher muss sie sich auf eine entwickelte Wissensbasis berufen und kann sich nicht in die Grenzen militärischen Denkens zurückziehen.

Das Primat der nationalen Zielsetzung ist gesichert, wenn die Staatsführung ihre nationale Strategie als Grundstrategie definiert, von der die Sicherheitsstrategie abgeleitet wird, auf deren Grundlage wiederum eine militärische Strategie entwickelt wird.

Die Art der Ausformung von Strategien beeinflusst zwangsläufig die Art und Weise, in der Bedrohungen und Gelegenheiten definiert werden. Insofern darf angenommen werden, dass an dem Punkt oder in dem Zusammenhang, in dem die militärische Strategie zur hegemonialen Strategie wird, Bedrohungen und Gelegenheiten – aufgrund der Besonderheit des militärischen Denkens<sup>4</sup> zumeist mehr Bedrohungen

<sup>3</sup> Anm. d. Üb.: Liberale Tageszeitung

<sup>4</sup> Über die Merkmale militärischen Denkens, sein Konservatismus und seine Beschränkungen, siehe ausführlich:



als Gelegenheiten – auf der Grundlage eines aus der militärischen Gedankenwelt entnommenen Begriffssystems definiert werden und damit auch die Art der Erwidernung darauf. Die Tagesordnung bei der Gestaltung von Strategien ist eine Folge der Begegnung zwischen der politischen und militärischen Entscheidungsebene, die unter anderem auch von der Rolle des Militärs als sozialem und politischem Spieler in der Gesellschaft beeinflusst wird.

Die Begegnung zwischen diesen Ebenen kann im Grunde als Begegnung zwischen konkurrierenden Strategien bezeichnet werden. Daher ist diese Begegnung vom Wesen her eine intellektuelle, in deren Rahmen die politische Ebene die reale zivile Kontrolle als Mechanismus heranziehen muss, um zu garantieren, dass das politische Denken die Oberhand über das militärische Denken behält. Solange das Primat des politischen Denkens nicht gesichert ist, bildet das militärische Denken die Grundlage des Verhältnisses zum strategischen Umfeld, und der entscheidende Einfluss des Militärs auf die Definition des Wesens der Bedrohungen bleibt erhalten. Die durch fehlende nationale und Sicherheitsstrategien geschlagene Lücke wird von der militärischen Strategie gefüllt, die wiederum aus dem militärischen Denken und dem Erraten der Absichten der politischen Ebene durch Offiziere ausgeformt wird (Michael 2007b; Michael 2007c).

Die Realität einer mit den Merkmalen eines unlösbaren und langwierigen Konfliktes (intractable and protracted conflict)<sup>5</sup> behafteten Konfrontation, in der sich Israel befindet, verschärft noch die Dimension der Asymmetrie in der Begegnung zwischen den politischen und militärischen Ebenen. Diese zu Gunsten der militärischen Ebene ausfallende Asymmetrie ist eine Folge des schwachen politischen Denkens gegenüber dem militärischen Denken und sie bestimmt die Entwicklung und Gestaltung des Verständnisses der nationalen Sicherheit. In der

Realität des Zeitalters der Demokratisierung des Krieges (Levi, 2008), die sich durch hohe Sensibilität des politischen Apparates für offene kritische Stimmen und der sinkenden Bereitschaft zu "physischen Opfern" auszeichnet, ist die politische Ebene gezwungen, die Entscheidungsprozesse in Bezug auf die Erwidernung auf das, was als Bedrohung oder schwere Provokation (beispielsweise die Ereignisse die zum Ausbruch des Zweiten Libanonkrieges geführt haben) betrachtet wird, zu beschleunigen. Bei beschleunigten Prozessen dieser Art zur Entscheidungsfindung wächst die Wichtigkeit des Wissens. Daher ist unter Bedingungen der Asymmetrie, die Ausdruck einer Schwäche des politischen Denkens und der Wissensbasis gegenüber den militärischen ist, vom wachsenden Einfluss des militärischen Flügels auf die Entscheidungsprozesse auszugehen, und zwar in der Regel in einer Richtung, in der Bedrohungen oder Provokationen als militärischer eingeordnet werden, die eine militärische Erwidernung erfordern. Diese Tendenz hat maßgebliche Konsequenzen insbesondere in einem Zeitalter der Veränderungen des Kriegsschauplatzes, wo die Grenzen zwischen den militärischen und den politischen Schauplatzen verschwimmen und durchlässig werden.

Der Kriegsschauplatz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend gewandelt. Die meisten kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre nehmen die Gestalt asymmetrischer Konflikte zumeist zwischen Staaten mit organisierten Armeen einerseits und sub-staatlichen Elementen in Form von Terror- und Guerillaorganisationen andererseits an. Frank Hoffmann hat die modernen Kriege als Hybridkriege bezeichnet, die sich durch eine Mischung zahlreicher Elemente verschiedener Arten von Krieg auszeichnen (Hoffmann, 2007). Diese Kriege heben umso mehr die der Begegnung zwischen abstrakter politisch-strategischer Logik und der physischen Aktion der kämpfenden Truppen innewohnenden Spannung hervor, eine Begegnung, die sowieso "...der immer wiederkehrende Fehler der meisten Armeen der Welt in den vergangenen 200 Jahren" war (Tamari, 2007, 33). Die bedeutende Herausforderung für Politiker und militärische Führer in unserem Zeitalter ist somit die Umsetzung dieser Transformation der Logik und der abstrakten politischen Ideen in physische Handlungen der kämpfenden Truppen in einer Weise, die jener abstrakten politischen Logik dient.

Das militärische Denken im Zeitalter der RMA (Revolution in Military Affairs) stützt sich auf die Bedeutung zielgenauen Feuers und der technologischen Anstrengungen, die gemacht werden müssen, um Ziele zu orten (einschließlich menschlicher Ziele zwecks präziser Ausschaltung) und die Wirkung

Yehoshafat Harkabi, **Krieg und Strategie**, Tel Aviv, Ma'arachot, 4. Auflage, 1994. (Nur in Hebr.)

Norman Dixon, **Die Psychologie der Tollpatschigkeit in der Armee**, Tel Aviv, Ma'arachot, 1979 (Nur in Hebr.)

Samuel, P. Huntington. **The Soldier and the State — The Theory and Politics of Civil-Military Relations**, Cambridge, Massachusetts, The Belknap Press of Harvard University Press, 1957; Kobi Michael. "The Israel Defense Forces as an Epistemic Authority: An Intellectual Challenge in the Reality of the Israeli - Palestinian Conflict," **Journal of Strategic Studies**, Heft 30, Nr. 3, 2007, Seiten. 421 - 46

5 Ausführlich zum Wesen von unlösbaren und langwierigen Konflikten, siehe: Nadim Rouhana & Daniel Bar-Tal, "Psychological dynamics of Intractable Ethnonational Conflicts: The Israeli-Palestinian Case", **American Psychologist**, Heft. 53, 1998, Seiten 761-770; Louis Kriesberg, "The Development of the Conflict Resolution Field", in I. William Zartman and J. Lewis Rasmussen, **Peacemaking in International Conflict**, Washington DC, U.S. Institute of Peace Press, 1997.



der zu deren Vernichtung eingesetzten zielgenauen Feuerkraft zu erhöhen. Eine Erhöhung der Wirkung lässt sich unter anderem mittels einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teilen der Truppe sowie mit den Informationsdiensten erreichen. Doch gleichen die Informationen, von der in diesem Zusammenhang die Rede ist, nicht unbedingt den Informationen, die erforderlich sind, um ein Verständnis von den grundlegenden Ursachen zur Entstehung von Problemen der Sicherheit zu gewinnen, die aus Konflikten entstehen und ihren Ausdruck in Bedrohungen finden. Ein tiefreichendes Verständnis von Konflikten und Gewalt und einer auf Wissen fundierten Konzeptualisierung von Sicherheitsproblemen erfordert ein tief greifendes Verständnis vom Verhalten von Menschen (Last, 2008), Völkern und Staaten. Ein solches Verständnis stützt sich auf fundierte Kenntnisse der Sozialwissenschaften und nicht nur, oder nicht zwangsläufig, auf Technologie oder militärische Doktrinen.

Hätte eine andersartige Erfassung der Bedrohung zu anderen Reaktionsmustern führen können? Vermutlich ja. Doch die reaktive Handlung Israels beispielsweise gegenüber dem Gaza-Streifen bezieht ihre Logik aus dem militärischen Denken und spiegelt den militaristischen Ansatz wieder, wonach der Einsatz von Gewalt ein angemessenes Mittel zur Lösung politischer Probleme ist. Der politische Ansatz entbehrt fast völlig eines Diskurses über die Möglichkeiten anderer politischer Vorgehensweisen, wie beispielsweise Verhandlungen mit der Hamas, sei es direkt oder indirekt. Diese Aussage stellt kein Werturteil zum Vorgehen an sich dar und auch keine Voraussage über die Umsetzbarkeit oder Erfolgchancen von Verhandlungen. Sie beschreibt lediglich die Wahrnehmung einer existierenden Realität von Handlungsweisen, die sich von dieser Wahrnehmung ableiten.

Ein weiteres Beispiel zeigt sich in der israelischen Absperrungspolitik gegenüber dem Gazastreifen, der die Palästinenser letztlich dazu veranlasst hat, die Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten niederzurennen. Der Grenzdurchbruch wurde zu einem beeindruckenden Erfolg der Hamas, im Bewusstsein der Menschen wie auch politisch, und stärkte in hohem Maße die Position der Hamas bei der lokalen Bevölkerung. Die Idee der Bewusstseinsbildung, die gleichfalls zum Gedankenkonstrukt der RMA zählt, hat zu dem Gedanken geführt, dass man durch Ausübung von Druck auf die lokale Bevölkerung deren kritische Einstellung gegenüber der Hamasregierung verstärken könnte, was wiederum zu einer Änderung in der Politik der Hamas führen würde. Doch es scheint, als wäre diese Logik grundsätzlich widerlegt worden. Israel

entschloss sich für dieses Handlungsmuster, obwohl sich ein ähnliches Gedankenkonstrukt bereits bei den Operationen "Din Veheshbon" ("Abrechnung") im Jahr 1993 und "Invey Za'am" ("Früchte des Zorns") im Jahre 1996 im Libanon als auch im Laufe des Zweiten Libanonkrieges als falsch erwiesen hatte. Es scheint, als folge die Rückkehr zu den Quellen in diesem Zusammenhang aus einem Gedanken heraus, der seine Logik aus dem militaristischen Denken bezieht, das für das Prinzip der Gewaltanwendung zur Lösung eines politischen Problems steht. Beide Beispiele zeigen den Einfluss der militärischen Erfassung auf die Interpretation des Konfliktumfeldes und auf die Gestaltung der Politik, und heben die fehlende Bezugnahme auf sozialwirtschaftliche und religiös-politische Dimensionen, die das Handlungsmuster des Gegners bestimmen, hervor.

## **Der Geheimdienst und sein Einfluss auf die Art der Erfassung von Bedrohungen**

Diese beiden Beispiele belegen auch die Schwäche der politischen und strategischen Denkweise, sowie die inhärente Schwäche des militärischen Nachrichtendienstes als Folge der mangelnden Inanspruchnahme breiten ergänzenden und alternativen Wissens aus dem Bereich der Sozialwissenschaften. Die Relevanz nachrichtendienstlicher Informationen ist im Zeitraum der asymmetrischen Konflikte erheblich signifikanter als jene der militärischen Ziele, oder der Verteidigung militärischer Kommandos vor allerlei Bedrohungen. Die hauptsächliche Relevanz nachrichtendienstlicher Informationen folgt daraus, dass sie gebraucht werden, um eine Grundstrategie und ein Verständnis der Art der Bedrohungen zu entwickeln, während diese gleichzeitig analysiert und in den Kontext ihres Handlungsumfeldes gesetzt werden. Strategische Informationen, also jene, die von den Gestaltern der Politik benötigt werden, können ausdrücklich als kulturelle Intelligenz (cultural intelligence)<sup>6</sup> identifiziert oder definiert werden, die sich auf ein tiefes Verständnis sämtlicher Aspekte des gegnerischen Lebensraums stützt. Dieses Verständnis kann sich ohne eine breite sozialwissenschaftliche Wissensbasis nicht entwickeln (Michael, 2007d; Last 2008). Ohne ein tiefgreifendes Verständnis der Zusammenhänge wächst das Risiko einer verzerrten Wahrnehmung infolge

<sup>6</sup> Für ausführliche Informationen zum Wesen der kulturellen Intelligenz siehe: Kobi Michael. "Doing the Right Thing the Right WAY; The Challenges of Military Mission Effectiveness in Peace Support Operations in a 'War Amongst the People' Theater", in Cees, M. Coops und Szvircev Tibor Tresch (Hrsg.) **Cultural Challenges in Military Operations**, Rome, NATO Defense College, Forschungsabteilung, 2007, Seiten 254-263; Kobi Michael und David Kellen. "Cultural Intelligence for Peace Support Operations in the New Era of Warfare", in Kobi Michael, David Kellen und Eyal Ben-Ari (Hrsg.) **The Transformations of the World of War and Peace Support Operations**, Praeger Security International (PSI), (erscheint in Kürze).



der Annahme eines Worst-Case-Szenariums. Unter solchen Umständen wächst die Wahrscheinlichkeit einer Intensivierung von Sicherheitsproblemen und Bedrohungen und deren relativ leichtfertige Definition als existenzielle Bedrohungen.

In Israel liegt die Verantwortung für die nationale nachrichtendienstliche Einschätzung bei der nachrichtendienstlichen Abteilung der IDF. Dabei entsteht eine Tendenz, das militärische Element der nachrichtendienstlichen Einschätzung strenger und genauer unter die Lupe zu nehmen. Dem militärischen Nachrichtendienst mangelt es an jeglichem kulturellen Einblick und es fehlt ihm die Wissensbasis der Sozialwissenschaften im weiteren Kontext, die sich als relevant und sogar essenziell zur Einschätzung der nationalen Situation und zur Definition der Merkmale der verschiedenen Bedrohungen herausstellen könnte. Da es "in Israel kein Sicherheitsverständnis gibt, das als regelndes Begriffssystem für Politiker und Soldaten erhalten kann, und die Regierungen Israels in Bezug auf zu erwartende Krisen und Angelegenheiten der Sicherheit kein relevantes Wissen entwickelt" (Tamari, 2007, 30-31), werden der israelisch-palästinensische Konflikt sowie andere Bedrohungen im Rahmen einer nicht auf dem neuesten Stand befindlichen und nicht ausreichend entwickelten und fortgeschrittenen Sicherheitspolitik analysiert, zumeist losgelöst von breiteren Zusammenhängen der Weltsicherheit. Israel neigt dazu, sich nicht auf die internationale Gemeinschaft zu verlassen und tendiert dazu, zahlreiche Bedrohungen übertrieben bis hin zu existenziell bedrohlich wahrzunehmen, wodurch die Auseinandersetzung mit ihnen komplizierter und komplexer wird. Diese Wahrnehmung, ein Ergebnis militärischen Denkens, erhält zwangsläufig Einfluss auf die Analyse von Sicherheitsfragen aus dem ausschließlich sicherheitsorientierten Ansatz heraus (securitization).

**Gabi Sheffer definierte, was er als "aktuelles Sicherheitsverständnis in Israel" begreift:**

Seinen Worten zufolge wird der Begriff der "Sicherheit" seit Beginn des Yishuv<sup>7</sup> in Eretz Israel<sup>8</sup> bis heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, vor allem als die dringende Notwendigkeit definiert, die physische Existenz des jüdischen Yishuv und, später, der Bürger Israels zu sichern. Seit der Zeit vor der Staatsgründung bis heute bestanden und bestehen in der Regel zunehmende Befürchtungen vor allem in Bezug auf die physische Sicherheit der Individuen,

ihrer Familienmitglieder und der Gruppen, zu denen sie gehören und die sie unterstützen. Niemals fielen besonders schwerwiegende Befürchtungen in Bezug auf die kulturelle, soziale und politische Existenz der jüdischen Gemeinschaft in Eretz Israel und später in Israel ins Gewicht. Die hauptsächlichen Gründe für die Hervorhebung der individuellen Sicherheit und der Sicherheit der den Menschen Nahestehenden und nicht des Schicksals des Yishuv und des Staates, waren:

- A. Der tiefe Glaube an die absolute Überlegenheit des Yishuv und des Staates Israel im Sicherheitsbereich über die palästinensischen Nachbarn sowie über die benachbarten arabischen Staaten.
- B. Mangelndes Augenmerk der jüdischen Bevölkerung im Yishuv und in Israel auf die zahlreichen Auswirkungen und Einflüsse, die mit der Tatsache einhergehen, dass die Aufrechterhaltung der physischen Sicherheit in die Hände der Mitglieder des israelischen "Sicherheitsnetzes" (mit dessen Merkmalen und Bedeutungen ich mich später beschäftigen werde) gelegt worden ist, während diesem Netzwerk sehr mit der Betonung von als existenziell empfundenen Bedrohungen des Yishuv und des Staates gedient ist.

Die "reine" Sorge um die physische Sicherheit der Individuen und der ihnen Nahestehenden intensivierte sich noch infolge von Angriffen seitens der Palästinenser und arabischer Staaten gegen das Yishuv und gegen Israel, sowie durch antijüdische Vorfälle auf der ganzen Welt. Beispiele sind die Vertreibung eines Teils der Juden aus Eretz Israel durch die türkischen Behörden (während des Ersten Weltkriegs), der Pogrome zur Zeit des Yishuv (zu Beginn und gegen Ende der 20er Jahre), der "Arabische Aufstand" (ab Mitte der 30er Jahre bis kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs), die Invasion der Armeen der arabischen Staaten nach Eretz Israel, Aktionen seitens der Palästinenser während des Krieges von 1948, die Aktionen der Fedayyun (Ende der 40er Jahre und Anfang der 50er Jahre), der Krieg von 1973, die palästinensischen Aufstände (Intifada), die Aktionen der Hisbollah und der Hamas, und neuerdings die große Befürchtung vor dem iranischen Nuklearprojekt. Doch gibt es, wie gesagt, in all diesen Perioden keinerlei Hinweis auf Befürchtungen der Mehrheit hinsichtlich des kulturellen, sozialen und politischen Überlebens Israels.

Zwar gab es hier und da in der jüdischen Bevölkerung Ängste um die wirtschaftliche Sicherheit, vor allem angesichts verschiedener Wirtschaftskrisen im Bereich des Yishuv, in Israel und weltweit. Solche Befürchtungen kamen gegen Ende der 20er Jahre und zu Beginn der 30er Jahre auf, sowie in Zeiten weltweiter

7 Anm. d. Üb.: Yishuv (Hebr.: Besiedlung) ist die Bezeichnung für die vorstaatliche jüdische Gemeinschaft in Palästina

8 Anm. d. Üb.: Hebr.: Land Israel

Wirtschaftskrisen seit Staatsgründung, einschließlich der aktuellen Wirtschaftskrise. Doch sobald sich der Yishuv bzw. Israel wirtschaftlich erholte, hörten diese Ängste auf. In diesem Sinne scheint mir, dass auch die Befürchtungen hinsichtlich der Einflüsse der aktuellen Wirtschaftskrise bereits abgeflaut sind.

Insofern ist es zwingend erforderlich, zwischen der Sorge der jüdischen Mehrheit in Israel um die persönliche Sicherheit des Einzelnen und um die Sicherheit der ihm Nahestehenden, sowie der Furcht vor feindlichen Handlungen auf der inneren israelischen und der äußeren Ebene (vor allem durch arabische Akteure im Nahen Osten) einerseits, und der Gefahr langfristiger Schädigung der Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft Israels andererseits, zu unterscheiden. Der Schwerpunkt liegt, wie gesagt, auf der physischen Sicherheit, ein Umstand, der Militanz erzeugt (ein Aspekt, auf den ich später eingehen werde) und nicht rigiden Militarismus.

## **Israel ist nicht wirklich existenziell bedroht**

Wie gesagt, waren die Juden in der Zeit vor der 1948 erlangten Unabhängigkeit Bedrohungen ihrer Sicherheit ausgesetzt. Das Auftauchen zionistischer Juden in Eretz Israel / Palästina seit Ende des 19. Jahrhunderts war die Ursache für wachsende Reibungen zwischen der jüdischen Gemeinschaft in Eretz Israel ("Yishuv") einerseits und der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft und der Araber in der Region andererseits. Dieser Faktor führte zu einer andauernden Konfliktdynamik zwischen den beiden Gemeinschaften und innerhalb der Gemeinschaften, sowie mit den arabischen Entitäten in der Region. Eine der Folgen war der zunehmende Einfluss des Sicherheitsapparates im "Yishuv" auf dessen politische, wirtschaftliche und kulturelle Bereiche. Dieser Einfluss nahm im Laufe des bewaffneten Kampfes, den der Yishuv gegen die britischen Kräfte führte (1945 bis Seite 47), im Laufe des jüdisch-palästinensischen Konfliktes, der sich nach dem Teilungsbeschluss der UNO im Jahr 1947 erheblich intensivierte, sowie im Laufe des "Unabhängigkeitskrieges" noch weiter zu.

Seit 1949, insbesondere nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und Ägypten, Libanon, Jordanien und Syrien (doch nicht mit den Palästinensern) waren zivile und militärische Führer in Israel vorrangig mit den Bedrohungen der Sicherheit von innen und außen beschäftigt, denen sich der Staat gegenüber sah. Diese verschiedenen Bedrohungen wurden, jede zu ihrer Zeit, die wichtigste Legitimation für hochrangige Politiker, für die IDF und für ihren großen Sicherheitsapparat.

In der Auseinandersetzung mit den

Sicherheitsbedrohungen haben israelische Politiker mehrere Schritte unternommen. Zunächst haben sie eine reguläre Armee aufgebaut, die mit der Zeit immer größer wurde; zweitens haben sie die Wehrpflicht eingeführt, von der die Mehrzahl der arabisch-palästinensischen Bürger sowie orthodoxe Juden ausgenommen sind; drittens haben sie ein großes Reservistenkontingent aufgebaut, das im Notfall eingezogen werden kann; viertens haben sie auf Anraten des Militärs ein Erstschnappotenzial gegen Israels Nachbarn aufgebaut (das in den Kriegen von 1956, 1967, sowie im Libanonkrieg eingesetzt wurde); fünftens haben sie nukleare Fähigkeiten entwickelt, in diesem Bereich jedoch eine Politik der Verschleierung angenommen; und sechstens haben sie Kontakte zu Großmächten wie Großbritannien, Frankreich und den USA aufgebaut, zu nicht arabischen Staaten im Nahen Osten wie Iran und die Türkei (im Laufe der Zeit haben sich die Beziehungen zwischen Israel und diesen beiden Staaten verändert), zu anderen Staaten wie Südafrika und Singapur, die sich fortlaufenden existenziellen Bedrohungen ausgesetzt sahen, sowie zu weiteren Staaten.

Infolge ununterbrochener militärischer Auseinandersetzungen mit seinen Nachbarn (in den Kriegen von 1956, 1967, 1973, 1982 und den beiden palästinensischen Aufständen) und trotz abgeschlossener Friedensverträge mit Ägypten (1979), Jordanien (1994) und der Oslo-Verträge mit der PLO (1993), nahm der Sicherheitsapparat in Israel, vor allem die IDF, ständig an Größe und Macht zu und war in fast allen öffentlichen Lebensbereichen intensiv verwickelt. In diesem Sinne zeichnet sich der Fall Israel durch historische Kontinuität aus. Dem sei noch hinzugefügt, dass sich eine ähnliche Kontinuität auch in der überaus problematischen politischen Entwicklung Israels wiederfindet.

Die für unser Thema wichtige Folge der vorgenannten Entwicklungen ist die "Schaffung des Sicherheitsnetzes". Zwar kann das israelische Modell des Verhältnisses zwischen dem zivilen und dem Sicherheitsapparat unterschiedlich interpretiert werden. Am besten jedoch lässt sich dieses Verhältnis im Sinne eines informellen "Sicherheitsnetzes" verstehen, dessen Einstellung gegenüber dem israelisch-palästinensisch-arabischen Konflikt nicht festgelegt ist, in letzter Zeit jedoch vorrangig "rechts" und militant ist.

Es gibt zahlreiche Hinweise, die diese Auffassung unterlegen: die zunehmende Rolle, die ehemalige Mitglieder des Sicherheitsapparates im politischen (in der Regierung und in der Knesset), wirtschaftlichen (als Geschäftsführer und Direktoren öffentlicher



und privater Unternehmen, darunter zahlreiche, die sicherheitsrelevante Produkte herstellen) und gesellschaftlichen (beispielsweise im Bildungssystem und dem öffentlichen politischen Leben) Leben spielen. Mit Bezugnahme auf das zum Verhältnis zwischen dem Sicherheitsapparat und dem zivilen Apparat Angeführte arbeitet das "Sicherheitsnetz" seit 1948 und verstärkt seit 1967 gegen eine Differenzierung und Professionalisierung der IDF und der anderen Sicherheitsbehörden (hauptsächlich des Auslandsgeheimdienstes Mossad und des Inlandgeheimdienstes Shabak), sowie gegen die Rationalisierung der relevanten zivilen Bereiche an. Angesichts all dessen stellt sich die kontinuierliche Existenz des "Sicherheitsnetzes" als ein Schlüsselfaktor dar, der die Entstehung einer aktiven Demokratie in Israel verhindert. Insofern ist die Demokratie in Israel im Grunde eine "formale Demokratie".

Hier sei hervorgehoben, dass das israelische Sicherheitsnetz nicht Folge eines etwaigen militärischen Charakters des Zionismus und der Gesellschaft des Yishuv oder Israels ist, sondern ein Ergebnis der besonderen Machtstrukturen, die sich zur Zeit des Yishuv gebildet haben und von den Gründungsvätern des Staates (vor allem David Ben Gurion) und deren Erben übernommen wurden. Tatsächlich wollten diese führenden Persönlichkeiten den Sicherheitsapparat (insbesondere die IDF) zusätzlich zur Auseinandersetzung mit dem, was sie als fortdauernde (externe, doch auch interne) existenzielle Bedrohung des Staates betrachteten, auch zur Förderung der Staatsbildung und der sozialen Integration einsetzen. Doch indem sie die gemeinsamen Interessen ihrer Institutionen sichern wollten, warfen die Akteure aus den Sicherheitsapparaten (insbesondere der IDF) letztendlich einen Schatten auf die zivile Führung und diese informelle kollektive Entität wurde zum einflussreichsten Akteur in Israel.

Personen aus dem Sicherheitsapparat nutzten so die absichtlich durchlässig (oder unklar) gehaltenen Grenzen zwischen den Sicherheitsbereichen und den zivilen Bereichen im Staat, um in rein zivile Bereiche einzudringen, sich mit einflussreichen Akteuren aus diesen Bereichen zu verbinden und so wiederum die wechselseitigen Verbindungen zwischen den beiden Bereichen zu intensivieren.

Zweifellos spielten die andauernden Sicherheitsbedrohungen, mit denen Israel konfrontiert ist, eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung des informellen "Sicherheitsnetzes". Vor allem, weil solche andauernden Bedrohungen den Status, den der Sicherheitsapparat im Vergleich zu den verschiedenen zivilen Ebenen im Sinne von Finanzierung, sozialem

Status und vor allem des Zugangs zu staatlichen Entscheidungsprozessen genoss, legitimierten. Diesen Status des "Primus inter Pares" behalten Personen des Sicherheitsapparates auch bei, wenn sie den aktiven Dienst verlassen und ihre Plätze in den verschiedenen zivilen Bereichen im Staat einnehmen.

Zusammenfassend zu diesem Punkt sei gesagt, dass führende Persönlichkeiten im politischen und sicherheitspolitischen System sowie große Gruppen in der israelischen Bevölkerung trotz wesentlicher Veränderung der internationalen Konstellationen (seit Ende des Kalten Krieges) und im nahöstlichen Umfeld (der Frieden mit Ägypten und Jordanien, sowie die Eroberung des Irak durch die Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten) davon überzeugt sind, dass der Staat realen und kontinuierlichen internen und externen existenziellen Bedrohungen ausgesetzt ist. Diese Auffassung verstärkte sich in den letzten Jahren noch aufgrund der durch den Iran offen zur Schau gestellten Feindseligkeit gegenüber Israel und der häufigen Berichte über Irans Atompläne. Sie trägt zur Aufrechterhaltung des beherrschenden Status des Sicherheitsapparates und des "Sicherheitsnetzes" bei, insbesondere, doch keineswegs ausschließlich, im Sicherheitsbereich.

Die Umwandlung des Staates Israel von einer formalen Demokratie in eine effektive Demokratie hängt nicht nur von einer Reduzierung der **objektiven** Bedrohungen ab, denen sich der Staat gegenüber sieht, sondern auch von der Einschränkung der mächtigen Stellung des Sicherheitsapparates und des "Sicherheitsnetzes", die eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung der **subjektiven** Auffassung einer kontinuierlichen existenziellen Bedrohung spielen. Zu erreichen wäre dies durch eine effizientere zivile Kontrolle über die Sicherheitsbehörden, insbesondere das Militär, und die Einschränkung der Möglichkeit ihrer Mitglieder, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen, insbesondere durch maßgebliche Reduzierung der Macht des "Sicherheitsnetzes".

## **Lev Grinberg integriert auch das Verhältnis zwischen Militär und zivilem Apparat:**

Sicherheit ist kein abstrakter Begriff, losgelöst von historischen und politischen Zusammenhängen, sondern eine dynamische soziale Struktur, die sich mit den Umständen und der Erfahrung der Legitimation des Staates verändert. Die Schaffung des modernen Nationalstaates führte zu zwei gegenläufigen Prozessen: Einerseits nahm die persönliche Sicherheit der Zivilisten infolge der Entwaffnung der Einzelpersonen und der Konzentrierung der legitimen Gewalt in Händen des Staates und seiner Institutionen, Militär und Polizei, zu;



andererseits führten zwischenstaatliche Spannungen und der Rüstungswettlauf, die in blutige Kriege mündeten, zu einer Erschütterung der nationalen Sicherheit. In diesem Sinne ist Sicherheit, persönliche oder nationale, ein politischer Begriff, insofern, als sie legitimationsabhängig ist: Die persönliche Sicherheit ist abhängig von der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, die nationale Sicherheit ist abhängig von der Anerkennung der Grenzen eines Staates durch seine Nachbarn.

Die Sicherheitsprobleme des Staates Israel sind Folge sowohl der Nichtanerkennung seiner Grenzen durch seine Nachbarn, als auch der Nichtanerkennung des Gewaltmonopols seitens seiner palästinensischen Bürger. Die Verwischung der Grenze zwischen dem Staat Israel und den von ihm beherrschten Gebieten ist das Verbindungsglied zwischen diesen beiden Faktoren, wobei es sich hierbei in erster Linie um ein politisches Problem handelt. Der Versuch, ein politisches Problem durch Anwendung von Gewalt zu lösen, ist das Grundversagen des Sicherheitsdenkens. Doch liegt die Grundursache des Problems nicht im Sicherheitsdenken an sich, sondern in der Unfähigkeit der israelischen Gesellschaft, Bedrohungen auf realistische Weise einzuschätzen. Diese Unfähigkeit hat ihren Ursprung nicht allein in der Auffassung der Sicherheit als eine Reihe realer Bedrohungen, denen man sich stellen muss, sondern auch im Gründungsmythos der israelischen Nation.

Die israelische Gesellschaft entstand im Kontext persönlicher und kollektiver Unsicherheit, welcher die Juden in Europa infolge der Entwicklung der Nationalstaaten, des Kolonialismus, des Rassismus und des Antisemitismus ausgesetzt waren. Als Reaktion auf ihre mangelnde Sicherheit beschloss ein Teil von ihnen, in das von Gott verheißene Land, zur Wiege des jüdischen Volkes, auszuwandern, um dort einen Nationalstaat zu gründen, mit klar definiertem Territorium und einem Militär, das es vereidigt. Die sich durch die ganze Geschichte ziehende Unsicherheit der Juden und die Notwendigkeit, sich zu bewaffnen und um ihr Leben zu kämpfen, wurde zu einem Gründungsmythos der jüdisch israelischen Nation und konsolidierte sie trotz zahlreicher kultureller Unterschiede. Die Anfeindungen seitens der Palästinenser und der gesamten arabischen Welt als Reaktion auf die jüdische Einwanderung und Inbesitznahme ihrer Böden wurden für die eingewanderten Juden zu einem konsolidierenden und vereinigenden Faktor, ohne den die israelische Gesellschaft auseinander zu brechen droht. Die Furcht vor einem solchen Zerfall kam in den Jahren 1993-2000 zum Ausdruck, als sich der Weg zu einem

möglichen Kompromiss mit den Palästinensern öffnete: Die Gesellschaft löste sich in einander feindlich und intolerant gegenüberstehenden ethnischen Gruppen auf. Die Zweite Intifada ermöglichte der israelischen Gesellschaft die Rückkehr zum konsolidierenden Mythos der immerwährenden Unsicherheit.

Das grundsätzliche Sicherheitsproblem ist der mythologische Charakter der Sicherheit, der eine reale Betrachtungsweise der Bedrohungen und deren Einschätzung als Probleme, die auf der politischen Ebene angegangen werden müssen, erschwert. Der Sicherheitsmythos macht es schwierig, die Aktionen der Palästinenser als eine Reaktion auf Handlungen des Staates Israel zu sehen und so wird der palästinensische Widerstand zunehmend in eine Reihe mit der historischen Judenverfolgung durch den Pharao über Haman dem Bösen<sup>9</sup> bis hin zu Hitler eingeordnet. Die Unfähigkeit, die echten Bedrohungen zu erkennen und ihnen mit entsprechenden Mitteln zu begegnen, führt wiederum zur Unfähigkeit, den Konflikt auf politischem Wege zu lösen, was zum Zwang führt, die Herrschaft über die Palästinenser beizubehalten und so die Grenzen des souveränen Staates Israel zu verwischen. Mit anderen Worten, der aus dem Trauma des jüdischen Volkes entstandene Sicherheitsmythos ist das größte Sicherheitsproblem des Staates Israel.

Die dauerhaft mangelnde Sicherheit zwingt das Militär und Politiker zuweilen, ohne Kontrolle und Aufsicht zu handeln und ermöglicht ihnen, die Angst für ihre Zwecke zu manipulieren. Dies geschah beispielsweise nach den Demonstrationen, die auf den Besuch Scharons auf dem Tempelberg folgten. Damals gelang es einigen hohen Armeeeoffizieren, den politischen Apparat zu neutralisieren und zu behaupten, es handle sich um einen "Krieg um die Heimstatt", was den Einsatz überproportional schwerer Gewalt erforderte. Demgegenüber brach nach Entführung zweier Soldaten im Südlibanon als Folge einer öffentlichen Hysterie - und nicht beabsichtigt oder aus der Schublade - ein jeglicher Steuerung und Kontrolle entbehrender Krieg aus. In beiden Fällen bestand ein im besten Fall lockerer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der angewandten militärischen Gewalt und dem Ausmaß der Bedrohung. Die Reaktion war das Ergebnis eines grundlegenden Gefühls der Unsicherheit, das die Grundlage der Sicherheitsmythos bildet.

Die objektive persönliche und nationale Unsicherheit geht einher mit der Weigerung der Nachbarstaaten, die Grenzen des Staates anzuerkennen, sowie mit der

<sup>9</sup> Anm. d. Üb.: Protagonist aus dem biblischen Buch Esther, der es auf die Vernichtung der Juden Babylons abgesehen hatte





Existenz palästinensischer Bürger, welche die Autorität des Staates Israel, Gewalt gegen sie anzuwenden, nicht anerkennen. Diese nehmen die Form einer kollektiven (beispielsweise durch Waffenschmuggel und den Einsatz ballistischer Raketen) und individuellen (Terroranschläge) Sicherheitsbedrohung an. Unter den Bedingungen einer unklaren Grenze einher gehend mit militärischer Kontrolle über einen Teil der Bevölkerung, wird das Militär zwangsläufig zu einem entscheidenden Faktor im Entscheidungsprozess des Staates. Das heißt, es bestimmt die politische Vorgehensweise in einem nicht geringerem Maße als der politische Apparat selbst, zuweilen sogar entscheidend. Die Quellen der Macht des Militärs über den politischen Apparat sind die Kontrolle über die Information und die professionelle Autorität, die Definition von Sicherheit zu bestimmen. Oft jedoch stärken auch die Unsicherheit der jüdischen Bevölkerung und ihre Forderung nach einer aggressiven Reaktion die Position des Militärs gegenüber dem politischen Apparat.

**Tamar Malz-Ginsburg:** Die Auffassung des Begriffs der "Sicherheit" in der israelischen Gesellschaft leitet sich von dem Gefühl ab, schweren und sogar existenziellen Bedrohungen ausgesetzt zu sein. Ein kurzer Blick in die Geschichte des Staates Israel zeigt, dass es mit Ausnahme von kurzen Perioden fast keinen Zeitraum gab, in dem die israelische Gesellschaft sich nicht massiven strategischen Bedrohungen ausgesetzt sah. Wird gegenüber Israelis der Begriff Sicherheit erwähnt, stellen sie zunächst einen Zusammenhang mit der Sicherheit vor physischer Bedrohung gegen den Staat Israel her – die Bedrohung der physischen Vernichtung. Offensichtlich rangieren "Bedrohungen gegen die Nation"<sup>10</sup>, ihre jüdische Mehrheit oder ihre demokratische Staatsform erst an zweiter Stelle.

Laut der allgemein verbreiteten Auffassung in der Gesellschaft geht die existenzielle Bedrohung des Staates Israels in erster Linie von einem mit Atomwaffen ausgerüsteten Iran aus. Darüber hinaus bilden auch die Komplexität des israelisch-palästinensischen Konfliktes, die Nicht-Anerkennung des Staates Israel sowie die Spannungen mit der Hisbollah an der Nordgrenze den Nährboden für das Gefühl der Bedrohung in der israelischen Bevölkerung. Völlig anders eingeschätzt werden andere Bedrohungen, wie die Wirtschaftskrise, die Erschütterung sozialer Grundwerte, die Krise des Schulsystems, die Gefahren, denen die höhere Bildung ausgesetzt ist, und so weiter. Lokale und internationale gesellschaftliche Gruppen machen auch auf die ökologischen Risiken und auf die Gefahr für die

Zukunft der Erde infolge von Umweltverschmutzung aufmerksam.

Die Instanz, die de facto eine Einschätzung der Lage der Nation und damit auch der Bedrohungen abgibt, denen der Staat Israel auf sicherheitsstrategischer Ebene ausgesetzt ist, ist die nachrichtendienstliche Abteilung der IDF, obwohl ihre ursprüngliche offizielle Aufgabe in der Bereitstellung nachrichtendienstlicher Lageeinschätzungen bestand. Aus historischen Gründen überlagert diese Abteilung der IDF die offiziellen zivilen Institutionen, die an der Gestaltung des Verständnisses der strategischen Realität beteiligt sein sollten.<sup>11</sup> Darüber hinaus erläutern und interpretieren die Entscheidungsträger der Bevölkerung die strategische Realität und damit auch die Bedrohungen, denen sie gegenübersteht, ihren eigenen Erwägungen entsprechend. Des Öfteren verläutet Kritik über die manipulative Auslegung der strategischen Realität durch Politiker oder Militärs und deren Auswirkung darauf, wie die Bevölkerung die strategische Realität auffasst. Selbst wenn diese Kritik berechtigt ist, so ist die israelische Bevölkerung meines Erachtens über Veränderungen in ihrer sicherheitsstrategischen Umgebung derart informiert, dass sie sich das Wissen und die Fähigkeit, die für eine selbstständige Interpretation der strategischen Realität erforderlich sind, aneignen kann, und zwar aufgrund zweier hauptsächlicher Faktoren.

Das ist einmal die Tatsache, dass große Teile der Zivilbevölkerung in Israel zu verschiedenen Zeiten feindlichen Angriffen und Aktionen ausgesetzt waren und deren Opfer wurden (beispielsweise Angriffe durch Qassam-Raketen im Süden des Landes, Katjuscha-Beschuss im Norden oder Selbstmord-Terror im gesamten Land). Der zweite Faktor hängt mit den Massenmedien zusammen. Über sie erfährt die Bevölkerung die Standpunkte und Äußerungen von Staatsmännern, wie beispielsweise die hasserfüllten Erklärungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Daher ist die Fähigkeit der Bevölkerung, die Ereignisse in ihrem Umfeld einzuschätzen und zu interpretieren, nicht zu unterschätzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Historiker (und ehemaligen Militär) Mordechai Bar-On zitieren. Bar-On spricht von der israelischen Gesellschaft und ihrer Fähigkeit, die strategische Realität des Staates Israels in der ersten Hälfte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zu verstehen. Bar-On argumentiert

<sup>10</sup> Siehe weiter oben die Bezugnahme Kobi Michaels zu diesem Thema.

<sup>11</sup> Über den Entscheidungsprozess und strategische Einschätzungen ist viel geschrieben worden. Siehe Yehuda Ben Meir: **Entscheidungsfindung in Fragen der nationalen Sicherheit: Der Israelische Aspekt**, Tel Aviv, Reihe Rote Linie, Verlag HaKibbutz HeMe'uhad, Jaffe-Zentrum für strategische Studien, und Universität Tel Aviv, 1987. (Nur in Hebr.)

gegen die Behauptung einiger "Neuer Historiker", die Dominanz Ben Gurions und einiger Persönlichkeiten aus dem Militär- und Sicherheitsapparat innerhalb der israelischen Gesellschaft hätte den nationalen Konsens in Bezug auf die aktivistische Sicherheitspolitik in jener Zeit beeinflusst. Bar-On sagt: "...die Bürger Israels hatten während des gesamten Zeitraums Zugang auch zu ‚subversiven‘ Informationen und Interpretationen, die im Widerspruch zu den Standpunkten des Establishments standen. Wenn auch die Lektüre von Zeitschriften wie ‚Ner‘ oder ‚New Outlook‘ Wenigen vorbehalten war, so kann man dies nicht von Publikationen wie die ‚Haaretz‘ oder ‚Ha’olam Hazeh‘<sup>12</sup> sagen. Selbst in Abendzeitungen wie ‚Maariv‘ oder ‚Yediot Aharonot‘<sup>13</sup> konnte man nicht selten Artikel von oppositionellen Kräften lesen ... dass es ihm [dem Establishment – T.M.G.] gelang, einen so großen Anteil der Bevölkerung in Israel von der Richtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen, und dass es den oppositionellen Kräften nicht gelang, über eine vernachlässigbare Minderheit hinaus Zustimmung und Einfluss zu gewinnen, war eine Folge der weit verbreiteten Vorstellung, die von der externen Realität und durch die erklärten Standpunkte der Araber mit oder ohne Vermittlung gebildet wurde".<sup>14</sup> Mehr noch als die Beeinflussung der nationalen Gemeinschaft, so scheint es, nutzen die Führer die Bedrohungen aus, denen der Staat in der internationalen Arena ausgesetzt ist.

Aufgrund der Existenz schwerwiegender Bedrohung, sowie der Erfahrungen aus der Vergangenheit schreibt die Bevölkerung vor allem der IDF die Aufgabe zu, die nationale Sicherheit des Staates zu gewährleisten (im Gegensatz, zum Beispiel, zu strategischen Bündnissen und dem Vertrauen auf andere Mächte zum Schutz vor potenziellen Bedrohungen). Die allgemeine Überzeugung lautet, dass man eine starke Armee braucht, und dass man ihr den größten Teil der Ressourcen zur Verfügung zu stellen hat. So ist die IDF zweifellos eine der stärksten Institutionen im Staate und genießt im Gegensatz zu anderen staatlichen Institutionen ein Höchstmaß an Vertrauen in der Bevölkerung.<sup>15</sup> Die Armee ist mit der israelischen Identität und Kultur vernetzt und verwoben.

12 Anm. d. Üb.: Ein von Uri Avnery ins Leben gerufenes und geleitetes Wochenmagazin.

13 Anm. d. Üb.: Maariv und Yedioth Aharonot sind zwei populäre Tageszeitungen.

14 Mordechai Bar-On, Das Sicherheitsdenken und seine Kritiker 1949-1967, in: Mordechai Bar-On (Hrsg.) Die Herausforderung der Souveränität: Schöpfung und Betrachtungen im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung, Jerusalem, Verlag Yad Yitzchak Ben Zwi, 1999, Seiten 102-103. (Nur in Hebr.)

15 Bei Umfragen aus der letzten Zeit sprechen rund 90% der Bevölkerung der IDF ihr Vertrauen aus (Krieg-und-Frieden-Index, April 2009, Tami-Steinitz-Zentrum für Friedensforschung, Universität Tel Aviv; die Umfrage wurden in der Ausgabe der Zeitung "Israel Heute" zum Unabhängigkeitstag, 28. April 2009, Seite 23, veröffentlicht).

Es handelt sich um eine Volksarmee, in die ein Großteil der jüdischen israelischen Gesellschaft rekrutiert wird. Die daraus entstehende Verbindung zwischen Zivilist und Armee ist nur schwer aufzulösen. Ich widerspreche der Auffassung, es handle sich um eine 'Armee, die einen Staat hat'. Es ist eine Gesellschaft, deren Armee Teil ihrer selbst ist.

Mein Argument lautet, dass es zur Erklärung der Auffassung und Interpretation einer strategischen Realität und der Sicherheitspolitik eines Staates, und insbesondere zum Verständnis des hohen Status, den die IDF in der israelischen Gesellschaft genießt, nicht ausreicht, die strategische Realität als objektive Realität zu betrachten. Das heißt, jede Beschreibung der strategischen Realität ist das Ergebnis zweier hauptsächlichster Faktoren: Veränderungen im strategischen Umfeld des Staates (beispielsweise regionale Bündnisse, Erwerb und Entwicklung von Waffen, Erklärungen von Führern anderer Staaten) und wie die Gesellschaft – und ihre Entscheidungsträger – solche Veränderungen interpretieren.<sup>16</sup> Diese Auslegung wiederum ist verknüpft mit historisch-kulturellen Faktoren, mit bürokratischen Faktoren, und mit der Vielfalt der Standpunkte ihrer Entscheidungsträger (sowie deren psychologischen Merkmalen, Überzeugungen und Ideologien).

Ich möchte die Diskussion gerne auf die der Gesellschaft insgesamt innewohnenden historisch-kulturellen Faktoren lenken. Letztlich sind die Entscheidungsträger selbst Teil dieser Gesellschaft. Wenn sie also eine Auffassung von Bedrohungen entwickeln, so ist diese Auffassung nicht allein Ergebnis ihrer bewussten Absichten. Zwar ist nicht auszuschließen, dass die Bildung einer Auffassung von Bedrohung bei politischen Führern politischen Interessen dient. Da diese kulturellen Faktoren aber den persönlichen Faktoren der politischen Entscheidungsträger zu Grunde liegen, und diese deren Wahl in ihre politischen Positionen und ihren Aktionsradius bei der Herausbildung einer Vorstellung der strategischen Realität und der angemessenen Politik zur Auseinandersetzung mit dieser Realität zum Teil überhaupt erst möglich machen, tun sie dies innerhalb und gemäß eines existierenden kulturellen Kontextes.

16 Siehe das Argument von Jutta Weldes, die „Entscheidung, was genau die Situation ist, mit der sich der Staat auseinandersetzen muss; was, wenn überhaupt, die Bedrohungen sind, denen ein Staat ausgesetzt ist; welches das der Situation des Staates und der Bedrohung, welcher er ausgesetzt ist, entsprechende nationale Interesse ist, erfordert stets den Akt der Interpretation. Die Bedrohungen und die entsprechenden nationalen Interessen sind nicht an sich und von vornherein klar, sondern vor allem das Ergebnis von Interpretationsprozessen.“

Jutta Weldes, **Constructing National Interests: The United States and the Cuban Missile Crisis**, Minneapolis, University of Minnesota Press, 1999, p. 7.



In Bezug auf die nationale Gesellschaft argumentiere ich, dass das Verhalten einer Gesellschaft auf der Ebene der Sicherheit, das heißt, ihre Interpretation der strategischen Realität und die Umsetzung der Sicherheitspolitik, nicht von ihrer Verhaltensweise in anderen Lebensbereichen losgelöst betrachtet werden kann. Es gibt eine nationale Kultur mit gemeinsamen Auffassungen und Verhaltensmustern, die die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft über Sozialisierung formt und deren Auffassung der Realität und die Art und Weise, in der sie sich innerhalb der Realität verhalten, beeinflusst.<sup>17</sup> Das gleiche gilt auf der Ebene des Staates. Nicht die nationale Kultur leitet die Entscheidungsträger zur Umsetzung einer bestimmten Politik, sondern es ist die Existenz einer solchen nationalen Kultur, die zur Formulierung der von der Gesellschaft gewünschten Politik führt – nämlich die für die jeweilige Gesellschaft normative Politik.

Meine Stellungnahme zum Einfluss der nationalen Kultur auf das Verhalten der Gesellschaft kann verglichen werden mit der Stellungnahme Hans Morgenthau zum Begriff des "Nationalcharakters" einer Gesellschaft, und auf dessen Einfluss auf die Ausrichtung dieser Gesellschaft. Morgenthau sagt: "Der Nationalcharakter kann nicht anders, als die nationale Kraft zu beeinflussen; denn diejenigen, die in Zeiten des Friedens und des Krieges für die Nation wirken, ihre Politik formulieren, ausführen und unterstützen, wählen und gewählt werden, öffentliche Meinung bilden, produzieren und konsumieren – all jene tragen mehr oder weniger den Stempel der intellektuellen und moralischen Tugenden, die den Nationalcharakter bestimmen. Die grundlegende Kraft und die Ausdauer der Russen, die individuelle Initiative und der Erfindungsgeist der Amerikaner, der undogmatische gesunde Menschenverstand der Briten, die Disziplin und die Gründlichkeit der Deutschen – all jene sind nur einige der Tugenden, die sich, zum Guten und schlechten, in allen individuellen und gemeinsamen Handlungen zeigen, in welchem die Mitglieder einer Nation tätig werden können. Infolge der Unterschiede in den nationalen Charakteren können beispielsweise die Regierungen von Russland und Deutschland eine Außenpolitik führen, die amerikanische und britische Regierungen nicht hätte führen können, und umgekehrt."<sup>18</sup>

Wie ich bereits angeführt habe, umfasst eine nationale Kultur gemeinsame Auffassungen und

Verhaltensmuster. Die israelische nationale Kultur kennt ein gemeinsames, tief verwurzelt und überaus beherrschendes Verständnis, nämlich das der Verletzbarkeit des jüdischen Volkes im Laufe seiner Geschichte – das Axiom, wonach es "in jeder Generation einen Amalek"<sup>19</sup> gibt, der auf die Vernichtung der Juden aus ist. Dieses gemeinsame Verständnis hat naturgemäß auch die Gestaltung und Interpretation der Ereignisse und sicherheitsstrategischen Veränderungen im Umkreis des Staates Israel beeinflusst. Hinsichtlich der Gestaltung von Bedrohung in der heutigen israelischen Gesellschaft darf angesichts dieses Narrativs der Verletzbarkeit und angesichts der wiederkehrenden hasserfüllten Äußerungen des iranischen Präsidenten angenommen werden, dass sich die israelische Gesellschaft auch ohne Betonung der Bedrohung zu politischen und anderen Zwecken durch Israels Führungsschicht bedroht gefühlt hätte.

Dazuseigesagt, dass diese gemeinsame Wahrnehmung der Verletzbarkeit und möglicherweise ein sehr grundlegendes Gefühl der Verfolgung in Verbindung mit ständiger Angst vor Vernichtung die Ausrichtung der israelischen Gesellschaft in verschiedenen Bereichen beeinflusst, nicht nur in dem der Sicherheit. Laut Assa Kasher befindet sich die israelische Gesellschaft "insgesamt in einem post-traumatischen Zustand der Verfolgung ... es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass es keinen Bereich gibt, in dem langfristig geplant wird. Die Konzentration auf die Gegenwart und die allernächste Zukunft ist ein nervöses, auf Überleben ausgerichtetes Denkmuster von Verfolgten. Im Vergleich zu anderen normalen Staaten gibt es bei uns sehr viel weniger Mehrjahrespläne als erforderlich und als angemessen ... ich bin der Meinung, dass unsere Intensität eine der integralen Grundlagen der Lebensform in der Diaspora ist, die wir ohne unser Zutun von den Generationen unserer immer wieder verfolgten und um ihr Überleben kämpfenden Väter und Mütter geerbt haben. In den tiefen Schichten des jüdisch-israelischen Lebens steckt der Überlebenskampf. Er ist der Nährboden der Intensität, der Ungeduld, der Kurzsichtigkeit, der Konzentration auf das Heute auf Kosten dessen, was morgen geschehen könnte ... die Diaspora ist Teil der historischen Infrastruktur unseres Lebens."<sup>20</sup>

Das Narrativ der Verletzbarkeit und die schon vor Gründung des Staates vorhandene Furcht vor

17 Geert Hofstede, *Cultures and Organizations: Software of the Mind: Intercultural Cooperation and its Importance for Survival*, London, Harper Collins Business, 1991, S. 6.

18 Hans-J. Morgenthau, "Macht und Frieden", Tel Aviv, Verlag Jachdaw, 1968, S. 167.

19 Anm. d. Üb.: Biblische Figur, die Angriffe gegen die aus Ägypten ausziehenden Israeliten ausführte. Synonym für Personen, die auf die Vernichtung von Juden aus sind.

20 Vered Levi-Barzilay, 17 Gespräche mit Assa Kasher, Or Yehuda, Kinneret, Smora-Bitan, 2005, S. 85-86, 93-94. (Nur in Hebr.) Siehe auch Doron Rosenblum: Optimismus lohnt sich (doch), *Haaretz*, 7. Mai 2008. (Nur in Hebr.)

Bedrohungen haben nicht nur die Wahrnehmung der Realität gestaltet. Sie waren zudem zentrale Faktoren in der Bildung eines weiteren gemeinsamen Verständnisses, nämlich, dass der Jude sich ändern, sein Schicksal in die Hand nehmen, die Realität selbst schaffen und beeinflussen muss. Das Modell dieses "Neuen Juden" war zu Beginn nicht unbedingt die Figur des "Kämpfers", sondern eher die des Pioniers, der die Erde fruchtbar macht. Später änderte sich dieses Modell und der mythologische "Sabre"<sup>21</sup> wurde zum Krieger in einer Kampf Einheit. So kam es, dass der Soldat, und im Grunde die IDF, wesentlichen Anteil hatte an der Bildung der nationalen Identität im jungen Staat Israel, einer Gesellschaft, die im Grunde in zahlreiche, dramatisch unterschiedliche Gruppen aufgeteilt war (ethnisch, kulturell, religiös, und andere). Insofern muss hervorgehoben werden: Nicht die Kraft oder die militärische Macht waren der Kristallisationspunkt, um den sich diese neue Identität bildete - es waren die Werte der Aktivität, der Entschlossenheit und der Tatkraft, für die zu Beginn der Pionier und später der Soldat Modell standen. Der Wille und die Fähigkeit, Einfluss zu nehmen und Veränderungen zu vollbringen. Dieser Wert und die damit einhergehenden Eigenschaften sind sehr wichtig für das Verständnis des "Sabre" und seines Verhaltens in allen Lebensbereichen, nicht unbedingt im Sicherheitsbereich (nicht umsonst haben sich Israelis auch als Innovatoren und technologische Initiatoren in der Hightech-Industrie einen Namen gemacht). Heute könnte man dagegenhalten und sagen, dass dieser Wert, der Aktivismus, für viele in der Gesellschaft nicht mehr die erste Priorität unter den erstrebenswerten, erwünschten und anerkannten Werten einnimmt. Dies müsste geprüft werden. Trotz allem stellen von diesem Wert abgeleitete Eigenschaften wie Entschlossenheit, Initiative oder Tatkraft weiterhin zentrale Eigenschaften der israelischen Gesellschaft dar und beeinflussen auch die Vorgehensweise im Sicherheitsbereich. Dabei muss betont werden, dass diese Eigenschaften nicht automatisch zu aggressivem Verhalten des Staates führen, sondern zu einem Verhalten, das auf die "Lösung" von Situationen ausgerichtet ist, auf den Wunsch, Veränderungen herbeizuführen, und auf den Glauben, dass wir in der Lage sind, es zu tun. Das gilt auch für die Einstellung der Gesellschaft gegenüber dem palästinensisch-israelischen Konflikt und ihrer Schwierigkeit, sich mit einer Situation abzufinden, in der ein Konflikt "verwaltet" aber nicht "gelöst" wird.

Darüber hinaus umfasst Kultur, wie gesagt, auch Verhaltensmuster. Zum Teil handelt es sich um

erstrebenswerte Muster, die von der Gesellschaft gefördert werden, zum Teil um vorhandene, gesellschaftstypische Muster (die von der Gesellschaft nicht immer erwünscht oder geschätzt werden). Zu den für die israelische Gesellschaft typischen Verhaltensmuster zählen, unter anderem: Impulsivität (nicht unbedingt aggressiv), Ungeduld anderen Menschen gegenüber, Zynismus, Kritik und Streitlust. Dem stehen Solidarität und Zusammenrücken bei verschiedenen Ereignissen oder Vorfällen (wie beispielsweise der kollektive Einsatz der Gesellschaft für Knochenmark- oder Blutspenden zur Rettung von Menschenleben) gegenüber.<sup>22</sup> Die für die israelische Bevölkerung typische Ungeduld verstärkt noch den von mir oben erwähnten Wunsch der Bevölkerung nach einer Lösung der Sicherheitsbedrohung und erschwert die Auseinandersetzung mit der Erkenntnis, dass es Situationen gibt, die sich über sehr lange Zeiträume hin strecken (zuweilen über Generationen). Die Kultur der Kumpelhaftigkeit, des "Verlass dich auf mich" ("Smoch") und "Das geht in Ordnung" ("Yihyeh bebeder"), lebt weiter und sorgt für einen Mangel an Planung und Nichtbeachtung von Vorschriften und Gesetzen. Die Planlosigkeit wirkt sich auch auf den Sicherheitsbereich aus – siehe beispielsweise die Nichterfüllung klarer und festgelegter Richtlinien bei Entführungen, Gefangennahmen und Verhandlungen zur Auslösung von Kriegsgefangenen und Geiseln (der Fall Gilad Shalit ist ein herausragendes Beispiel dafür). Zudem wurde in Israel niemals eine geregelte schriftliche Sicherheitsdoktrin verfasst, weshalb sich die praktische Politik eher wie eine Anreicherung von ad hoc-Reaktionen auf die fortlaufenden Veränderungen darstellt.

**Peri Golan: Einige Aspekte, die aus der Perspektive des Bürgers und der Gesellschaft beeinflussen und festlegen, wie das Sicherheitskonzept definiert wird, sollten betont werden:**

## **I. Die Auffassung von der persönlichen Sicherheit des Bürgers**

Die Auffassung von der persönlichen Sicherheit des Bürgers, beeinflusst von seinem grundlegenden Wunsch, mit seiner Familie in Ruhe und Frieden in seinem Wohnviertel zu leben, ohne die Angst oder Furcht, er selbst, seine Kinder, seine Familie oder seine Freunde könnten in ihren Heimen, am Arbeitsplatz, in den Ortschaften, in den Unterhaltungs- und Einkaufszentren, auf dem Weg zum Kindergarten, zur Schule oder zum Arbeitsplatz verletzt oder getötet

21 Anm. d. Üb.: Kaktusfeige. Bezeichnung für in Israel Geborene ("außen stachelig, innen süß")

22 Dan Margalit: Die Solidarität besteht weiter, *Israel Heute*, 22. Januar 2009, Seite 22. (Nur in Hebr.)





werden.

Die Selbstmordanschläge der Hamas und des Islamischen Dschihad seit Mitte der 90er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit ihren katastrophalen Folgen führten zu einer Angst vor der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, vor Besuchen in Unterhaltungs- und Einkaufszentren und vor Fahrten in die Stadtzentren. Mit anderen Worten, zu einer schweren Einschränkung des Gefühls der persönlichen Sicherheit.

Der Beschuss von Sderot, Ashkelon und der Ortschaften um den Gazastreifen mit Raketen und Granaten, die Opfer, die er forderte, und die Zerstörung von Wohnraum, Bildungseinrichtungen und Einkaufszentren in den verschiedenen Ortschaften, die er verursachte, führten zu Zorn und Frustration unter den Bewohnern, zu schweren seelischen Problemen und zur Abwanderung von Familien, die die Situation und den vollkommenen Verlust des Gefühls der persönlichen Sicherheit nicht mehr ertragen konnten, aus Sderot und anderen Ortschaften. Der Bürger erwartet vom Staat, wie in einem ungeschriebenen Vertrag zwischen ihm und dem Staat, dass er ihm und seiner Familie das Gefühl der persönlichen Sicherheit gewährleistet und dafür sorgt, dass er in einer sicheren und geschützten Umgebung leben kann.

Am Vorabend der Operation "Gegossenes Blei" herrschte die allgemeine Erwartung, der Staat, in dessen Händen das Monopol zur Ausübung militärischer Gewalt liegt, diese anwenden möge, um die in der Nähe des Gazastreifens gelegenen Ortschaften von der Bedrohung zu befreien und ihnen das verlorene Gefühl der Sicherheit zurückzugeben.

## **2. Die blutreiche Geschichte des israelischen Volkes und der israelischen Gesellschaft**

Der Gedenktag für die Gefallenen der Kriege Israels und der Opfer feindlicher Handlungen wird am 4. Iyar begangen. An diesem Tag vereinte sich dieses Jahr die israelische Gesellschaft im Gedenken an die 22.305 Mitglieder der israelischen Gesellschaft, die seit 1860, dem Beginn des Yishuvs im Land, bis zum heutigen Tage in blutigen Kriegen mit den Nachbarn und bei anderen kriegsähnlichen Vorfällen getötet wurden.

Im Staat Israel leben Überlebende der Shoah sowie Mitglieder der zweiten und dritten Generation von Überlebenden, die das Andenken an die Shoah und die Lehren der Shoah in sich tragen. Kriege und kriegsähnliche Ereignisse haben die israelische Gesellschaft seit Beginn des Yishuvs vor Staatsgründung und nach der Staatsgründung erschüttert. Die israelische Gesellschaft hat für ihr Recht, in diesem Land zu leben, einen hohen Preis bezahlt. Die sicherheitsrelevante und

regionale Realität (Kriege, schwere Terroranschläge und Terrorversuche) betonen und beweisen, dass es sich nicht nur um leere Drohungen handelt. Insofern nimmt die israelische Gesellschaft Drohungen durch Feinde des Staates sehr ernst und erwartet vom Sicherheitsapparat, dass er sie vor Bedrohungen schützt, sofern und sobald andere Bemühungen scheitern (Friedensverträge, Waffenstillstandsvereinbarungen, Vermittlungsversuche und politische Anstrengungen).

Die israelische Gesellschaft ist, was ihre Opfer betrifft, überaus sensibel, gleich, ob es sich um Soldaten der IDF oder um Zivilisten handelt. Die israelische Gesellschaft betrachtet die Anwendung von Gewalt nicht als vorrangige Lösung. Doch die Einschätzung in Bezug auf einen Teil der Feinde in der Region ist die, dass es sich um erbitterte Gegner handelt, dass der dauerhafte Konflikt mit ihnen unausweichlich ist und dafür ein Preis gezahlt werden muss.

## **3. Die Wahrnehmung der Bedrohung durch die Gesellschaft**

Das israelische Verteidigungssystem wird in der Regel als zuverlässig eingeschätzt und genießt das Vertrauen einer Mehrheit der israelischen Bevölkerung. Bedrohungen werden in der Regel ernst genommen, eine Ansicht, die auf bittere Erfahrung der Vergangenheit beruht. Die israelische Gesellschaft hat die praktische Umsetzung von Bedrohungen am eigenen Leib erfahren und im Laufe der Jahre einen hohen Preis bezahlt. Daher nimmt sie Drohungen und die Bedeutung von Drohungen nicht auf die leichte Schulter.

## **4. Die Medien in Israel als Faktor zur Gestaltung des Sicherheitskonzeptes in der öffentlichen Meinung.**

Im Staat Israel gibt es eine freie Presse, die offen ist für eine Vielfalt von Meinungen, welche die öffentliche Meinung im Bereich des Sicherheitskonzeptes sowie in anderen Bereichen gestaltet und beeinflusst. Die verschiedenen in der israelischen Gesellschaft vertretenen Meinungen zu Fragen der Sicherheit bilden sich unter anderem durch die Rezeption moderner Medien aus Israel und aus dem Ausland. Botschaften, Nachrichten und Kommentare erreichen jeden Haushalt und jeden Menschen 24 Stunden am Tag. Infolgedessen verfügen Israelis über breit gefächerte und aktuelle Informationen.

Auch die politische Zugehörigkeit und die Positionierung rechts, links oder in der politischen Mitte beeinflussen die Meinungsbildung im Bereich Sicherheit. Innerhalb der vielfältigen Diskussionen zwischen den verschiedenen politischen Konzepten, einschließlich zum Thema Sicherheit, bildet gerade die Sicherheit einen verbindenden Faktor, da sich hier auch



Vertreter gegensätzlicher politischer Ansichten einig werden können.

## 2. Welchen Sicherheitsbedrohungen ist Israel ausgesetzt, und verwendet der Militärapparat sie manipulativ für eigene Zwecke?

Die Sicherheitsbedrohungen, denen Israel ausgesetzt ist, sind im Falle der nuklearen Bedrohung durch den Iran existenzieller Natur und strategischer Natur im Falle fundamentalistischer Terrororganisationen wie Hisbollah, Hamas und Al-Qaida. Iran ist ein Terrorstaat und das iranische Regime repräsentiert den radikalen und kompromisslosen islamischen Standpunkt gegenüber den Feinden des Islam. Seine Regimeführer rufen zur Vernichtung des Staates Israel auf. Der Iran unterstützt und fördert Terrororganisationen wie Hisbollah im Norden von Israel und Hamas und Islamischer Dschihad in Gaza und in der Westbank sowie globale Terrororganisationen wie Al-Qaida als Ausdruck einer Ideologie, die zum Export der Revolution aufruft. Auf Kosten gemäßigter Staaten strebt der Iran nach mehr Einfluss und nach regionaler Hegemonie. Die letzten Kriege im Libanon im Norden und in Gaza im Süden wurden im Grunde gegen Arsenale geführt, die hier wie dort durch den Iran aufgebaut worden waren.

Die Verknüpfung von Nuklearwaffen, Langstreckenraketen und einer Ideologie, die zur Vernichtung Israels aufruft, stellt eine reale Bedrohung dar. Auch die Bedrohung seitens der durch den Iran und Syrien mit Langstreckenraketen ausgerüsteten Hisbollah im Libanon ist als real einzuschätzen, ebenso jene der Hamas, die über Raketen verfügt, die bis in Israels Bevölkerungszentren reichen. Die Bedrohung israelischer Bürger durch die terroristische Infrastruktur in der Westbank und in Gaza ist bekannt und real, auch wenn wir uns zurzeit in einer Periode relativer Ruhe befinden.

Der Sicherheitsapparat verwendet die Bilder dieser Bedrohungen, um sich Ressourcen und Gelder zu sichern. Doch angesichts der Tatsache, dass es sich um reale Bedrohungen handelt, bin ich von der Legitimität der Verwendung dieser Mittel überzeugt, wenn damit die Stärkung des Verteidigungshaushaltes angestrebt wird, damit die bestmögliche Vorbereitung auf diese Bedrohungen ermöglicht wird.

Nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen gab es Versuche, den Raketenbeschuss auf Sderot als etwas Geringfügiges darzustellen, das man ignorieren könne. In diesem Zusammenhang erklärte Shimon Peres, es handele sich lediglich um rostige Rohre, vor denen man sich nicht zu fürchten brauche. Auch das Raketenarsenal

der Hisbollah im Libanon schätzte das Militär falsch ein, wie beispielsweise in der Aussage des damaligen Generalstabschefs (Mosche Ya'alon), der meinte, das Arsenal würde verrostet, bevor es zum Einsatz käme. In beiden Fällen wurde aus politischen Gründen eine fehlerhafte Einschätzung abgegeben.

**Yaakov Amidror: Was ist diese Sicherheit, von der die Zivilisten sprechen?** Es scheint, dass es sich um zwei klare und ein obskures Element handelt.

**A. Persönliche Sicherheit.** Das Gefühl eines jeden Bürgers, dass er umher reisen, sein Haus verlassen, sich an jeden Ort begeben, seine Kinder in jedem Verkehrsmittel an jeden Ort schicken kann, ohne dabei das Gefühl zu haben, dass er oder seine Familienmitglieder einer Gefahr ausgesetzt sind (über die eines Verkehrsunfalls hinaus). Die Forderung nach dieser Art von Sicherheit wurde nach den Terrorattacken vom Frühling 2000 maßgeblich intensiviert. Den Einwohnern Israels wurde deutlich gemacht, dass jeder Ort im Lande gefährlich ist, und dass es keine Möglichkeit gibt, diesen Gefahren aus dem Weg zu gehen, außer zuhause zu bleiben - und auch das sei nicht immer sicher.

Dieser Terror führte zu einer radikalen und schmerzhaften Auflösung des Lebensalltags. Das Verlangen nach persönlicher Sicherheit wurde umso schärfer. Die Bewohner Israels verstanden, dass sie für diese Art von Sicherheit einen Preis an Bequemlichkeit und Freiheit zahlen müssen. So lässt beispielsweise jeder israelische Bürger beim Betreten eines Einkaufszentrum eine Kontrolle über sich ergehen, oder er steht in einem plötzlichen Verkehrsstau, verursacht durch Straßensperren, die Terroristen am Zugang zu dieser oder jener Region, insbesondere nach Tel Aviv, hindern sollen.

**B. Das Vertrauen in der Fähigkeit der IDF, sich einer militärischen Bedrohung zu stellen.** Die jüdischen Einwohner Israels sind sich bewusst, dass Israel von nicht wenigen Staaten umgeben ist, die nicht zögern würden, Israel anzugreifen, sofern sie einem solchen Angriff hohe Erfolgchancen einräumen könnten. Zwar wird den zwischen dem Staat Israel und einem Teil seinen Nachbarn geschlossenen Friedensvereinbarungen relativ hohes Gewicht beigemessen, doch glauben die meisten Bürger Israels, dass ohne eine starke Armee auch diese Vereinbarungen auf wackligen Füßen stünden. Die militärische Macht dient demnach drei Zwecken: Sicherung der Friedensvereinbarungen, Abschreckung potentieller Feinde und die Fähigkeit, den Erfolg des Feindes zu verhindern, sollte er dennoch angreifen.



In letzter Zeit, seitdem unsere Feinde einen Teil ihrer Bemühungen vom Aufbau einer Invasionsarmee auf die Verbesserung und Erweiterung ihrer Fähigkeiten zum Einsatz von Raketen verlagerte, ragte eine der zahlreichen Aufgaben zur Verhinderung eines Angriffs heraus – die Verhinderung von Raketenbeschuss auf Israel. Angesichts der im Laufe der letzten Operationen im Libanon und Gaza gesammelten Erfahrungen sowie der aus Teheran kommenden Drohungen, wurde diese Notwendigkeit noch um ein Vielfaches verschärft.

Über diese beiden definierten zusammenhängenden Bereiche im militärischen Bereich hinaus – sowohl im Bereich der persönlichen Sicherheit als auch in der Fähigkeit des Staates, seine Grenzen gegen Feinde zu verteidigen – erhebt eine Mehrheit der Juden in Israel auch eine weniger klare Forderung nach Sicherheit. Nämlich die Erwartung, der Staat möge einen Weg finden, seinen jüdischen Charakter beizubehalten, wobei dieser Begriff noch keine vereinbarte Definition gefunden hat. Ganz im Gegenteil.

## **Gibt es eine Tendenz zu manipulativ erhöhten Darstellungen der Bedrohungen gegen Israel?**

Ich war über vier Jahre lang verantwortlich für die Definition der Bedrohungen und ich bezeuge bei allem, was mir teuer ist, dass im Laufe dieser Jahre die Definition der Bedrohungen gegen den Staat Israel oder die Art ihrer Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit niemals manipuliert wurde. Möglicherweise wurden bei der Einschätzung der Bedrohungen Fehler gemacht. Es mag in unklaren Fällen die Tendenz gegeben haben, eher zu überschätzen als zu unterschätzen (und meist ganz zu Recht). Doch haben wir stets gesagt, was wir dachten, und gedacht, was wir sagten. Die Forschung und die Medien versuchen in einer Zusammenführung von Ignoranz, Arroganz und bestimmten politischen Meinungen, richtige und falsche Einschätzungen als Manipulation darzustellen, doch dem war nicht so.

Am Rande sei bemerkt, dass seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Agranat-Kommission (die das Versagen der Nachrichtendienste im Jom-Kippur-Krieg untersuchte) ein methodisches Problem besteht, weil damals festgelegt wurde, dass "Fähigkeiten" zu präsentieren sind, nicht "Absichten". Doch gerade die professionellen Kreise, deren Aufgabe es ist, Bedrohungen zu definieren, distanzieren sich von dieser für sie bequemen Lösung, vor allem deshalb, weil sie sich der Kosten der Antworten bewusst sind, die erforderlich sind, wenn man nur die Fähigkeiten der anderen Seite präsentiert, ohne gleichzeitig zu versuchen, auch das Spektrum ihrer Möglichkeiten zu analysieren.

Eine Analyse der Bedrohungen, denen Israel in den

letzten 15 Jahren ausgesetzt war – die Möglichkeit einer Ausweitung des Terrors nach Oslo; dass Arafat keine friedliche Lösung sucht und nicht zögern würde, Terror einzusetzen; die beschleunigte Stärkung der Hisbollah nach dem israelischen Rückzug aus dem Libanon; der Aufbau des Raketenarsenals und der nuklearen Fähigkeit Irans; die Folgen des Rückzugs aus dem der Philadelphi-Korridor<sup>23</sup> insbesondere und aus Gaza im Allgemeinen für eine Verbesserung der Fähigkeiten dort und der Stärkung der Hamas; die Konzentration unserer Nachbarn auf Schläge gegen das israelische Hinterland – zeigt, dass es keine Übertreibungen gegeben hat und keine Manipulationen. Der einzige Fehler, der wie eine Manipulation erscheinen mag und untersucht worden sollte, um die Behauptung der Manipulation zu widerlegen, ist die Einschätzung der irakischen Bedrohung vor Ausbruch des zweiten Golfkrieges. Es sah so aus, als würden die professionellen Kreise davon ausgehen, dass die andere Seite über biologische und chemische Waffen verfügt, was sich als fehlerhaft herausstellte. Nach meinem besten Wissen war es falsch, aufgrund der Informationen, die dem Staat Israel zur Verfügung standen, festzulegen, dass solche Waffen existierten, obwohl es auch nicht ausgeschlossen werden konnte. Auf jeden Fall ist die Einschätzung eines "Worst Case" keine "Manipulation", auch wenn sie fehlerhaft war.

Die meisten Vertreter des Arguments der "Manipulation" stören sich am wahren Bild der real existierenden Bedrohungen, weil die Existenz dieser Bedrohungen nicht in ihr politisches Weltbild passt. Daher bezeichnen sie es ohne jede Rechtfertigung als Manipulation, obwohl es keine ist.

## **Shaul Arieli: Wie definiert die israelische Gesellschaft das Sicherheitskonzept?**

Der Kampf des jüdischen Volkes im Rahmen der zionistischen Bewegung zur Errichtung und Verteidigung einer nationalen Heimstatt in Eretz Israel vor dem Hintergrund der Pogrome und der Shoah hat die zionistische Auffassung hervorgebracht, "die Sicherheit von Juden solle stets in Händen von Juden liegen". Die beiden gegensätzlichen Bewegungen – Isolierung und Assimilation – die das Judentum in der Diaspora in den 100 Jahren vor Errichtung des Staates charakterisierten, konnten die Gleichberechtigung der Juden vor dem Gesetz und ihren Anspruch auf persönliche Sicherheit in ihren Heimatländern nicht gewährleisten. Aus dem weltweiten Schweigen angesichts der Gräueltaten der Shoah, während diese sich ereignete, wurden die Lehren gezogen. Auch in Eretz Israel, unter dem britischen

<sup>23</sup> Anm. d. Ü.: Grenzstreifen zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten

Mandat zur Errichtung einer jüdischen Heimstatt und Förderung jüdischer Massenemigration ins Land, genossen die Juden nicht den angemessenen Schutz ihrer Sicherheit angesichts der von der örtlichen arabischen Bevölkerung ausgehenden Gewalt. Das Versagen der UNO, den Teilungsplan (November 1947) gegenüber den lokalen Arabern und angesichts der Invasion der arabischen Expeditionsheere durchzusetzen, stärkten die Auffassung, dass der internationalen Gemeinschaft selbst angesichts ihrer eigenen Entscheidungen nicht vertraut werden kann. Diese Kette der Ereignisse schuf die Auffassung, dass selbst derjenige, der die internationalen Entscheidungen akzeptiert, in der Lage sein muss, sich zu verteidigen; dass gegenüber jenen, welche die Errichtung der nationalen jüdischen Heimstatt zu verhindern oder sie später zu vernichten suchen, eine "Eiserne Mauer" (ein von Ze'ev Jabotinsky geprägter Begriff) errichtet werden muss.

Die Sicherheit, nach der sich die jüdische Bevölkerung des Staates Israel sehnt, setzt sich aus drei miteinander verknüpften und sogar einander ergänzenden Aspekten zusammen, die sich hauptsächlich auf die Palästinenser und einen Teil der arabischen und islamischen Welt beziehen:

- Nationale Sicherheit – Verteidigung der Grenzen und Existenz des Staates Israel.
- Persönliche Sicherheit – Verteidigung des Lebens des Bürgers in seinem Alltag innerhalb und außerhalb des Staates Israel.
- Schutz der Identität – Bewahrung der jüdischen Kultur des Staates Israel.

Der Staat Israel hat alle optionalen und aufgezwungenen Kriege überstanden, die ihn während seiner 61-jährigen Geschichte begleiteten und seine territoriale Einheit und Existenz bedrohten. Das Ausscheren Ägyptens und Jordaniens aus dem Kreis der Konfrontation hat die israelische Gesellschaft nicht vom Gefühl der Bedrohung befreit, weil keine endgültigen Regelungen mit den Staaten des Konfliktkreises und mit den Palästinensern getroffen wurden, sowie auf Grund der Befürchtung vor einer Veränderung der Regimes in Jordanien und Ägypten. Die Eroberung des Irak durch die Vereinigten Staaten hat die potenzielle Bedrohung durch dessen Verbindung mit dem schwächeren Syrien beseitigt. Heute wird das Gefühl der Bedrohung der nationalen Sicherheit vor allem von der nuklearen Bedrohung durch den Iran bestimmt. Die Bedrohung durch konventionelle Boden-Boden-Raketen aus Syrien, von der Hisbollah und der Hamas wird nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet, sondern als Faktor, der auch in einem von Israel gewonnenen Krieg hohe Opfer im Hinterland und in

der nationalen Infrastruktur fordern würde.

Die Bedrohung der persönlichen Sicherheit war in den letzten 100 Jahren in Eretz Israel ein integraler Bestandteil des jüdischen Lebens. Auch nachdem der Staat gegründet wurde und es der IDF gelang, nationale Bedrohungen abzuwenden, war der Alltag der Bewohner in unterschiedlichen Mustern und sich verändernden Intensitäten weiterhin Störungen ausgesetzt. Jahre einer besonders hohen Bedrohung der persönlichen Sicherheit waren 1949 und 1956, 1987 bis 1999, und 2000-2003 mit Terroranschlägen, Sachbeschädigung und Diebstahl.

Die Bedrohung der Identität zielt in erster Linie auf zwei Elemente: Verlust der jüdischen Mehrheit durch Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen einer endgültigen Regelung und eine Änderung der Staatsdefinition vom Staat des jüdischen Volkes zum Staat aller seiner Bürger, bei gleichzeitiger Annullierung des Rückkehrrechts für Juden und der jüdisch geprägten nationalen Symbole, wie beispielsweise der Hymne.

## **Welchen Sicherheitsbedrohungen ist Israel ausgesetzt und wie manipuliert das Sicherheitsestablishment sie für seine eigenen Zwecke?**

- Die nukleare Bedrohung gegen Israel wird seit Jahrzehnten als die höchste existenzielle Bedrohung aufgefasst. Sie hat zu militärischen Aktionen Israels gegen Ägypten in den sechziger Jahren, gegen den Irak im Jahr 1981 und gegen Syrien im Jahr 2008 geführt. Die sich entwickelnde nukleare Fähigkeit Irans vor dem Hintergrund seiner militanten Politik wird als die schlimmste und realste Bedrohung aufgefasst. Diese Bedrohung, der Israel möglicherweise mit seiner Luftwaffe entgegentreten wird, setzt ein gewaltiges Budget frei. Sollte aus verschiedenen Gründen ein militärischer Einsatz nicht möglich sein oder sich Israel damit abgeben, mit einem nuklearen Iran zu leben, kann diese Bedrohung nicht mehr als Grund für finanzielle Forderungen herhalten.
- Die Bedrohung durch konventionelle Boden-Boden-Raketen wird nicht als existenzielle Bedrohung aufgefasst, sondern als schwerwiegende Bedrohung des Hinterlandes und der nationalen Infrastruktur. Hier kann die IDF, insbesondere die Luftwaffe, leicht vom Zustand der Bereitschaft auf praktischen Einsatz umschalten. Israel muss gewaltige Gelder in den Schutz des Landes investieren, in den Schutz oder die Verlagerung von Infrastruktur sowie in den Schutz von Militärbasen. Auch endgültige Vereinbarungen mit Syrien, dem Libanon und den Palästinensern werden diesen Prozess nicht unterbrechen, bevor er abgeschlossen ist. Doch der Bedarf nach Geldern würde dann zu Gunsten der



Instandhaltung reduziert.

- Die Gefahr eines konventionellen Krieges ist als gering einzuschätzen, insbesondere angesichts des Ausscherens von Jordanien und Ägypten aus dem Konfliktkreis. Syrien verfügt über nur sehr begrenzte Möglichkeiten, eigene Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Diese Realität ermöglicht es Israel, sich auf einen Konflikt geringer Intensität vorzubereiten und zu rüsten und somit die reguläre Armee und das Reservistenkontingent zu reduzieren.
- Die Bedrohung durch Terror in seinen unterschiedlichen Formen geht vor allem von der Westbank und von Gaza aus. Die entsprechenden Vorbereitungen auf israelischer Seite erfordern die Fertigstellung der Grenzschanzenanlagen mit laufenden Kosten in Höhe von Milliarden Shekeln sowohl für Arbeitskraft als auch für Infrastruktur.

Ohne regionale Friedensverträge bestehen diese Bedrohungen mit unterschiedlicher Intensität und mit Höhen und Tiefen weiter und erfordern eine entsprechende Vorbereitung durch IDF und andere Sicherheitsorgane. Das Verlangen der israelischen Bevölkerung nach fast absoluter Sicherheit angesichts dieser Bedrohungen und seine scharfe Kritik an fehlender Sicherheit erzeugen Druck sowohl auf die Armee, die für die Sicherheit verantwortlich ist, als auch auf den politischen Apparat, der einer Konfrontation mit der IDF, die das Vertrauen der Bevölkerung genießt, aus dem Weg geht.

Indem sich die Armee als Hauptverantwortlicher begreift, schaffen ihre politischen Positionen in Bezug auf Regelungen und Vereinbarungen zuweilen Zwänge, die den Abschluss solcher Verträge erschweren, beispielsweise im Verhältnis der jeweiligen Generalstabschefs zum Friedensvertrag mit Ägypten, zum einseitigen Rückzug aus dem Libanon, zum Rückzug aus Gaza und zur Kontrolle über das Jordantal.

### 3. Kontrolle des Sicherheitsestablishments durch den politischen Apparat

**Lev Grinberg:** Das Fehlen der politischen (zivilen) Kontrolle über die Armee ist ein gemeinsames Interesse des Militärs und des politischen Apparates. Es verleiht der Armee Autonomie und Kontrolle und befreit den politischen Apparat von der Verantwortung für fehlgeschlagene militärische Aktionen. Mit anderen Worten, die fehlende Aufsicht ermöglicht dem politischen Apparat, die Verantwortung für militärisches Versagen in Krisenzeiten von sich abzuweisen und ermöglicht der Armee ansonsten, ihre eigene Politik autonom durchzuführen. Erst wenn beide Apparate an einer zivilen Aufsicht interessiert sind, wird sie

umgesetzt werden können. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft des politischen Apparates, Verantwortung für militärische Fehler zu übernehmen, und der Verzicht des militärischen Apparates auf eine eigenständige Politik im Rahmen der laufenden Sicherheitsvorkehrungen. Unter den heute herrschenden Umständen von unklaren Grenzlinien des Staates, der eine Bevölkerung von Nicht-Zivilisten kontrolliert, sieht es nach einer Fortsetzung des Zustands mangelnder ziviler Aufsicht aus. Selbst wenn zivile Aufsichtsinstanzen eingerichtet würden, so wären sie gegenüber dem Sicherheitsestablishment aufgrund des Sonderstatus der Armee doch weiterhin machtlos. Das Grundproblem ist ein strukturelles: der Mangel an anerkannten Staatsgrenzen, die institutionell in einer übertrieben weitgefassten Autonomie der Armee zum Ausdruck kommt.

**Gabi Sheffer:** Einige der Hauptgründe für die Schwäche der zivilen Aufsicht über die Armee:

- A. An erster Stelle steht die extrem unzulängliche politische Kultur in Israel;
- B. Die relativ große Sympathie, welche die jüdische Bevölkerung nach wie vor der Armee gegenüber empfindet;
- C. Der Glaube an die IDF als effiziente Organisation, deren Fähigkeit, Sicherheitsbelange zu handhaben, unbegrenzt ist;
- D. Die Existenz des Sicherheitsnetzes;
- E. Die Dominanz der israelischen Nachrichtendienste, der Abteilungen des Verteidigungsministeriums und der IDF in der Erstellung von Einschätzungen und Planung im Bereich der Sicherheit;
- F. Die extreme Schwäche der zivilen Behörden – Parteien, Knesset, Regierung, Gerichtswesen und Lokalverwaltungen in allen Bereichen, die vom Sicherheitsnetz und von der IDF kontrolliert werden;
- G. Trägheit in Organisation und Verhalten in diesen Bereichen.

Bei alledem ist eine gewisse Zunahme in der öffentlichen Kritik und den Versuchen, das Sicherheitsestablishment effektiver zu beaufsichtigen, zu spüren. In diesem Zusammenhang wären zu nennen der direkte Kontakt zwischen Bürgern und Wehrdienstleistenden und die daraus folgenden Beschwerden hinsichtlich des Verhaltens der Armee und des Sicherheitsestablishment, das Engagement gesellschaftlicher Organisationen in bestimmten Sicherheitsbereichen und deren Versuch, auf die Politik und das Verhalten dieser Systeme Einfluss zu nehmen. Hinzu kommen die Versuche des Finanzministeriums, die finanzielle Kontrolle über das Sicherheitsestablishment



und die IDF zu verstärken, sowie die Kritik einiger Medien an verschiedenen Sicherheitsapparaten und IDF. Doch können all diese Erscheinungen die Dominanz der Sicherheitsapparate und den Mangel an effektiver ziviler Aufsicht über diese Apparate nicht maßgeblich verringern.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es trotz der wiederholten Behauptungen (in nicht geringem Maße seitens hochrangiger ehemaliger Offiziere, die zum Teil im Sicherheitsnetz aktiv sind), die wichtigen Entscheidungen würden vom politischen System und insbesondere von den Premierministern und Verteidigungsministern getroffen, de facto doch die Leute des Sicherheitsnetzes sind, die militärische Aktionen planen und zu deren Umsetzung drängen. Dies gilt für einige der Kriege, die Israel geführt hat, sowie für militärische Aktionen in unterschiedlichen Situationen, einschließlich solch kritischer Unternehmungen wie der Angriff auf den irakischen Nuklearreaktor zu Beginn der 80er Jahre. Die von den zumeist mit dem Sicherheitsnetz verknüpften Premierministern und Verteidigungsministern in letzter Zeit erteilten Freigaben stellen keine wirklich eigenen Entscheidungen dar. In den meisten Fällen werden kritische Entscheidungen von den Mitgliedern des Sicherheitsnetzes getroffen.

**Kobi Michael prüft die Frage der zivilen Aufsicht über das Sicherheitsestablishment im Zusammenhang mit Kriegen:**

### **Die zivile Aufsicht im Kriegstest**

Kriege zählen zu den komplexesten und gefährlichsten Herausforderungen für den politischen Apparat eines demokratischen Staates. "Das Führen moderner Kriege ist eine überaus komplexe Spezialisierung, die ein breites theoretisches und wissenschaftliches Wissen erfordert." (Tamari, 2007, 40). Zugleich ist ein Krieg der ultimative Ausdruck militärischer Professionalität. Das Militär ist gefordert, den wichtigsten potenziellen Auftrag zu erfüllen, nämlich den Sieg, dessen Zweck die Gewährleistung der Verteidigung der Nation und ihrer essenziellen Interessen (wie vom gewählten politischen Apparat definiert) vor äußeren Bedrohungen ist (Huntington, 1957; Kohn, 1997). Doch auch in einem solchen Fall ist und bleibt die Armee ein Instrument in Händen des politischen Apparates, und die militärische Aktion muss ein dem politischen Ziel untergeordnetes Mittel bleiben.

Diese Logik diktiert zwangsläufig die Vorrangigkeit der zivilen Aufsicht über das Militär. Eine solche Vorrangigkeit ist nicht allein statutorisch oder hierarchisch und darauf ausgerichtet, den Gehorsam des militärischen Apparates gegenüber dem zivilpolitischen Apparat zu gewährleisten; vielmehr

bedeutet sie die Vorrangigkeit des politischen Denkens gegenüber dem militärischen Denken. Eine solche Vorrangigkeit erfordert eine strategisch-intellektuelle Führung und ein umfassendes Verständnis der militärischen Handlung sowie deren Konsequenzen für die politische Arena. Ein mangelhaftes Verständnis dieses komplexen Themas und eine mangelnde Fähigkeit an strategischem Denken könnten den politischen Apparat dazu verleiten, Bedrohungen und Kriegsziele falsch und in nicht sachgemäßer Weise zu definieren oder die vom militärischen Apparat gelieferte Definition der Kriegsziele auf unkontrollierte Weise und unter Umkehrung der Abhängigkeiten zwischen den Apparaten zu übernehmen (Michael, 2007c).

Der Zweite Libanonkrieg ist eines der besten Beispiele für die zentrale Rolle der "militärischen Weisheit" im israelischen Ethos sowie im Entscheidungsprozess des politischen Apparates in der Auseinandersetzung mit Bedrohungen. Dort führte die Glorifizierung der "militärischen Weisheit" zwangsläufig zu einer Schwächung und möglicherweise zu einer Atrophie im politischen Denken in Israel. Dieses passte sich zusehends dem Sicherheitsdenken an, das in Israel mit militärischem Denken gleichgesetzt wird, und das wiederum die Grundlage des politischen Militarismus bildet, der den Einsatz militärischer Macht als Mittel zur Lösung politischer Probleme gutheißt.

Bei Mangel der erforderlichen Wissensbasis wächst die Wahrscheinlichkeit des negativen Einflusses falscher Auffassungen auf die Einschätzung militärischer und anderer Bedrohungen. Politische Manipulationen werden so möglicherweise zu einem gestaltenden Element bei der Definition von Bedrohungen. Politische Erwägungen können politische Führer dazu bringen, das Gefühl der Bedrohung zu verstärken, um damit politische Unterstützung zu gewinnen oder um politische Gegner und eine amtierende Regierung anzugreifen. Die iranische Bedrohung, von den meisten Israelis als überaus real und existenziell empfunden, wird auf verschiedene politische Fronten ausgeweitet, wenn israelische Politiker vor der iranischen Präsenz im Gazastreifen<sup>24</sup> warnen und andere vor der Rückgabe der Golanhöhen an die Syrer, die, so das Argument, das Tor zu einer iranischen Präsenz in dem Gebiet öffnen würde.<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Ein herausragendes Beispiel für diese Erscheinung sind die Äußerungen des Knessetabgeordneten Yuval Steinitz, die im Kommentar von Joel Markus zitiert werden, "Trotz der Hamas", **Haaretz**, 11. März 2008: Der Knessetabgeordnete Yuval Steinitz, ehemaliger Vorsitzender des Außen- und Sicherheitskomitees, sagt, was Israel heute nicht tut (das heißt: Einmarsch und Besetzung von Gaza), sei Selbstmord. "Wir ermöglichen dem Iran, im Herzen des Landes Fuß zu fassen und eine Basis für den Abschuss von Langstreckenrakete zu errichten... wenn wir uns damit abfinden, ist unsere nackte Existenz in Gefahr".

<sup>25</sup> Minister Shaul Mofaz sagte als Leiter einer israelischen Delegation nach





Wenn es der amtierenden politischen Führung nicht gelingt, angemessene Antworten anzubieten und Führungskraft zu beweisen und sie stattdessen "strategische Hilflosigkeit" an den Tag legt, entsteht ein Vakuum, in das der Militärapparat hineingezogen wird, der in Notsituationen als Quelle der Autorität und Erlösung sowie als ein professioneller Faktor begriffen wird, der in der Lage ist, bei einem zunehmenden Gefühl der Orientierungslosigkeit die richtige Antwort zu liefern (Michael, 2007b). In einer solchen Situation entsteht zwischen den verschiedenen Ebenen jene kulturell-intellektuelle Symbiose, deren soziale und ideologische Merkmale Kimmerling ausführlich beschreibt (Kimmerling, 2001; Kimmerling, 2003).

Der Winograd-Kommission<sup>26</sup> ist es in ihrem veröffentlichten Zwischenbericht offensichtlich gut gelungen, die Erscheinung und das Ausmaß der Asymmetrie in der israelischen Realität zu beschreiben, indem sie feststellt, "der dominanteste professionelle Faktor in Israel für politisch-militärische Angelegenheiten ist die Armee" (Winograd-Bericht, 2007, S. 110). Der Bericht der Kommission identifiziert das Problem als ein grundlegendes strukturelles Problem, als eine Folge der relativen Macht der Planungs-, Stabs-, nachrichtendienstlichen und Einschätzungsmechanismen der Armee gegenüber der außerordentlichen Schwäche dieser Mechanismen im politischen Apparat" (ebd. S. 111). Er ignoriert jedoch die historischen Hintergründe und den kulturellen Zusammenhang, die dem israelischen Ethos zu Grunde liegen.

Eines der herausragenden Merkmale dieses Ethos ist die zentrale Stellung der Armee im israelischen Selbstverständnis und im öffentlichen Bewusstsein (Michael, 2008). Diese Feststellung taucht in öffentlichen Umfragen immer wieder auf, insbesondere im Demokratie-Index von Ascher Arian und im mehrjährigen Friedens-Index auf.<sup>27</sup>

Washington, dass die Abtretung der Golanhöhen an Syrien mit einer iranischen Präsenz auf den Golanhöhen gleichzusetzen ist. "Wenn die Iraner bereits mit einem Fuß im Süden Libanon und im Gazastreifen stehen, werden sie auch einen Fuß auf den Golanhöhen haben. In einer solchen Realität stellen die Golanhöhen einen strategischen Wert dar, den man nicht an die Syrer abgeben darf". [www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-3537162,00.html](http://www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-3537162,00.html)

26 Anm. d. Üb.: Kommission unter dem Vorsitz des Richters a. D. Eliyahu Winograd, die den Ablauf der Entscheidungsprozesse vor und während des Zweiten Libanonkriegs 2006 zu untersuchen hatte.

27 Siehe Ascher Arian, David Nahmias, Doron Navot und Daniel Shani, **Demokratie-Index 2003**, Jerusalem, Verlag des Israelischen Demokratie-Instituts, 2003. Efraim Ya'ar und Tamar Herman, **Friedens-Index Februar 2005**: "Das Vertrauen in die IDF ist höher als in jede andere Organisation und die häufigste Einschätzung lautet, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung der nationalen Politik angemessen ist, das heißt, nicht zu stark und nicht zu schwach... wir haben das Ausmaß des Vertrauens der Bevölkerung in die verschiedenen Institutionen des Staates untersucht. Unter den Juden zeigen die Ergebnisse wie in der Vergangenheit, dass die IDF das höchste Vertrauen genießt – 73% volles Vertrauen und 21% ziemliches Vertrauen, insgesamt 94%. An zweiter Stelle

In der absoluten Mehrheit der Fälle, fast schon in einer Art Tradition, hat der militärische Apparat keinerlei Konkurrenz zu fürchten. Die hochentwickelte Arbeit des Armeestabs macht ihn zum fast einzigen professionellen Stab der Regierung. Im Grunde, so die Winograd-Kommission, "fanden wir außer der IDF kein professionelles Organ, das die Situation wirklich analysierte, Reaktionsalternativen prüfte und sie dem politischen Apparat auf den Tisch legte... insofern war es (wieder) allein die Armee, die als professioneller Stab der Regierung fungierte" (Winograd-Bericht, S. 123). Schlimmer noch ist, dass dieser strukturelle Vorteil auch zu einem realen Vorteil wird, nämlich wenn der Militärapparat zum einflussreichsten Faktor für die Entscheidungsprozesse wird, wobei die Regierung, ihre Ministerien und Experten fast völlig außer Acht gelassen werden (ebd., S. 128). Die Asymmetrie im Dialog zwischen den Apparaten nimmt in bestimmten Fällen geradezu absurde Formen an, wenn der militärische Apparat den strategischen Sinn und die Ziele des Krieges für den politischen Apparat definiert (Aussage des Generalstabschefs Halutz, Winograd-Bericht, S. 56).

Die von der Winograd-Kommission beschriebene Realität ist ein wahrheitsgetreuer Spiegel der Freiheit, die sich der politische Apparat bei Verzicht auf die eigene Verantwortung für die Analyse des strategischen Umfelds und der Bedrohungen, bei der Definition der politischen Ziele und deren Umsetzung in klare Anweisungen an den militärischen Apparat, nimmt. Unter den Bedingungen eines "intellektuellen Vakuums" im politischen Apparat wird die politische Führung schwach und hohl. In dieses Vakuum wird der militärische Apparat mit seinen ausgeklügelten Argumentationen "hineingezogen", wobei dessen Argumente fast ausschließlich militärischer Natur sind.

Das Problem wird umso schlimmer, wenn an der Spitze des Militärapparates, der sich dieses Vakuums bemächtigt, ein charismatischer militärischer Führer steht, dem es kraft seiner Persönlichkeit und seiner Führungsstärke gelingt, den politischen Apparat "lahm zu legen". Ein charismatischer militärischer Führer, den der politische Führer ebenfalls als brillant und mit

– obgleich mit erheblichem Abstand – befindet sich das Oberste Gericht mit 43,5% vollem Vertrauen und 31,5% ziemlichem Vertrauen, insgesamt 75%. Die wichtigsten politischen Institutionen genießen alle erheblich weniger Vertrauen – die Regierung genießt das volle Vertrauen von 12% und ziemliches Vertrauen von 33% der Bevölkerung, insgesamt etwa 45%".

In diesem Zusammenhang ragen insbesondere die Ergebnisse des Friedens-Index vom Monat Mai 2007 heraus, die nach der Veröffentlichung des ersten Berichts der Winograd-Kommission und der Zeugenaussagen der hochrangigen Personen, die vor ihr erschienen waren, veröffentlicht wurden. Die israelische Bevölkerung bringt dem politischen Apparat ein tiefes Misstrauen entgegen, das insbesondere im Vergleich mit dem außergewöhnlichen Vertrauen in die militärische Führung auffällt". **Friedens-Index bei 2007** - [www.tau.ac.il/peace](http://www.tau.ac.il/peace)

umfassenden militärischen Wissen versehen betrachtet, kann den politischen Apparat dazu verleiten, seine Empfehlungen (Michael, 2008) sowie seine Definitionen der Bedrohungen zu übernehmen, mit denen sich der Staat auseinandersetzen muss. Und tatsächlich hat "der Generalstabschef persönlich" im Zweiten Libanonkrieg "eine überaus zentrale, fast ausschließliche Rolle gespielt, indem er die Initiative zur Erfüllung der militärischen Operation anführte..." (Winograd-Bericht, S. 141). So wichtig war seine Rolle, dass selbst höchstrangige Minister wie gelähmt waren. "Eine Abstimmung dagegen [die Entscheidung, in den Krieg zu ziehen], wurde in dieser Phase bereits als schlechter Stil empfunden", stellte die Außenministerin in ihrer Aussage vor der Winograd-Kommission fest (Aussage der Ministerin Livni vor der Kommission, S. 12).

Dem politischen Apparat in Israel mangelt es (freiwillig) an der Fähigkeit und an der institutionellen zivilen, Wissen generierenden Infrastruktur,<sup>28</sup> die systematische und tief greifende Alternativen zur militärischen Wissensbasis im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt und der Art seiner Führung entwickelt. Insofern fehlt dem politischen Apparat auch dann, wenn er der Interpretation des militärischen Apparates hinsichtlich des Aktionsumfeldes und seiner Empfehlungen zustimmt, die reale Fähigkeit, eine angemessenere Alternative anzubieten. Das militärische Wissen, umgesetzt in ein hoch entwickeltes konzeptuelles System, wird zur gemeinsamen Wissensbasis des politischen und des militärischen Apparates und somit im Grunde zur wichtigsten relevanten Wissensbasis zur Identifizierung und Einschätzung von Bedrohungen überhaupt (Michael, 2007b; Michael 2007c). "In wichtigen das Militär betreffende Fragen, wie beispielsweise eine sich über ein oder mehrere Jahre erstreckende Lageeinschätzung oder Sicherheitspolitik findet teilweise ein Diskurs statt, der sich durch nichts von einer Präsentation der Armee mit den entsprechenden Fragen unterscheidet und nicht ausgeschöpft wird. Die Fertigkeit des Militärs bei der Erstellung einer schönen und überzeugende Präsentation verleiht ihrer Position von vornherein einen Vorteil" (Ya'ari, 2004, 34).

Das wesentliche Element der Wechselbeziehung von politischem und militärischem Apparat liegt in der Tiefe und Qualität des Diskurses, der zwischen ihnen stattfindet, denn die Begegnung der beiden Apparate

sollte als intellektuelle Begegnung der verschiedenen Wissensbasen, der politischen und der militärischen, definiert werden. Sinn und Zweck der Begegnung ist die Perfektionierung des Wissens zwecks Maximierung der Synchronisation zwischen den militärischen und den politischen Bemühungen, der Rationalisierung der militärischen Aktion zu Gunsten der Umsetzung des politischen Ziels des Krieges (Michael, 2008). Die zivile Aufsicht erfüllt in diesem Fall die Aufgabe, den Einfluss des militärischen Apparates auf das politische Ziel insoweit zu reduzieren, dass der Beitrag einer militärischen Aktion zur Förderung des politischen Ziels maximiert und der Teil des Einflusses des militärischen Apparates, der den politischen Zwecken nicht dient, reduziert wird. Doch in einer Realität deutlicher Asymmetrie zu Gunsten des militärischen Wissens und eines politischen Apparates, der praktisch ohne jedes Wissen in diese Begegnung hineingeht und dessen politisches Denken in Richtung des militärischen Denkens tendiert, nimmt der militärische Apparat die Position einer epistemischen Autorität ein. Dies wiederum führt zu informationsbedingter Abhängigkeit des politischen Apparates von den Informationen des militärischen Apparates und zum Ausschluss des politischen Apparates von Informations- und Wissensquellen, die zu jener des Militärs als Alternative dienen könnten (Michael, 2007b). Das Ergebnis ist die Vereinnahmung der Diskurse zwischen den Apparaten<sup>29</sup> durch das Militär und ein fast völliger Zusammenbruch wesentlicher ziviler Aufsicht angesichts der grundlegenden, wohlfundierten und überzeugenden Argumentationsfähigkeit des militärischen Apparates.<sup>30</sup>

Da in Fragen von Frieden und Krieg ein offener und fruchtbarer politisch-militärischer Dialog von höchster Wichtigkeit ist, geht es darum, die Gedankenfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung der höchsten militärischen Befehlsebene, die das Gespräch mit dem politischen Apparat führt, nicht einzuschränken: "... dass die Grenze zwischen den zivilen und militärischen Apparaten... in den Bereichen der Verantwortung und Autorität verläuft, nicht im Reich des Geistes und der Gedanken..." (Tal, 1996, 104). Doch unter den Bedingungen eines professionellen und psychologischen Vorteils des militärischen Apparates und in Ermangelung der Fähigkeiten und Kenntnisse des politischen

28 Eine ausführlichere Besprechung der Angelegenheit der mangelnden Wissensbasis des politischen Apparates im Zusammenhang mit den Aufgaben der Armee, ihrer Struktur, der Lehre der Kriegsführung und seiner Verantwortungsbereiche siehe den umfassenden Aufsatz von Abi'ezer Ya'ari, "Die zivile Aufsicht über die Armee in Israel", Jaffe-Zentrum für Strategische Studien, Memorandum 72, Oktober 2004, Seiten 23, 25, 28, 30, 32, 34-35. (Nur in Hebr.)

29 Zur Bedeutung des "Gesprächsrahmens" als organisierender Begriff in der Beziehung zwischen dem politischen und dem militärischen Apparat, siehe ausführlich: Michael C. Desch, "Bush and the Generals", *Foreign Affairs*, May/June 2007.

30 Zur theoretischen Entwicklung des Wesens der Argumentation und ihrer militärischen Normen auf der Basis der Erfahrung der Amerikaner, siehe ausführlich: Cori Dauber, "The Practice of Argument: Reading the Condition of Civil-Military Relations", *Armed Forces & Society*, Heft 24, Ausgabe 3, 1998, S. 435-446.



Apparates, eine Stabsarbeit zu leisten, die der Stabsarbeit des Militärs in Niveau und Qualität ebenbürtig ist, besteht die Gefahr, dass das offene Gespräch zwischen den Gruppen, zwischen denen nur eine diffuse oder fast gar nicht vorhandene Grenze verläuft, die Grenzen zwischen den Bereichen Verantwortung und Autorität verwischt. Unter solchen Bedingungen kann sich die Vereinnahmung der Definition von Bedrohungen, nationalen Interessen und politischen Zielen durch professionelles militärisch-strategisches Denken als gefährlich erweisen (Williams, 1999). Eine solche Verwischung der Grenzen kann zur Einmischung des Militärs in politische Verantwortungsbereiche führen, die Autorität des politischen Apparates untergraben und in bestimmten Fällen das Erreichen des politischen Ziels und dessen Umsetzung behindern.

**Yaakov Amidror:** Umfang und Elemente der Aufsicht sind fast vollkommen von der Bereitschaft der zivilen Organe zum Engagement abhängig. Wenn Zivilisten es vorziehen, ihre Pflicht zu ignorieren oder keine detaillierten Informationen fordern und das Militär in einer gegebenen Situation Entscheidungen treffen muss, so wird es diese Entscheidungen mit schweigender Zustimmung der Bürger treffen. Diese Freiheit ist jedoch eine Konsequenz der Schwäche der Bürger, nicht einer Neigung seitens der Armee, Entscheidungen zu treffen, die nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen. In kritischen Punkten wie das Überschreiten einer Grenzlinie, grenzüberschreitendem Feuer und so weiter – also Situationen, die eine Verletzung der Souveränität eines Nachbarstaates berühren – verfügt das Militär über keinerlei Entscheidungsfreiheit.

Sowohl in der offen zutage tretenden als auch in der verschleierte militärischen Kultur gibt es keine Frage hinsichtlich der klaren und absoluten Unterordnung der Armee unter den politischen Apparat. Das militärische System realisiert diese Tatsache intern auf allen Ebenen und setzt sie bei allen Gelegenheiten während der Ausbildung, Fortbildung oder in unklaren Situationen um. Das Militär empfindet auch Situationen von Meinungsverschiedenheiten mit dem politischen Apparat nicht als Konflikt. Es ist keine Frage, wer am Ende des Prozesses die Entscheidung fällt. Das Militär kann versuchen, seine Vorteile als Organisation zu nutzen, da es in diesem Bereich vor allem im Vergleich mit der Schwäche anderer Regierungsinstitutionen über gute Stabsarbeit verfügt. Das Militär kann die Ignoranz der Entscheidungsträger ausnutzen, die in vielen Fällen über keinerlei Kenntnisse in dem Bereich verfügen, über den sie zu entscheiden haben. Es kann auch die Tatsache ausnutzen, dass es letztlich die Verantwortung für die Umsetzung trägt. Doch wird es niemals die Autorität

des Entscheidungsträgers oder die Tatsache, dass es seine Auffassung der Entscheidung des zuständigen zivilen Organs anzupassen hat, infrage stellen. Gelegentlich, in unklaren Situationen (beispielsweise, wenn der Wortlaut einer Entscheidung nicht eindeutig ist), können hochrangige Offiziere, die sich an dem Ort befinden, an dem die Situation und die entsprechende Entscheidung auszulegen sind, in einer Art und Weise handeln, die nicht ausdrücklich mit der politischen Entscheidung übereinstimmt. Doch bleibt dies stets die Ausnahme und erfolgt nicht im deutlichen Widerspruch zur politischen Entscheidung. Jeder eindeutige Fall einer Nichteinhaltung einer politischen Entscheidung führt zur Absetzung des entsprechenden befehlshabenden Offiziers, und die gesamte Armee wird einer solchen Absetzung widerspruchslos zustimmen.

In der letzten Zeit waren wir Zeugen zweier Entscheidungen, die jeder sicherheitstechnischen Logik entbehrten. Im einen Fall stellte sich die Armee klar dagegen. Durch die zweite Entscheidung gelangte sie in eine Situation der Konfrontation mit den Bürgern des Staates in einer Art und Weise, die ihre Existenz gefährdeten. Trotzdem setzte die Armee die Entscheidung der Politiker um (die Armee widersetzte sich der Räumung der Philadelphi-Achse im Gazastreifen und fühlte sich extrem unkomfortabel mit der Aufgabe der Räumung der jüdischen Bewohner aus ihren Häusern im Gazastreifen). Die Durchführung dieser beiden Unternehmungen kann den Zweiflern als weiterer Beweis für die absolute Unterordnung des Militärs unter politische Entscheidungen dienen, die es auch dann durchführt, wenn sie weitab jeglicher militärischer Logik anzusiedeln sind.

**Shaul Arieli:** Die zivile Aufsicht ist insbesondere in Bezug auf zwei Merkmale erforderlich, die Israel von anderen Demokratien unterscheiden:

- A. Die Kontrolle über die Kanäle, durch die sicherheitsrelevante Informationen und Kenntnisse fließen.
- B. Die einzigartige Fähigkeit zu geregelter, auf einer organisatorischen Erfahrungsgeschichte und auf hohen professionellen Fähigkeiten im Bereich der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Beziehungen beruhenden Stabsarbeit.

Diese Vorteile gegenüber der Schwäche des Außenministeriums, des Regierungsssekretariats und des Nationalen Sicherheitsrates, verpflichten zur Gewährleistung, dass dem politischen Apparat und den Aufsichtsorganen ein vollständiges, neutrales und mit echten Alternativen versehenes Bild zur Verfügung gestellt wird. Meiner Ansicht nach wird diese Anforderung nicht durchgehend und in der

erforderlichen Regelmäßigkeit erfüllt.

Die zivile Aufsicht über das Militär stützt sich auf vier Hauptkategorien: die Regierung mittels des Verteidigungsministers, die Knesset mittels ihrer Ausschüsse, insbesondere des Außen- und Sicherheitsausschusses und seinen Unterausschüssen, der Präsident des Rechnungshofes sowie das Oberste Gericht in seiner Funktion als Oberster Gerichtshof.

- Die Kategorie mit der wichtigsten und effektivsten Aufsicht ist die des Verteidigungsministers. Diese Effizienz ist abhängig von seinen persönlichen Fähigkeiten und von seiner Kenntnis der Armee und des Verteidigungsministeriums; von seiner persönlichen Fähigkeit, die wichtigsten Funktionen seines Ministeriums – stellvertretender Verteidigungsminister, Geschäftsführer des Ministeriums, Armeesekretär, Vorsitzender des sicherheitspolitischen Stabes, Stabschef, Kontrollausschuss und Beschwerdestelle für Soldaten – anzuregen und zu stützen, sowie von der Stärke seiner politischen Position gegenüber dem Premierminister, um der häufig auftretenden Tendenz von Premierministern und Generalstabschefs, zu versuchen, den Verteidigungsminister zu umgehen, entgegenzutreten. Mit diesen Fähigkeiten ausgestattete Verteidigungsminister schufen eine positive Einstellung und Kooperationsbereitschaft der Armee gegenüber der Aufsicht, und die Anerkennung des Verteidigungsministers als Vertreter der Armee. Dies führte letztendlich zu einer wirksameren Aufsicht über die Armee.
- Die Wirksamkeit des Außen- und Verteidigungsausschusses ist abhängig von seiner personellen Zusammensetzung, von seiner Fähigkeit, dem ihr von der Armee vorgelegten Standpunkte etwas entgegenzusetzen, von der Beziehung zum Generalstabschef, zum Verteidigungsminister, zu dessen Stellvertreter, zum stellvertretenden Geschäftsführer und zu dessen Armeesekretär. Die Fähigkeit all diese Personen, dem Ausschuss Informationen vorzuenthalten und die dem Ausschuss und seinen Unterausschüssen vorgelegten Informationen zu verbessern, ist überaus hoch. Das einzige Mittel, das dem Ausschuss zur Verfügung steht, ist die von ihm benötigte Unterstützung des Verteidigungshaushaltes.
- Der Präsident des Rechnungshofes, dem ein gut entwickelter und gut fundierter Kontrollmechanismus zur Verfügung steht, der gewährleisten kann, dass Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit von seinen Erkenntnissen erfahren. Seine Fähigkeit, die Umsetzung dieser Erkenntnisse vollumfänglich

und innerhalb des festgelegten Zeitrahmens durchzusetzen, ist gering.

Durch den dem Obersten Gerichtshof eigenen Aktivismus trifft die IDF auf die Zwänge des Gesetzes auch im Rahmen operativer Aktivitäten, insbesondere in Bezug auf die Ereignisse in den Gebieten. Nicht selten wird sich die IDF Zeit nehmen, Urteile des Obersten Gerichtshofs umzusetzen. Doch erfolgt dieses Handeln nicht ohne Rückendeckung und Koordination mit dem Verteidigungsminister und dem Premierminister.

**Tamar Malz-Ginsburg** präsentiert eine andere Position und argumentiert, dass eine zivile Aufsicht über die Armee in der Tat existiert:

Es ist wichtig anzumerken, dass in Israel die Norm, wonach Armeeingehörige das Prinzip der Unterordnung des Militärs unter die zivile Autorität verstehen und anerkennen, bewahrt bleibt. Es gibt jedoch auch Erscheinungen, die Fragen zur Trennung zwischen den Apparaten aufwerfen. Eine dieser Erscheinungen ist der Einstieg von Armeeingehörigen in die Politik, ohne zuvor eine Übergangsperiode, einen "Abkühlungszeitraum", abzuwarten. Bei dieser Erscheinung stellt sich die Frage, ob sie zur Stärkung der militärischen Auffassung innerhalb der zivilen politischen Führung beiträgt oder eher, aufgrund der Kenntnis der militärischen Vorgehensweise bei jenen in die Politik abgewanderten ehemaligen Ex-Militärs, die von der zivilen Autorität ausgeübte Aufsicht über die Armee aufwertet.

Eine weitere Erscheinung hängt mit der Position der IDF als Organisation zusammen, die de facto das Monopol über die Interpretation von Situationen in den Händen hält. Aus diesem Grunde erhalten sowohl die Entscheidungsträger als auch die Öffentlichkeit im allgemeinen eine Interpretation der Realität, die nur einen einzigen Aspekt ausleuchtet und hervorhebt, nämlich einen Überblick, der sich auf die gegen den Staat Israel gerichteten Bedrohungen konzentriert. Es darf jedoch angenommen werden, dass die Realität auch noch andere Aspekte umfasst.

Gegenüber Argumenten hinsichtlich eines Mangels an Aufsicht und der wachsenden Einmischung des Militärs (bis hin zur Behauptung, der Staat Israel sei im Grunde eine Armee mit einem Staat und nicht umgekehrt),<sup>31</sup> sind auch andere Argumente zu hören, die auf eine entgegengesetzt ausgerichtete Tendenz hinweisen. So sagt beispielsweise Stuart Cohen, dass

31 Siehe auch die Kritik von Reuven Pedatzur, "Ein Staat unter Generalmobilmachung", Haaretz, Buchmagazin, 3. Juni 2009, S. 12, zum Buch "Eine Armee, die einen Staat hat: ein neuer Blick auf die Beziehungen im militärischen und zivilen Bereich", Herausgeber Gabriel Sheffer, Oren Barak und Amiram Oren, Jerusalem, Verlag Carmel, 2009. (Nur in Hebr.)





in der Beziehung zwischen dem Militär und dem politischen Apparat eine maßgebliche Veränderung eingetreten ist, dass diese Veränderung jedoch eher auf eine verstärkte Einmischung des zivilen Apparates in die Vorgänge innerhalb der Armee hinweist. Cohen behauptet, "dieser Prozess, der mit der Entwicklung einer besser informierten zivilen Gesellschaft begonnen hat, die ihre Konventionen überprüft, wurde infolge der zentralen Bedeutung militärischer Aktionen im Rahmen von Kriegsführung niedriger Intensität (Low Intensity Warfare) auf der Tagesordnung der IDF-Truppen und infolge innerer Reformen der Struktur der militärischen Organisation und ihrer Zusammensetzung beschleunigt.... die IDF von heute leidet unter Verlust ihrer Autonomie, und es besteht die Gefahr ihrer absoluten Unterwerfung unter dem zivilen Apparat; es besteht die Gefahr eines ‚umgekehrten Putsches“.<sup>32</sup>

#### 4. Ist Israel ein militaristischer Staat?

**Kobi Michael:** In den westlichen Demokratien wird der Begriff des Militarismus zumeist in einem negativen und bedrohlichen Zusammenhang aufgefasst, der Aspekte der Anwendung von Macht und Gewalt zur Auseinandersetzung mit politischen Problemen verkörpert. Der Begriff wird auf vielfältige Weise definiert. Eine der meines Erachtens erschöpfenden Definitionen ist jene Shaws, der Militarismus als den "Einfluss der militärischen Organisation und Werte auf die gesellschaftliche Struktur" (Shaw, 1993) bezeichnete.

Israel gilt aufgrund seiner Sonderstellung als Demokratie unter andauernder existenzieller Bedrohung und einem Leben im Schatten von Kriegen und gewalttätigen Auseinandersetzungen seit seiner Gründung – eine Realität, in der das Militär eine zentrale Rolle spielt und einen besonderen Status innehält – als herausragendes Objekt des Interesses und der Forschung in diesem Bereich. Israelische Forscher wie Uri Ben-Eliezer, Yagil Levi, Yoram Peri, Moshe Lisk, Yehuda Ben-Meir und andere, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, waren in diesem Bereich herausragend und legten im Laufe der Jahre einige überaus wichtige Grundsteine in dieser Disziplin.

Die Auseinandersetzung Kimmerlings mit diesem Begriff ist komplexer. Seiner Definition zufolge entspringt der Militarismus einem kulturellen,

kognitiven und Verhaltensmuster in der militärischen Existenz. Er spiegelt das militärische Denken und ein interpretierendes Begriffssystem für gesellschaftliche Prozesse wie auch für die Wege der Einmischung und Entscheidungsfindungsprozesse oder, mit anderen Worten, die Sichtweise der Realität. Seiner Ansicht nach steht Militarismus für Hierarchie, Autorität und vor allem den Einsatz militärischer Gewalt als Problemlösungsmuster (Kimmerling, 1992, S. 125-130). Den Aspekt der Gewaltanwendung beschrieb Ben-Eliezer wie folgt: "Es handelt sich um eine kulturelle Erscheinung, die auf die Existenz und zuweilen auch auf die Durchsetzung einer Auffassung von der Realität, wonach Krieg oder organisierte Gewalt eine richtige und angemessene Lösung politischer Probleme darstellt, hinweist" (Ben-Eliezer, 1995, 20).

Die verschiedenen Definitionen des Begriffes erfordern eine Unterscheidung zwischen bestimmten Arten des Militarismus. Zunächst sollte grundsätzlich unterschieden werden zwischen Militarismus als Denk- und Verhaltensweise einerseits und seinem Auftreten auf Regime-Ebene andererseits (ein Regime herrschender Generäle oder einer militärischen Junta). Ben-Eliezer unterscheidet zwischen kulturellem oder ideologischem Militarismus und Praetorianismus (Ben-Eliezer, 1995, 124). Die von Kimmerling gemachte Unterscheidung ist etwas komplexer, indem sie drei typische Merkmale des Militarismus aufweist:

1. **Die aggressiv-politische Dimension**, die in der reinen Existenz eines direkten oder indirekten lang andauernden Militärregimes zum Ausdruck kommt, wobei sich das Regime auf die Unterdrückungsmacht der Armee stützt.
2. **Die kulturelle Dimension** findet ihren Ausdruck in der Zentralität der Armee in der Erfahrung und kollektiven Identität sowie in der Verkörperung des reinen Patriotismus.
3. **Die kognitive Dimension**, das strukturelle und kulturelle Eindringen des Militarismus in das allgemeine Stimmungsbild (Kimmerling, 1993, 125-130).

Es scheint, als forme sich in Israel infolge seiner besonderen Stellung als Demokratie unter dauerhafter Bedrohung ein für diesen Staat besonderer Militarismus, der die üblichen theoretischen Differenzierungen in Bezug auf diesem Begriff infrage stellt. Generell lassen sich in der Literatur zu diesem Thema zwei zentrale Schulen unterscheiden. Die eine, vertreten von Forschern wie Baruch Kimmerling, Uri Ben-Eliezer, Yagil Levi und andere, stellt die israelische Gesellschaft als eine militaristische Gesellschaft dar, in welcher der politische Apparat einen Ansatz vertritt, der sich auf

<sup>32</sup> Stuart A. Cohen, Übertriebene Unterwerfung der IDF? Veränderungen im Beziehungsgeflecht zwischen dem zivilen Apparat und der Armee in Israel, Gedanken zur Sicherheit im Nahen Osten S. 64, Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien, Bar-Ilan-Universität, Februar 2006, S. 16-17. (Nur in Hebr.)

Prinzipien militärischen Denkens und militärischer Denkmuster stützt. Die andere, vertreten von Forschern wie Feiner, Perlmutter, Moshe Lisk, Dan Horowitz und Yoram Peri, sieht die israelische Gesellschaft als eine pluralistische Gesellschaft, in welcher das Militär sensibel für soziale Prozesse ist und von ihnen beeinflusst wird und gleichzeitig komplexe und vielfältige Interaktionen mit dem politischen Apparat und weiteren Spielern in der Gesellschaft unterhält.

Nach Ansicht Kimmerlings entsteht Militarismus durch "...die Existenz von Kriegen und verschiedene Arten ziviler Beteiligung am Dienst in der Armee und in anderen Sicherheitsorganen .... wobei im israelischen Zusammenhang der größte Teil der Bevölkerung den militärischen Filter durchläuft" (Kimmerling, 1993, 25). Kimmerling stellt in seinem Aufsatz über den Militarismus in Israel die These auf, der Militarismus sei auch eine der Quellen für die Entstehung eines Interesses an der Fortsetzung des israelisch-arabischen Konfliktes. Der zivile Militarismus wirke als Element zur Verwischung der Grenzen zwischen dem militärischen Bereich und dem zivilen Bereich, und verkörpere für den politisch-zivilen Apparat ein Mittel zur Erlangung der hegemonialen Kontrolle (ebd., 131). Der Begriff "**Sicherheit**" wurde zum Kernbegriff im Lexikon zur Interpretierung der Realität. Ben-Eliezer verwendet den Begriff "**Volk in Uniform**", den er als Mechanismus zur Überbrückung und zur Versöhnung zwischen der demokratischen und liberalen Struktur der Gesellschaft und dem Militär einordnete; wobei die Einmischung des Militärs in zivile Bereiche nicht zu einer Zivilisierung der Armee sondern eben gerade zu einer Militarisierung der Gesellschaft führe.<sup>33</sup>

Israel durchläuft zwar Veränderungen und verwandelt sich in eine Gesellschaft mit neoliberalen Merkmalen; vielleicht entwickelt sich in ihr sogar eine ausdrücklich zivile Ausrichtung. Doch darf bezweifelt werden, dass diese Änderungen ausreichen, um kulturelle Muster zu verändern, die das Militär und umsetzbare militärische Lösungen in den Mittelpunkt einer jeden Politik stellen und bei Abwesenheit signifikanter antimilitaristischer Kräfte ein Gegengewicht zur Macht des Militärs und zu seinem politischen Engagement bzw. zu seiner de-facto-Ausweitung in die Politik hinein stellen könnten. Er argumentiert, dass "die institutionellen Regelungen, die zwischen der Armee, der Politik und der israelischen Gesellschaft vermitteln, keinen besänftigenden Mechanismus darstellen, der das Funktionieren der israelischen Demokratie ermöglicht

und militärische Umstürze verhindert, sondern dass sie eine Art Infrastruktur darstellen, die einem politischen Kompromiss im Weg stehen könnte, unabhängig von den Absichten und der Bereitschaft der anderen Seite, einen echten Frieden mit Israel einzugehen" (Ben-Eliezer, 2000, 260-261).

Kimmerling (2001) hebt hervor, dass "Sicherheit" als gesellschaftliches Problem nicht in einem Vakuum entsteht. Nach seinem Verständnis sind Sicherheitsdoktrinen Spiegel und Teile eines Systems von Überzeugungen, Auffassungen der Realität und dominanter Ideologien in der Gesellschaft, die die Interessen der dominanten sozialen Gruppen widerspiegeln. Die Doktrinen an sich wiederum konstruieren eine gesellschaftliche Realität. Die militärische Mentalität und Kultur (der kulturelle Militarismus – K.M.) sind in die zivile Kultur eingeflossen, haben sie beeinflusst und wurden von ihr beeinflusst. Seinem Verständnis zufolge darf man sich nicht wundern, wenn unter den beschriebenen Umständen Israel eine kulturell und materiell rekrutierte militaristische Gesellschaft entwickelt hat, wobei das Element der nationalen Sicherheit zahlreiche Elemente der Kultur, der Werte und der Ideologien geformt hat. Politik und Kultur mischen sich in professionelle militärische Erwägungen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit und bilden eine soziale Realität, die als bequeme Umhüllung dient" (Kimmerling, 2001, 272).

Eine der interessantesten und späteren Entwicklungen des Begriffes stellte Yagil Levi (2003) in seinem letzten Buch vor, das sich mit dem "**materiellen Militarismus**" auseinandersetzt. Levi widmet das einleitende Kapitel seines Buches der Definition des Begriffes "materieller Militarismus" (Levi, 2003, 18-21), den er als zusammenfassenden Begriff für den theoretischen Rahmen erkennt, den er entwickeln möchte. Levi macht den Begriff an zwei Nebenpunkten fest: Militarismus und die materiellen Vorteile, die bestimmte soziale Gruppen aus ihm schöpfen (ebd. S. 18). Levi misst dem Status der militärischen Inhalte und Symbole im kulturellen Diskurs hohe Wichtigkeit bei. In einem langen Traktat, das sich auf eine interessante dialektische Argumentation stützt, erläutert Levi, wie der materielle Militarismus zu einem Mechanismus wird, der die Beziehungen zwischen dem politischen und dem militärischen Apparat regelt. Levis Aussage zufolge ordnet der materielle Militarismus allein durch seine Entstehung die Politik einem Begriffssystem unter, das sich der militärischen Logik anschließt. Dies führe zur Bildung einer israelischen Sicherheitspolitik, die sich auf das militaristische politische Prinzip stützt, welches wiederum den Einsatz militärischer Macht

<sup>33</sup> Uri Ben-Eliezer, "Nation in Uniform" und "Krieg: Israel in seinen ersten Jahren". Eine Arbeit, die auf einen Artikel begründet, der in der Zeitschrift **Comparative Studies in Society** veröffentlicht werden sollte.



als adäquates Mittel zur Lösung politischer Probleme betrachtet. Zugleich bilde der materielle Militarismus einen Schutz vor einem militärischen Umsturz, weil der militärische Apparat einen solchen Schritt gar nicht benötigt, um seine Auffassung im Umgang mit dem israelisch-arabischen Konflikt durchzusetzen.

Parallel dazu erläutert Levi auch, wie der materielle Militarismus die Abhängigkeit der militärischen Organisation von den hegemonialen zivilen Eliten allein durch die Fähigkeit jener, die in der Organisation dienen, ihre im Laufe ihres Dienstes in der Organisation gesammelten Werte und Ressourcen nach Abschluss ihres Militärdienstes und mit ihrer Integration in zivile Systeme in zivile Werte und Ressourcen umzuwandeln, regelt. Die gemeinsamen Interessen der Apparate ermöglichen dem politischen Apparat einerseits, seine Kontrolle über den militärischen Apparat aufrecht zu erhalten, und sichert andererseits den hohen gesellschaftlichen Status und den Einfluss des Militärs als gesellschaftliche Institution.

Levis interessante Neuerung ist - wenn auch nicht ganz frei von Kritik - der von ihm erkannte kausale Zusammenhang zwischen dem materiellen Militarismus und wechselnden Tendenzen der Entmilitarisierung und Remilitarisierung, die das Militär durchläuft. Levi meint, die Existenz des materiellen Militarismus sei gesichert, solange der politische Apparat Nutzen aus ihm ziehen könne, und dass der materielle Militarismus in Richtung einer Remilitarisierung streben werde. Sollte sich jedoch das Nutzen-Kosten-Gleichgewicht ändern und die zivilen Eliten sich gezwungen sehen, einen "Preis" für die fortgesetzte Existenz des materiellen Militarismus zu zahlen, der höher ist, als der Nutzen, den sie aus ihm schöpfen, werde die Bereitschaft der Eliten zur Fortsetzung ihrer Unterstützung des Militärs unweigerlich schrumpfen. Solche Bedingungen würden die Grundlage zur Entwicklung einer Tendenz der Entmilitarisierung im Sinne der Auflösung dominanter kämpferischer militärischer Systeme bilden und das hohe gesellschaftliche Ansehen des Militärs würde sinken. Dann würde es auch den ehemaligen Armeemitgliedern schwer fallen, ihre militärischen Werte und Ressourcen in zivile Werte und Ressourcen umzuwandeln, und der Einfluss des militärischen Apparates auf das politische Stimmungsbild würde zurückgehen.

Moshe Lisk (2001) argumentiert heftig gegen die Schlussfolgerungen, zu welchen Ben-Eliezer, Kimmerling und andere, die von der vom Militarismus befallenen israelischen Gesellschaft sprechen, gekommen sind. Seines Erachtens ist die israelische Gesellschaft keine militaristische Gesellschaft und er präsentiert einige herausragende Merkmale, die seine Argumente

untermauern. Eines der stärksten Argumente ist der politische Pluralismus unter den hochrangigen Offizieren, die die Armee verlassen und sich den verschiedenen politischen Parteien anschließen.<sup>34</sup> Seiner Aussage nach haben die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit, denen sich der Staat Israel seit seiner Gründung und bis heute ausgesetzt sieht, zu einer Verknüpfung zwischen den zivilen und militärischen Bereichen geführt, die sich gegenseitig nähren. Im Laufe der Jahre, insbesondere nach Ausbruch der Ersten Intifada, hat gerade der militärische Apparat zur Entwicklung der neuen Stimmungslage, ein Volksaufstand sei nicht allein mit militärischen Mitteln niederzuschlagen, beigetragen. In der Folge entstanden vielfältige und sogar gegensätzliche Formen von militärischem Ethos, wobei die Oslo-Verträge am stärksten im Vordergrund stehen. Lisk kommt zu dem Schluss, dass Israel dem Athener Modell näher stehe als dem von Sparta, und argumentiert: "In Israel herrschte die Neigung beider Apparate, ein gewisses Maß an gegenseitiger Ähnlichkeit zu entwickeln. Dies geschah durch eine teilweise Militarisierung der zivilen Handlungsweise und einer teilweisen Zivilisierung des Militärs. So wurde eine Entwicklung der Armee in eine militärische Kaste verhindert, die sich von der zivilen Gesellschaft absondert und sich ihr entfremdet" (Lisk, 2001, 210).

### **Gabi Sheffer: Es gibt in Israel keinen Militarismus, es gibt Militanz**

Es gab und es gibt Höhen und Tiefen in Umfang und Tiefe des politischen, medialen und akademischen Diskurses zum Thema Militarismus in der israelischen Gesellschaft. Ohne auf die früheren Schwankungen in der Tendenz zur Diskussion dieser Frage und auf die Ergebnisse dieser Diskussionen einzugehen, ist festzustellen, dass diese Diskussion zurzeit wieder einen größeren Raum einnimmt. Einer der Hauptgründe für eine verstärkte Diskussion dieser Frage ist die Abwanderung einer größeren Anzahl von Israelis zur politischen Rechten hin. Doch spiegelt diese Neigung nach rechts keine wesentlichen Veränderungen in den Grundeinstellungen der israelischen Mehrheit wider. Sie charakterisiert in erster Linie die elektoralen Vorlieben der israelischen Wähler. Und doch stellen zahlreiche Beobachter angesichts der Zunahme der Wählerschaft der Mitte-Rechts, Rechts, und Rechtsextrem

<sup>34</sup> Weitere von Lisk angeführte Merkmale zur Stützung seiner Argumente sind: das Nichtvorhandensein einer einzigen Auffassung im Bereich der Sicherheit, das Schrumpfen des militärisch-industriellen Komplexes, die ausbleibende Umsetzung der wirtschaftlichen Macht zu politischen Zwecken. Ausführlichere siehe Moshe Lisk, "Das Sicherheitsethos und der Mythos von Israel als militaristische Gesellschaft", in: Stuart Cohen (Hrsg.), **Demokratische Kultur – Militär und Gesellschaft in Israel**, Verlag der Universität Bar-Ilan, Israelisches Demokratie-Institut, 2001, Heft 4-5, S. 200-204. (Nur in Hebr.)

angesiedelten Lager, sowie der Orthodoxen und Nationalreligiösen, fest, dass die israelische Gesellschaft und der israelische Staat noch immer, oder wieder, eine "ausgesprochen militaristische Gesellschaft und Staat" sind.

Jedoch ergibt eine genaue Prüfung dieser Thematik, dass Denkweise und Verhalten der Mehrheit der Israelis nichts mit wachsendem Militarismus zu tun hat. Es geht hierbei um drei andere hauptsächliche Faktoren:

- A. Der fehlende tief greifende ideologische Diskurs zum Wesen der israelischen Gesellschaft und Politik.
- B. Die Sehnsucht nach einem "starken Führer"
- C. Die starke Betonung des persönlichen Wettkampfes vor allem zwischen den Kandidaten für die Ämter des Premierministers und des Verteidigungsministers.

Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die Feststellung, in Israel existiere ein zunehmender Militarismus, problematisch und fern der Wirklichkeit ist. Die Hinweise, die zur Unterstützung von Behauptungen einer Militarisierung der Gesellschaft und Politik in Israel herangezogen werden, finden sich nur scheinbar in Umfragen in der israelischen Bevölkerung, die mit Vorsicht zu genießen sind. Aus den meisten Umfragen geht beispielsweise eine Unterstützung zahlreicher Israelis für die Anwendung militärischer Gewalt hervor, um Iran an der Entwicklung von Nuklearwaffen und ballistischer Fähigkeiten zu hindern oder aufzuhalten. Zahlreiche Israelis unterstützen auch den Einsatz militärischer Mittel gegen Terroranschläge der Hisbollah, Hamas und anderer palästinensischen Organisationen. Andererseits gehen viele jener Beobachter, die behaupten, Israel sei vom Charakter her militaristisch, nicht auf die Ergebnisse der Umfrage ein, die belegen, dass eine Mehrheit der Israelis die Bemühungen um Frieden mit den Nachbarn und Verhandlungen mit den Palästinensern und sogar mit den Syrern über die Errichtung zweier Staaten bzw. zur Lösung des Problems der Golanhöhen unterstützen. Dies sind, gemessen an den von den zu diesem Thema schreibenden Autoren aufgestellten Merkmalen des Militarismus, ihrem Wesen nach natürlich anti-militaristische Ansichten. Zudem gibt es zahlreiche Hinweise dafür, dass nur sehr wenige Israelis eine Diktatur oder ein ausgesprochenes Militärregime unterstützen würden.

Die Autoren, die die Existenz eines israelischen Militarismus vertreten, schreiben diesen mehreren Gründen zu: den Erinnerungen an die Verfolgung, die das jüdische Volk im Laufe seiner Geschichte durchgemacht hat, insbesondere die Erinnerung an die Shoah; dem andauernden Konflikt mit den Palästinensern und den arabischen Staaten; den feindlichen Aktionen und den Kriegen mit den Palästinensern und den arabischen

Staaten; der nuklearen Bedrohungen seitens Iran und Syrien und in letzter Zeit sogar von Pakistan; der zionistischen Ideologie; dem Status der Unantastbarkeit, den die IDF und das Sicherheitssystem angeblich bei "allen Israelis" genießen, und so weiter. Doch müsste der Einfluss all dieser Faktoren auf die Positionen der Israelis im Zusammenhang mit Militarismus gründlich neu untersucht werden, ohne an diesen überkommenen Vorstellungen festzuhalten.

Es ist weiterhin dringend notwendig, die Definitionen und Merkmale des Militarismus jener Autoren, die die israelische Gesellschaft als militaristisch einstufen, erneut zu prüfen. Es muss kaum gesondert erwähnt werden, dass die Anzahl und Art der Merkmale und Definitionen von Militarismus fast der Anzahl der Autoren entspricht, die zu diesen Themen schreiben. Einer der Forscher, der das Denken in diesem Bereich beeinflusst hat und dessen Formulierungen von zahlreichen Forschern und Beobachtern übernommen wurden, war Baruch Kimmerling. Seiner Ansicht nach "besteht Militarismus aus einer gewaltigen Ansammlung von Bräuchen, Interessen, Würdigungen, Aktionen und Gedanken, die sich zwar alle um Armeen und Kriege drehen, die jedoch weit über die wahren militärischen Ziele hinausgehen und deren Einfluss von unbegrenztem Umfang ist. Sie dringen in alle Winkel der Gesellschaft, von der Industrie bis zur Kunst, und bemächtigen sich ihrer". Sicherlich ist diese eine sehr schwammige, verallgemeinernde Charakterisierung. Wie Kobi Michael oben bereits erwähnte, nennt Kimmerling drei Aspekte des Militarismus – kognitiv, kulturell und politisch-militärisch.

Will man diese Merkmale des Militarismus auf die verschiedenen Staaten weltweit anwenden, so kann sehr wohl angenommen werden, dass es nicht einen einzigen Staat gibt, auf den sie nicht zuträfen. Andererseits gibt es Forscher und Beobachter, die übereinstimmen, dass der Begriff zu weit gefasst sei und erheblich eingeschränkt werden müsse, damit er überhaupt von Bedeutung sein könne, im Allgemeinen, und in Bezug auf Israel insbesondere.

In diesem Sinne und bevor wir die Situation in Israel praktisch untersuchen, nachstehend eine erheblich enger gefasste und von zahlreichen Forschern akzeptierte Charakterisierung dieses Phänomens: "Militarismus ist ein Zustand, in dem eine komplette Gesellschaft die Herrschaft und unbegrenzte Einflussnahme des Militärs und der anderen Sicherheitsorgane, ihrer Befehlsebene und ihrer Vertreter über alle Ereignisse im politischen oder regionalen Bereich, den sie kontrollieren, umfassend und ohne Widerspruch akzeptiert." Geht man nach dieser scharf begrenzten





Charakterisierung vor, so ist die Anzahl der Staaten, in denen unwidersprochener Militarismus herrscht, relativ gering. In den meisten dieser Staaten herrschen autoritäre oder diktatorische Militärregimes. Es ist klar, dass Israel nicht zu dieser Kategorie zählt.

Auch die Faktoren, die oben angeführt werden und die nur scheinbar zum Militarismus in Israel beitragen, üben heute keinen großen Einfluss auf den größten Teil der israelischen Gesellschaft aus. So kennen beispielsweise nur wenige Israelis die leidvolle Geschichte des jüdischen Volkes von Anbeginn bis zum Zweiten Weltkrieg. Die Erinnerung an die Shoah verliert sich bei den meisten Israelis, insbesondere bei den Jugendlichen, immer mehr. Das Verhältnis zum israelisch-palästinensisch/arabischen Konflikt ist vielschichtig und die Beziehung zum Militär und zum Sicherheitssystem ist ebenfalls wechselhaft und ändert sich häufig. Ein Beispiel ist die harsche Kritik, die im Anschluss an den Jom-Kippur-Krieg, nach dem Ersten und Zweiten Libanonkrieg und sogar im Anschluss an die Operation "Gegossenes Blei" gegen diese Organe vorgebracht wurde. Das heißt im Grunde genommen, dass die Tendenz zum reinen Militarismus unter dem Einfluss der meisten von den Anhängern der von Kimmerling und seinen Mitdenkern genannten Faktoren sehr in Zweifel zu ziehen ist.

Darüber hinaus muss beachtet werden, dass die israelische Gesellschaft in Bezug auf die meisten zentralen Themen, mit denen sich die Gesellschaft und der Staat auseinandersetzen müssen, von Grund auf heterogen ist. Dies gilt auch für die Art des Regimes in Israel. Zwar ist die israelische Demokratie weit entfernt von Perfektion und im Grunde genommen eine formale Demokratie (das heißt, es ist ein politisches System, das die formalen demokratischen Regeln einhält und schützt – Wahlen, Austausch der Parlamentarier nach den Wahlen, formale Beziehungen zwischen Knesset und Regierung), doch ist es keineswegs ein militaristisches System, gemäß meiner oben angeführten Definition.

Was sich in Israel ereignet hat und ereignet, ist im Grunde eine ausgesprochene Neigung nicht hin zum Militarismus sondern zur "Militanz". Das heißt, eine Tendenz zu kämpferischer Militanz und zu aggressiven Reaktionen auf echte und fiktive Bedrohungen innerhalb Israels, in den Gebieten, in der gesamten Region und nun auch in entfernteren Regionen wie Asien, wo der Islam größere Ausmaße annimmt.

Zudem ist die Übernahme des Kämpferischen/der Militanz in weiten Kreisen der heterogenen israelischen Gesellschaft ein veränderlicher Faktor, der im Laufe der Zeit zu- und abnimmt. In der Regel sinkt die Neigung zur Militanz nach Ereignissen, die von den Israelis als

Siege oder klare militärische Erfolge definiert werden. In Zeiten militärischer Spannung und im Anschluss an militärischen Fehlschlägen nimmt die Tendenz zur Militanz wieder zu. Diese Tendenzen werden von den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern Israels noch weiter verstärkt. Ihre Motivation wird nicht nur durch tatsächliche Sicherheitsrisiken und die Gefährdung breiter Bevölkerungsgruppen angeregt, sondern auch durch Interessenserrwägungen der Entscheidungsträger im sicherheitspolitischen Bereich, bei der Armee und den Nachrichtendiensten selbst.

Angesichts dessen wäre es angemessen, die verschiedenen Auffassungen der Israelis in diesem Bereich sowie die Aufgaben, die die Entscheidungsträger in der militanten jedoch nicht militaristischen israelischen Gesellschaft erfüllen, neu abzuwägen.

**Tamar Malz-Ginsburg:** Die Frage, ob man die israelische Gesellschaft aufgrund des hohen und gewichtigen Status der Armee in der Gesellschaft als militaristische Gesellschaft bezeichnen kann, taucht des Öfteren auf. Militarismus ist ein weit gefasster Begriff, der auf vielerlei Weisen interpretiert wird.<sup>35</sup> Insofern finden sich unter den verschiedenen Definitionen auch solche, die zu der Beschreibung des im Staat Israel herrschenden Zustands passen. Zugleich stellt sich auch die Frage, ob hier nicht ein Versuch vorliegt, die Definition des Begriffes soweit zu strecken, dass er auf die Situation in Israel angewandt werden kann. Allein dadurch, dass dieser Begriff unterschiedlichsten Interpretationen unterworfen wird, und er mit negativen Assoziationen belastet ist, handelt es sich meines Erachtens um einen problematischen Begriff. Daher sollte nach meinem Verständnis versucht werden, die israelische Gesellschaft und die Armee ohne Verwendung dieses Begriffes zu erforschen.

Der Staat Israel ist von seinen Merkmalen her ein demokratischer Staat und es wurden Gesetze, Einrichtungen und Mittel zur zivilen Aufsicht über die Armee verabschiedet und umgesetzt. Die Knesset, die Regierung, der Rechnungshof, der Oberste Gerichtshof sind die wichtigsten der mit dieser Aufgabe betrauten Einrichtungen. Weiteren Anteil nehmen auch weitere Organe wie die Medien und die israelische Bevölkerung insgesamt, wie beispielsweise gesellschaftliche Gruppen, Wehrpflichtige, Reservisten oder Forscher aus der Akademie. Zugleich finden sich im Gesetz und in der Arbeit der Ministerien auch Lücken, auf die ich in diesem Beitrag nicht eingehen werde.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Siehe dazu den umfassenden Überblick von Kobi Michael.

<sup>36</sup> Siehe in diesem Zusammenhang den ausführlichen Überblick von Abiezer Ya'ari, **Die zivile Aufsicht über die Armee in Israel**, Memorandum 72, Jaffe-Zentrum für strategische Studien, Universität Tel Aviv, Oktober 2004. (Nur in Hebr.)

Es ist wichtig anzumerken, dass in Israel die Norm, wonach Armeevertreter das Prinzip der Unterordnung des Militärs unter die zivile Autorität verstehen und anerkennen, bewahrt bleibt. Es gibt jedoch auch Erscheinungen, die Fragen hinsichtlich der Trennung zwischen den Apparaten aufwerfen. Eine dieser Erscheinungen ist der Übergang von Armeeingehörigen in die Politik, ohne zuvor eine Übergangsperiode, einen "Abkühlungszeitraum" abzuwarten. Bei dieser Erscheinung stellt sich die Frage, ob sie zur Stärkung der militärischen Auffassung innerhalb der zivilen politischen Führung beiträgt oder eher, aufgrund der Kenntnis der militärischen Vorgehensweise bei jenen in die Politik abgewanderten Ex-Militärs, die von der zivilen Autorität ausgeübte Aufsicht über die Armee verstärkt.

Eine weitere Erscheinung hängt mit der Position der IDF als Organisation zusammen, die de facto das Monopol über die Interpretation von Situationen in den Händen hält. Aus diesem Grunde erhalten sowohl die Entscheidungsträger als auch die Öffentlichkeit im Allgemeinen eine Interpretation der Realität, die nur einen einzigen Aspekt ausleuchtet und hervorhebt, nämlich einen Überblick, der sich auf die gegen den Staat Israel gerichteten Bedrohungen konzentriert. Es darf jedoch angenommen werden, dass die Realität auch noch andere Aspekte umfasst. Ist die israelische Demokratie aufgrund der Lücken in der zivilen Aufsicht über die Armee und aufgrund des hohen Status, den die Armee in der israelischen Gesellschaft genießt, einer Gefahr ausgesetzt? Die Antwort lautet Nein.<sup>37</sup> Gegenüber Argumenten hinsichtlich eines Mangels an Aufsicht und der wachsenden Einmischung des Militärs (bis hin zur Behauptung, der Staat Israel sei im Grunde eine Armee mit einem Staat und nicht umgekehrt),<sup>38</sup> sind auch andere Argumente zu hören, die auf eine entgegengesetzt ausgerichtete Tendenz hinweisen. So sagt beispielsweise Stuart Cohen, dass in der Beziehung zwischen dem Militär und dem politischen Apparat eine maßgebliche Veränderung eingetreten ist, dass diese Veränderung jedoch eher auf eine verstärkte Einmischung des zivilen Apparates in die Vorgänge innerhalb der Armee hinweist.

37 Die Bezugnahme zu dieser Frage in diesem Artikel erfolgt aus dem militärisch-nationalen Zusammenhang, den ich zuvor besprochen habe. Ich widerspreche hier nicht den Gefahren, die der israelischen Demokratie aufgrund von Faktoren und anderen gesellschaftsinternen Spaltungen (das Verhältnis zwischen Religiösen und Säkularen; zwischen jüdischen Israelis und arabischen Israelis; biologische oder ethnische Spaltungen; die Art des Regimes; Änderung gesellschaftlicher Werte, usw) drohen.

38 Siehe auch die Kritik von Reuven Pedatzur, "Ein Staat unter Generalmobilmachung", Haaretz, Buchmagazin, 3. Juni 2009, S. 12, zum Buch "Eine Armee, die einen Staat hat: ein neuer Blick auf die Beziehungen im militärischen und zivilen Bereich", Herausgeber Gabriel Sheffer, Oren Barak und Amiram Oren, Jerusalem, Verlag Carmel, 2009. (Nur in Hebr.)

Eine weitere besonders unter jenen, die überzeugt sind, dass die israelische Gesellschaft militaristisch ist, auftretende Frage, ist die, ob die israelische Gesellschaft aggressiv sei, das heißt, dass sie es aufgrund der so eng mit der israelischen Identität verwobenen Armee vorzieht, eine Politik zu wählen, die sich auf militärische Aktionen zur Lösung politisch-strategischer Probleme stützt und nicht auf andere Optionen (wie Verhandlungen oder andere diplomatische Ansätze). Die Antwort auf diese Frage ist nicht eindeutig. Einerseits habe ich die Problematik besprochen, die aus dem Mangel eines Organs im Staat Israel entsteht, das der militärischen Institution gleichgewichtig ist und an den Prozessen zur Gestaltung der strategischen Realität teilnimmt. Daher wird die Realität in erster Linie durch eine einzige Brille abgebildet – die der Bedrohungen. Daraus folgt auch, wie angeführt wurde, dass der Umgang mit dieser Realität dem Militär überlassen wird. Darüber hinaus, und wie ebenfalls angeführt, ist die Übergangszeit ("Abkühlungszeitraum") von ehemaligen Armeeingehörigen zu hohen Positionen im zivilen Apparat überaus kurz, was nach Meinung mancher dazu führt, dass sie den militärischen Ansatz anderen Ansätzen vorziehen. Wie ich weiter unten anführen werde glaubt die israelische Gesellschaft noch immer, dass sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen muss, das heißt, die IDF schützt sich vor gegen sie gerichtete Bedrohungen.

Andererseits hat die Realität gezeigt, dass ehemalige Armeeingehörige, die hohe politische Ämter übernommen haben, darunter auch das des Premierministers, nicht automatisch den militärischen Weg einschlugen – siehe beispielsweise Rabin und den Oslo-Prozess, Barak und den Rückzug aus dem Libanon, Sharon und den einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen. Yehuda Ben-Meir argumentiert, dass das wiederkehrende Muster trotz der Problematik im Entscheidungsfindungsprozess und der Dominanz des Militärs darin sei, dass "der zivile Apparat die großen [politischen – T.M.G.] Entscheidungen ohne Beteiligung der Armee trifft. Herausragende Beispiele aus der israelischen Geschichte: Ben Gurions Entscheidung zum Rückzug aus dem Sinai nach dem Sinaifeldzug 1956; Eshkols Entscheidung, mit dem Beginn der Kriegshandlungen zu warten... als Eshkol trotz schweren Drucks seitens des Militärs ("Aufstand der Offiziere") seine Entscheidung gemäß der Erwägungen des zivilen Apparates fällte; die Entscheidung der Premierministerin Golda Meir und des Verteidigungsministers Mosche Dajan am Vorabend des Jom-Kippur-Krieges gegen einen Präventivschlag, auch nachdem klar war, dass Ägypten einen Angriff vorbereitete und der Generalstabschef empfahl, zu handeln. Zwei zentrale politische Entscheidungen



wurden ganz ohne Hinzuziehung des militärischen Apparates gefällt: die anfänglichen Kontakte mit Ägypten und der Besuch Sadats in Israel (November 1977) fanden ohne Kenntnis des Militärs und ohne Kenntnis des damaligen Verteidigungsministers Ezer Weizman statt; und der Beginn des Oslo-Prozesses (1993).<sup>39</sup> Was die israelische Gesellschaft nach meiner Einschätzung in Wahrheit vorzieht, ist ein aktiver politischer Ansatz, nicht so sehr das Vertrauen auf die IDF zur Umsetzung politischer Schritte, das heißt, dass das Ergreifen von Schritten, die augenscheinlich zu einer Lösung führen (dies gilt sowohl für die Unterstützung für den einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen als auch für die Errichtung der Grenzanlagen). Mit anderen Worten, die israelische Gesellschaft zieht eine pragmatische und aktive Politik einer aggressiven militärischen Politik vor.

### **Lev Grinberg: Militarismus und Demokratie**

Durch Anlehnung an den Sicherheitsmythos ist der Militärdienst ein hochrangiger Wert, der es zahlreichen Israelis ermöglicht, ihrer Identifizierung mit der Nation und ihrer Akzeptanz der Auffassung einer dauerhaften Notwendigkeit für den Kampf um die Existenz Ausdruck zu verleihen. Gruppierungen, die den Gründungsmythos der Sicherheit der israelischen Nation nicht akzeptieren, dienen nicht in der Armee (allen voran Araber und ultraorthodoxe Juden). Auch bei den Juden, die die Regierungspolitik ablehnen, lässt in Zeiten scharfer politischer Auseinandersetzungen die Bereitschaft zum Armeedienst nach. Da das Militär seit 1977 als wichtigstes Mittel zur Umsetzung der Regierungspolitik gegenüber den Palästinensern geworden ist (nach dem Friedensvertrag mit Ägypten), wird das Militär zuweilen zu einer Arena politischer Kämpfe. Das größte strukturelle Problem des Militärs ist insofern die weitmöglichste Aufrechterhaltung seines politischen Charakters in den Augen seiner Soldaten, da sonst die Fähigkeit zur Anwendung militärischer Gewalt eingeschränkt wird. So geschehen in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, als eine Diskussion um den Einsatz von Gewalt im Ersten Libanonkrieg und während der Ersten Intifada entfachte, und die IDF nicht in der Lage war, das Ausmaß der angewandten Gewalt zu steigern. Zum Schluss stellte sie fest, dass es für die Intifada keine militärische sondern nur eine politische Lösung gibt. Dies waren Jahre, in welchen der Sicherheitsmythos aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechten und der Linken an Kraft verlor. Die politische

Diskussion um den Einsatz der Armee führte zu einer politischen Definition der Sicherheitsprobleme. Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses jedoch vereinte der Mythos die Israelis wieder. Die Unterschiede zwischen der Linken und Rechten verblassten und in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts erhielt die IDF die Zustimmung und Ermunterung zur Steigerung ihrer militärischen Reaktionen unabhängig von der Bedrohung, sei es gegen die Palästinenser oder die Hisbollah.

Insofern gibt es keine festgelegte Maßgabe der öffentlichen Unterstützung für den Einsatz von Gewalt und keinen festgelegten Standpunkt der Armee zu Gunsten der Eskalation. Ich möchte vorschlagen, zwischen kulturellem Militarismus und politischem Militarismus zu unterscheiden. Beide sind dynamisch und unterliegen einem ständigen Prozess der Veränderung, nicht immer in dieselbe Richtung oder in einheitlicher Form. Der Militarismus war ein zentraler Faktor bei der Konsolidierung der Nation vor 1948. Der Dienst im Untergrund und in der Haganah waren wichtige Instrumente des Yishuvs zur Rekrutierung sämtlicher notwendigen Kräfte für das Erreichen seiner Ziele. Von den 50er Jahren bis zum Jom-Kippur-Krieg (1973) bewahrte das Militär seine zweite zentrale Funktion bei der Absorption der Einwanderer und bei der Umwandlung der Neueinwanderer zu einem Teil der kämpfenden Nation. Die militaristische Kultur war auf ihrem Höhepunkt, angefangen bei den Jugendbewegungen bis hin zu Militärparaden. Seit 1974, insbesondere seit der wirtschaftlichen Liberalisierung in den achtziger Jahren und der Globalisierung, ließen der kulturelle Militarismus und der Wunsch, dem Staat durch Militärdienst zu dienen, nach. Ihren Platz nahmen andere kulturelle Ausdrucksformen ein. Bei alledem betrachten zahlreiche Gruppen den Militärdienst weiterhin als Symbol ihrer nationalen Identität und zahlreiche Merkmale der militaristischen Kultur bestehen fort. Doch mit der Reifung der israelischen Gesellschaft wird der Militarismus als zentrale Kultur immer weiter verdrängt werden.

Der Militarismus als politische Vorgehensweise, das heißt, die Überzeugung, dass politische Probleme durch den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden können, ist Höhen und Tiefen ausgesetzt. Bis zum Jom-Kippur-Krieg bildete er die gängige Denkweise. Die Zwischenvereinbarung und der Friedensvertrag mit Ägypten führte zu einem Rückgang des Militarismus, der dann in den 80er Jahren im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses stand. Diese Abschwächung führte zur Anerkennung der PLO und zu den Oslo-Verträgen. Er gestaltete jedoch weiterhin die

<sup>39</sup> Yehuda Ben-Meir, "Änderungen im Verhältnis zwischen dem zivilen und dem militärischen Apparat" aus Ram Erez (Hrsg.): "Das Verhältnis zwischen dem zivilen und dem militärischen Apparat in Israel", Tel Aviv, Jaffe-Institut für strategische Forschung, und Universität Tel Aviv, November 2004, S. 21. (Nur in Hebr.)

Auffassung des Prozesses als einen auf Sicherheit bezogenen Prozess, der die persönliche Sicherheit der Israelis verbessern sollte (über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich), und nicht als politische Regelung zwischen zwei eigenständigen Entitäten. Der Glaube, politische Probleme könnten durch Einsatz von Gewalt gelöst werden, erlebte mit dem Scheitern des Oslo-Prozesses und dem Ausbruch der Zweiten Intifada eine Renaissance. Seitdem genießt die Armee vollen Rückhalt zur Steigerung des Ausmaßes der von ihr angewendeten Gewalt, bei gleichzeitiger Übernahme der Auffassung, dass man das, was man nicht mit Gewalt erreicht, mit noch mehr Gewalt erreichen kann. Wenn es durch Einsatz von Gewalt nicht gelingt, die andere Seite ruhigzustellen, entsteht ein Gefühl des "Verlustes der Abschreckung", wie beispielsweise im Zweiten Libanonkrieg. Doch die Schlussfolgerung, die dann gezogen wird, ist die, dass die Armee sich einfach besser auf den Einsatz der Gewalt vorbereiten muss (siehe Winograd-Bericht), aber nicht, dass das Problem möglicherweise nicht durch den Einsatz von Gewalt gelöst werden kann.

## **Yaakov Amidror: Ist die israelische Gesellschaft eine militaristische Gesellschaft?**

Ja, in zweierlei Hinsicht:

- A. Viele Bürger, die im Militär involviert sind, kennen es sehr genau und fühlen, dass es zu ihnen gehört, oder sie zu ihm gehören. Die Armee ist im alltäglichen Leben in Israel viel präsenter als in jedem anderen demokratischen Staat. Dies hat zwei miteinander verknüpfte Ursachen: Die meisten jungen Israelis werden eingezogen, Männer dienen drei, Frauen zwei Jahre. Zwar wächst die Anzahl der nicht eingezogenen Bürger insbesondere unter den ultraorthodoxen Juden sowie in bestimmten Bereichen der reichhaltigen linken Kultur im Landeszentrum. Doch die große Mehrheit dient in der Armee und dieser Vorgang an sich sowie auch die Anzahl junger Menschen in der Armee sind tonangebend. Der zweite Grund ist der Dienst in der Reserve, den viele Menschen über lange Jahre hinweg absolvieren, auch wenn es sich um eine Minderheit der gesamten jüdischen Bevölkerung handelt. Diese Reservisten-Kultur übt einen starken Einfluss auf die Gesellschaft aus, weil sie führende Persönlichkeiten in der zivilen Gesellschaft, in der Wirtschaft und im Bildungswesen umfasst. Ein Staat, dessen Jugendliche zum größten Teil Wehrdienstleistende sind und in dem viele Mitglieder seiner erwachsenen Bevölkerung mehrere Wochen im Jahr Reservedienst absolvieren, bringt Merkmale mit sich, die im Zusammenhang mit dem Interesse

am Militär als zentralen Bezugspunkt durchaus als militaristisch bezeichnet werden können (so ist beispielsweise "Wo hast du gedient?" eine Standardfrage bei ersten Begegnungen).

- B. Der zweite Faktor, der dazu führt, dass die Gesellschaft in Israel stärker militaristisch geprägt ist als entsprechende Gesellschaften im Westen, ist die Auffassung eines Großteils der jüdischen Gesellschaft, die Existenz des Staates Israels sei von einem starken Militär abhängig, ohne dessen Opfer und Erfolge die Existenz des Staates und die individuelle Existenz an diesem Ort fraglich wären. Daher wird der Armee und jenen, die in ihr dienen, hier sehr viel mehr Hochachtung und Sympathie entgegengebracht als in zahlreichen anderen Ländern. Es scheint, als bilde Israel in dieser Hinsicht keine Ausnahme, denn es gibt Staaten, unter anderem die Vereinigten Staaten, wo Mitglieder des Militärs einen Status und Sympathie genießen, die weit über das hinausgehen, was den meisten staatlichen Einrichtungen entgegen gebracht wird. Und doch hat es den Anschein, als reiche die Bewunderung, die der IDF in weiten Bevölkerungsteilen in Israel entgegengebracht wird, sowie der Stolz auf den Dienst in der Armee, weit über diese anderen Staaten hinaus. Die Ursache dafür ist das Gefühl der unmittelbaren Gefahr, vor der die Armee Schutz bietet.

Nein, in zweierlei Hinsicht:

- A. Die Armee ähnelt als Organisation im Sinne von Uniformen, Zeremonien, Hierarchien, Auszeichnungen und so weiter eher einer Miliz als einer Armee. Dass sie zum größten Teil auf Reservetruppen aufbaut, führt darüber hinaus zu einem zivilen Ansatz im militärischen Diskurs und im Verhalten der Armee als Organisation. Die Möglichkeit für Eltern, Vorgesetzte direkt anzusprechen und im Militärdienst ihrer Kinder involviert zu sein, ist ein ziviles und einzigartiges israelisches Merkmal, das eine harte Militarisation selbst des stehenden Heers verhindert.

Die IDF ist die einzige moderne Armee, deren gesamte Kommandoebene aus den einfachen Soldatenrängen erwachsen ist. Diese einzigartige Erscheinung verhindert die Entstehung einer isolierten Offizierskaste, die zu gesellschaftlicher und professioneller Militarisation neigt. Alle haben unten angefangen und alle kennen einander noch von unten. Hinzu kommt die Tatsache, dass auch in Bezug auf die Dauer der Ausbildung und der Sozialisierung der in der Armee Dienenden, insbesondere auf der Kommandoebene, die IDF weit hinter anderen Armeen des modernen Zeitalters





zurückbleiben. Diese Einzigartigkeit wirkt als ein fast struktureller Hinderungsgrund für die Bildung starker militaristischer Weltanschauungen, die von den normalen zivilen Auffassungen abweichen.

- B. In der israelischen Gesellschaft ist niemals eine Kaste entstanden, die den Militärdienst insgesamt und insbesondere die obere Kommandoebene als einen Beruf betrachtet, der quasi ihr und ihren Nachkommen gehört. Es gibt keine Militärfamilien, und wenn der Sohn eines hohen Offiziers selbst hoher Offizier wird, so gilt dies eher als Kuriosum denn als Vorbild zur Nachahmung. Es gibt keine Gruppen, die sich der Armee als geschlossene Einheiten anschließen, und wo es solche Erscheinungen gibt, beispielsweise früher bei Mitgliedern der Kibbuzbewegung und heute bei Mitgliedern der nationalreligiösen Bewegung, dann handelt es sich um eine kurzfristige Entsendung bis zum Range eines Kompaniechefs. Danach wird die große Mehrheit aus dem Militärdienst entlassen und betrachtet den weiterführenden Reservedienst als Erfüllung einer Pflicht.

Es gibt zwar eine Ausnahmeerscheinung in Israel, nämlich die Anzahl hochrangiger Militärs in der Politik. Doch scheint mir, dass es sich dabei weniger um ein Anzeichen der Militarisierung des politischen Lebens sondern eher um ein Anzeichen für die Schwäche der militärischen Weltanschauung unter Armeee Angehörigen ist, die weiterhin in zivilen Begriffen denken. Ein wichtiger Punkt ist, dass im Gegensatz zur bestehenden Vorstellung eine militärische Karriere, auch wenn sie in der Vergangenheit politisches Gewicht hatte, heute, soweit man das beurteilen kann, keine Eintrittskarte ins politische Leben mehr darstellt. Der heute amtierende Premierminister war ein Offizier von niederem Rang in einer Spezialeinheit, sein Vorgänger war Journalist einer Armeeweitschrift, und die Oppositionsführerin stellt ihren Militärdienst gar nicht erst als wichtigen Faktor in den Vordergrund (ihr Dienst im Auslandsgeheimdienst Mossad erscheint nicht relevant). Mit Ausnahme des Verteidigungsministers gibt es heute keinen hochrangigen Militär als Führer einer Partei oder in der politischen Szene überhaupt. Hochrangige Offiziere nehmen ihren Abschied in Israel in einem relativ jungen Alter und suchen dann nach weiteren Herausforderungen im öffentlichen Leben. So versuchen viele im Unterschied zu anderen Ländern, wo das Entlassungsalter höher ist, am politischen Leben teilzunehmen. Im letzten Jahrzehnt ist ihr Einfluss allerdings nicht größer als beispielsweise jener von Wirtschaftsleuten. Wie gesagt ist es kein Anzeichen von Militarisierung in dem Sinne, dass ehemalige Militärs in der Politik nun in höherem

Maße füreinander oder für den Militärapparat überhaupt sorgen, als es Zivilisten in denselben Positionen tun.

**Shaul Arieli:** Diese Frage (Ist die israelische Gesellschaft eine militaristische Gesellschaft?) bezieht sich in erster Linie auf wichtige Positionen, die Uniformierte in verschiedenen Bereichen des israelischen Lebens einnehmen, sowie auf die Integration von Werten und Denk- und Handelsmustern, deren Ursprung im Militär liegt. Die Sicherheitsbedrohungen, denen sich der Staat Israel während seiner Gründung und seiner Herausbildung ausgesetzt sah, führte zu Prozessen, die militärische Denkmuster geschaffen und dem Sicherheitssystem und den Menschen, die es durchliefen, eine zentrale Stellung verliehen haben. Diese Prozesse haben meines Erachtens ihren Gipfel überschritten und liegen nun hinter uns. Infolgedessen wird Israel zusehends weniger militaristisch. Andererseits kann eine Fortsetzung der Tendenzen des letzten Jahrzehnts in Bezug auf Bedrohungen seitens des fundamentalistischen Islam, oder die fortgesetzte Funktion des Militärs als Tor der sozialen Mobilität für Neueinwanderer (aus den GUS-Staaten und aus Äthiopien) die Tendenz zur Mäßigung verlangsamten oder umkehren. Der Grad des Militarismus wird von mehreren Faktoren beeinflusst:

- Der Raum, den sowohl die tatsächliche, im Verlauf der Existenz des Staates wechselnde, als auch die im Bewusstsein der jüdischen Bevölkerung präsente Sicherheitsbedrohung einnimmt, verlieh den Organen, welche die Antwort auf diese Bedrohung in Händen halten, eine zentrale Stellung. So genossen sowohl die IDF als auch ihrer Offiziere das Vertrauen der Bevölkerung und einzigartige Gegenleistungen, die den Mitgliedern anderer Organe, die ebenfalls zur nationalen Widerstandskraft des Staates Israels beitragen, vorenthalten bleiben.
- Die relativ kleine Bevölkerung Israels führte angesichts der Notwendigkeit, den soeben entstandenen Staat aufzubauen, die allgemeine Wehrpflicht ein, die die IDF in einen wichtigen "Schmelztiegel" für die großen Einwanderungswellen nach Israel machte und das Engagement der Eltern im Laufe des gesamten Wehrdienstes gewährleistete. So entstand auch der Reservedienst, der einen Alltag, ein Netz aus Verbindungen und Bekanntschaften, Engagement und Mitarbeit in allen Bereichen des militärischen Systems gewährleistete. Letztlich wurde auch die Trauer um Menschen, die im Verlauf militärischer Operationen oder im Laufe des Wehrdienstes ihr Leben verloren haben, zu einem konsolidierenden Faktor in der jüdischen Gesellschaft in Israel.
- Die existenzielle Notwendigkeit und das System

der Gegenleistungen hat zahlreiche Personen dazu bewegt, einen langen Militärdienst auf sich zu nehmen. Die Kinder der Neueinwanderer und ihre erste in Israel geborene Generation betrachteten den Armeedienst als eine wesentliche Plattform für soziale Mobilität. Tatsächlich kann der Armeedienst als Sprungbrett für eine zweite Karriere in verschiedenen Bereichen genutzt werden, vor allem in Politik, Militärindustrie und Wissenschaft.

- Die Qualität der Berufssoldaten in den ersten Jahrzehnten und die Qualität des militärischen Apparates machten seine Absolventen seit Beginn der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts zu begehrten Kandidaten in verschiedenen Sektoren von Regierung und Gesellschaft. Die technologischen Einheiten wurden zu den Begründern der Hightechindustrie und der Militärindustrie, die die Grundlage der israelischen Wirtschaft bilden. Der natürliche Vorgang, Bekannte und Freunde mitzuziehen, verleiht ehemaligen Angehörigen einen Vorteil beim Beginn einer zweiten Karriere.
- Der Anteil ehemaliger Armeeangehörige in der Knesset übersteigt nicht den von Mitgliedern anderer Sektoren. Doch dieses Bild ändert sich maßgeblich bei der Prüfung der Zusammensetzung der Regierungen in Israel und der Premierminister. Bedeutender jedoch ist die Tatsache, dass bei Besprechungen der Regierungen zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik ehemalige hochrangige Offiziere der IDF immer noch die Hälfte der Teilnehmer stellen.

Wie ich erwähnt habe, nehmen diese Tendenzen und Vorteile ab, weil der Einsatz von Gewalt in der regionalen Arena beschränkt wird. Daraus resultieren – allerdings oft unbegründete – Enttäuschung über die Fähigkeiten der IDF bei begrenzten Konfrontationen, die für die letzten drei Jahrzehnte typisch sind, sowie die "Demobilisierung" der israelischen Gesellschaft, die Entstehung von alternativen Möglichkeiten für soziale Mobilität und mehr.

## 5. Die Gefahr für die Demokratie

**Kobi Michael:** Die Demokratie in ihrer weiten und prinzipiellen Bedeutung bildet trotz Mängel und Störungen die Existenzgrundlage des Staates Israel. Der Staat Israel wurde als demokratischer Staat gegründet und hat als funktionierende Demokratie zahlreiche externe und interne Krisen überstanden. In der Realität der letzten Jahre wurde das Oberste Gericht aufgrund seines rechtsprecherischen Aktivismus zum Wächter der israelischen Demokratie. Dabei gerät der rechtsprecherische Aktivismus in vielen Fällen

zu einem rechtsprecherischen Despotismus, der die Verantwortung anderer Autoritäten, in erster Linie die Verantwortung der Gesellschaft in Israel, vom Tisch wischt. Trotzdem hat eine Reihe von wichtigem Grundgesetzen wie das Menschenrechtsgesetz und das Gesetz zur freien Berufswahl zum Schutz und zur Festigung der israelischen Demokratie beigetragen und sie zu einer der aufgeklärtesten und führenden Demokratien in der westlichen Welt gemacht.

In Anbetracht der Realität, mit der sich der Staat Israel auseinandersetzen muss, ist die Demokratie tagtäglich wichtigen und schweren Prüfungen ausgesetzt, wovon sie die meisten erfolgreich besteht. Die israelische Demokratie ist mehreren zentralen Gefahren ausgesetzt, unter anderem:

- Ineffiziente Regierungsführung
- Eine politische Kultur, die sektorale Politik fördert.
- Eine Realität im Bereich Sicherheit, die zum Einsatz militärischer Gewalt in relativ hoher Intensität und relativ großer Häufigkeit führt – eine Realität des Krieges, die das Sicherheitsdenken verstärkt, welches wiederum bestimmte demokratische Pflichten belastet.
- Zunehmender Irredentismus und Radikalismus unter den israelischen Arabern, oder genauer, innerhalb der politischen und religiösen Führung der israelischen Araber, die nicht unbedingt die Mehrheit der arabischen Bevölkerung vertritt.
- Der demographische Aspekt – fortlaufende Herrschaft über zahlreiche Lebensbereiche der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank.
- Das Gewicht der Einwanderer aus den GUS-Staaten, die aus Orten kamen, an denen keine demokratische politische Kultur herrschte. Viele von ihnen haben eine negative bis feindliche Einstellung gegenüber dem Islam und den Arabern oder, besser gesagt, gegenüber den israelischen Arabern. Die Zunahme ihrer politischen Kraft zu Zeiten gewalttätiger und fortlaufender Auseinandersetzung mit den Palästinensern, während die politische und religiöse Führung der israelischen Araber einen radikalen und irredenten Kurs verfolgt, führt zu einer Verschärfung in der Beziehung zwischen der jüdischen Mehrheit und der arabischen Minderheit in Israel. Eine unkontrollierte Verschärfung der Beziehung, gestützt durch bestimmte gesetzgebende Maßnahmen, kann die israelische Demokratie schwächen und sie in eine Ethnokratie verwandeln, die jegliche internationale Legitimität verlieren würde.

**Shaul Arieli:** Die Gefahr für die israelische Demokratie lauert in drei zentralen Aspekten:



- A. Fortgesetzte Herrschaft über die Palästinenser in der Westbank.
- B. Potenzielle Bedrohung durch Bevölkerungsgruppen, die andere Werte der Demokratie vorziehen oder wünschen.
- C. Kampf der Araber im Staat Israel.

A. Die mangelnde Bereitschaft zur politischen Trennung von der palästinensischen Bevölkerung in den Gebieten einerseits und die Weigerung, ihnen Bürgerrechte zu verleihen andererseits führt dazu, dass für 40% der unter israelischer Herrschaft lebenden Menschen andere Gesetze gelten, sowie unterschiedliche Gesetze für Israelis und Palästinenser, die auf dem selben Gebiet leben – der Westbank. Diese Wirklichkeit, die seit über vier Jahrzehnten andauert, ist von Schritten begleitet, die das demokratische Bild des Staates Israel auf der Welt und innerhalb des Staates selbst untergraben – der rechtliche Status der Palästinenser in Ostjerusalem, wo israelisches Recht gilt, die Errichtung von Siedlungen in Widerspruch zum internationalen Recht, zum Teil sogar in Widerspruch zu israelischem Recht, die Errichtung der Trennanlage jenseits der Grünen Linie, und so weiter. Die israelische Herrschaft in den besetzten Gebieten vor dem Hintergrund gewalttätiger Auseinandersetzungen mit den Palästinensern schadet der IDF und ihrer Fähigkeit, die Rechtsstaatlichkeit zu bewahren. In den letzten Jahren sind wir Zeugen des Ausdrucks der Politisierung der Armee unter Verwendung von Sicherheitsargumenten zu Gunsten sachfremder Erwägungen (Trennanlage, Grenzübergänge, Verwendung der Straßen, Landraub, Olivenhaine, usw.).

B. Trotz wiederholter Erklärungen eines Teils der Führer der nationalreligiösen Strömung, die der chassidischen Bewegung um die Rabbiner Kook (Vater und Sohn) entstammen, die Eretz Israel (Ehefrau) dem Staat Israel (Assistentin) vorziehen, dass "... jeder Vorschlag mit der Absicht, Teile von Eretz Israel einer Fremdherrschaft zu übergeben, stellt eine Verleugnung der Bestimmung des jüdischen Volkes, der Ziele der zionistischen Unternehmung und eine **gesetzeswidrige Handlung dar...**" verbunden mit dem Aufruf zur Verweigerung und Warnungen vor einem "Bruderkrieg" wurde der Teilungsplan akzeptiert und der Staat Israel gegründet. Die Rückzüge aus dem Sinai und aus dem Gazastreifen wurden zwar von deutlichen Gesetzesbrüchen begleitet, doch die Führer dieser Gruppierung sowie die Gruppierung selbst zeigten Verantwortung und riefen nicht die Situation herauf, mit der sie gedroht hatten. Auf der anderen Seite unterstützt ein kleiner Teil dieser Gruppierung sowie deren Führer Angriffe gegen die Rechtsstaatlichkeit,

fördern sie oder führen sie eigenhändig aus, indem sie sich privaten palästinensischen Bodens bemächtigen, palästinensisches Eigentum beschädigen, unschuldige Palästinenser angreifen, Soldaten der IDF angreifen, ohne Genehmigungen bauen, usw. In geringerem Maße müssen wir uns vor jenen in Acht nehmen, die zur Verweigerung des Wehrdienstes in den Gebieten aufrufen oder das Gesetz durch Zerstörung von Teilen der Trennanlage verletzen, die sämtliche erforderliche Genehmigung erhalten haben.

C. Der Kampf der Araber in Israel kann sich um die praktische Umsetzung der vollen Gleichberechtigung vor kulturellen Hintergrund bewegen oder gegen scharfes Vorgehen Israels gegen Mitglieder ihres Volkes und deren Familien in der Westbank und dem Gazastreifen richten. Der Kampf kann gewaltlos durch zivilen Ungehorsam oder gewalttätig ablaufen. In beiden Fällen wäre Israel gezwungen, zu seinem Schutz alte Gesetze anzuwenden – Notstandsgesetze –, die es in den Demokratien der Welt nicht gibt.

**Lev Grinberg:** Die Gefahr für die Demokratie liegt nicht in einem Versuch von Militärs, die Herrschaft zu ergreifen, sondern in einem Zustand, in dem politische Probleme zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch Einsatz von Gewalt gelöst werden. Der Zustand der Unklarheit der Grenzen des Staates Israel ist eine Gefahr für die Demokratie, denn der Staat herrscht über eine Bevölkerung ohne Staatsbürgerschaft, die die Legitimität des Staates nicht anerkennt. Die Gefahr für die Sicherheit und die Gefahr für die Demokratie sind eine dasselbe: ein Zustand fehlender anerkannter Staatsgrenzen, der den Einsatz nicht legitimer Gewalt erfordert, die durch Gegengewalt beantwortet wird. Demokratie ist ein System, in dem die Bevölkerung aus Bürgern besteht, und das den Umgang mit Streitfällen zwischen ihnen durch angemessene Vertretung in den staatlichen Institutionen ermöglicht. Die persönliche Sicherheit ist ein Ergebnis der Legitimation der staatlichen Institutionen und nationale Sicherheit ist eine Folge internationaler Vereinbarungen. Das israelische Regime hat keine politischen Mittel, die Kontrolle über die Palästinenser zu beenden, und es gibt keinen akzeptierten institutionalisierten legitimen Weg, sich mit dem Konflikt zwischen Juden und Palästinensern, die sich um dasselbe Territorium streiten, auseinanderzusetzen. Das heißt, es handelt sich um einen Zustand, der zugleich die Demokratie und die Sicherheit gefährdet.

**Peri Golan:** Ich glaube nicht, dass die israelische Demokratie gefährdet ist, obwohl es in der israelischen Demokratie und in der Art, wie sie umgesetzt wird, in der Tat einiges zu korrigieren und zu verbessern

gibt. Der Staat hat nicht wenige Krisen und Ereignisse durchgemacht und bestanden, die man als Bedrohung der Demokratie bezeichnen könnte, und er hat die Stärke seiner Demokratie bewiesen. Die Armee und das Sicherheitssystem agieren in staatsgerechter Form unter Beachtung aller demokratischer Regeln. In der israelischen Demokratie gibt es auch Gruppen am Rande der israelischen Gesellschaft, die versuchen, die demokratischen Regeln und die demokratischen Grundsätze zu benutzen, um mittels "demokratischer Manipulationen" die Sicherheit zu verletzen.

**Gabi Sheffer:** Die formale israelische Demokratie ist nicht gefährdet, was in nicht geringem Maße dem Status des Sicherheitsnetzes (das ich oben bereits erwähnte) zuzuschreiben ist. Die israelische Demokratie war und ist lediglich eine "formale Demokratie" und weit von einer "effektiven Demokratie" entfernt, in der die Bürger entscheidenden Anteil am politischen Entscheidungsprozess und an der Entscheidungsfindung

in kritischen Fragen haben, die das Leben der Bürger beeinflussen, einschließlich im Bereich der Sicherheit. In diesem Punkt ist die Problematik der israelischen Demokratie von großer Bedeutung. Im Allgemeinen existieren keine wesentlichen Bedrohungen des politischen Systems in Israel. Das heißt, es sieht nicht so aus, als sei die formale Demokratie unmittelbar gefährdet. Doch gibt es im wesentlichen Maße aufgrund der Existenz des Sicherheitsnetzes, das ich in diesem Aufsatz besprochen habe, kaum Anzeichen dafür, dass sich die israelische Demokratie innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in eine effektive Demokratie verwandeln wird. Selbst wenn die israelische Demokratie nicht militaristisch ist, so werden die Anerkennung, die dem Sicherheitssystem entgegengebracht wird, und das geringe Engagement der meisten Israelis in den grundlegenden politischen Prozessen der israelischen Demokratie die gegenwärtige Situation des Staates und seines Regimes weiterhin aufrechterhalten. ■







## Quellenverzeichnis Kobi Michael

- Huntington P. Samuel, **The Soldier and the State — The Theory and Politics of Civil-Military Relations**, Cambridge, Massachusetts, The Belknap Press of Harvard University Press, 1957.
- Hoffman G. Frank, **Conflict in the 21st Century: The Rise of Hybrid Wars**, Arlington, Virginia, Potomac Institute for Policy Studies, Dezember 2007.
- Kohn H. Richard, "How Democracies Control?", **Journal of Democracy**, Heft 8, Nr. 4, 1997, S. 140-53.
- Kriesberg Louis, "The Development of the Conflict Resolution Field", in I. William Zartman und J. Lewis Rasmussen, **Peacemaking in International Conflict**, Washington DC, U.S. Institute of Peace Press, 1997.
- Last David, "Transformation or Back to Basics? Counter-Insurgency Pugilism and Peacebuilding Judo", in Kobi Michael, David Kellen und Eyal Ben-Ari (Hrsg.) **The Transformations of the World of War and Peace Support Operations**, CT, Praeger Security International (PSI), 2009, S. 101-121.
- Michael Kobi, "The Military's Influence on the Transition Process from War to Peace – the Israeli Case – Focused Comparison: The Peace Process with Egypt and Oslo Process", Dissertation zum Dr. phil., Hebräische Universität von Jerusalem, 2004b.
- Michael Kobi, "The Israel Defense Forces as an Epistemic Authority: An Intellectual Challenge in the Reality of the Israeli - Palestinian Conflict", **Journal of Strategic Studies**, Heft 30, Nr. 3, 2007b, S. 421 – 46.
- Michael Kobi, "The Dilemma Behind the Classical Dilemma of Civil-Military Relations: The 'Discourse Space' Model and the Israeli Case during the Oslo Process", **Armed Forces & Society**, Heft 33, Nr. 4, 2007c, S. 518-46.
- Michael Kobi, "Doing the Right Thing the Right Way; The Challenges of Military Mission Effectiveness in Peace Support Operations in a 'War Amongst the People' Theater", in Cees M. Coops und Szvircsev Tibor Tresch (Hrsg.) **Cultural Challenges in Military Operations**, Rom, NATO Defense College, Forschungsabteilung, 2007d, S. 254-263.
- Michael Kobi und David Kellen, "Cultural Intelligence for Peace Support Operations in the New Era of Warfare", in **The Transformations of the World of War and Peace Support Operations**, S. 157-172.
- Oren Ido, "The Subjectivity of the 'Democratic' Peace: Changing U.S. Perceptions of Imperial Germany", **International Security**, Heft 20, Nr. 2, Fall 1995.
- Peri Yoram, **Generals in the Cabinet Room - How Military Shapes Israeli Policy**, Washington DC, United States Institute of Peace, 2006.
- Peri Yoram, "The Israeli Military and Israel's Palestinian Policy from Oslo to the Al Aqsa Intifada", **Peaceworks**, Nr. 47, Washington DC, USIP, 2002.
- Peri Yoram, "The Political-Military Complex: The IDF Influence over Policy Towards the Palestinians since 1987", **Israel Affairs**, Heft 11, Nr. 2, April 2005, S. 324-44.
- Rouhana Nadim & Daniel Bar-Tal, "Psychological dynamics of Intractable Ethnonational Conflicts: The Israeli-Palestinian Case", **American Psychologist**, Heft 53, 1998, S. 761-770.
- Schake Kori. 8. Herzliya-Konferenz, Januar 2008, [www.herzliyaconference.org/Eng/\\_Articles/Article.asp?ArticleID=2027&CategoryID=248](http://www.herzliyaconference.org/Eng/_Articles/Article.asp?ArticleID=2027&CategoryID=248)
- Sens Allen. "The RMA, Transformation, and Peace Support Operations", in Kobi Michael, David Kellen und Eyal Ben-Ari (Hrsg.) **The Transformations of the World of War and Peace Support Operations**, S. 81-100.
- Smith Rupert *The Utility of Force: The Art of War in the Modern World*, London, Allen Lane, 2005.
- Taureck Rita, "Securitization theory and securitization studies", **Journal of International Relations and Development**, 2006, 9, pp. 53–61.
- Weaver Ole, "Security, Insecurity and Asecurity in the West-European Non-War Community", in Emmanuel Adler und Michael Barnett, (Hrsg.) **Security Communities**, Cambridge, Cambridge University Press, 1998, S. 69-118.
- Weaver Ole, "Aberystwyth, Paris, Copenhagen: New Schools in Security Theory and the Origins between Core and Periphery", Montreal, ISA Conference, March 2004.
- Williams Allen John, "The Military and Modern Society: Civilian-Military Relations in Post-Cold War", **America, World and I**, Heft 14, Nr. 9, 1999.

Amir Oren, **Haaretz**, 24. Januar 2008

Arian Ascher, David Nahmias, Doron Nevot und Daniel Shani, **Demokratie-Index 2003**, Jerusalem, Verlag Israelisches Demokratie-Institut, 2003

Daniel Bar-Tal, *Leben mit dem Konflikt*, Jerusalem, Verlag Carmel, 2007 (Nur in Hebr.)

Ruth Gabizon, "Kritik am politischen Apparat", [www.ynet.co.il/Ext/Comp/ArticleLayout/CdaArticlePrintPreview/1,2506,L-3515002,00.html](http://www.ynet.co.il/Ext/Comp/ArticleLayout/CdaArticlePrintPreview/1,2506,L-3515002,00.html)

Ami Gluska, *Eshkol, befehle!*, Tel Aviv, Verlag des Verteidigungsministeriums, 2004 (Nur in Hebr.)

**Bericht der Winograd-Kommission**, April 2007, [www.vaadatwino.org.il/reports.html#null](http://www.vaadatwino.org.il/reports.html#null)

**Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes 57a**, September 2006, [www.mevaker.gov.il/serve/contentTree.asp?bookid=473&id=186&contentid=&parentcid=undefined&sw=1440&hw=830](http://www.mevaker.gov.il/serve/contentTree.asp?bookid=473&id=186&contentid=&parentcid=undefined&sw=1440&hw=830)

Dixon, Norman, *Die Psychologie der Tollpatschigkeit in der Armee*, Tel Aviv, Ma'arachot, 1979 (Nur in Hebr.)

Yehoshafat Harkabi, *Krieg und Strategie*, Tel Aviv, Ma'arachot, 4. Auflage, 1994.

Tal Israel, *Nationale Sicherheit - Wenige gegen Viele*, Tel Aviv, Verlag Dvir, 1996 (Nur in Hebr.)

Efraim Ya'ar und Tamar Herman, **Friedens-Index Februar 2005, Friedens-Index Mai 2007**, [www.tau.ac.il/peace](http://www.tau.ac.il/peace)

Abiezer Ya'ari, *Die zivile Aufsicht über die Armee in Israel*, Memorandum 72, Jaffe-Zentrum für strategische Studien, Universität Tel Aviv, Oktober 2004, Memorandum 72 (Nur in Hebr.)

Yagil Levi, *Eine andere Armee für Israel – materieller Militarismus in Israel*, Tel Aviv, Verlag Tapuach-Yediot Aharonot, 2003 (Nur in Hebr.)

Yagil Levi, "Wie Demokratisierung das Kämpferische fördert – der Zweite Libanonkrieg", *Politika – Zeitschrift für Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen*, Ausgabe 17, Winter 2008, S. 111-130

Moshe Lisk, *Das Sicherheitsethos und der Mythos von Israel als militaristische Gesellschaft*, in: *Demokratische Kultur – Militär und Gesellschaft in Israel*, Stuart Cohen (Gast-Hrsg) und Avi Sagi, Yediyah Z. Stern (Redakteure), Verlag der Universität Bar-Ilan, Israelisches Demokratie-Institut, 2001, Heft 4-5, S. 200-204. (Nur in Hebr.)

Kobi Michael, *Der Zweite Libanonkrieg im Spiegel der Schwäche der zivilen Aufsicht und der strategisch-intellektuellen Führung*, *Politika*, Ausgabe 17, Winter 2008, S. 131-154 (Nur in Hebr.)

Dan Meridor, Rede bei der 8. Herzliya-Konferenz [http://herzliyaconference.org/\\_Articles/Article.asp?ArticleD=2662&CategoryID=325](http://herzliyaconference.org/_Articles/Article.asp?ArticleD=2662&CategoryID=325)

Baruch Kimmerling, *Militarismus in der israelischen Gesellschaft*, *Theorie & Kritik*, Nr. 4, 1993 (Nur in Hebr.)

Baruch Kimmerling, *Die soziale Integration des Begriffs "Nationale Sicherheit" Israels*, *Demokratische Kultur*, Band 4-5, Verlag Universität Bar-Ilan und das Israelische Demokratie-Institut, 2001, S. 267-301 (Nur in Hebr.)

Aryeh Shalev, *Versagen und Erfolg der Abschreckung*, Tel Aviv, Verlag des Verteidigungsministeriums, 2006 (Nur in Hebr.)

Dov Tamari, *Kann sich die IDF infolge des Zweiten Libanonkrieges verändern?*, *Ma'arachot*, Ausgabe 415, November 2007, S. 26-41. (Nur in Hebr.)

# Konferenz

## Gesellschaft und Nationale Sicherheit in Israel

2. September 2009  
Tshuva Auditorium  
Netanya Academic College

---



Dr. Ephraim Sneh, Vorsitzender des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College



Peri Golan, vormals Chef der Arabischen Abteilung des Inlandssicherheitsdienstes (Schabak)



Brigadegeneral Avi Benayahu, Armeesprecher



Dr. Ralf Hexel, Direktor Büro Israel, Friedrich-Ebert-Stiftung





Dr. Reuven Pedatzur, Akademischer Direktor des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College



Oberst (a.D.) Shaul Arieli, Council for Peace and Security (Rat für Frieden und Sicherheit)



Dr. Orit Kamir, Juristische Fakultät, Hebräische Universität von Jerusalem



Zohar Avitan, Direktor des vorakademischen Vorbereitungsprogramm am Sapir College



Gen. (a.D.) Yaakov Amidror, Stellvertretender Präsident des Lander-Institut, Jerusalem, beim Podiumsvortrag über "Politischer Apparat und militärischer Apparat – Wer bestimmt die Politik?"

Dr. Amiram Oren, Geograph, selbstständiger Forscher und Forschungs-Fellow am Van-Leer-Institut



Tamar Malz-Ginsburg, Institute of National Security Studies (INSS), Universität Tel-Aviv





Dr. Orna Sasson-Levi, Fakultät für Genderstudien an der Bar-Ilan-Universität, Bar-Ilan-Universität, mit Dr. Sarai Aharoni, Hebräische Universität von Jerusalem, während der Podiumsdiskussion "Das Verhältnis zwischen nationaler Sicherheit und der Zivilgesellschaft in Israel"



Dr. Ephraim Sneh mit Dalia Ginat und einigen Konferenzteilnehmern während einer Kaffeepause



Dr. Ralf Hexel, Direktor Büro Israel, Friedrich-Ebert-Stiftung, mit Dov Ben-Meir, dem ehemaligen stellvertretender Vorsitzender der Knesset



Dr. David Altman, Stellvertretender Vorsitzender des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College, mit Anita Haviv, vom israelischen Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, und Dr. Reuven Pedatzur, Akademischer Direktor des des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College

## Workshop B: Nationale Sicherheit und zivile Gesellschaft in Israel

Der zweite Workshop wurde anders strukturiert als der erste. Jeder der Teilnehmer konzentrierte sich auf seinen Tätigkeits- und Forschungsbereich. So wurden verschiedene und vielfältige Fragen analysiert und präsentiert.

### **Zohar Avitan, Bewohner von Sderot, analysierte die Verbindung zwischen Stärke und nationaler Sicherheit aus der Perspektive eines Wohnortes in der Peripherie**

Im Laufe der letzten acht Jahre hat die Realität des Alltags in Sderot und in den Ortschaften um den Gazastreifen herum im Schatten der Qassam-Raketen weitreichende Bewusstseinsänderung hervorgerufen. Begriffe wie "my home is my castle" gelten nicht mehr. Der Alltag wird mit ständiger innerer Angst absolviert, man weiß nicht, was im nächsten Moment geschehen wird. Die Bewohner dieser Region kennen keinen ruhigen Schlaf mehr. Stattdessen sind sie hin und her gerissen zwischen wilden Träumen und einer von Alarmsirenen durchsetzten Wirklichkeit.

Diese Jahre stellten Grundsatzfragen zu den Beziehungen zwischen dem Landeszentrum und der Peripherie in Israel auf die Probe: das Verhalten der Regierung, das Verhalten der Presse, das mediale Aufrechterhalten der Vorstellung einer Elite, die von anderen abgrenzt ist, eine als "Tel Aviver Blase" bezeichnete Erscheinung. Der öffentliche Diskurs wechselte von der Diskussion von Grundproblemen der Gesellschaft zu realitätsfernen Fernsehprogrammen wie "Survivor"<sup>40</sup> und "Big Brother"<sup>41</sup>. Zum Vorschein trat eine instabile israelische Demokratie, in der selbst grundlegende Regeln des "demokratischen Spiels", wie Wahlen am vorgesehenen Wahltag, nicht mehr gelten. Die politische Instabilität legte die Frage, ob es auch nur einen Bereich im öffentlichen Leben gibt, über den sich alle Teile der israelischen Gesellschaft einig sind, in ihrer ganzen Grausamkeit offen.

Inmitten all dieser Überlegungen sah ich mich als Bewohner dieser Region – Sderot und die an den Gazastreifen angrenzenden Orte – der Tatsache

gegenüber, dass es den städtischen Behörden in der Region, vor allen Dingen der Stadtverwaltung von Sderot und dem Regionalrat Sha'ar-HaNegev, nicht gelungen ist, sich mit ihren Forderungen an die Zentralregierung zusammenzuschließen und sie zu koordinieren. Die Darstellung von Sderot und seinen Bewohnern in den Medien unterschied sich während der langen Periode des Qassam-Beschusses größtenteils grundlegend von der Darstellung der Kibbutzim des Regionalrates Sha'ar-HaNegev und wichtiger Institutionen in der Region, wie beispielsweise des "Sapir Academic Colleges". Auf der einen Seite sah man Schwäche, Flucht, Panik, auf der anderen Stärke, Durchhaltevermögen, Routine. Doch die Wahrheit hinter diesen Darstellungen war eine völlig andere.

Im Februar 2008 kam im Sapir Academic College ein Student, Rony Yichya, ums Leben. Im Mai 2008 wurde ein Mitglied des Kibbutz Kfar-Azza getötet, Jimmy Kedoshim, eine schillernde Erscheinung, die den meisten Bewohnern der Region aufgrund seiner Arbeit als Fallschirmspringer bekannt war. Als wäre plötzlich die Maske heruntergerissen worden, die von der Spannung zwischen "Rollen" und "Status" erzeugt wurde. Die Beschreibung des unterschiedlichen Verhaltens im Schatten der Bedrohung durch Qassam-Raketen leitet sich vom Status ab: Mitglied eines Kibbutz, Mitglied der Gründerbewegung, Nachkomme der Gründerelite. Nachdem sein Tod auch innerhalb der Kibbutzbewegung bekannt wurde, wurde seine militärische Rolle offengelegt und anstelle des Status betont. Es stellt sich heraus, dass Rollen wie Eltern und Kinder, Schüler und Lehrer und das von diesen oder jenen Rollen abgeleitete Verhalten schon immer da gewesen sind. Sie wurden auf Anweisung von Kibbutzsekretären, Sprechern von Institutionen und Vertretern der Medien verborgen. Diese waren bereit, sich der in der israelischen Gesellschaft verbreiteten Darstellung von Stereotypen, die zum Teil die Risse in der Gesellschaft erzeugen, anzuschließen. Nach den tragischen Vorfällen im Sapir Academic College und in Kfar Azza kam es zu Angst, Fortzug, Urlaubsreisen - auch bei den Einwohnern der Kibbutzim in der Region. Es kam auch zu Tage, dass die Schüler der Grundschule in Sha'ar-HaNegev zwei Jahre zuvor in Gebiete außerhalb der Reichweite der Qassam-Raketen evakuiert worden waren. Trotz des elitären Deckmantels wurde plötzlich klar, dass diese Leute Menschen wie alle anderen sind.

Das "Grenzgebiet" ist die Region, in dem sich eine Gemeinschaft im Entstehungsprozess eines Staates verwirklicht. Die Bereitschaft, sich im Grenzgebiet niederzulassen, wurde in einer Weise beschrieben, welche die Siedler mit dem Werte- und Kultursystem

40 Survivor, Reality-Show im 10. Kanal: survivor.nana10.co.il

41 Big Brother, Reality-Show im 2. Kanal: www.thebigbro.co.il





identifizierte, das die Bereitschaft umfasste, die Last des Aufbaus der Nation zu tragen: Heldentum, Mut, Opferbereitschaft für das Ideal und so weiter. All das im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die in der Lage ist, aus dem Innern einer antiken Kultur eine neue Kultur zu schaffen. Der Kibbutz wurde zur Siedlungsform, die die Utopie repräsentierte: eine kleine, egalitäre, kooperative, arbeitende Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft, die nicht nur eine Siedlungsform ist, sondern ein ganzes Netzwerk kulturellen Lebens bei gleichzeitiger Schaffung neuer Rituale, wie die Rituale der jüdischen Feiertage, die auf einer Verknüpfung althergebrachter Traditionen mit neuer hebräischer Schöpfung basierten.<sup>42</sup> "Israel ist das Ergebnis einer ideologischen Bewegung, die eine Gemeinschaft schuf, die zu einem Staat wurde". So beschrieben Horowitz und Lisk diesen Prozess.<sup>43</sup>

Der Pionier, der sich in die öden Weiten begibt - im Norden hauptsächlich zur Zeit des Yishuvs, im Süden vor allem nach Errichtung des Staates und nach Erklärung der Unabhängigkeit -, gilt als Modell, das die israelische Gesellschaft nachahmen sollte. Diese Gruppe wurde mit der nationalen Kraft identifiziert, die die Grenzen des entstehenden Staates auf der Basis der Siedlungsgebiete ihrer Mitglieder zog. Die Hauptaufgabe der Siedlungsbewegung, die Festlegung der zukünftigen Grenzen, verdrängte jede andere Zugehörigkeit. Sie zählte zu den Grundelementen der lang anhaltenden Hegemonie der Arbeiterbewegung. Die Pioniere, die Bewohner der Grenzgebiete, waren die Elite, welche die politische Führung des entstehenden Staates und des Staates selbst in den ersten zwei Jahrzehnten seiner Existenz hervorbrachte.<sup>44</sup>

Der Siedlungsbewegung wurde die Absorption der Überlebenden nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt. Nach Gründung des Staates und im Laufe der 50er Jahre übernahm die arbeitende Siedlungsbewegung unter Anordnung der jungen Staatsführung die Aufnahme der Massen von Einwanderern aus Asien und Nordafrika. Diese Aufnahme erfolgte nicht innerhalb der Kibbutzim sondern in Durchgangslagern, die überall im Land im Herzen der vor allem von Kibbutzim besiedelten Grenzgebiete eingerichtet wurden.<sup>45</sup> Die Mitglieder der Kibbutzim wurden angewiesen, die Durchgangslager zu verwalten und für die Bedürfnisse der Einwanderer

zu sorgen. Diese Durchgangslager, die sich zu Kleinstädten und Städten entwickelten, waren das "Andere", das mit der anderen, naturgemäß minderwertigen Kultur - Einwanderer, deren kulturelle Identität mit der Vielfalt ihrer Klänge, Geschmäcker und Bräuchen nicht zum Geiste des neuen, strahlenden Israeli mit der Haartolle, dem "Srulik"<sup>46</sup> des Karikaturisten Dosh, passte.<sup>47</sup>

Inmitten des Grenzgebietes der pionierhaften Verwirklichung entstand eine Peripherie, die nicht den Status der Pioniere genoss, die mit ihren Körpern die Grenzen des Staates zogen. Sie waren das "Andere", dessen Existenz als Begründung diente, der sozialen und kulturellen Elite ihren Status und das Recht zu verleihen, Führungsrollen zu erfüllen, die mit der Verantwortung für die Zukunft und das Schicksal der Nation einhergehen. "Wissende" gegenüber "Unwissenden", "Verstehende" gegenüber jenen, denen es "schwer fällt zu verstehen". Mutige, aus deren Reihen die oberste Kommandoebene des Militärs und seine kämpfenden Einheiten rekrutiert werden, gegenüber Soldaten, die in erster Linie für die Dienstleistungsbereiche vorgesehen waren. Nachbarn und doch einander fremd.

Der Sechstagekrieg von 1967 verschob die Grenzen des Staates, nicht nur die geographischen, sondern auch die der gesellschaftlichen Struktur, die während der Zeit der Besiedlung gestaltet wurde.<sup>48</sup> Die Forderungen nach Anerkennung und Vertretung im Regierungsapparat durch die Bewohner der Grenzgebiete und der Peripherie verstärkten sich immer mehr. Diese Rufe nach Vertretung und Anerkennung wurden von den Führern der liberalen und revisionistischen zumeist urbanen Opposition, die gleichfalls nicht zur Schicht der Pioniere und der Erbauer des Staates aus der Arbeiterbewegung zählten, gehört.

Die Proteste der "Schwarzen Panther" im Jahr 1972 waren der befreiende Aufschrei des "anderen" Elements in der Gesellschaft. Sie wuchsen zu einer Protestbewegung heran, die nach dem Verlust des Vertrauens in die Führung infolge des Jom-Kippur-Krieges von 1973 die Massen der "Orientalen" in die Arme des charismatischen Oppositionsführers Menachem Begin trieb. Begin verstand es, auf dem "Gefühl des Andersseins" der Menschen in der Peripherie der Grenzgebiete zu spielen. Der Mann, den beim Namen zu nennen der Staatsgründer und erste

42 Miki Tsur, Hier auf Erden, HaKibbutz HaMeu'had, 5741-1981 (Nur in Hebr.)

43 Dan Horowitz und Moshe Lisk, Utopie in Not, Israel – Eine überlastete Gesellschaft, Tel Aviv, Verlag Am Oved, 1990, S. 9. (Nur in Hebr.)

44 Joav Peled und Gershon Sapir, Wer ist Israeli – Die Dynamik einer komplexen Staatsbürgerschaft, Universität Tel Aviv, 2005, S. 65-67. (Nur in Hebr.)

45 Cohen Aharon, **Die Bildung von Entwicklungsstädten: Sderot, Netivot und Ofakim 1951-1965** Dem Senat der Ben-Gurion-Universität vorgelegten Dissertation, 2007

46 Anm. d. Üb.: Liebenswürdige Karikatur-Figur, die den Staat Israel darstellt. "Srulik" ist die jiddische Koseform für den Vornamen „Israel“

47 Oz Almog, Abschied von Srulik, Universität Haifa - Zmora Beitan, 2004 (Nur in Hebr.)

48 Dan Horowitz und Moshe Lisk, **Juden in Eretz Israel als politische Gemeinschaft während der Britischen Mandatszeit**, Am Oved, Tel Aviv, 5738-1977

Premierminister David Ben-Gurion, herausragender Vertreter und Gestalter der Arbeiterbewegung, sich stets geweigert hatte, gewann die Wahl zum Premierminister – nicht, weil er soziale Gleichstellung anbot, sondern weil es ihm gelungen war, das Gefühl der Demütigung und des Unmuts in eine entscheidende politische Kraft zu verwandeln. Die Peripherie der Grenzgebiete "gewann" zwar nur scheinbar politische Unabhängigkeit, dabei letztlich aber die Chance, sich von ihrem minderwertigen Status als "Andere" in der israelischen Gesellschaft zu befreien.

Der Führungswechsel in Israel war gleichbedeutend mit einem Erdbeben, das ein scheinbar stabiles System erschütterte, in dessen Mittelpunkt der Pionier, der Verwirklicher, der Sozialist mit seinen erhabenen humanistischen Werten, die Krone der zionistischen Bewegung, stand. Die arbeitende Siedlungsbewegung hatte aufgrund ihrer Kontrolle des Systems keine Anstrengungen unternommen, den Kreis ihrer Unterstützer so zu erweitern, dass er im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung und gemeinsamen Führung auch die zu Städten werdenden Kleinstädte umfasste. Stattdessen hatte sie es vorgezogen, ihren Status innerhalb der neuen liberal-kapitalistischen Hegemonie zu wahren. Die "dienende Elite"<sup>49</sup> diente weiterhin der neuen Hegemonie ohne die lawinenartig anwachsende kapitalistischen Wirtschaft wahrzunehmen, die sowohl zur Auflösung der Kibbutz-Bewegung sowie durch das Gebot der Privatisierung zur Auflösung der einzelnen Kibbutzim führte.

Die Gründungspartei (Mapai, die spätere Arbeitspartei) blieb der Faktor, der angeblich in der Lage sein würde, den früheren Status seiner treuen Mitglieder aus der Kibbutz-Bewegung als Führungselite wiederherzustellen. Die Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft Ronald Reagans und England unter der Premierministerin Margaret Thatcher begannen den Prozess der Globalisierung, der den kapitalistischen Liberalismus gemäß der Margaret Thatcher zugeschriebenen Aussage: "Es gibt keine Gesellschaft, es gibt Individuen" in einen grausamen kapitalistischen Neoliberalismus umwandelte. Der Neoliberalismus brachte neue Kräfte hervor, die sich der Parteien bemächtigten – auch in Israel. Das Kapital ersetzte die Ideologie. Große Einkommensschere ersetzten das Freiwilligkeitsprinzip der Anfangszeit des Staates. Was den Kibbutzim blieb war der "Elitenstatus" um jeden Preis, auch um den Preis der Absonderung von der nahe gelegenen Stadt. Dieser Prozess ging nicht an der Region vorüber, die der Bedrohung der Qassam-

Raketen ausgesetzt ist: Sderot und Sha'ar-HaNegev - Sderot und die Region um den Gazastreifen.

Die von der politischen Führung von Sha'ar-HaNegev in den ersten Jahren der Qassam-Raketen 2001-2006 eingenommene Haltung kann als Wille verstanden werden, weiterhin eine "dienende Elite" darzustellen. Die politischen Führer erwarteten irgendeine Form von Gegenleistung wie in den "guten alten Tagen". Dabei trat der Wunsch nach der Sympathie der Presse, die den zeitgenössischen "öffentlichen Raum" bilden, um wirtschaftlichen Schaden von der Region abzuwenden, besonders hervor. Auch dies ist letztlich eine Art der Erwartung einer legitimen Gegenleistung. Vergleichen wir dieses Verhalten mit dem gegensätzlichen Verhalten des Bürgermeisters der Stadt Sderot im besagten Zeitraum. Er benutzte die Bedrohung durch die Qassam-Raketen, um höhere Haushaltszuschüsse für seine Stadtverwaltung zu bekommen, die wie zahlreiche andere Regionalräte in Geldnot war. Er nutzte das Medieninteresse an stereotypen Bildern und Stimmen. Den dadurch verursachten zukünftigen Schaden berücksichtigte er dabei nicht.

Mindestens bis 2006 herrschte bei der Führung von Sha'ar HaNegev noch das Gefühl einer Bestimmung, wie sie Ben Gurion dem Ort in den ersten Jahren des Staates zugewiesen hatte: "Die Sicherheit des Staates wird nicht allein bei den militärischen Verteidigungstruppen liegen. Unsere Siedlungsweise wird für die Sicherheit des Staates nicht weniger ausschlaggebend sein als der Aufbau der Armee. Nur eine dichte landwirtschaftliche Besiedelung der Grenzen – eine Kette landwirtschaftlicher Höfe im Norden des Landes, an der Küste, entlang des Jordan, in den Städten des Negev – kann als wirklich gute Barriere zum Schutz des Landes vor Angriffen von außen dienen. Keine stummen Festungen aus Stein sondern eine lebende, arbeitende und schaffende menschliche Mauer – die einzige Mauer, die nicht zurückweicht und von den Waffen des Feindes nicht beschädigt wird – kann die Grenzen des Landes bewachen. Selbst das am stärksten befestigte Gebäude kann mit fortschrittlichen Zerstörungsmitteln untergraben und erschüttert werden. Doch keine Waffe kann Menschen mit starkem Willen und starkem Geist besiegen, die die Heiligtümer ihres Lebens und die Frucht ihrer Arbeit beschützen und verteidigen".<sup>50</sup> Dieser Wortlaut macht deutlich, dass sich die Hegemonie in Händen derer befindet, die zur Erfüllung dieser nationalen Aufgaben

<sup>49</sup> Dan Horowitz und Moshe Lisk, *Utopie in Not, Israel – Eine überlastete Gesellschaft*, Verlag Am Oved, Tel Aviv, 1990 (Nur in Hebr.)

<sup>50</sup> Rede David Ben-Gurions, "Armee der Verteidigung und des Aufbaus", beim Appell der Mahal-Einheit (freiwillige Soldaten aus dem Ausland), 13. November 1948, bei: Oren Amiram, *Armee und Raum im Staat Israel: Bodennutzung der IDF vom Unabhängigkeitskrieg bis zu dem Sinai-Feldzug (1948-1956)*, Dissertation, und Universität Haifa, 2003, S.74 (Nur in Hebr.)



bereit sind. Vielleicht ist dies die Erklärung für die ausbleibende Forderung nach Schutzvorrichtungen für die Privathäuser der Bewohner der Kibbutzim in Sha'ar-HaNegev zumindest bis zum Jahr 2006, fünf Jahre nach Auftreten der Sicherheitsbedrohung. Von dieser Hegemonie sind jene ausgeschlossen, von denen angenommen wird, dass sie zu dieser Opferbereitschaft nicht in der Lage sind.

In den fünf Jahren des Schweigens von Sha'ar-HaNegev zu Forderungen nach Schutz der Privathäuser wurden in Sderot 500 Gebäude getroffen. Fünf Jahre lang zogen die Regierungen ihren Vorteil aus einem breiten Konsensus, der sich im Schweigen zu den Schutzvorrichtungen für Häuser manifestierte. An dem Ansatz, der Opferbereitschaft mit der Zugehörigkeit und Nähe zum Zentrum der israelischen Hegemonie verknüpft, hat sich im Laufe der Jahre nicht viel geändert. Im Gegenteil, es haben sich ihm noch Siedler angeschlossen, die in der Fortsetzung der Besiedlung in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen (die besetzten Gebiete) eine Fortsetzung der Tradition Ben-Gurions sehen. Hierbei sollte angeführt werden, dass zum Zeitpunkt des einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen auf Anordnung des Premierministers Ariel Sharon die aus der Region Gush-Katif geräumten Menschen nicht automatisch an einen Umzug in die Entwicklungsstädte des Südens, einschließlich Sderot, als Verwirklichung ihrer Ideologie dachten. Sie wollten ihre Besonderheit und ihre Zugehörigkeit durch die Forderung nach Gegenleistung in Form einer von dem israelischen "Anderen" getrennten Siedlung bewahren. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das weiter bestehende System hinweisen, wonach jene belohnt werden, welche die Beibehaltung des Konsensus unterstützen.

Laut Angaben des Heimatfrontkommandos sind über 80 % der Bewohner von Sderot während der Jahre des Beschusses mit Qassam-Raketen in ihrer Stadt geblieben. Trotzdem wurde die Stadt nicht als Grenzgebietssiedlung im Sinne von Pioniergeist und Opferbereitschaft, die mit dem Begriff des "Grenzgebietes" einhergehen, anerkannt. Während der meisten Jahre des Qassam-Beschusses blieb Sderot Peripherie, auch in den Augen der Führung der Kibbutzim in der Region, die beschlossen hatten, sich von Sderot abzusondern. "Insofern kann man sagen, dass die israelische Gesellschaft kraft einer Ideologie entstanden ist, ihre weitere Existenz als souveräne politische Gesellschaft jedoch auf die Beharrlichkeit von Institutionen und Spielregeln beruht, die in gesellschaftlichen Interessen von Einzelnen und Gruppen und im Interesse der Juden Israels verankert

sind".<sup>51</sup> Vergleicht man die Anzahl der Erwähnungen in den Nachrichten, so haben die Führung von Sha'ar-HaNegev und seine Institutionen die Unterstützung der Herren des zeitgenössischen öffentlichen Raumes – der Medien – gewonnen.

Doch erfolgt diese gesamte Darstellung in einem Zeitraum, in dem ein anderer Diskurs stattfindet - der Diskurs des liberalen Bürgertums: "Gemäß der liberalen, vertraglichen und utilitaristischen Auffassungen besitzt das Individuum die Kontrolle über sein Leben und möchte seinen individuellen rationalen Nutzen daraus ziehen oder sein eigenes Konzept von dem, was gut ist, erfüllen und der Gemeinschaft nichts schuldig sein".<sup>52</sup> Dies erklärt vielleicht die Erscheinung, die die Führung von Sha'ar-HaNegev zu verbergen suchte: Die Kraft des Gefühls der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft und den großen Ideen des Pioniergeists und der Opferbereitschaft in den Reihen der Kibbutzbewohner existiert nicht mehr. Sie verhalten sich ähnlich wie die Bewohner von Sderot, wie diese in den Medien dargestellt werden.

Ich sprach mit dem Leiter des Kultur-, Jugend- und Sportzentrums von Sderot. Er beschreibt wütend die Art, wie Sderot dargestellt wird: "... Von 800 Mitgliedern des Kibbutz, dessen Namen ich hier nicht erwähnen werde, blieben insgesamt 80 Leute im Kibbutz. Das heißt 10%. Zugleich habe ich gestern einen Fernsehbericht gesehen, in dem eine Umfrage ergab, dass 80% der Bewohner von Sderot hiergeblieben sind. 80% der Bewohner von Sderot. ...Eine gute Freundin von mir aus einem bestimmten Kibbutz hat mir erzählt, dass es, nachdem ein Mensch getötet worden war, in ihrem Kibbutz Panik und Massenflucht gegeben hat. Einige der Bewohner dort sagten voller Reue, 'Als das Gleiche in Sderot geschah, haben wir sie verspottet und haben ihren Schmerz nicht ernst genommen. Jetzt verstehen wir vielleicht, was sie damals durchgemacht haben'". Das Ignorieren des "Anderen" und die Verspottung seiner Ängste, der lauthals Ausdruck verliehen wird, entspricht dem Verhältnis des Landeszentrums gegenüber der Peripherie, im Norden und im Süden. Dieses beruht hauptsächlich auf der Definition des Sicherheitsproblems in diesen Gegenden, das nur wenige oder nur Randgruppen der israelischen Gesellschaft betrifft, die über "die stärkste Armee der Welt" verfügt. Die Bedrohung dieser Regionen des Landes wurde im Jahr 2003 durch Verteidigungsminister Shaul Mofaz als lediglich statistische Bedrohung bezeichnet, das heißt, dass sie keine existenzielle Bedrohung des Staates

51 Dan Horowitz und Moshe Lisk, *Utopie in Not*, S. 15

52 Yoav Peled – Gershon Shafir, *ebd.*, S. 12

insgesamt darstelle.

Im Jahr 2006 begann der gemeinsame Kampf von Sderot und Sha'ar-HaNegev, der sich gegen den Versuch stellte, das Problem von Sderot und dem Umfeld des Gazastreifens als lediglich "statistische Bedrohung" darzustellen. Ein klarer Ausdruck der Erschütterung des Konsensus ist die Eingabe eines Antrags beim Obersten Gerichtshof<sup>53</sup>, er möge den Staat anweisen, Sderot und die Siedlungen um den Gazastreifen mit Schutzvorrichtungen zu versehen. Die Erklärung von Premierminister Ehud Olmert, "Wir werden uns nicht zu Todeschützen" traf mit Hilfe des Obersten Gerichtshofes auf eine Mauer zivilen Widerstandes von Einwohnern aus Sderot und der Region um den Gazastreifen. Die Amtsperiode des Knessetabgeordneten Amir Peretz als Verteidigungsminister führte zu einem Beginn der Installation von Schutzvorrichtungen in öffentlichen Einrichtungen und Häusern in Sderot aus dem Etat des Verteidigungsministeriums. Dazu gehörten auch Unterstände, in die sich Bewohner im Notfall flüchten konnten.

Der Zweite Libanonkrieg im Juli 2006 hat das Gefühl der Menschen in der Region von Sderot und um den Gazastreifen herum, der Verteidigungsapparat habe keine Antwort auf eine Situation, in der das Hinterland in Kriegshandlungen mit einbezogen wird, nur noch verstärkt. Dem Heimatfrontkommando wurde die Verantwortung für die Region, die als in einer "besonderen Sicherheitssituation" befindlich definiert wurde, übertragen. Der Aufschrei über die mangelnde Vorbereitung zur Versorgung des Hinterlandes während des Zweiten Libanonkrieges im Norden des Landes überlagerte die Tatsache, dass eine andere Region, nämlich die Zivilbevölkerung im Süden des Landes, bereits fünf Jahre lang einer Bedrohung ausgesetzt war, deren Umfang und Stärke nur durch die technologische Entwicklung der Raketen begrenzt wurden. Die mangelnde Vorbereitung zur Versorgung des Hinterlandes charakterisiert die unerträgliche Leichtigkeit, mit der die nationale Widerstandskraft vernachlässigt wird, die sich aus Elementen der Stärke der Bevölkerung zusammensetzt. Diese basieren auf einer umfassenden und andauernden Auseinandersetzung mit Fragen wie Lebensunterhalt, Bildung, soziale Solidarität, Gleichstellung, Förderung und Unterstützung jener, die bereit sind, die nationale Last zu tragen.

Die statistische Bedrohung wurde zu einer sehr viel umfassenderen Bedrohung, als die größeren Städte Ashkelon, Ashdod und Be'er Sheva in den Radius der weiterentwickelten Raketen gerieten. Nun war der

Zeitpunkt gekommen, an dem ein Krieg den unter Bedrohung eintretenden Konsensus schaffen würde. Der Krieg endete. Es werden keine Langstreckenraketen mehr auf die großen Städte im Süden des Landes gefeuert. Der Krieg hatte das von den Spitzen des Verteidigungsapparates definierte Ziel erreicht: Ashkelon, Ashdod und Be'er Sheva außer Reichweite der Raketen zu bringen. Demgegenüber müssen Sderot, Netivot, die Ortschaften des Regionalrates Sha'ar-HaNegev, Sdot Negev, Merhavim und Eshkol von Zeit zu Zeit weiterhin kurze Erinnerungen in Form von Qassam-Raketen und Granatwerfern einstecken.

Bei der Frage der Verbindung zwischen Widerstandskraft und Sicherheit herrscht das Gefühl, dass nicht viel getan wird. Das Heimatfrontkommando hat zwar zahlreiche Schlüsse gezogen und funktioniert heute viel besser, doch kann ein solches Kommando oder auch ein anderes allein keine Widerstandskraft verleihen. Diese muss innerhalb der zivilen Systeme des Staates geschaffen werden. Natürlich sind Sderot und die Region um den Gazastreifen herum beispielhaft für den ganzen Staat. Widerstandskraft wird nicht durch die Marginalisierung des "Anderen" erzeugt.

Es ist teilweise richtig, dass sich die arbeitenden Siedlungsbewegung in der Region von Sderot und Sha'ar-HaNegev vergangenen Ideologien von angemessenen Verhaltensweisen verpflichtet hat. Als Vertreter dieser Ideologien hat allein die Führung von Sha'ar-HaNegev Anstrengungen unternommen, an einem Verhalten festzuhalten, das Burgfrieden sichern sollte. Diese Anstrengungen brachen im Laufe der Operation "Gegossenes Blei" in Stücke. Auch nach der Operation explodieren weiterhin Qassam-Raketen und Granaten in Sderot und in den Ortschaften um den Gazastreifen. Jetzt gibt es kein "Grenzgebiet" und keine "Peripherie" mehr – alle sind in derselben Region und leben unter derselben Bedrohung. Jetzt ist uns allen klar, dass die Bewohner von Sderot und der Ortschaften um den Gazastreifen herum Peripherie sind. Die Besiedlung der südlichen und nördlichen Grenzen des Staates ist kein nationales Ziel mehr. Die Siedlung als nationales Ziel wurde nach Judäa und Samaria verlegt. So versuchten israelische Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten, einen neuen Konsensus zu schaffen, der einer Führung dient, die größtenteils die grundlegenden Zielsetzungen des Staates Israels zu Gunsten eines als "Eretz-Israel" bezeichneten Konsensus eintauscht. Was die Führung von Sha'ar-HaNegev dazu geführt hat, ihre Siedlungen und Institutionen zu isolieren, waren die Überreste des Verhaltens der "dienenden Elite", die einem nicht mehr existierenden Konsens dient.

Die Bedeutung von Kultur liegt natürlich in

53 [www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-3411633,00.html](http://www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-3411633,00.html)





Verhaltensmustern. "...Niemand in diesem Staat schert sich in ausreichendem Maße um die Bewohner des Südens. Auch 1000 "kolonialistische" Shoppingfahrten zum Einkauf von Minzeblättern auf dem Markt von Sderot können nichts daran ändern. Das hat nichts damit zu tun, dass es in der Region um den Gazastreifen herum keine modischen Cafés gibt... So ist es nun mal. Ideologie ist eine Frage der Geographie".<sup>54</sup> Die schmucklosen Cafés von Sderot dienten als Kulisse zahlreicher Fernsehberichte aus Sderot. Bilder, die die Armseligkeit des "Anderen" und seine Andersartigkeit bestärkten.

Presseleute, die sich auf der Jagd nach "Bildern, die vom Desk in Tel Aviv erwartet werden", in der Region aufhielten, haben sich nicht angestrengt, in den Kibbutzim der Region nach Bildern der Armseligkeit, Hilflosigkeit und Angst zu suchen. Andererseits haben die Bewohner der Region ihren Mund gehalten. Sie haben nicht protestiert. Sie haben keine Briefe an die Redaktionen geschickt, um zu versuchen, das Image ihrer Nachbarn in Sderot zu verteidigen. Eine Stadt in der Mitte der Region Sha'ar-HaNegev, die zu dem urbanen Zentrum wurde, in dem die Bewohner von Sha'ar-HaNegev ihren Bedarf in allen Bereichen decken: Handel, Dienstleistung, Gesundheit und sogar Kultur.

In den Jahren der Qassam-Raketen entwickelte sich die Region trotz der Bedrohung dank der Hartnäckigkeit seiner Bewohner weiter. Kulturelle Aktivitäten, Kurse für Kinder und Erwachsene, Gesangs- und Tanzgruppen, die Errichtung des Cinemathek in Sderot, das "Filmfestival Süd", das zum 8. Mal in Sderot stattfindet – ein Festival, das internationale Anerkennung genießt, wie die zahlreichen Besucher des Festivals aus dem In- und Ausland bezeugen können, darunter auch Botschafter zahlreicher Staaten. Die Anzahl der Studenten am Sapir Academic College, das Herzen der Region liegt, wuchs stetig an. All das und noch mehr wurde in den Medien nicht so erwähnt, wie es für eine Gesellschaft, die aus Kraft der Gemeinschaft Stolz entwickeln möchte, angemessen wäre.

Hillel sagte: Richte nicht deinen Nächsten, ehe du selbst nicht in seine Lage gekommen bist (Sprüche der Väter 2:5). Das Schweigen der Nachbarn in den Kibbutzim von Sha'ar-HaNegev angesichts der Art, wie Sderot in den Medien beschrieben wurde, kam letztlich einer Zustimmung zur Absonderung gleich. Im Jahr 2008, zwei Jahre nachdem die Führung von Sha'ar-HaNegev ihren Ansatz änderte und ihre Politik der Absonderung von Sderot einstellte, hörte man in

den Medien auch die Stimmen der Kibbutz-Mitglieder, die den Stimmen in Sderot ähnelten. Doch sind es vor allen Dingen die Stimmen, die an den Stereotypen über die Peripherie festhielten, die nun auf die ganze Region einschließlich der arbeitenden Siedlungsbewegung angewendet werden.

In der medialen Welt, die das "gute Leben"<sup>55</sup> des Individuums zum Ziel hat, ist der "Andere" der Beweis für die Existenz dieses guten Lebens, das ihm, dem Anderen, nicht vergönnt ist. In der Fantasiewelt der Reality-Shows sind Sderot und die Region um den Gazastreifen lediglich eine weitere Nachrichtenarena an einem entfernten Ort, die bei der Gestaltung des gewünschten, aktuellen Bildes der Medien hilft: Individualismus, Welt ohne Grenzen, Welt ohne Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber. Dies ist keine gegen die Mitglieder der Kibbutzim in meiner Wohngegend gerichtete Anschuldigung. Jahrelang war die Kibbutz-Gesellschaft durch die Kibbutz-Bewegungen, Einkaufsgemeinschaften wie "Hamashbir Hamerkazi", Kultureinrichtungen wie "Tsavta" wirtschaftlich und kulturell von der in geographischer Nähe gelegenen Peripherie losgelöst. Die Medien griffen diese Aussonderung auf, um die Marginalisierung der "Anderen" noch hervorzuheben – Orientalen, ressourcenarm, sprachlich arm, kulturlos, Anhänger religiöser Bewegungen und Träger von Amuletten. Alle diese Brüche liefen an einem entfernten Ort zusammen – Sderot. Fahrzeit von Sderot nach Tel Aviv – eine Stunde. Fahrzeit von Tel Aviv nach Sderot – ein Jahr. Dies ist der Eindruck, den die Medien vermitteln. Zu diesem Zweck werden auch die Eliten der Vergangenheit ausgenutzt.

Die Alltagsrealität unter andauernder Bedrohung der Sicherheit hat einen ausführlichen Diskurs in der israelischen Gesellschaft ausgelöst. Fragen wie die Verantwortung des Staates für seine Bürger kamen im Laufe des beobachteten Zeitraums in wechselnder Intensität auf. Der öffentliche Diskurs führte zu einer umfassenden Unterstützung der öffentlichen Meinung bei militärischen Unterfangen wie dem Zweiten Libanonkrieg und der Operation "Gegossenes Blei". Sofort im Anschluss daran ertönte harsche Kritik an der Unfähigkeit, das erklärte Ziel, nämlich das Ende der Sicherheitsbedrohung der Zivilbevölkerung, herbeizuführen.

In einer gespaltenen Gesellschaft muss der Anschein von Widerstandskraft irgendwann zerfallen. Langsam drang die Erkenntnis in das Bewusstsein der Führung von Sha'ar-HaNegev ein, dass die Politik der Verbergung

<sup>54</sup> Dana Spektor, Seelenstoff, 7 Tage – Wochenendmagazin der Zeitung Yedioth Aharonoth, 2. Januar 2009 (Nur in Hebr.)

<sup>55</sup> [www.haimtov.co.il/](http://www.haimtov.co.il/)

und die Zurschaustellung von Widerstandskraft im Gegensatz zu Sderot usw., zwecklos sind. Für die herrschende Elite in Israel sind die Bewohner von Sderot und Sha'ar-HaNegev ein und dasselbe. Von diesem Moment an wurde die Not in Sderot nicht allein als Not in Sderot dargestellt. Die Todesfälle am Sapir Academic College und in Kfar Azza im Jahr 2008 brachten die letzte Unterscheidungsbarriere zwischen Sha'ar-HaNegev und Sderot zum Einsturz. Die angstvollen Stimmen der Bürger, die Not schutzloser Kinder und Alter in den Kibbutzim wurden der Öffentlichkeit preisgegeben. In dem neoliberalen Staat, zu dem sich Israel entwickelt hatte, ist das Zentrum die "Tel Aviver Blase", die sämtliche Elemente der Hegemonie in Israel auf sich vereint: Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Presse. Was geographisch entfernt ist, ist vielleicht nicht aus dem Auge, doch es ist es aus dem Sinn – aus dem Sinn des Staates, der sämtliche Empathie selbst für die schwächsten Bevölkerungsgruppen und andere Geschwächte verloren hat.

Im Laufe der Jahre unter Qassam-Beschuss wurde die "Sderot-Konferenz für die Gesellschaft" gegründet, die Antwort der "Anderen" auf die "Herzliya-Konferenz", der "Konferenz des Zentrums". Im Rahmen der Konferenz vom November 2005 sagte der Dekan des Sapir Academic College, Professor Zeev Ts'hor folgendes:

"Die Lösung der grundlegenden Probleme des Staates Israels erfordert eine Änderung der Prioritäten auf der nationalen Tagesordnung, von der Konzentration auf Sicherheitsprobleme hin zu einer vorrangigen Lösung gesellschaftlicher Probleme. Dies bedeutet die bevorzugte Freigabe von Ressourcen zur Überbrückung der Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie und der Unterschiede zwischen dem oberen und unteren Zehntel der Gesellschaft. Eine Änderung der öffentlichen Tagesordnung erfordert, dass die Öffentlichkeit versteht, warum die Politiker die Sicherheitsprobleme vorgezogen haben, nämlich weil sie ihnen die Kontrolle über die öffentliche Meinung erleichtern. Eines der Ziele dieser Konferenz ist es, eine Neuverteilung der wirtschaftlichen, kulturellen und Bildungsressourcen herbeizuführen".<sup>56</sup>

Die sozialen Probleme, deren Lösung vorgezogen werden muss, entstanden in den langen Jahren der Absonderung des Zentrums vom "Anderen". Ziel der Absonderung ist die Sicherung der praktisch permanenten Hegemonie der regierenden Elite, die sich an den Wandel der israelischen Gesellschaft von

einer republikanischen in eine neoliberale Gesellschaft angepasst hat. Diese Hegemonie bewahrte und bewahrt sie über die Jahre hinweg durch Einsatz zweier bekannter politischer Taktiken, der Politik der Angst und der Politik der Ablenkung.

Sha'ar-HaNegev und Sderot sind nur ein Beispiel für das in Israel erforderliche Erwachen von der Illusion, militärische Kraft allein sei in der Lage, auch nationale Widerstandskraft zu gewährleisten. In unserer Region entsteht die Erkenntnis, dass wir, die hier leben, nicht zu den Prioritäten der israelischen Elite gehören. In einer solchen Situation besteht die Möglichkeit, dass die Diskrepanz zwischen Sderot und Sha'ar-HaNegev von einer gemeinsamen Suche nach Wegen zur Schaffung einer eigenen "Zentralregion" ersetzt wird, während wir uns vom entfremdeten und entfremdenden "Zentrum" lösen und die Vorstellungen, die uns jahrelang von ihm diktiert wurden, ignorieren. In Sderot, dessen Bewohner als "rachsüchtig" dargestellt werden, findet man Graffiti wie diese: "Leben für die Araber = Leben für uns". Vor zwei Jahren, nachdem sich der Staat aus der Verantwortung zum Aufbau der Widerstandskraft gezogen und sich nur noch mit Sicherheit beschäftigt hat, wurde aus dem daraus entstandenen Gefühl der Hilflosigkeit heraus die Gruppe "Kol-Acher" ("Eine andere Stimme") gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, im Rahmen eines von ihr geführten Diskurses mit Bewohnern in Gaza und in Israel den gemeinsamen Wunsch nach einem normalem Leben in den Raum des öffentlichen Diskurses zu stellen. Ein solches hatte es bis zum Ausbruch der Zweiten Intifada zwischen den Bewohnern von Sderot und der Region und den Bewohnern des Gazastreifens gegeben. Dabei geht es unter anderem um Handelsbeziehungen, gemeinsame Frauen- und Sportgruppen, Studenten aus Gaza, die am Sapir Academic College studieren, Kurse, die das College in Gaza veranstaltete.

Vor etwa zwei Monaten strahlte der Erste Kanal des israelischen Fernsehens einen Bericht aus, der die Jagd auf Flüchtlinge aus Darfur in Tel Aviv beschrieb. Diese hatten sich nicht an die Vorschrift gehalten, wonach sie sich nur nördlich von Hadera und südlich von Gedera niederlassen dürfen. Die Zivilgesellschaft in Israel zeigte sich nicht empört. Die Marginalisierung Galiläas und des Negev im Vergleich zum dominanten Zentrum zwischen Hadera und Gedera hat sich ins Bewusstsein geprägt. Dieses Bewusstsein ist es auch, das in der Lage ist, eine Sicherheitsbedrohung der Zivilbevölkerung als "lediglich statistische Bedrohung" zu bezeichnen. Die fortgesetzte Existenz von Ortschaften in den "entfernten" Regionen ist im aktuellen israelischen Bewusstsein nicht das Ergebnis einer bewussten Wahl

<sup>56</sup> [kenes-sderot.sapir.ac.il/index.php?option=com\\_content&task=view&id=18&Itemid=34](http://kenes-sderot.sapir.ac.il/index.php?option=com_content&task=view&id=18&Itemid=34) (Anm. d. Üb.: Englischsprachige Website: [kenes-sderot.sapir.ac.il/index.php?option=com\\_content&task=view&id=48&Itemid=73](http://kenes-sderot.sapir.ac.il/index.php?option=com_content&task=view&id=48&Itemid=73))



zur Erfüllung einer nationalen Mission sondern ein aus wirtschaftlicher Schwäche entstandener Mangel an Wahlmöglichkeiten. Die Starken ziehen fort, die Schwachen bleiben. Die Bewohner von Sderot und Sha'ar-HaNegev führen einen hartnäckigen Kampf gegen diese Tendenz und versuchen, eine Lebensqualität zu schaffen, die verhindern soll, dass die Region in Zeiten von Sicherheitsbedrohungen verlassen wird.

In der Vergangenheit gab es die Auffassung, die Besiedelung des Südens und des Nordens bilde einen Schutzwall für Tel Aviv. Die Stimmen, die man heute hört, erzeugen den Eindruck, dass diese Schutzmauer zu einer Belästigung geworden ist. In diesem Beitrag bleibt kein Platz für die Zitate führender Persönlichkeiten, die dies beweisen. Im heutigen Israel ist der Prozess, durch den das Individuum gegenüber der Gesellschaft bevorzugt wird, in vollem Gange. Bei uns hingegen findet vielleicht aufgrund der geringen Bevölkerungszahl, zähneknirschenden der Versuch statt, aus Individuen eine Gesellschaft zu schaffen. ■



## Amiram Oren analysierte die Verknüpfung von Sicherheit und Geographie in Israel

Zum Thema der Sicherheit in Israel in ihrer politischen und militärischen Struktur gibt es zahlreiche Gesichtspunkte. Einer davon führt zurzeit noch ein Schattendasein, die theoretische Auseinandersetzung mit ihm und seiner Erforschung stecken noch in den Kinderschuhen. Es handelt sich um die Sicherheit in ihrem geographischen Zusammenhang. Wenn man von Geographie spricht, so meint man damit zunächst ein Territorium, Land wie es heute existiert und wie es für die Zukunft geplant ist. Spricht man von Land, so meint man damit Bodenschätze, geographische Regionen und die durch physische Merkmale und die dort befindlichen Menschen und Siedlungen unterschiedenen Räume. Land ist auch Umwelt, das heißt die Schätze der Natur und das darin enthaltene Kulturerbe. Es ist auch die von dem Menschen geschaffene Landschaft, die bestimmte Bedeutungen ausdrückt und verschiedene Ausformungen enthält. Der Begriff des Landes kann über das Festland hinaus auch auf den Luftraum, auf Territorialgewässer und auf den virtuellen Raum, der Sende- und Empfangsfrequenzen enthält und auch als elektromagnetischer Raum bezeichnet wird, ausgedehnt werden.

Der theoretische Rahmen zur Diskussion der Verbindung zwischen Land und Sicherheit findet auf zwei Ebenen statt. Einerseits ist das Land die Arena

der Sicherheit in dem Sinne, dass es (wenn auch nicht allein) die Sicherheitsbedürfnisse definiert und beeinflusst. Daraus folgt die Grundannahme, das Land Zweck und Wesen der Sicherheit ist, und dass die Verteidigung des Landes gleichzusetzen ist mit der Verteidigung der Existenz des Staates, des Lebens seiner Bewohner und seiner Souveränität. Dies schließt Land ein, das sich über im Krieg eroberte und aufgrund eines Kriegszustandes gehaltene Gebiete erstreckt.<sup>57</sup> Andererseits ist die Sicherheit eine territoriale Arena, da Land einer der Werte ist, durch den die Sicherheit realisiert wird sowie eines der Elemente militärischer Macht. Dieser Aufsatz konzentriert sich ausschließlich auf den Aspekt des Landes, der den Zwecken der Sicherheit gewidmet ist. Diese sind als Nutzung des Bodens zu Sicherheitszwecken definiert und sie bilden die physische und geographisch-räumliche Basis für das Militär, seine Aufgaben und seine Fähigkeiten sowohl in Ruhezeiten als auch zu Zeiten der Kriegsführung zu realisieren. Die Sicherheit als Bodenkonsument ist von der existierenden räumlichen Realität beeinflusst, beeinflusst sie aber auch selbst, und gestaltet sie sogar.

Heute, zu Beginn des siebenten Jahrzehnts der Existenz des Staates Israel, hält und beeinflusst das Sicherheitssystem trotz des kleinen Gebietes und der hohen Bevölkerungsdichte die Hälfte des Staatsgebietes innerhalb der Grünen Linie.

Methodologisch ist es angebracht, die drei Arten des zu Sicherheitszwecken benutzten Landes getrennt zu betrachten, wenn eine so große Fläche und insbesondere die Auswirkungen der Landnutzung diskutiert werden.

1. Physische Infrastruktur – Lager, Installationen, Infrastrukturen in Grenzregionen und an der Grenze (Minenfelder), Straßen und Wege.
2. Gebiete mit eingeschränkter Bebauung.
3. Gebiete mit operativer Aktivität zu Friedenszeiten und in Notfällen sowie Übungs- und Testgelände.

Die Bestimmung von Bodennutzung zu Sicherheitszwecken ist ein Ausdruck militärischer Erfordernisse und eines Abwägungssystems (strategisch, systematisch und taktisch) von wirtschaftlichen und technologischen Bodennutzungsmöglichkeiten, Siedlungsbedingungen und umwelttechnischen Einschränkungen sowie historischen Gegebenheiten. Ihre Entstehung nach der Staatsgründung, individuell und als Gesamtsystem, war nicht das Ergebnis einer

<sup>57</sup> Dieser Aufsatz umfasst nicht die Gebiete, in denen die Gesetze des Staates nicht zur Anwendung kommen und die als "Westbank" oder "Judäa und Samaria" bezeichnet werden. In diesen Gebieten ist die Armee der Souverän und verwaltet sie gemäß internationalem Recht.

geregelten Planung sondern Teil des britischen Erbes, unvorhersehbarer kriegerischer und politischer Ereignisse, der demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Alternativen sowie, in späteren Jahren, der Anerkennung von Umweltschutzfaktoren.

Im Umfang der territorial-räumlichen Kontrolle des Sicherheitsapparates über Flächen und Gebiete bildet Israel eine Ausnahme. Der Sicherheitsapparat ist eine autonome Entität, die im geographischen Raum des Landes unabhängig vom zivilen System und im Rahmen eines asymmetrischen Verhältnisses zu ihm aktiv ist und auf ihn einwirkt. Er unterhält unabhängige Planungsorgane und verwaltet den Bodenhaushalt mit anderen Mitteln als andere staatlichen Organe. Die Verwaltung der vom Sicherheitsapparat gehaltenen Gebiete bildet eine Ausnahme und unterscheidet sich grundsätzlich von dem, was für zivile Gebiete gilt. Dies trifft im Zusammenhang mit der Absperrung von Arealen für Übungen oder operative Aktivität, mit der Zuweisung des Bodens, der Festlegung des Planungszwecks, der Genehmigungsvergabe für Infrastrukturbau und der Baubeschränkungen in ihrer Umgebung, der Art ihrer Verteidigung vor zivilen Plänen sowie der Einhaltung des Umweltschutzes zu. Diese Regelungen werden durch einzigartige Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsregeln, die in den 50er- und 60er Jahren festgelegt und seitdem kaum geändert oder angepasst wurden, ermöglicht.

Militärgebiete und infrastrukturelle Einrichtungen jeglicher Art haben weitreichende Folgen für den Alltag der Zivilisten. Von Sicherheitseinrichtungen durchzogene Landstriche sind in verschiedenen Formen an jedem Ort im Land zu sehen, im Norden, im Zentrum und im Süden, in den Städten, in ländlichen Gebieten und auch im offenen Gelände. Das Gebiet des Staates Israel ist relativ klein, es ist dicht besiedelt und vielfältig gestaltet. In annähernd jeder Region und an jedem Ort im geographischen Raum liegen militärische und zivile Bodennutzungen eng beieinander. So finden sich Inseln militärischer Infrastruktur in extrem dicht bewohnten Gebieten, oder zivile "Enklaven" in militärischem Raum (vor allem im Negev). Es ist schwer, in Israel eine Region oder einen Ort zu finden, an dem zivile und militärische Nutzungsweisen nicht territorial aufeinandertreffen. Dies hat Folgen für die physisch-räumliche Planung (Konflikt oder Kohabitation bei der Bodennutzung), Wirtschaft und Gesellschaft, für die ökologische Landschaft und mehr.

Der Umfang der militärischen Bodennutzung, ihre Ausbreitung und die daraus entstehenden Folgen sind Merkmale einer besonderen und in ihrem Umfang präzedenzlosen geographischen und

räumlichen Erscheinung, die aus der geographischen und physischen Perspektive diskutiert werden kann – der "Anblick des Landes", aus der Perspektive des Bodens – eine Ressource von wirtschaftlichem Wert; aus der Perspektive der Umwelt – Lebensqualität und Naturschätze, Landschaft und Tradition.

Über viele Jahre hinweg wurde die israelische Bevölkerung praktisch niemals zur Nutzung von Bodenressourcen für militärische Zwecke befragt, da diese niemals auf die nationale, öffentliche, planungstechnische und akademische Tagesordnung gelangte. Angesichts des Umfangs der zu Sicherheitszwecken vorgesehenen Flächen und angesichts der Tatsache, dass Boden in Israel eine von vornherein beschränkte Ressource ist, die mit der Zeit immer weiter abnimmt, ist es verwunderlich, dass die israelische Öffentlichkeit - zumeist meinungsstark und in die Ereignissen in ihrem Umfeld involviert - diesen Bereich nicht in den öffentlichen Diskurs aufnahm und Fragen, die in einer solchen Realität aufkommen, nicht einer öffentlichen Diskussion ausgesetzt hat. Darüber hinaus ist keine klare systematische Politik für die vorgesehene Verwendung von Boden für militärische Zwecke erkennbar, weil die Grundsätze der militärischen Verteilung und ihre Folgen für den zivilen Sektor niemals in den staatlichen Planungsbehörden diskutiert wurden. So wurden auch Vorgehensweisen bei der Zuweisung von Boden für militärische Zwecke niemals innerhalb eines mit Bodenpolitik befasstem Rahmen der Regierung besprochen. Auch der theoretische Aspekt ist mangelhaft: Die Art und Weise, in der wesentliche Teile der Gebiete in Israel von Agenten gestaltet und definiert werden, die in dem als "Sicherheit" bezeichneten Bereich tätig sind, sowie die Art und Weise, in der diese Räume der als "Sicherheitsbedürfnisse" bezeichneten Kategorie zugeführt werden, wurden niemals einer Diskussion und tiefgreifenden akademischen Forschung unterzogen. Dieser Nachteil sticht besonders vor dem Hintergrund der umfassenden akademischen Beschäftigung mit der Armee, mit dem Militarismus, mit der Sicherheit und mit der vielfältigen Verknüpfung zwischen Souveränität, Territorium und Staat hervor. In letzter Zeit ist mit der Entstehung eines Diskurses über die Verbindung von Sicherheit und Territorium eine Änderung eingetreten und zwar auf zwei Ebenen.

Die eine zu diskutierende Ebene ist eine Beschreibung und Erläuterung des geographisch-räumlichen Ausdrucks (Preises) der Sicherheit in den folgenden Zusammenhängen: Ursprung der Erscheinung, die Erscheinung selbst und die Folgen dieser Erscheinung und zwar aus fünf Blickwinkeln:





1. Zeit und Raum – der Entstehungsprozess der Arten von Bodennutzungen zu Sicherheitszwecken;
2. Theorie und Praxis – die gesetzliche Grundlage zur Festlegung der Bodennutzung zu Sicherheitszwecken und die Foren, in denen sie festgelegt und diskutiert wird (Planungsbereich, Rechtsbereich, Boden- und Wirtschaftsbereiche);
3. Gegensatz und Zusammenleben, militärisch und zivil, Bedeutungen und Folgen der Begegnung im Raum zwischen Bodennutzungen für zivile und militärische Zwecke;
4. Armee und Umwelt – das Verhältnis von Sicherheitserwägungen und nachhaltiger Entwicklung und die Einwirkung der Infrastruktureinrichtungen und der Sicherheitsgebiete auf Naturschätze, Lebensqualität und die Umwelt;
5. Die Wacht über die Böden Israels – Aufgabe des Sicherheitsapparates zur Bewahrung von Bodenflächen und zum Schutz der "grünen Lungen".

Die zweite Ebene ist die Auslegung der Erscheinung, die man als Nutzung von Bodenressourcen zu Sicherheitszwecken in Israel definieren könnte – unbeabsichtigte Bedeutung einer beabsichtigten Politik und zwar aus zwei Gesichtspunkten.

Der erste Gesichtspunkt ist eine Analyse der territorialen Dimension im Verhältnis von Armee und Gesellschaft und im Verhältnis von Armee und Staat mit Hilfe des strukturfunktionalistischen Ansatzes, der in den Sozialwissenschaften anerkannt ist - ein "Dialog" zwischen dem Militär- und dem Zivilektor. Die wichtigsten Themenfelder sind: die Unterordnung des militärischen Apparates unter den zivil-politischen Apparat; Art und Weise der Ressourcenzuteilung, Aufsicht und zivile Kontrolle über das militärische System.

Der zweite Gesichtspunkt ist eine Untersuchung des politisch-kulturellen Aspektes der Bodennutzungen zu Sicherheitszwecken. Dies ist im Grunde der ethnisch-nationale Aspekt. Dabei geht es um die allgemeine Bedeutung des Begriffes "Sicherheit des Staates Israel". Hier erfolgt die Beobachtung durch die Brille des israelisch-arabischen Konfliktes, wobei zwischen der tatsächlichen Nutzung des Bodens und der Interpretation ihrer Konsequenzen unterschieden wird. Die Bedeutung, die aus diesem Blickpunkt entsteht, gilt auch angesichts der Verbindung zwischen Krieg und dem Aufbau des Staates. Das heißt, sie gilt angesichts der Rolle des Krieges und des Militarismus als gründende Faktoren der Gesellschaft und des Staates in Israel. Dieser Aspekt führt zur Prüfung der

Affinität von Bodennutzungen zu Sicherheitszwecken, nationaler Identität und Territorium. Eines der zentralen Themen in diesem Zusammenhang sind die politisch-ideologischen Ziele und die Politik der Festlegung von Bodennutzungen zu Sicherheitszwecken und die Ausbreitung militärischer Infrastruktur im Raum als Faktoren, die die Judaisierung des Raums, die Verstärkung der Anwesenheit im Grenzgebiet und an der Grenze, und die Stärkung der staatlichen Kontrolle in diesen Gebieten unterstützen. Alternativ kann man sie als Faktoren bezeichnen, die bei der Entarabisierung des Raums helfen.

Dieser Aspekt berührt auch das enge und wechselseitige Verhältnis von Sicherheit und Siedlungswerk: Das Siedlungswerk dient der Sicherheit und umgekehrt. Die Art der Wechselseitigkeit hat sich im Laufe der Jahre verändert, insbesondere angesichts der Umstände, die nach dem Sechstagekrieg und infolge der Umwälzung an der Regierungsspitze im Jahr 1977, als die Likud-Partei die Regierungszügel ergriff, entstanden sind. Zudem ist diese Wechselseitigkeit nicht im gesamten territorialen Gebiet, das sich unter Kontrolle des Staates befindet, einheitlich. Die Wechselseitigkeit, die auf dem souveränen Gebiet des Staates existiert, gleicht nicht jener, die in den Gebieten jenseits der Grünen Linie herrscht. Die Diskussion des politisch-kulturellen Aspektes verpflichtet auch zur Prüfung der Verbindung zwischen den zionistischen Institutionen und dem Sicherheitsapparat, sowie sämtlicher Zusammenhänge mit den territorialen und Siedlungsaspekten.

Es reicht nicht aus, die Entstehungsweise der Bodennutzung zu Sicherheitszwecken und die Ziele, für die sie vorgesehen ist, zu verstehen. Ebenso unmöglich ist es, die Behauptung unbeantwortet zu lassen, sie existierten im Widerspruch zu oder als Alternativen zur zivilen Bodennutzung. Ebenso sollte man fragen, ob der Begriff "Bodennutzungen zu zivilen Zwecken" die Annahme einschließt, Bürger des Staates seien nur seine jüdischen Bewohner, oder ob die Bodennutzung zu Sicherheitszwecken ein Mittel ist, die arabische Minderheit zu verdrängen und zu beherrschen. Die Grundannahme für die Diskussion dieser Frage könnte das ambivalente Verhältnis zu dieser Minderheit sein. Die israelischen Araber sind zwar Bürger des Staates, Viele sehen in ihnen jedoch auch einen feindlichen Faktor.

Möglicherweise ist der zum Verständnis des territorialen Aspektes der Sicherheit erforderliche theoretische Rahmen jener, der die israelische Gesellschaft als militaristische Gesellschaft betrachtet. Es hat nämlich den Anschein, als sei der geographische

Aspekt der Sicherheit ein weiterer Aspekt des Militarismus als politisches und kulturelles Konzept. Angesichts der Kontrolle und der Hegemonie des Sicherheitsapparates über die Böden oder die Räume des Staates könnte man fragen, ob der Staat Israel unter ziviler Zustimmung Boden und Raum militarisiert. Die Diskussion zur Militarisierung prüft die Militarisierung von Land nicht nur aus der Perspektive, die Land als Ressource versteht, sondern auch aus der soziologisch-politischen Perspektive, das heißt, hinsichtlich der Art und Weise, wie das Militär den Raum gestaltet und ihn gesellschaftlich beeinflusst. Man könnte prüfen, ob das Land in dieser Bedeutung von der Regierung zu Sicherheitszwecken mobilisiert wurde, das heißt, ob Israel ein "Land in Uniform" ist – parallel zur gesellschaftlichen Situation, die in den ersten Jahren nach der Staatsgründung herrschte, als eine politische Regelung und die gesellschaftliche Organisation den Staat in den Mittelpunkt stellte und die Bevölkerung direkt oder indirekt zu Kriegszwecken und zur Konsolidierung der Nation rekrutiert wurde.

Man kann sich diesem Thema auch aus mit Hilfe eines anderen, einem kritischeren Ansatz, nähern. Dieser geht davon aus, dass man sich nicht mit Fragen über den Sicherheitsraum begnügen darf, der einen Teil des physischen Raums darstellt, den die Entscheidungsträger mit Unterstützung der Öffentlichkeit als erforderliche und unerlässliche Antwort auf eine empfundene Bedrohung betrachten. Dieser Ansatz erfordert eine breiter ausgelegte Diskussion der Sicherheit und der Verbindung zwischen Sicherheit und Raum. In diesem Zusammenhang könnten folgende Fragen auftauchen: Was ist Sicherheit? Ist es ein Mittel, um Gefahren für die Existenz des Staates zu beseitigen, oder vielleicht ein Selbstzweck des Systems, das ihn aufrechterhält, oder vielleicht nur ein Element in der nationalen Ideologie, die aus der Auffassung des Bedrohtseins in seinen verschiedenen Formen entspringen? Wie ist eine Landkarte der Sicherheitserwägungen und -erfordernisse zu zeichnen, die sich von der Karte unterscheidet, die den Bedürfnissen und Erwägungen des zivilen Sektors Ausdruck verleiht, und inwiefern ist die Bevölkerung über die Örtlichkeiten informiert, die Sicherheitszwecken zugewiesen wurden?

Aus dem Bereich der postmodernen Geographie, die sich mit raumgestalterischen Faktoren auseinandersetzt, kommt noch eine weitere Frage hinzu: Was ist der Raum und wer definiert ihn? Andere Fragen sind: Welches ist die epistemologische Verbindung, das heißt, wie nimmt man die Wirklichkeit zwischen Sicherheit und Raum wahr? Mit anderen Worten, was ist der sicherheitsgeographische Diskurs in Israel? Wie

wurde der Begriff Sicherheitsraum gebildet? Welchen Interessen dient dieser Begriff? Ist die Betrachtung des gesamten Raums als Sicherheitsraum eine objektive Notwendigkeit? Alternativ dazu: Wurde die Betrachtung des Raums insgesamt als Sicherheitsraum erzeugt, um die Angst vor Bedrohung zu verstärken und diese Angst zu politischen oder anderen Zwecken in der Bevölkerung festzusetzen? So wie die Bevölkerung den als Elite geltenden militärischen Profis, die ohne Arroganz und aus objektiven Erwägungen operieren, blind vertraut.

Zusammenfassend wurde in diesem kurzen Beitrag die umfassende Geschichte der Verbindung von Sicherheit und Geographie in Teilen ausgeleuchtet. Es können nicht alle Fragen, die in diesem Artikel aufgeworfen wurden, eindeutig beantwortet werden. Daher müssen sie im Rahmen der Aufmerksamkeit, die der Bedeutung und dem Wesen der Sicherheit in Israel zuteilwird, weiterhin diskutiert werden. ■

## Bibliographie

Oren Amiram und Regev Rafi, Land im Khaki – Boden und Sicherheit in Israel, Jerusalem, Verlag Carmel, 2008 (Nur in Hebr.)

Oren Amiram, Israel, militärisches Sperrgebiet!, aus Sheffer Gabriel, Oren Barak und Amiram Oren (Hrsg.), Eine Armee, die einen Staat hat?, Jerusalem, Verlag Carmel, 2008, S. 147-175. (Nur in Hebr.)

Oren Amiram (Hrsg.), Der Sicherheitsraum – Ein neuer Blick auf die Nutzung von Bodenressourcen für die Zwecke der Armee und der Sicherheit in Israel, Jerusalem, Verlag Van Leer, 2009. (Nur in Hebr.)

Oren Amiram, Mobilisierte Gebiete – die Entstehung der Hegemonie der IDF über Böden und Räume des Staates während seiner ersten Jahre, 1948-1956, Givatayim, Verlag Madaf Bruchin Aharon (erscheint demnächst nur in Hebr.)

Oren Amiram und Regev Rafi, Wird der besondere planungsmäßige (gesetzliche) Status des Sicherheitsapparates erschüttert? Boden, Band 7, Nr. 5, 2008, S. 3-27. (Nur in Hebr.)

Barak Erez Dafna, Feuertrainingsgebiet und Truppenübungsplatz – der rechtliche Aspekt, Recht und Militär, 11-12, 1992, S. 153-172

Gal Ram, Die Aktivität der IDF im Bereich Umweltschutz, Ökologie und Umwelt, 5, 1999, S. 244-250. (Nur in Hebr.)

Gal Ram, (Räumung von IDF-Lagern aus urbanen Regionen, Boden, 48, 2000, S. 30-45. (Nur in Hebr.)

Derman Amiram, Der Negev nach der Räumung des Sinai – Raum für die Stationierung der IDF oder Raum



für zivile Entwicklung, *Landschaften*, 17, 1983, S. 55-70. (Nur in Hebr.)

Derman Amiram, Kriterien zur Definierung des strategisch-militärischen Raums, (Name des Herausgebers fehlt), aus: Die physische Infrastruktur des Staates Israel, College für Nationale Sicherheit (Interne Veröffentlichung), 1994, S. 11-26. (Nur in Hebr.)

Yanai Shlomo, Die Bodenpolitik der IDF, *Boden*, 50, 2000, S. 32-42. (Nur in Hebr.)

Präsident des Rechnungshofes, Der Umgang der IDF und des Verteidigungsministeriums mit dem Thema Umweltschutz in der IDF, Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes Nummer 55a. für das Jahr 2004, S. 75-113.

Swerdlow Erez und Derman Amiram, Themenbezogene Planungspolitik – Sicherheitsapparat, Hauptbebauungsplan für Israel für das 21. Jahrhundert (Israel 2020), Haifa, Technion, 1996. (Nur in Hebr.)

Perez Oren und Rosenblum Esther, Chronik einer Planungshegemonie: der Status des Verteidigungsapparates in den Planungsabläufen im Spiegel des Umweltkampfes zur Rettung der Küste von Atlit (2001- 2003), *Rechtsforschung*, 23, 2007, S. 371-431. (Nur in Hebr.)

Zefadyah Erez, Oren Amiram und Levi Yagil, Das Drama der Südausrichtung: der Transfer der Militärlager in die Metropolis von Be'er Sheva aus zivilem Blickpunkt, Be'er Sheva: Institut für die Erforschung der Entwicklung des Negev, Universität Ben Gurion, 2007. (Nur in Hebr.)

Shifer Zalman und Oren Amiram, Über Boden und Sicherheit – die wirtschaftlichen Folgen des Besitzes und der Nutzung von Boden durch den Verteidigungsapparat, *Quartalszeitschrift über Wirtschaft*, 55, 3, September 2008, S. 387-413. (Nur in Hebr.)

Oren Amiram, "Shadow Lands: The Use of Land Resources for Security Needs in Israel," *Israel Studies*, Band. 12, Nr. 1, Spring 2007, S. 149 – 170.

Oren Amiram & David Newman, "Competing Land Uses: The Territorial Dimension of Civil-Military Relations in Israel", *Israel Affairs*, Band 12 Nr.. 3, 2006, S. 561– 577.

Soffer, A. and Minghi, J.V. "Israel's Security landscapes: the impact of military considerations on Land Uses", *The Professional Geographer*, 38, 1986, S. 28-41.



## Daliah Gavrieli-Nuri befasst sich mit der Analyse von Aspekten der Identität und der Kultur in den Kriegen Israels

Gavrieli-Nuris Analyse konzentriert sich auf zwei Themenfelder:

- A. Die permanente Präsenz von "Krieg" in der israelischen Kultur.
- B. Stellt der Krieg einen positiven Wert in der israelischen Kultur dar?

### A. Die anhaltende Präsenz von "Krieg" in der israelischen Kultur

Ausgangspunkt dieses Teiles der Diskussion ist die große Zahl von Kriegen, an welchen der Staat Israel seit 1948 beteiligt war. Berücksichtigen wir nur die Teilnahme an vollumfänglichen Kriegen, so sieht es aus, als sei er führend unter allen westlichen Demokratien. Diese Tatsache (die ich zwecks der Kürze als "israelischen Kriegsrekord" bezeichnen werde) übt großen Einfluss auf praktisch jeden Aspekt des Lebens in Israel aus. Ich werde sie mit Hilfe von fünf Kurzanalysen ausleuchten: **Bildung, Sprache, Presse, geschlechtsbezogene Symbolik und Popkultur** (die ich in dieser Diskussion als "Praktiken" bezeichnen werde).

Die Frage, die ich stelle, führt in zwei Richtungen:

1. Wie beeinflusst der israelische Kriegsrekord die Vielfalt dieser Praktiken?
2. Was haben diese Praktiken zur Bewahrung dieses Kriegsrekordes beigetragen?

Meistens ist es schwer, diese beiden Fragen zu unterscheiden. Oft handelt es sich um eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt. Auf den folgenden Seiten werde ich dieses gegenseitige Verhältnis kurz erläutern. Ich hoffe, dass dieser bescheidene Diskurs einige kleine aber charakteristische Merkmale dessen ausleuchten kann, was man als "Landkarte der israelischen Kultur angesichts des Kriegsrekordes" bezeichnen könnte.

**Bildung** – Die Bildung ist selbstverständlich eine der wichtigsten Handlungsräume für die Darstellung und Aufrechterhaltung des israelischen Kriegsrekords. Man könnte über Dutzende von Punkten sprechen, über die der Kriegsrekord das israelische Bildungssystem beeinflusst hat und weiterhin beeinflusst. Hier eine willkürliche Zusammenstellung von Erscheinungen, die die Integration des Kriegsbegriffes in das Bildungssystem aufzeigen, wie sie im Buch "Militarismus in der Erziehung" angeführt werden: der Besuch von Kindergärten in Ausstellungen der IDF, Einladung von Gymnasialschülern als Zuschauer zu Schießübungen, der Einsatz von Armeeeingehörigen in leitenden Positionen an Schulen, Unterricht in Literatur, Geschichte und Bibel, der

sich um die Geschichte der Kriege Israels dreht, und natürlich eine ganze Reihe wichtiger Zeremonien, wie der Gedenktag für die Gefallenen und der Gedenktag für Jizchak Rabin. Das Bildungssystem schafft unzählige Berührungspunkte zwischen Krieg und den Kindern in Israel und übt maßgeblichen Einfluss auf die formativen Jahre vor der Einberufung in die Armee aus.

**Sprache** – Insbesondere seit September 2001 hat die Erkenntnis, dass Sprache zum Auslösen von Kriegen und zum Einsatz militärischer Gewalt beiträgt, maßgeblich an Fahrt gewonnen. Doch das Einsickern von semantisch kriegerischen Ausdrücken in ausgesprochen zivile Bereiche ist eine alte Erscheinung in der hebräischen Sprache. Beispiele dafür sind die weit verbreiteten Ausdrücke "Du bist eine Kanone" und "Krieg gegen die Armut".

George Orwells Klassiker "1984" beschreibt ein Regime, das den Bürgern mittels einer neuen, die alte ersetzende Sprache eine Ideologie aufzwingt. Einer der zentralen Slogans der herrschenden Partei in dem im Buch beschriebenen Fantasiestaat lautet "Krieg ist Frieden". Auch im israelischen Diskurs wird Krieg in Metaphern gekleidet, die seinen zerstörerischen Charakter verdrängen und ihn in einen Sport ("Steht nicht mit der Stoppuhr neben uns", bat Generalstabschef Dan Halutz im Jahr 2006, als der Krieg begann, sich in die Länge zu ziehen), in ein Kinderspiel und sogar in ein Küchengericht verwandeln. Die belastete Bezeichnung "Operation Gegossenes Blei" stellte eine Verknüpfung zwischen dem Krieg und dem Hanukkah-Fest her und verlieh ihm damit die Bedeutung von Licht und Freude, Stärke, Macht und Feierlichkeit.

Zugleich trug die Sprache dazu bei, den Krieges in eine, wie Bourdieu sagt, "kulturelle Selbstverständlichkeit" zu verwandeln. Die hebräische Sprache wurde im Laufe der Jahre mit Dutzenden von Ausdrücken angereichert, die den Krieg zu einem natürlichen Bestandteil der israelischen Existenz machte: "Intelligente Bombe", "Gezielte Eliminierung", "Der Krieg mit Namen 'Frieden für Galiläa'" und selbst ein Speiseeis namens "Raketchen" - sie alle sind semantische Anlehnungen, die militärische Aktionen als Teil der "israelischen Geschichte" normalisieren.

**Geschlechtsbezogenheit** – Die Verbindung zwischen sozialem Prestige und der Teilnahme an Kriegen bedarf praktisch keiner gesonderten Beweise. Cynthia Enloe und Betty Reardon und nach ihnen zahlreiche israelische Forscher sprechen von der besonderen Rolle der Armee bei der Bildung und Rechtfertigung des männlichen Prestige und der Tatsache, dass das höchste Maß an männlich-militärischem Prestige auf dem Schlachtfeld gewonnen wird. Metaphorisch

ausgedrückt kann man sagen, dass diese Bereiche im israelischen Alltag über Jahre hinweg für viele Frauen "militärisches Sperrgebiet" waren.

Der israelische Kriegsrekord hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Verdrängung von Frauen aus den politischen Machtzentren und auf die Möglichkeit zu einer annähernden Chancengleichheit. Auf dem israelischen Pfad zum sozialen Aufstieg gibt es kaum eine Angabe im Lebenslauf, die solch unterschiedliche Startpositionen schafft, wie diese erste Zeile: "Militärdienst".

Aber was haben Frauen im Krieg gemacht? Die Bewegung "Vier Mütter" hat einen überraschenden Prozess in Gang gesetzt, der letztendlich zum Rückzug aus dem Libanon führte. Doch insgesamt betrachtet das "israelische Mutterdasein" den Ethos eines Lebens mit der Waffe in der Hand als unabänderliches Schicksal. Bisher ist es ihnen nicht gelungen, eine Alternative zum Ethos von Isaaks Opferung anzubieten. Der Zug der Söhne in den Krieg gilt noch immer als Grundstein in der Kultur des israelischen Mutterdaseins.

Vielleicht muss man fragen: Was haben die Frauen zur Förderung einer Kultur des Friedens unternommen? Vielleicht zu wenig. Der Anteil der Frauen bei offiziellen Verhandlungen ist verschwindend gering, bei informellen Begegnungen zur Förderung von Frieden jedoch hoch. Dabei könnte ihr Beitrag als die für die Erziehung zuständigen Elternteile sehr groß sein. Doch auch hier ist der Weg noch lang.

**Medien** – Während der ersten drei Jahrzehnte der Existenz des Staates war die Presse freiwillig und aus Überzeugung "mobilisiert". Eines der herausragenden Symptome dieser Mobilisierung war die Institution des "Redakteurskomitees", ein Überbleibsel aus der Mandatszeit. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren passte sich die Presse sowohl gegenüber der Außenwelt als auch innerhalb Israels den so genannten "Sicherheitsbedürfnissen" an. Wir müssen uns nur vorstellen, dass die Öffentlichkeit über 10 Jahre lang verschleierte Berichte über "das Ereignis", die "dritte Person" und den "Befehlsgeber" hörte. Ein besonders dramatisches Beispiel für diese freiwillige Mobilisierung der Presse findet sich am Vorabend des Jom-Kippur-Krieges. Auf Bitten der Militärbehörden hielten sich die Zeitungen mit Berichten über ungewöhnliche Spannungen an den Grenzen zurück. Dieser Krieg erzeugte einen Bruch, eine Wegegabelung. Von diesem Tag an wurde der Griff der "Zange der Sicherheit" (Ze'ev Schiff) lockerer und die israelische Presse nahm ihre ersten Schritte zu einer Art Wächterrolle vor "Sicherheitsbedürfnissen".

Seit den siebziger Jahren kann man die





hochdynamische Entwicklung der Medien nicht mehr ignorieren. Den Sechstagekrieg kennen wir in erster Linie als eine Reihe von Erzählungen, die von Schwarzweißaufnahmen begleitet sind. Den Jom-Kippur-Krieg kennen wir als eine Aneinanderreihung von Filmclips. Diese Veränderung hat einen gewaltigen Einfluss auf die Fähigkeit der Medien, Positionen im Zusammenhang mit Krieg zu gestalten, vor allen Dingen durch ihren Beitrag zur Bildung kritischer Positionen.

Das Verhältnis zwischen Presse und Krieg gleicht einer ständigen Pendelbewegung. Die beiden letzten Kriege, der Libanonkrieg und die Operation "Gegossenes Blei" zeigen, dass die Medien noch auf der Suche nach ihrem Weg sind. Der Leitbegriff ist noch immer "Still, es wird geschossen", der im Jahr 1982 in den Sprachgebrauch eingegangen war, aber noch immer funktioniert. Während des letzten Krieges in Gaza waren wir Zeugen einer scharfen Kehrtwende, als die Presse in besorgniserregender Weise in die Vergangenheit zurück fiel und eine verhaltene staatstreue Solidarität an den Tag legte.

**Popkultur** – Von "Hasamba" und "Dani Din"<sup>58</sup> bis hin zu Galila Ron-Feder entwickelte sich bei uns eine Kinderliteratur, die den Krieg als eine Erfahrung von Mut, Schönheit, Heldentum und Freundschaft erscheinen ließ, die uns einen "netten Krieg" bescherte. Doch stärker noch als in allen anderen Bereichen der Popkultur findet sich bei uns die enge Verbindung zwischen dem hebräischen Lied und den Kriegen Israels.

Die Kriege und die Kämpfer Israels nehmen in diesem Liedgut einen erhabenen Platz ein. Unsere schönsten oder zumindest populärsten Lieder sind Lieder der Armeechöre und Lieder, die für den Gedenktag für die Gefallenen geschrieben wurden. Mehr als 40 Lieder entstanden allein zur Zeit des Sechstagekrieges. Der Fallschirmjäger, der Kampfpilot, der Kampftaucher und die Mitglieder der Sondereinheiten – allen sind eigene Lieder gewidmet, die immer wieder und regelmäßig von den staatlichen und privaten Radiosendern ausgestrahlt werden. Es ist schwer, ein anderes Thema oder einen anderen Bereich zu finden, der einen derart zentralen Platz im Pantheon der Unterhaltungsmusik einnimmt.

Die Position der Popmusik in der Vermittlung gesellschaftlicher Botschaften und in der Schaffung eines nationalen Konsens zu Kriegszeiten wird seit etwa zwei Jahrzehnten erforscht. Doch für israelische Kulturkonsumenten sind hier keine besonderen Nachweise erforderlich. Einen besonders treffenden Ausdruck für die Macht des Gesangs als den Krieg

unterstützendes Element bietet die Aussage Dan Almagors über Naomi Shemers Lied "Yerushalayim shel Zahav" (Das Goldene Jerusalem): "Ich bezweifle, dass es ohne dieses Lied eine derartige Bereitschaft gegeben hätte, die Stadt zu stürmen... meines Erachtens hat das von Naomi Shemer in aller Naivität geschriebene Lied "Yerushalayim shel Zahav" die Geschichte des Nahen Ostens verändert."

Kriege geschehen nicht von selbst. Kriege finden auch nicht in einem Vakuum statt. Sie benötigen ein komplexes und unterstützendes menschliche System, das ihre Existenz und Fortsetzung ermöglicht: Bildung, Sprache und Kultur, sie alle tragen dazu bei, dass die israelische Gesellschaft ein dauerhaftes Leben mit der Waffe in der Hand als einen normal hinnimmt.

Im Jahre 1966 erhielt die "Nachal"<sup>59</sup> (Kämpfende Pionierjugend) den Israel Prize<sup>60</sup> in der Kategorie "Besonderer Beitrag für die Gesellschaft und für den Staat". Dies ist ein Hinweis auf die integrale Verbindung und die besondere Wertstellung, welche die Verbindung zwischen diesen beiden Elementen in der israelischen Kultur genießt. Diese Verbindung wiederholt sich in einer Vielfalt von Praktiken. Diese Verbindung verwandelte "Krieg", einen an sich extremen und nicht alltäglichen Begriff, in eine kulturelle Selbstverständlichkeit.

Darüber hinaus hat der israelische Diskurs den Krieg als Folge der vorstehenden Praktiken in einen positiven Wert verwandelt. Wir sind es gewohnt, ohne große Schwierigkeit über die "Früchte des Sieges" und über die "erfolgreichen" Seiten von weniger erfolgreichen Kriegen zu sprechen: politischer, sicherheitsrelevanter und auch wirtschaftlicher Nutzen, der dem Staat und dem Einzelnen allein durch die Tatsache erwächst, dass der Krieg überhaupt stattgefunden hat, die persönlichen Vorteile für die höhere Kommandoebene, für die politische Ebene und auch für den durchschnittlichen Bürger. Solche Auffassungen, die fest in der israelischen Kultur verankert wurden und ihren Ausdruck im reichhaltigen "israelischen Kriegsrekord" finden, signalisieren weiterhin, dass der Krieg eine Option ist. Ein notwendiges Übel, das vielleicht nicht angenehm ist aber auch seine Vorteile hat. Und solange der Krieg nicht als das absolute Übel angesehen wird, wird der israelische Kriegsrekord vermutlich weiter wachsen.

## **B. Stellt der Krieg einen positiven Wert in der israelischen Kultur dar?**

Die dauerhafte Präsenz des Krieges in der

58 Anm. d. Üb.: Kinderbuchserien

59 Anm. d. Üb.: Armee-Einheit, die vor allem zur landwirtschaftlichen Besiedelung der Grenzregionen eingesetzt wurde.

60 Anm. d. Üb.: Höchste, vom Staatspräsidenten vergebene jährliche Auszeichnung in den Wissenschaften und Künsten ("Israelischer Nobelpreis")

israelischen Kultur führte zur Bildung besonderer kultureller Mechanismen, die darauf ausgelegt waren, die Ermüdung der Bevölkerung im Zusammenhang mit der "Sicherheitslage" sowie die psychologische Belastung zu erleichtern. Den Diskurs, der zu diesem Zweck entwickelt wurde, bezeichne ich als den "Diskurs des schönen Krieges".

In diesem Überblick möchte ich kurz auf das hinweisen, was mir als eine der eindeutigen Wurzeln oder zumindest Meilensteine im Diskurs des schönen Krieges erscheint. Der Sieg im Sechstagekrieg stellte eine außergewöhnliche Kosten-Nutzen-Balance her: Nur sechs Tage Krieg und einige 100 Tote – ein Blutopfer, das als erträglich betrachtet wurde – brachten Israel eine Reihe präzedenzloser Errungenschaften ein. Der Sieg verdreifachte das Gebiet des Staates Israel, führte zu einer dramatischen Verbesserung seines Status in der regionalen und internationalen Arena und markierte zugleich das Ende der schweren Rezession und den Beginn von sechs "fetten" Jahren. Doch innerhalb kürzester Zeit stellte sich heraus, dass der Versuch, die Früchte des Sieges zu bewahren, insbesondere der Wunsch, die eroberten Gebiete zu behalten, einen militärischen, politischen und moralischen Preis hat: Ein Zermübungskrieg an der südlichen Front, Terroranschläge im Land und in der Luft, die Notwendigkeit, eine Million Menschen unter Besatzung zu verwalten und wachsender internationaler Druck zum Rückzug aus den Gebieten.

Mit dem Ziel, die Früchte des Sieges zu bewahren, begann ein doppelgesichtiger Diskurs, der es möglich machte, den Preis dieses Sieges zu ertragen. Der nach außen getragene Teil dieses Diskurses sprach weiterhin das bekannte Werteregister an, das den Frieden heiligte und ihn weiterhin als oberstes nationales und politisches Ziel darstellte. Die andere Seite des Diskurses, der "Diskurs des schönen Krieges", diente als "Hinterhof", in dem Vorteile eines fortgesetzten Kriegszustandes diskutiert wurden.

Eine Reihe von kulturellen Marksteinen, angefangen bei nach dem Krieg veröffentlichten Siegesalben über Militärparaden bis hin zu den Reden der Führungsriege – sie alle trugen zur Entwicklung dieses Diskurses bei. Doch die Hauptlast des Diskurses des schönen Krieges entfiel auf die freie Kultur, diejenige, die der Ideologie der regierenden Kräfte scheinbar nicht verpflichtet ist. Die kanonisierte und die nicht kanonisierte Literatur, Kinder- und Jugendliteratur, Poesie, Theaterstücke, Lieder aus dem Radio und die Lieder der Unterhaltungstruppen der Armee. Diese Kultur, insbesondere die Bereiche der Popkultur – der am wenigsten einer ideologischen Unterwanderung

verdächtige Bereich des Diskurses – lieferten eine Masse an Beispielen für die Vorteile, die mit einer intensiven Sicherheitsideologie einhergehen. Sie rechtfertigten und begründeten die fortgesetzte Besatzung der Gebiete, die Vergeltungsschläge und die Bombardierungen tief im ägyptischen Hinterland. Besonderen Anteil an diesem Diskurs hatten die Unterhaltungstruppen der Armee. Die besten Liederschreiber der Zeit kamen zusammen, um Fallschirmjäger, Panzersoldaten, Marinesoldaten und U-Boot-Besatzungen – die "Männer der Stille" – zu verherrlichen. Einen der Gipfel der Kriegerglorifizierung finden wir im Lied "Bene Reshef" ("Auf silbernen Flügeln"), den Naomi Shemer den Piloten der Luftwaffe gewidmet hat. Der in dem Lied besungene Pilot verbindet erdgebundene Kraft mit übermenschlichen Fähigkeiten und wundersamen Qualitäten: "Fest im Boden steht die Leiter / doch ragt ihr Kopf in den Himmel des Krieges / so fliegt mein Bruder zum Licht hin / wie die Kinder der Funken fliegt er in die Höhe / [...] das Meer flieht um und zieht sich zurück, der Fluss trocknet aus / so fliegt mein Bruder, sein Gesicht zur Sonne / seine Fahne aus Blättern der Liebe".

Der "Diskurs des schönen Krieges" machte den Ausdruck "Krieg" zur "multifunktionalen Angelegenheit" - er verschönert Krieger, die an ihm teilnehmen, und auch jene, die nur am Rande mit ihm in Berührung kamen, werden belohnt. Der Krieg, so scheint es, bringt die Jugend zurück und verleiht so dem Leben eine Bedeutung. Allein die Teilnahme am Krieg wurde als harte Münze beschrieben, die im zivilen Leben gegen materielle Gegenleistung eingetauscht werden kann - durch Verbesserung des sozialen Status und des Selbstwertgefühls. Zugleich verdrängte der "Diskurs des schönen Krieges" den negativen Charakter der Besatzung, verwischte und verringerte den Preis des Krieges, insbesondere den Tod und die Trauer.

Während die freie Kultur damit beschäftigt war, den Krieg zu verschönern, konnte der offizielle Diskurs der Regierenden, der Diskurs der Führer, vor der ganzen Welt weiterhin das Ethos der "Friedenssehnsucht" predigen. Die Reden der politischen Führer zeichnen Israel stets als eine Nation, deren Hand vergeblich zum Frieden ausgestreckt ist.

Der Sechstagekrieg hatte somit einen entscheidenden Einfluss auf die Wahrnehmung des Krieges in der israelischen Kultur. Aufgrund der besonderen Merkmale dieses Krieges ist die Bildung und Gestaltung des Begriffes "Krieg" als positiver Wert im kulturellen Gedächtnis eine einfache Angelegenheit. Die Freude über die Vereinigung Jerusalems, die Massenfeiern und die neuen Territorien verliehen Krieg eine



angemessene und sogar erstrebenswerte Qualität. Der Zermürbungskrieg war weit weg, daher weniger bedrohlich, und führte zu einer weiteren Verzerrung in der Wahrnehmung des Begriffes "Krieg".

Was geschah mit dem "Diskurs des schönen Krieges" seit dem Sechstagekrieg? Wie hat der Jom-Kippur-Krieg dazu beigetragen und vor allem hat der Begriff des "schönen Krieges" auch im Jahr 2009, nach zwei so dicht aufeinanderfolgenden Kriegen, überhaupt noch Gültigkeit? Mir scheint, dass die Dialektik zwischen dem Diskurs des schönen Krieges und dem Diskurs des hässlichen Krieges heute erheblich komplexer ist. Den Medien, insbesondere den visuellen Medien, fällt in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu.

Der Diskurs des schönen Krieges ist sicherlich nicht als beabsichtigte Manipulation der Regierung entstanden. Man könnte ihn als die Folge einer kulturellen Erscheinung, eines Zusammenwirkens aus Presse, Literatur, Kino und anderer kulturellen Produkte einordnen, darauf ausgerichtet, die Fortsetzung eines halbwegs normalen Lebens in einem nicht enden wollenden Zyklus aus Kriegen zu ermöglichen. ■

## Bibliographie

Gavrieli-Nuri, Daliah, Der schöne Krieg – Die Darstellung des Krieges in der israelischen Kultur 1967 - 1973, Demokratischer Kultur, 11, 2007, S. 51-76. (Nur in Hebr.)

Gur, Hagit (Hrsg.), Militarismus in der Erziehung, Tel Aviv, Bavel, 1976. (Nur in Hebr.)

Goran, Dinah, Geheimhaltung, Sicherheit und Pressefreiheit, Jerusalem, Verlag Magnes, 1976. (Nur in Hebr.)

Mutchnik, Malcah, Sprache, Gesellschaft und Kultur, Tel Aviv, Offene Universität, Band II, Kapitel 4-6. (Nur in Hebr.)

Segev, Tom, 1967 – Israels zweite Geburt, Jerusalem, Keter, 2005.

Enloe, Cynthia, **Maneuvers: The International Politics of Militarizing Women's Lives**, Berkeley, Kalifornien, University of California Press, 2000.

Lomsky-Feder Edna und Ben Ari Eyal, "Introduction: Cultural Construction of War and the Military in Israel", in **The Military and Militarism in Israeli Society**, Edna Lomsky-Feder und Eyal Ben Ari (Hrsg.), New York, State University of New York Press, 1999, S. 1-36.



## Orit Kamir hat das Verhältnis von Sicherheit und der Wahrnehmung der Begriffe "Würde" (dignity) und "Ehre" (honor) in der Gesellschaft analysiert

### Einleitung

Im Jahr 1992 hat das israelische Parlament die Menschenwürde als Grundwert des Staates Israels festgelegt. Die dahinter stehende Absicht war die Übernahme des Wertes, der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen für alle Menschen in Bezug auf die menschlichen Grundrechte, sowie in der deutschen Verfassung festgelegt wurde: human dignity, Menschenwürde. Doch der hebräische Begriff "kavod" verknüpft diesen Wert untrennbar mit einem völlig anderen Wert, der dem der Würde in Logik und Geist sogar entgegensteht: honor, Ehre. Der Begriff der Sicherheit hat unterschiedliche Bedeutungen in einem System, das auf diesen beiden unterschiedlichen Begriffen basiert. Obwohl der Staat Israel seine Absicht erklärt hat, sich als Gesellschaft der Würde zu präsentieren, ist es in Wirklichkeit der Begriff Ehre, der, halb bewusst, einen großen Teil der in Israel geltenden sozialen Konventionen und Auffassungen gestaltet. In diesem kurzen Beitrag möchte ich zusammenfassend einerseits die Bedeutung der Sicherheit in einer Welt darstellen, welche die Würde, die ich im hebräischen als "kavod seguli" bezeichne, in ihrem Mittelpunkt setzt, und andererseits in einer Welt, welche die Ehre, die ich im hebräischen als "hadrat kavod" bezeichne, in ihren Mittelpunkt stellt.

### Würde

Die Würde des Menschen, ist sein **absoluter Wert als menschliches Wesen**, als "Mitglied der Menschenfamilie". In einer Weltanschauung, die die Würde heiligt, ist dieser Wert die grundlegende und wichtigste Eigenschaft des Menschen. Diese wesentliche "Eigenschaft" gibt nicht vor, faktisch, empirisch, "natürlich" zu sein; sie ist wertvoll, sie ist ideologisch, ideell, moralisch. Insofern wird sie als absolut und universell eingeordnet. Als solche gilt sie auch einheitlich für alle Menschen – Männer und Frauen, Arme und Reiche, Schwarze und Weiße, Wichtige und Ausgestoßene: Alle Menschen haben einen menschlichen Wert gemeinsam, das eine "menschliche Antlitz". Im Grunde teilen alle gemeinsam diesen allgemeinen menschlichen Wert, an dem alle gleichermaßen "Anteil haben". Jeder Mensch kommt mit seiner Würde auf die Welt und behält sie bis zum Tag seines Todes. Man kann sie ihm nicht nehmen, weder durch Folter noch durch Aushungern und auch nicht durch das Einsperren in Todeslagern. Man kann einem Menschen alles nehmen – mit Ausnahme

seines menschlichen Antlitzes, dem Wert seiner Menschlichkeit, das heißt, seiner Würde.

Der Glaube an die Würde des Menschen umfasst die Überzeugung, dass jeder Mensch das volle und absolute Recht hat, von niemandem an einem menschlichen Leben und an der Erfüllung seiner Menschlichkeit gehindert zu werden; **dass jeder Mensch einen Anspruch auf die Rechte hat, die ihm eine würdevolle Existenz gewährleisten.** Aus diesem grundsätzlichen Recht, so bestimmt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, lassen sich alle Grundrechte des Menschen ableiten. Oder, in einer weiteren Formulierung: Die Grundrechte des Menschen dienen zur Gewährleistung, dass jeder Mensch ein menschliches und wertvolles Leben führen kann, das heißt ein Leben, das seiner Würde Ausdruck verleiht. Die Grundrechte des Menschen sind jene, ohne die sein Leben nicht "menschlich" ist. Dazu zählen Rechte, wie das Recht, nicht zu hungern, nicht gefoltert zu werden, nicht vergewaltigt zu werden, nicht eingesperrt zu werden, nicht zum Schweigen gebracht zu werden. Die Würde des Menschen gewährt ihm grundsätzliche Rechte, wie das Recht zu denken, zu glauben oder nicht zu glauben, seine Sexualität auszuleben, Bildung zu erwerben, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen und mehr. Gemäß diesen Ansätzen zählen viele Freiheiten zu den Grundrechten, denn ohne die Freiheit zu denken, sich auszudrücken, Bildung zu erwerben, Lebensunterhalt zu verdienen, ist das Leben des Menschen nicht menschlich; seine Würde wird nicht gewürdigt.

Gemäß des "Grundgesetzes: Die Würde des Menschen und seine Freiheit" verpflichtet der Staat Israel sich der Würde und dem Streben nach einem Verhalten, das sich aus der Wichtigkeit dieses Wertes ableitet. Doch in der Realität ist die Verpflichtung zur Würde nur partiell und sicherlich wird sie nicht als absoluter und unbedingter Wert aufgefasst.

## **Die Bedeutung der Sicherheit in einer auf Würde basierenden Welt**

Die wichtigste Sicherheit in einer Welt, welche die Würde achtet, ist die Sicherung der menschlichen Grundrechte, das heißt, die Sicherheit, die den Menschen ermöglicht, in Würde zu leben. Damit gemeint ist die Sicherheit eines jeden Menschen vor dem Tode, vor Gewalt, vor Hunger, vor Unterdrückung, vor Redeverbot und vor einer Behandlung, die ihn hindert, zu denken, zu glauben, seine Sexualität auszuleben, eine Familie zu gründen, zu lernen, für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten, sich an der Realisierung der Gesellschaft, zu der er gehört, zu beteiligen. Diese Sicherheit kann als "existenzielle

Sicherheit" oder als "spezifische Sicherheit" bezeichnet werden. Im praktischen, öffentlichen und besser bekanntem Sinne ist dies die grundlegende Sicherheit in Bezug auf Gesellschaft, Gesundheit, Beschäftigung, Bildung, Kultur sowie natürlich die Sicherheit vor Gewalt jeglicher Art. Diese Sicherheit ermöglicht es jedem Menschen in der Gesellschaft, im wahrsten Sinne des Wortes Mensch zu sein, ohne Gefahren für seinen Körper, seinen Geist, für sein nahes Umfeld und für seine grundlegende Wohlfahrt fürchten zu müssen. Diese Sicherheit verleiht jedem Individuum das Gefühl, über ein "Sicherheitsnetz" zu verfügen, das verhindert, dass er stürzt und in katastrophale Tiefen fällt. Das Gefühl der Sicherheit verleiht jedem Menschen die Freiheit, seine menschlichen Ressourcen für Tatkraft, Kreativität und Entwicklung einzusetzen anstatt für einen Existenzkampf. Es ist wichtig, hervorzuheben, dass dieser Grundwert in einer Welt, die auf Würde basiert, allen Menschen gemein ist. Daher kann Würde niemals nur einem Teil einer Gemeinschaft gewährt werden oder nur einem Teil der Bewohner einer Region auf Kosten eines anderen Teils. Würde muss auf alle gleichmäßig verteilt werden; sie muss eine "Ressource" sein, die allen zu gleichen Teilen zukommt.

Ein Staat, der sich der menschlichen Würde verpflichtet, muss alles in seiner Macht Stehende tun, um die Würde eines jeden Menschen zu gewährleisten, der mit ihm in Berührung kommt. Diese Erwägung muss bei der Festlegung einer Politik – wirtschaftlich, politisch oder militärisch – ohne Kompromisse und ohne Aufschub berücksichtigt werden. Tatsächlich jedoch fühlt sich der Staat Israel der spezifischen Sicherheit seiner jüdischen, alt eingesessenen, etablierten, im Landeszentrum wohnenden Bürger in sehr viel höherem Maße verpflichtet, als der seiner anderen Bürger, und unendlich mehr als derer, die keine Staatsbürger sind (beispielsweise Palästinenser außerhalb der "Grünen Linie"). So verletzt beispielsweise die Entscheidung, dem Beschuss durch Raketen ausgesetzte Gebiete im Süden oder im Norden nicht zu schützen, Straßen in lebensgefährdend schlechtem Zustand in Galiläa und im Negev (zumeist solche, die arabische Ortschaften verbinden) nichts zu reparieren und Beduinenkindern keine öffentlichen Verkehrsmittel zu den Schulen anzubieten, die Würde der Bewohner der Peripherie und der nichtjüdischen Bürger. Grausame Vertreibungen aus Israel, in deren Zuge Familien auseinandergerissen werden, verletzen die Würde von ausländischen Arbeitnehmern. Die Zerstörung von Häusern, schmerzende Fesseln und unmenschliche Bedingungen an Grenzübergängen und Straßensperren stellen systematische Verletzungen der Würde der Palästinenser dar.





Politische, militärische und wirtschaftliche Erwägungen nehmen auch auf die spezifische Sicherheit jüdischer Bürger im Landeszentrum nicht unbedingt Rücksicht. Hier sei der Ausschluss von lebensrettenden oder unerträgliche Schmerzen stillenden Medikamente aus dem nationalen Warenkorb für Medikamente erwähnt. Diese rein wirtschaftlich begründete Entscheidung verletzt die Würde der Kranken, eines jeden potentiellen Kranken und des Menschen überhaupt. Kürzungen im Haushalt der Polizei, die dazu führen, dass Pädophile nur beschränkt daran gehindert werden können, sich an Kindern zu vergehen, verletzen die Menschenwürde. Das gleiche gilt für Kürzungen im Sozialbereich mit der Folge, dass unter Missbrauch und Verletzung leidende Kinder nicht aus den Wohnungen geholt werden können. Ebenso stellt die Aufnahme von Kriegshandlungen, ohne zuvor jede mögliche politische Anstrengung zu unternehmen, um Blutvergießen zu vermeiden, eine Verletzung der Würde der Soldaten, deren Leben auf dem Spiel steht, und insofern eine Verletzung der Würde an sich dar. Leider sind solche Entscheidungen im Staat Israel an der Tagesordnung.

## **Ehre**

Ehre, "honor", ist Ausdruck von sozialem Status, von Prestige, von Abstammung und von Macht. Ehre hat keinen Bezug zur Menschlichkeit des Menschen als solchem oder zu dem ihm eigenen Potenzial, sondern allein zu seiner Position im Vergleich zu anderen Menschen; zu seinem Platz in der sozialen Hierarchie. Ehre wird als symbolisches Eigentum betrachtet, als ein Vermögen, das dem Platz seines Eigentümers in der sozialen Pyramide symbolisiert. Ehre ist in dem Sinne persönlich, als dass jeder Mensch sie sich selbst schafft und sie in unterschiedlichem Maße zu unterschiedlichen Zeiten seinem Zustand in der Welt entsprechend aufrechterhält. Sie ist flüchtig, weil sie von zahlreichen leicht veränderlichen Elementen bestimmt wird. Ist ein Mensch obenauf, erfolgreich, berühmt, gesucht – so verfügt er über viel Ehre. Ist er nicht beliebt und nicht erfolgreich, ist seine Ehre auf dem Tiefpunkt. Die Abstammung eines Menschen, sein Aussehen, seine Intelligenz, sein Reichtum, die Aufgaben, die er erfüllt, die Menschen, die er kennt, und vor insbesondere sein soziales Verhalten – sie sind es, die ihm Ehre verleihen oder wieder absprechen. Daher werden Menschen, denen ihre Ehre wichtig ist, alles tun, um sich so zu verhalten, dass ihnen Ehre angedeiht wird, und Verhaltensweisen vermeiden, die sie ihre Ehre kosten, sie beflecken könnten, das heißt, sie beschämen würden (in dieser Begriffswelt ist Schande das Gegenteil von Ehre; sie bedeutet die Abwesenheit von Ehre. Das gleiche gilt für Scham, Demütigung, Schmach).

Im Unterschied zu Würde ist Ehre zwangsläufig eine Funktion des Wettbewerbs zwischen jedem einzelnen Individuum und allen anderen. Damit X viel Ehre genießt, muss er dafür sorgen, dass sie größer ist als die des Y. Dazu muss er sich anstrengen, um mehr Ehre zu erlangen als Y hat, und zugleich dafür sorgen, dass Y nicht viel Ehre anhäuft oder dass er die Ehre verliert, die er besitzt. Das heißt, Ehre ist ein Wettbewerb um eine begrenzte Ressource. Sie ist ein symbolisches Vermögen in einem gesellschaftlichen Null-Summen-Spiel. Daher sind in einer auf Ehre basierenden Gesellschaft gegenseitige Ehrverletzungen integraler Bestandteil des normalen, normativen gesellschaftlichen Verhaltens. So erwirbt sich ein Mensch Ehre (auf Kosten der Anderen).

Ehre ist ein alter, weit verbreiteter und in sehr vielen Gesellschaften zentraler Wert. Gesellschaften, die der Ehre ihrer Mitglieder hohen Wert beimessen, werden als auf Ehre basierende Gesellschaften (honor societies) bezeichnet. Solche Gesellschaften entwickeln hoch detaillierte Regeln zur Bestimmung, was ein Mensch tun muss, um Ehre zu erwerben, und wie er sie verliert und Schande anhäuft. Die Mitglieder der Gruppe achten sehr genau auf das Verhalten ihrer Mitmenschen und sind ständig mit dem "Messen" und "Vergleichen" der Ehre eines jeden Einzelnen beschäftigt. Die Regeln zur Anhäufung von Ehre und zur Vermeidung von Schande können sich von Gesellschaft zu Gesellschaft unterscheiden. In der einen Gesellschaft ist Reichtum der Weg zur Anhäufung von Ehre, in einer anderen sind es hohe akademische Titel, in einer dritten körperliche Fitness und Auszeichnungen auf dem Schlachtfeld. Doch die Spielregeln ähneln sich: Wettbewerb, Null-Summen-Spiel und ständiges Messen eines jeden gegen jeden. Auf Ehre basierende Gesellschaften unterscheiden sich im Ausmaß ihrer Verpflichtung diesem Wert gegenüber und die meisten sind natürlich auch zahlreichen anderen Werten verpflichtet (einschließlich der Würde).

Traditionelle Gesellschaften sind in der Regel solche Gesellschaften, ebenso traditionell patriarchalische Gesellschaften mit ähnlichen Verhaltensmustern. In diesen Gesellschaften ist das Ehrenspiel männlich: Die Spieler sind Männer und Ehre wird fast absolut mit "Männlichkeit" gleichgesetzt. Je mehr Ehre ein Mensch besitzt, als umso "männlicher" gilt er, und je "männlicher" er ist, umso mehr Ehre besitzt er. Ehre ist in solchen Gesellschaften per definitionem maskulin. Der Verlust von Ehre und die Anhäufung von Schande ist feminin. In solchen Gesellschaften wird Männlichkeit zumeist gleichgesetzt mit Dynamik, Durchsetzungsfähigkeit, Aktivität, Ehrgeiz und sogar Kriegslust, Eroberung und Gewalt. Daher wird auch das Erlangen von Ehre

gleichgesetzt mit bestimmtem, kämpferischem und eroberndem Kampf.

## **Die Bedeutung der Sicherheit in einer auf Ehre basierenden Gesellschaft**

In der Gesellschaft, die auf Ehre basiert, ist die wichtige und zentrale Sicherheit nicht die "spezifische Sicherheit", sondern die Sicherheit der Person in seinem sozialen Status, in seiner Autonomie, in seinem guten Ruf, in der Kontrolle dessen, was ihm gehört; kurz, in all jenen Elementen, aus welchen sich seine Ehre zusammenfügt. Insofern ist dies eine "Sicherheit der Ehre", oder kurz – "Ehrensicherheit".

Die Auffassung der Ehrensicherheit in der auf Ehre basierenden Gesellschaft ist paradox. Einerseits muss ein Mensch, um den Status eines "ehrenwerten Mannes" zu genießen, in der Lage sein, die Ehre zu sichern (sowie die Ehrensicherheit von Abhängigen wie Frau und Kinder) und öffentlich zur Schau zu stellen (zwecks Abschreckung). Je mehr ein Mensch seine Ehre kontrolliert (und jene der von ihm Abhängigen), umso "ehrenwerter" (und "männlicher") ist er. "Selbstsicherheit" (in jeder Hinsicht) ist ein integraler Teil des "ehrenwerten Mannes". Je mehr ein Mensch seine Ehre kontrolliert, umso stärker ist er umso sicherer ist seine Ehre, umso stabiler ist sein Status. Was für die persönliche Ebene gilt, gilt gleichermaßen für die Gruppenebene: Je mehr eine Gesellschaft in der Lage ist, ihren Status, das heißt, Ehre und Ehrensicherheit, gegenüber anderen Gesellschaften zu sichern, umso sicherer und stabiler ist sie. Daher genießen militärische Führer, Armeeleute und "Sicherheitsleute" insgesamt in einer solchen Gesellschaft einen hohen Ehrenstatus. Und daher möchte sich jeder in ihrer Gesellschaft bewegen und sich mit ihrer Ehre schmücken. Aufgrund dieser Ehre nimmt man es mit Untersuchungen nicht so genau und drängt diese Personen nicht in peinliche Ecken der Kritik (denn es versteht sich bei ehrenwerten Menschen, "echten Männern", von selbst, dass sie gradlinig, ehrlich, vertrauenswürdig und verlässlich sind). Man ermöglicht ihnen eine über das übliche hinausgehende Selbstverwaltung und verlässt sich auf ihr Urteilsvermögen und auf ihre Entscheidungen. Auch das politische System und das Rechtssystem neigen ihr Haupt vor der Ehre der Sicherheitsleute und die Vertreter dieser Systeme verkehren gerne mit ehrenwerten Menschen. In Israel findet das seinen besonders deutlichen Ausdruck in dem fast unbegrenzten Vertrauen, das Knesset, Regierung und Gerichte den Aussagen von Vertretern des Sicherheitsapparates zumeist schenken (auch wenn andere, weniger ehrenwerte Beweise wie Aussagen von Palästinensern in andere Richtungen weisen).

Doch im Grunde ist Ehrensicherheit in einer auf Ehre basierenden Gesellschaft nicht möglich. Weil sie auf Wettbewerb, Kampf und permanente Dynamik begründet ist, kann eine solche Gesellschaft nur vorübergehend Ehrensicherheit gewähren. Provisorische Sicherheit ist keine beständige Sicherheit. Sie ist nur ein Anschein von Sicherheit. In der auf Ehre basierenden Gesellschaft weiß jeder zu jeder Zeit, dass seine Ehrensicherheit nur bis zu dem Moment reicht, in dem ein anderer Mensch entscheidet, sie herauszufordern und zu testen. Selbst wenn X in einem bestimmten Moment der Stärkste von allen ist und auf seine Ehrensicherheit (und die der von ihm Abhängigen) vertraut, wird der Moment kommen, in dem ein anderer beschließt, die Ehrensicherheit einem Test zu unterziehen. In einem dieser Tests wird die Sicherheit tatsächlich versagen. Dieses unausweichliche zukünftige Versagen schadet dem Gefühl der Ehrensicherheit auch in der Gegenwart.

Daher spüren die Mitglieder einer auf Ehre basierenden Gesellschaft existenziell und im tiefen Inneren, dass es keine Sicherheit gibt und keine geben kann; dass da immer der nächste Krieg sein wird, denn dies ist die unabänderliche Natur der menschlichen Gesellschaft. Die Möglichkeit, dass ein Mensch langfristig von Sicherheit profitiert und nicht herausgefordert wird, ist im Zusammenhang einer solchen Gesellschaft unbegreiflich. Wer vom Zauber dieses Ansatzes (nämlich, dass Sicherheit möglich ist) gefangen wird, wird als naiv aufgefasst und schlimmer noch, als gutgläubig; also als Mensch, der den Ehrenkodex seiner Gesellschaft nicht versteht und nicht in der Lage ist, auf seine Ehre zu beharren. Aus diesem Ansatz heraus kann man nicht versuchen, Umstände echter Sicherheit zu schaffen, weil sie als nicht realisierbare Fantasie aufgefasst wird.

In gleichem Maße, in dem eine auf Ehre basierende Gesellschaft überzeugt ist, dass Sicherheit nicht möglich ist, wächst die Angst vor Unsicherheit. Je größer die Angst vor Unsicherheit, umso mehr Ressourcen werden in die Befestigung der Sicherheit investiert. Gleichzeitig genießen Personen aus dem Sicherheitsbereich eine noch größere Ehrerbietung.

Es ist wichtig, anzuführen, dass eine auf Ehre basierende Gesellschaft bei dem Gedanken an "Sicherheit" sich selbst keine Rechenschaft ablegt. Sie denkt in Begriffen von Ehrensicherheit und unterscheidet nicht zwischen Ehrensicherheit und spezifischer Sicherheit. Diese sind im Bewusstsein der Gesellschaft ohne Möglichkeit, sie getrennt zu erlangen, untrennbar miteinander verbunden. Mir scheint, dass die israelische Gesellschaft zahlreiche der angeführten



Merkmale der Ehrensicherheit in sich trägt, sowohl in der beachtlichen Entlohnung von Sicherheitsleuten, als auch im existenziellen Glauben, echte Sicherheit sei unmöglich und es habe daher keinen Sinn zu versuchen, sie zu schaffen. Die Bezugnahme auf die tragische historische Erfahrung stärkt diesen Ansatz noch und wird als Beweis herangezogen. Eine Stärkung einer Kultur der Würde in Israel könnte zu einer dramatischen Änderung in der Wahrnehmung von Sicherheit führen. ■



## Sarai Aharoni analysiert die Verbindung zwischen geschlechtsbezogener Symbolik und Sicherheit

- Wie sind die Begriffe "Frieden" und "Sicherheit" aus geschlechtsbezogener Perspektive zu verstehen?
- Gibt es eine Verbindung zwischen Friedensprozessen und der Förderung von Frauenrechten?
- Bringen Frauen und Männer im Zusammenhang mit der Arbeit für Frieden oder Krieg unterschiedliche Stimmen zum Ausdruck?
- Wie beeinflussen die besonderen Erfahrungen von Frauen in Kriegszeiten die Fähigkeit zur Förderung geschlechtsbezogener Gleichberechtigung?

Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt einer der interessantesten Kontroversen, die zurzeit nicht nur im akademischen Zusammenhang politischer und feministischer Theorie im Gange sind, sondern auch in der internationalen politischen Praxis, in der Personen mit unterschiedlichen Aufgaben in der Verhütung, Verwaltung und Beilegung bewaffneter Konflikte überall auf der Welt tätig sind: lokal und international tätige NGOs, offizielle Organisationen der internationalen Gemeinschaft wie beispielsweise die Weltbank und die UNO, Institutionen auf Staatsebene und Politiker auf der individuellen Ebene.

Der unmittelbare theoretische Zusammenhang, aus dem die Frage zur Existenz eines geschlechtsbezogenen Aspektes in der Einhegung und Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes erwächst, findet sich in der feministischen Kritik in der Erforschung internationaler Beziehungen (Feminist IR), die sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, und insbesondere in den Versuchen, die Frage der nationalen Sicherheit, das Strategiestudium und die Kriegs- und Friedensforschung einer erneuten Prüfung zu unterziehen (Blanchard 2003).

Das hauptsächliche Argument, das in der Kritik über die Wahrnehmung von Sicherheit, wie sie in

internationalen Beziehungen und den politischen Wissenschaften auftaucht, ist, dass die traditionelle Definition von Sicherheit die Art und Weise ignoriert, in der Frauen diesen Begriff definieren und auslegen, insbesondere im Bereich der persönlichen Sicherheit (Tickner 1992, Stern 2006). Darüber hinaus und weil das Kriegssystem als geschlechtsbezogen neutral aufgefasst wird, werden die besonderen Einflüsse von Kriegen und bewaffneten Konflikten auf Frauen und Kinder von Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern nicht wahrgenommen (Tickner 2001).

Dieser Kritik liegt ein prinzipielles Argument zu Grunde, wonach die Erforschung internationaler Beziehungen und die politischen Wissenschaften unter geschlechtsbezogener Verzerrung (gender bias) leiden, welche die Marginalisierung und Klarheit der Ansichten von Frauen in der internationalen Arena beeinflussen. Weil die herrschenden Auffassungen zur Vorgehensweise in Politik und internationaler Wirtschaft oft in männlichen Begriffen formuliert werden, besteht die Neigung, die Lebensrealität von Frauen und ihren aktiven Beitrag zum politischen und wirtschaftlichen Leben zu ignorieren (Youngs 2004).

Darüber hinaus wurde das Interesse an der Existenz geschlechtsbezogener Aspekte bei der Beilegung von Konflikten in den letzten Jahren von Entwicklungen im Diskurs und in der Praxis lokaler und internationaler Frauenorganisationen beeinflusst, die zu normativen und rechtlichen Veränderungen sowohl auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft als auch auf staatlicher Ebene führten. Diese Entwicklungen sind in den offiziellen Erklärungen im internationalen Recht und im humanitären Recht im Zusammenhang mit Frauen und bewaffneten Konflikten zu erkennen.<sup>61</sup>

In diesem Kontext hebt sich insbesondere der Beschluss 1325 des Sicherheitsrates der UNO hervor, der im Oktober 2000 mit dem Ziel verabschiedet wurde, die besonderen Folgen von Kriegssituationen und bewaffneten Konflikten auf das Leben von Frauen und Mädchen zu definieren: Vergewaltigung, Gewalt in der Familie, Verweigerung besonderer Dienstleistungen, Mangel an politischem Einfluss, Armut, Transparenz in der Presse, Prostitution als Mittel zum Überleben, Frauenhandel, Geschlechtskrankheiten und mehr.

<sup>61</sup> So, beispielsweise, in der **Handlungsplattform von Beijing** (1995), Kapitel 4 (E), Absätze 131-149; im **Bericht des Generalsekretärs der UNO** (23. Januar 1998), Kapitel 2, Abs. 45-87; im Bericht der UNO CSW, **Frauenrechtskommission** (März 1998), Beschluss 4, Teil 2; im **Abschlussdokument von Beijing 5+** (Juli 2000), Kapitel 2 (E), Abs. 15-19; **Beschluss 1325 des Sicherheitsrates** (Oktober 2000), im **Beschluss der Europäischen Union zur Verhinderung von Konflikten**, im **Beschluss 107 des amerikanischen Kongresses**, und in der **Erklärung der G 8 von Rom** (2001); sowie letzters im **Beschluss 1820 des Sicherheitsrates** (Juli 2008).

Der Beschluss erkennt auch die Wichtigkeit des Grundsatzes der Gleichstellung der Geschlechter (gender mainstreaming) im Friedensprozess und in der Beilegung von Konflikten an, sowie maßgebliche Position von Frauen und Frauenorganisationen in diesen Prozessen (Aharoni und Div 2004).

Unter Einschluss dieser Tendenzen wurden auch in Israel Versuche unternommen, eine ähnliche Politik durchzusetzen. So wurde im Juli 2005 in der Knesset die Änderung Nummer 4 des Gesetzes zur Gleichberechtigung der Frau (1951) angenommen, die zu einer angemessenen Vertretung israelischer Frauen in den Teams zur Gestaltung der nationalen Politik verpflichtet, einschließlich in jedem Team, das sich mit der "Verhinderung, Verwaltung oder Lösung politischer oder internationaler Konflikte einschließlich dem Führen von Verhandlungen, unter anderem auch für den Abschluss von Zwischenvereinbarungen oder Friedensverträgen" beschäftigt. Dieses Gesetz bestätigt die Anerkennung der Schwierigkeiten von Frauen in Israel, in Entscheidungsfindungsprozessen in Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik mitzuwirken.

Doch bildet die Schwierigkeit von Frauen, sich in Entscheidungsfindungsprozessen einzubringen, nur einen Ausdruck der komplexen Zusammenhänge zwischen Geschlechtsbezogenheit, Frieden und Sicherheit im israelischen Kontext. Forschungen der vergangenen zwei Jahrzehnte haben einige weit reichende Tendenzen zum Vorschein gebracht, die charakteristisch für die israelische Politik und direkt von dem andauernden Konflikt im Nahen Osten abzuleiten sind:

**Staatsbürgerschaft, Militärdienst und Geschlecht** - Der Militärdienst ist in Israel zu einer Arena geworden, die der Markierung des zivilen Wertes Einzelner und von Gruppen dient. Sie hat unter den Zivilisten eine Hierarchie geschaffen, die von Nähe zum oder Abstand vom Ideal des kämpfenden Mannes bestimmt wird. Der Militärdienst jüdischer Frauen (ebenso wie die Geburtenförderung bei jüdischen Frauen) ist Ausdruck des "republikanischen Prinzips" der Staatsbürgerschaft, das in historischer Weise auf jüdische säkulare und unverheiratete Frauen angewandt wird. Im Gegensatz zum liberalen Gleichheitsgrundsatz im Gesetz zur Gleichberechtigung der Frau schafft der Militärdienst ein Verbindungsglied von Geschlecht, Nationalität, Ethnizität und Staatsbürgerschaft und bildet so die Grundlage zur Entstehung getrennter politischer und sozialer Rechte, die das aus Status und Nationalität gebildete Gewebe in Israel aufrechterhält (Berkowitz 1990, Helman 2008).

**Das Sicherheitsregime als System zur Verhinderung der geschlechtlichen Gleichberechtigung** - Der

Zustand der Ungleichheit von Frauen in der formellen israelischen Politik wird oft mit deren Verdrängung von der Betätigung mit militärischen und sicherheitsbezogenen Aspekten und als Ausdruck der Verbindung zwischen Militärdienst und Einordnung in die dominante soziale und politische Struktur begründet (Chazan 1991). Die Dominanz der Armee, des Militarismus und der männlichen Kultur im zivilen Leben in Israel hat zur Festigung der binären Trennung zwischen dem "öffentlichen" und dem "privaten" Raum und somit zur Abschiebung von Frauen in den familiären und mütterlichen Raum beigetragen (Herzog 1999). Darüber hinaus trägt die Art und Weise, in welcher der Sicherheitsapparat und die Armee das Anderssein von Frauen hervorheben (die nicht dem Ideal des kämpfenden Mannes entsprechen) zur fortgesetzten Legitimierung der fehlenden geschlechtlichen Gleichberechtigung bei (Yisre'eli 1999, Sasson-Levi 2001).

**Das "feministische Friedensprojekt" als Ausdruck der weiblichen Macht in der informellen Politik** - Seit Mitte der 80er Jahre findet eine erhebliche Zunahme von Aktivitäten israelischer Frauengruppen in der Förderung des Friedens und zur Beendigung der Besatzung statt.<sup>62</sup> Diese Gruppierungen bildeten sich als Reaktion auf die Verdrängung der Frauen aus den Entscheidungsfindungsprozessen und aus Schlüsselpositionen innerhalb der gemischten Friedensorganisationen. Trotz der negativen Reaktionen, die einige der weiblichen Protestbewegungen hervorriefen, gelang es ihnen durch ihre Aktivität dennoch, die Grenzen des Sicherheitsdiskurses zu erschüttern und neue Forderungen zu formulieren und den Anspruch von Frauen an Mitwirkung und an der Beeinflussung des öffentlichen Diskurses sowohl als Mütter als auch als Zivilisten zu formulieren (Atzmon 1999, Sharoni 1995, Benski 2006).

Zusätzlich zu diesen Tendenzen führten die Veränderungen im Charakter des israelisch-palästinensischen Konfliktes nach dem Jahr 2000 zu einer fortlaufenden Beeinträchtigung der Zivilbevölkerung und zu einem dramatischen Anstieg in der Anzahl von Frauen und Mädchen, die von politischer Gewalt betroffen waren. So wurden beispielsweise zwischen Oktober 2000 und September 2005 in Folge von

<sup>62</sup> Eine Zunahme der Bedeutung von Protestbewegungen von Frauen im Sicherheitsdiskurs begann nach dem Ersten Libanonkrieg mit Gründung der Bewegung "Eltern gegen das Schweigen" und setzte sich in erhöhtem Maße im Laufe der Ersten Intifada mit der Gründung von "Frauen in Schwarz" (1987), "Frauen für weibliche politische Gefangene" (1988), "Frauen für Koexistenz" (1989), "Koalition Frauen und Frieden" (1988), "Netzwerk - israelische Frauen für Frieden" (1989) fort. Später wurden zahlreiche weitere Organisationen gegründet, unter anderem: "Bat-Shalom" (19.4.1990), "Vier Mütter" (1997), "Neues Profil" (1998), "Koalition der Frauen für einen gerechten Frieden" (2000), "Schwarze Wäsche" (2001), und "Machsom Watch"





Gewalttaten bewaffneter Palästinenser 973 Israelis getötet. Die meisten Getöteten (668, etwa 70%) waren Zivilisten. 272 (etwa 30%) der Gesamtzahl der Getöteten waren Frauen und Mädchen, fast alles Zivilisten. Dieser Prozess, der als Ausdruck fortschreitender Verwischung zwischen "Front" und "Hinterland" und zwischen "Kombatanten" und "Zivilisten" betrachtet werden kann, charakterisierte auch den Kriegsverlauf im Zweiten Libanonkrieg und den fortgesetzten Raketenbeschuss der Bevölkerung des Südens aus dem Gazastreifen.

Da die Zivilbevölkerung in Israel und in den palästinensischen Gebieten zu legitimen Zielen politischer Gewalt geworden ist und angesichts der Tatsache, dass Frauen und Mädchen zahlreiche Rollen in zivilen Bereichen spielen, ist eine Konzeptualisierung der besonderen Einflüsse des Konfliktes auf ihr Leben und auf ihre Tätigkeiten besonders wichtig. Darüber hinaus leidet eine Mehrzahl der Studien zu den Einflüssen des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf die Zivilbevölkerung während und nach der Zweiten Intifada unter "geschlechtsbezogener Blindheit" und betrachtet "Frauen" als einheitliche demographische Gruppe, ohne die politisch-wirtschaftlichen Einflüsse auf Frauen im nationalen, ethnischen und statusbezogenen Zusammenhang zu berücksichtigen. Insofern neigen Studien zur Untersuchung der Auswirkung politischer Gewalt auf Frauen dazu, ihre besondere Rolle als Pflegerinnen (physisch und emotional), ihre wirtschaftliche Abhängigkeit und die besondere Verletzlichkeit von Frauen gegenüber geschlechtsbezogener Gewalt zu ignorieren.

In einer gegen Ende der Zweiten Intifada durchgeführten Untersuchung (Sachs, Saar und Aharoni 2007) wurde der Versuch unternommen, zu prüfen, inwieweit die traditionell von Frauen übernommenen Rollen als (physische und emotionale) Pflegerinnen von Männern und Kindern, ihre wirtschaftlich-soziale Verletzlichkeit und ihre Verletzlichkeit angesichts geschlechtsbezogener Gewalt (physisch, sexuell und seelisch) die aufgrund der nationalen Zugehörigkeit ertragenen Beeinträchtigungen noch intensivieren. Aus der Untersuchung ging hervor, dass sich das Gefühl der Not bei israelischen Frauen, die politischer Gewalt ausgesetzt waren, daraus entstand, dass sie sich um die Ängste ihrer Kinder kümmern und die durch die Sicherheitssituation ausgelösten negativen Gefühle absorbieren mussten. Zahlreiche Frauen sprachen von der Notwendigkeit, "für andere stark" zu sein und von "seelischer Müdigkeit und Angst". Doch Frauen neigen auch in einem Höchstmaß an seelischer Not nicht dazu, professionelle Hilfe aufzusuchen. Möglicherweise liegt

die Ursache darin, dass die bestehenden Möglichkeiten nicht ihren Bedürfnissen entsprechen oder dass Frauen zu Zeiten nationaler Krisen ihre persönlichen Probleme als privat und nebensächlich betrachten.

Es ist bekannt, dass seelische Verletzungen infolge politischer Gewalt durch frühere Traumata verstärkt werden. Für Frauen ist geschlechtsbezogene oder sexuelle Gewalt das größte Trauma aus der Vergangenheit. Einer der wichtigsten Befunde in der beschriebenen Untersuchung bezieht sich auf Frauen mit "doppeltem Trauma". Frauen, die Opfer geschlechtsbezogener oder sexueller Gewalt waren, leiden am stärksten unter Depressionen und sind in Situationen politischer Gewalt ganz besonders verletzlich. In dieser Gruppe waren palästinensisch-israelische Frauen besonders stark und Frauen aus den GUS-Staaten überdurchschnittlich stark vertreten. Im Allgemeinen scheint es, als zeige diese Untersuchung, dass Frauen aus Randgruppen (palästinensische Israelis, Neueinwanderer, orientalische Frauen) bei kriegerischen Konflikten besonders verletzlich sind, weil ihre Einkommenslage relativ schlecht ist und sie in der Peripherie und in öffentlichen Verkehrsmitteln stärker von Verlusten und bewaffneten Angriffen auf Zivilisten betroffen sind.<sup>63</sup>

Aus einem vom Zentrum "Mahut" (Essenz) (Buksbaum, Abramowitz und Dagan 2007) erstellten Bericht über die Situation israelischer Frauen im Norden während des Zweiten Libanonkriegs geht ein ähnliches, weit schlimmeres Bild über den Einfluss der sozialen Kluft und der fehlenden geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung von Frauen aus sozial schwachen Bevölkerungsteilen, insbesondere palästinensisch-israelischer Frauen, hervor:

"Frauen, die in Armut leben, unterhalten sich und ihre Familien mit Hilfe einer eingeschränkten und von Mangel behafteten Hauswirtschaft. Für diese Frauen war der Krieg eine brutale Verletzung des zerbrechlichen Gleichgewichts ihres Alltags. Sie hatten keine wirtschaftlichen Reserven oder Sicherheitsnetze, die ihnen eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Notstandssituation hätten erleichtern können".

Diese Befunde legen die Wichtigkeit des Versuches offen, in Diskussionen, Aktionen und Dienstleistungen, welche die Sicherheit der Zivilbevölkerung in Israel betreffen, einen Ansatz der Gleichstellung der Geschlechter (gender mainstreaming) zu erreichen. Zugleich illustriert die Präsentation der besonderen

<sup>63</sup> Ein erheblicher Teil dieser Befunde wurde im Bericht "Stummes Zeugnis: Frauen und der israelisch-palästinensische Konflikt, 2005", Haifa: "Von Frau zu Frau" – Feministisches Zentrum Haifa, 2005, von Aharoni, S.; Saar, A.; Sachs, D., und Mirtenbaum, D., veröffentlicht. (Nur in Hebr.)

Erfahrungen von Frauen und Mädchen im Laufe gewalttätiger Konflikte die Spannung zwischen dem Begriff der "nationalen Sicherheit" als Ausdruck des Interesses eines Staates und dem Wunsch nach "menschlicher Sicherheit" als Ausdruck der Interessen von Individuen und Untergruppen. Die Gestaltung der Tagesordnung des Staates Israels entlang einer engen Definition der "nationalen Sicherheit" und insbesondere die Positionierung realer oder fiktiver Bedrohungen in das Zentrum des politischen und öffentlichen Diskurses, ermöglicht im Grunde eine Fortsetzung der Preisgabe der persönlichen Sicherheit der Zivilbevölkerung im allgemeinen und der Frauen im besonderen, deren Wohngebiete schon seit langem nicht mehr als Hinterland bezeichnet werden können. Diese Situation ermöglicht auch, jene zum Schweigen zu bringen, die gegen die von der Wahrnehmung der nationalen Sicherheit abgeleiteten Politik protestieren wollen, insbesondere die zivilen gesellschaftlichen Organisationen. Daher ist es wichtig, hervorzuheben, dass die Schaffung institutioneller Mechanismen zur Behandlung von Problemen bestimmter Bevölkerungsgruppen (Frauen, israelische Palästinenser, Neueinwanderer, usw.) zu Kriegszeiten nicht ausreicht, sondern dass eine öffentliche Diskussion auf der Grundlage demokratischer Prinzipien entstehen muss, die sich mit den vielfältigen Opfern beschäftigt, welche die Zivilbevölkerung in diesem andauernden Konflikt im Nahen Osten bringen muss. ■

## Bibliographie

- Aharoni, Sarai und Deeb, Rula (Hrsg.), Sag mir, wo die Frauen sind. Resolution 1325 des Sicherheitsrates: Geschlechtsbezogene Aspekte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, Haifa, Verlag Pardes, 2004. (Nur in Hebr.)
- Buksbaum, Ya'ara, Abramowitz Dorit und Dagan Michal, Frauen in der Kriegswirtschaft – Lebende Zeugnisse: Auswirkungen des Zweiten Libanonkrieges auf die wirtschaftliche und Beschäftigungslage von Frauen in Haifa und den Qerayot, Haifa, Mahut-Zentrum, 2007. (Nur in Hebr.)
- Benski, Tova, (2006), Frauenkoalition für gerechten Frieden: Das feministische Frauenprojekt als Teil der Tendenz zur Zivilisierung der israelischen Gesellschaft, aus: A. Cohen, A. Ben Rafael, A. Barlai und A. Ya'ar (Hrsg.), Israel und die Moderne – für Moshe Lisk zu seinem Jubiläum, Be'er Sheva, Ben-Gurion-Institut für Israel- und Zionismusforschung und die Erforschung des Erbes Ben Gurions, 2006, S. 524-549. (Nur in Hebr.)
- Berkowitz, Nitza, Ein wackeres Weib, wer findet es?: Frauen und Staatsbürgerschaft in Israel, Israelische Soziologie, Band II, Nr. 1, 1999, S. 227-317. (Nur in Hebr.)
- Helman, Sara, Staatsbürgerschaft und Geschlecht, aus: N. Yanai, T. El'or, A. Lubin und H. Nave (Hrsg.), Wege zum feministischen Denken: Einführung in die Frauen- und Geschlechterforschung; Ra'anana, Offene Universität, 2008, S. 505-580. (Nur in Hebr.)
- Herzog, Hanna, Frauen in der Politik und Politik der Frauen, aus: D. Izraeli, A. Friedman, H. Dahan-Kelev, H. Herzog et. al. (Hrsg.), Sex, Geschlecht, Politik, Tel Aviv, HaKibbutz HaMe'uhad, 1999, S. 307-355. (Nur in Hebr.)
- Izraeli Dafna, Geschlechtsbezogenheit des Armeedienstes in der IDF, Theorie und Kritik, 14, 1999, S. 85-111.
- Sasson-Levi, Orna, Subversion innerhalb der Unterdrückung: Die Erstellung von Geschlechtsidentitäten von Soldatinnen im 'männlichen' Positionen, aus: Y. Atzmon (Hrsg.), Hast du meine Stimme: Darstellungen von Frauen in der israelischen Kultur, Tel Aviv, Verlag HaKibbutz HaMe'uhad, 2001, S. 277-303 (Nur in Hebr.)
- Atzmon Y., "War, mothers and girl with braids: Involvement of mother's peace movements in the national discourse in Israel", **Israel Social Sciences Research**, Bd. 12, Nr.1, 1999, S. 109-128.
- Blanchard M. E., "Gender, international relations, and the development of feminist security theory", **Signs**, Bd. 28, Nr. 4, 2003, S. 1289-1312.
- Chazan N., "Israeli women and peace activism", in B. Svirski & M.P. Safir (Hrsg.), **Calling the equality bluff: Women in Israel**, New York, Pergamon Press, 1991, S. 152-161.
- Sachs Dalia, Amalia Saar und Sarai Aharoni, "How can I feel for others when I myself am beaten? The impact of the armed conflict on women in Israel", **Sex Roles: A Journal of Research**, 57, 2007, S. 593-606.
- Sharoni Simona, **Gender and the Israeli-Palestinian conflict: The politics of Women's Resistance**, New York, Syracuse University Press, 1995.
- Stern Maria, "We' the subject: the power and failure of (in)security", **Security Dialogue**, Bd. 37, Nr. 2, 2006, S. 187-205.
- Tickner Ann. J., **Gendering World Politics: Issues and Approaches in the Post Cold War Era**, New York, Columbia University Press, 2001.
- Tickner Ann. J., **Gender in International Relations: Feminist Perspectives On Achieving Global Security**, New York, Columbia University Press, 1992.
- Youngs Gillian, "Feminist International Relations: A



Contradiction in Terms? Or: Why Women and Gender are Essential to Understanding the World 'We' Live In", *International Affairs*, Bd. 80, Nr. 1, 2004, S. 75-87.



## Dov Shinar analysierte die Beziehungen von Medien und Sicherheit

Für die Medien ist der Bereich der Sicherheit ebenso wie jene der Politik, Wirtschaft und Kriminalität eine Kreuzung zwischen heiliger Kuh, Milchkuh und goldene Eier legendes Huhn. Das Verhältnis der Presse zur Sicherheit entspricht dem Verhältnis zu jedem anderen Thema, doch mit einer stärkeren Betonung, die einerseits durch Erwägungen von Kontrolle und Kommerzialisierung und andererseits durch Erwägungen professionellen Stolzes motiviert ist. Unterstützend für dieses Verhältnis ist die Tatsache, dass die "Eigenschaften" des Sicherheitsbereichs bei der Berichterstattung mehr als andere Bereiche der üblichen Definition von Nachrichtenwert entsprechen, dazu gehören persönliche und professionelle Herausforderung, schillernde Themen für Diskurs, Polarisierung und Kontraste, eine Vielfalt an Figuren und Situationen, Überraschung und Aufregung, dynamische Ansichten und Bilder, Konfrontation und Heldentum, Emotionen sowie Betonung der Gegenwart, des Anderen, des Dramatischen, des Einfachen, Aktion, Personifizierung und Ergebnisse. Diese Eigenschaften bieten mehr Möglichkeiten für wirtschaftliche und professionelle Erfolge. Dieser "Vorteil" findet seinen Ausdruck in den Techniken und Strategien der Berichterstattung, in der Qualität der Geschichten und in den ethischen Dilemmas.

### Techniken und Strategien der Berichterstattung

Der Sicherheitsbereich insgesamt und der Krieg insbesondere bieten der Presse ausgezeichnete Gelegenheiten für die Anwendung von Kriterien der aristotelischen Tragödie – Erbarmen und Angst –, die die Grundlage der journalistischen Story in Nachrichten, Unterhaltung, Sport, Realität und andere bilden. Die Forschung zeigt, dass aus dem Sicherheitsbereich allzu oft zeremoniell, ignorant und arrogant in Verbindung mit fehlendem Kontext, mit Drama, Sensationslust, mit Schwerpunkt auf Konfrontation, auf Ereignisse anstatt auf Prozesse und auf "Action" berichtet wird. Die Berichterstattung über den Sicherheitsbereich ist selektiv, tendenziell und irreführend. Vom "Keshev"<sup>64</sup>-Zentrum und anderen Einrichtungen durchgeführte

Untersuchungen zeigen, dass die vermittelten Informationen bruchstückhaft und falsch sind und ein Gefühl extremen Unterschiedes zwischen dem, was sich tatsächlich ereignet und der Berichterstattung in den Medien sowie zwischen Schlagzeilen und Inhalt vermitteln. Abweichungen von der Realität stechen bei der Kriegsberichterstattung besonders hervor.

Im Falle eines "Sieg" in Israel unterstützt die Berichterstattung, die der Berichterstattung von Sportveranstaltungen ähnelt, die Erzeugung und Bewahrung von Mythen, Stärkung der Solidarität, Tribünenjournalismus und die Betonung eines Null-Summen-Spieles. Gibt es keinen Sieg zu berichten, findet sich die Neigung zur Ablenkung zu ähnlichen Themen:

- Gavrieli-Nuri<sup>65</sup> fand eine metaphorische Nichtigkeitserklärung (metaphorical annihilation) der Ereignisse im Zweiten Libanonkrieg zu Gunsten dessen, was Shinar als Trivialisierung bezeichnet.<sup>66</sup>
- Mandelzis und Peleg<sup>67</sup> sprechen von "medialer Manipulation" im Sommer 2006, wonach die öffentliche Aufmerksamkeit allmählich vom Versagen im Libanonkrieg auf eine andere Erscheinung im Sicherheitsbereich hin abgelenkt wurde: Die nukleare Bedrohung aus dem Iran. Dabei wird behauptet, es handele sich um einen Prozess der Ablenkung von einem Thema zu einem andern, von einer geographischen Arena in eine andere und von einer Atmosphäre der Verlegenheit und Meinungsverschiedenheit zu einem Status quo, der Solidarität und Einheit fördern soll.
- Im Jahr 1992 führten Shinar und Stoiciu ein ähnliches Argument an, betrachten es aber als "Selbstmanipulation": Aufgrund einer Einschätzung, dass kaum angenommen werden kann, erfahrene Journalisten wie jene, die über Kriege und den Sicherheitsbereich berichten, ließen sich so leicht manipulieren, sprechen sie von einem Übergang von erzwungener Manipulation hin zu aktiver und freiwilliger Mobilisierung.<sup>68</sup>

Ein Vergleich der kritischen Argumentationen gegenüber der Berichterstattung über den Einmarsch in den Libanon im Jahr 1982 mit jenen der Kritiker der

65 Gavrieli-Nuri D., "The 'Metaphorical Annihilation' of the Second Lebanon War (2006) From the Israeli Political Discourse", *Discourse and Society*, Bd. 19, Nr. 5, 2008, S. 5-20.

66 Shinar D., "Media Diplomacy and 'Peace Talk': The Middle East and Northern Ireland", *Gazette*, Bd. 62, Nr. 2, April 2000, S. 83-97.

67 Mandelzis L. und Peleg S., "Essay: War Journalism as Media Manipulation: Seesawing Between the Second Lebanon War and the Iranian Nuclear Threat", *Peace and Policy*, 13, November 2008, S. 62-72.

68 Shinar D. und G. Stoiciu., "Media Representations of Socio-Political Conflict: The Romanian Revolution and the Gulf War", *Gazette*, Bd. 50, 1992, S. 243-257.

64 Siehe [www.keshev.org.il](http://www.keshev.org.il)

Berichterstattung des Einmarsches in den Irak im Jahr 2003, zeigt wie die Medien die wichtigsten Prozesse in den Strategien der Berichterstattung perfektioniert haben.

## Kritik der Berichterstattung –

### Erster Libanon Krieg<sup>69</sup>      Der Krieg im Irak<sup>70</sup>:

Übertreibung, Unvorsichtigkeit, Unausgeglichenheit (beispielsweise bei der Berichterstattung über Tote und Verletzte)	Professionelle Verwirrung zwischen Patriotismus, Gehorsam und einer "Absegnungsmentalität"
Unangemessene Selektivität der Quellen	Mangel an kritischer Recherche, selektive Berichterstattung, die offizielle Versionen akzeptiert, ohne zu hinterfragen
Mangel an Kontext	Aus dem Zusammenhang gerissen, Desinformation und Nachrichtenfälschung
Die staatliche Übernahme von Informationsquellen (Zensur, Armeesprecher)	Zu schwach ausfallende Proteste gegen die Kontrolle des Staates über den Zugang zu Informationen, Weitergabe bruchstückhafter Information, hilflose Reaktionen
Einseitige, übertriebene Terminologie	Mangelnde Vielfalt: die Medien sprachen mit Menschen, die offizielle Versionen bezweifeln und zitierten sie, aber sehr viel weniger als Generäle a. D., offizielle Berater und regierungstreue Kommentatoren

Techniken der Übertreibung, Unvorsichtigkeit und Unausgeglichenheit, die im Ersten Libanonkrieg vor allem bei der Berichterstattung über Tote und Verletzte wahrgenommen wurden, entwickeln sich in der Kritik der Berichterstattung über den Einmarsch in den Irak zu Argumenten von professioneller Verwirrung zwischen Patriotismus, Gehorsam und

einer "Absegnungsmentalität".

Die Technik der unangemessenen Selektivität der Quellen, die im Ersten Libanonkrieg festgestellt wurde, entwickelt sich im irakischen Fall zu einem Mangel an kritischer Recherche, die offizielle Versionen akzeptiert, ohne zu hinterfragen. Die Technik des mangelnden Kontextes in der Berichterstattung über den Einmarsch in den Libanon entwickelt sich zum Herausreißen aus dem Zusammenhang, zu Desinformation und Nachrichtenfälschung. Die Technik der Kontrolle der israelischen Zensur während des Einmarsches in den Libanon entwickelt sich zu einem allzu schwachen Protest gegen die Kontrolle des Staates über den Zugang zu Informationen, die zu bruchstückhafter Berichterstattung und Akzeptanz der eigenen Hilflosigkeit durch die Medien führt. Die einseitige, übertriebene Terminologie in der Berichterstattung des Einmarsches in den Libanon entwickelt sich zu einer mangelnden Vielfalt, wobei zu den Experten, die den Krieg in den Medien kommentierten, zwar Personen zählten, welche die offiziellen Versionen in Zweifel zogen, doch wurden sie sehr viel seltener befragt als offizielle Berater und regierungs- und armeetreue Kommentatoren.

Auch bei den professionellen Strategien gibt es keine wesentlichen Änderungen. Sie umfassen in beiden Fällen drei Hauptprozesse: Trivialisierung, Mobilisierung, Konditionierung und Selbstmanipulation.

**Trivialisierung** (oder "Tribünenjournalismus", oder "Pferderennbahnsyndrom") ist eine Strategie, bei der die professionelle mediale Berichterstattung einen Prozess der "Verächtlichmachung" durchläuft. Sämtliche Ereignisse werden ähnlich behandelt wie Sportereignisse und es besteht kein Zweifel bezüglich des Patriotismus der Berichtersteller. Diese Strategie zieht Taktieren einer Analyse der Ereignisse oder Zusammenhänge vor. Die Festnahme Saddam Husseins ist ein gutes Beispiel. Ständig wiederholte Ausstrahlung oder wiederholter Abdruck von Details, die den Konflikt mit Saddam hervorhoben, eine wichtige und komplexe Angelegenheit in einfachen Begriffen eines Sportkampfes darstellten. Dies führt zur Betonung der militärischen Taktik, die eine ernsthafte Berichterstattung von Themen mit hoher Wichtigkeit verhindert.

**Mobilisierung und Unterordnung** findet direkt und indirekt durch Einbettung (embedding) statt. Diese Technik war eine Verbesserung gegenüber früheren Methoden, wie die physische Isolierung von Journalisten bei der Berichterstattung über den Einmarsch nach Granada und nach Panama in den 80er Jahren; die erstickende Umarmung durch Armeesprecher in einem klimatisierten und mit Getränken und fertigen

69 Roeh I. und Ashley S., "Criticizing Press Coverage in the Lebanon War: Toward a Paradigm of News as Storytelling", **Communication Yearbook**, Newbury Park, Sage, 1986, S. 117-141.

70 Shinar, D., Geschichten der Medien über Krieg und Frieden: die Doktrin des Yitzhak Ro'eh als Sprungbrett, aus Neiger, M., Blondeim M., Libes T. (Hrsg.), Berichterstattung als Geschichte: Einblicke in den Mediendiskurs in Israel, ein Buch zur Ehren von Yitzhak Ro'eh), Jerusalem, Magnes, 2008, S. 69-84. (Nur in Hebr.)





Informationsmappen angefüllten Zelt im Saudi-Arabischen Dahrän während des ersten Golfkrieges; sowie vom Armeesprecher und dem israelischen Presseamt diktierte Verfahren hinsichtlich Zugang und Tätigkeit von Journalisten in den besetzten Gebieten.

So kann die amerikanische Presse zunächst kritisiert werden, weil sie mangelhaft über die Kontrolle der amerikanischen Regierung und Armee über den Zugang zu Informationen und die fehlende angemessenen Reaktion darauf berichtet hat. Zweitens dafür, dass sie ihre Berichterstattung in übermäßiger Weise auf Berater, Kommentare und Interviewpartner aus den Kreisen der pensionierten Generäle und Nachrichtendienstspezialisten der Regierung stützt. Zweifellos könnte man diese Kritik in Zeiten des Krieges und auch sonst genauso gegen die israelische Presse richten.

**Konditionierung und Selbstmanipulation** stellen eine weitere Verbesserung bekannter Strategien dar: Die Entwicklung von erzwungener Manipulation der Presse durch Regierungen und Armeen, wie in Vietnam, hin zu aktiver und freiwilliger Mobilisierung von Presseagenturen und Journalisten. Dies stellt auch eine Verbesserung der Technik der Selbstmanipulation seit der Berichterstattung der Revolution in Rumänien<sup>71</sup> dar, als die frühen Erwartungen der Redakteure in London, Paris, Atlanta und anderen Pressezentren mittels moderner Übertragungstechnologien eine imaginäre Realität schufen, die die Berichterstattung beherrschte, zuweilen genau entgegengesetzt von dem Material, das ihnen die vor Ort stationierten Korrespondenten zuschickten. Ist schon erzwungene Manipulation verwerflich, so sind Konditionierung und Selbstmanipulation noch erheblich schlimmer, weil es sich um freiwillige und aktive Zustimmung der Wachhunde des öffentlichen Interesses selbst handelt.

Das Vorstehende findet scheinbar nicht nur zu Kriegszeiten statt. So demonstriert die Presse beispielsweise bei der Berichterstattung über internationale und israelische Sicherheitsfragen wie die Politik gegenüber dem Iran oder Nordkorea, egal ob sie über eigene Informationen verfügt oder nicht, eine Neigung zu einer bestimmten, in der Regel regierungstreuen Linie hin, sofern sie das nicht allzu sehr verpflichtet.

Zu den Strategien könnte man auch die Perfektionierung der **"Politik der Empathie"** hinzufügen, die erstmals während des Vietnamkrieges erkannt wurde und zu den Erkennungsmerkmalen des Jom-Kippur-Krieges zählte. Es handelt sich um eine

Vorgehensweise, die die kritische Distanz zwischen Presse und Regierung sowie zwischen Journalisten und Regierungsbeamten oder Armeeeoffizieren eliminiert, eine Distanz, die für eine echte und freie professionelle Berichterstattung unerlässlich ist.

## **Narrative**

- Die verschiedenen Narrative, die Folge der aufgezählten Techniken und Strategien sind, befinden sich zwischen zwei kontinuierlichen Polen:
- An einem Pol befindet sich der brillante analytische Trick, dessen sich Baudrillard bei seinem Argument bediente, der Erste Golfkrieg habe selbst nie stattgefunden sondern nur die Berichterstattung: Die Bilder und Geschichten des Krieges in den Medien waren wichtiger und realistischer als der Krieg selbst. Daraus folgt sein Argument, die Realität hinter den Bildern sei irrelevant, und es sei völlig unwichtig, ob der Krieg tatsächlich stattgefunden habe oder nicht, solange wir nur die Bilder gesehen haben<sup>72</sup>. Baudrillards Argument wird durch die kritischen Artikel über die Berichterstattung im Ersten Golfkrieg empirisch bestätigt<sup>73</sup>. Das Hauptargument ist, die Presse habe versagt, obwohl aus diesem Krieg umfassender berichtet wurde als von jedem anderen Konflikt vor ihm. Wie man sich erinnern wird, wurden die schweren Verluste der Iraker fast überhaupt nicht erwähnt. Fotografien von Panzern und Artilleriebombardements gab es in Massen, doch nur sehr wenige Bilder über die Zerstörung und den Tod auf der anderen Seite. Mit Ausnahme der Bombardierung des angeblichen Militärbunkers in Al Amariya, bei der etwa 300 Zivilisten ums Leben gekommen sind, wurde der Krieg wie ein Videospiele ohne wirkliche Tote und ohne Blutvergießen dargestellt. So beginnt das Narrativ "Unsere Jungs im Krieg", in dem es praktisch keine sichtbaren Feinde gibt.
- Am anderen Pol befinden sich Narrative, die von einer Reihe von Pressemedien während des Krieges im Irak erstellt wurden:
  - Die etablierten westlichen (offiziellen und halb offiziellen) Kanäle, die sich voll und ganz für eine Position mobilisiert hatten (CNN, das irakische Fernsehen) oder eine kritische Position bevorzugten (BBC, Guardian).
  - Kanäle in der Dritten Welt, vor allem private

71 Shinar und Stoiciu, op.cit.

72 Baudrillard J., "The Gulf War Did Not Take Place", In Mark Poster (Hrsg.) **Jean Baudrillard: Selected Writings**, Stanford: Stanford University Press, 2001, S. 231-253.

73 Higham N., "War reporting enters 21st Century," **BBC News World Edition**, 12. März 2003; Rogers P., "The Myth of a Clean War — and Its Real Motive", **Open Democracy**, 13. März 2003.

arabische Netzwerke – Al Jazeera, Al-Arabiya und Abu Dhabi. Obwohl sie in arabischer Sprache ausstrahlten, taten sie sich durch die Präsentation der anderen Seite des Konflikts hervor. Ohne sie und ohne andere Sender hätte die Welt nichts anderes erfahren, als die offizielle amerikanische Version.

- Alternative, militantere und subversive Kanäle, insbesondere online, wie "Indymedia" und andere.

Egal, welches dieser Narrative wir vorziehen; es ist schwer, sich von dem Gefühl zu befreien, dass die Medienkonsumenten im Grunde zu "Geiseln der Informationen" ("information hostages") und der Art der Berichterstattung durch die Medien geworden ist. Dies erklärt die Tendenz zum Mythologisieren der Ereignisse oder zur Ablenkung zu anderen Themen.<sup>74</sup>

### Ethische Fragen und Dilemmas

Aus der Erforschung der Berichterstattung über den Irakkrieg im Jahr 2003 geht hervor, dass sich die Presse fast ausschließlich auf offizielle Quellen stützte. Es sind dies die herrschenden Quellen auch in der globalen Presselandschaft, wie Danny Schechter, die Untersuchungen von "Keshev" und andere bezeugen.<sup>75</sup> Diese Tatsache wirft eine praktische und eine normative Frage auf. Die erste lautet: "Wie überprüfe ich eine Nachricht in einer Situation, in der mir keine autonomen Quellen zur Verfügung stehen, ich von offiziellen Quellen abhängig bin, ein wilder Wettbewerb herrscht und Technologien zur Direktübertragung zur Verfügung stehen?" Die normative Frage lautet: "In welchem Maße ist der Verlust der Redaktionskontrolle (editorial control) zu Gunsten von Regierungs- und Militärquellen ein zu hoher Preis für den Zugang zu Ereignissen und Quellen?" Und natürlich, wie schaffe ich Alternativen zu der vorgenannten Abhängigkeit.

Eine zweite ethische Frage lautet: "Wann und wo beginnt die Manipulation der Nachrichten über Sicherheitsthemen und Krieg: Bei direkter Aufsicht und Zensur, bei der Ausübung von Druck, bei Ausnutzung von Abhängigkeit, Vergünstigungen und Zurverfügungstellung von Informationsmappen, direkt während der Berichterstattung? Bei Selektion und Sozialisierung bei der Beschäftigung von Journalisten lange vor der Berichterstattung eines bestimmten Ereignisses?"

In einem ähnlichen Zusammenhang kommt die Frage auf, wie der alltägliche Konflikt zwischen guten Absichten der Journalisten und der die Suche und Übertragung von Nachrichten beeinflussenden Bedingungen, einschließlich der Erwartungen der Redakteure und Eigentümer sowie des Drucks durch offizielle Quellen gelöst werden kann.

Darüber hinaus muss bei der Erwägung dieser Fragen auch die Frage des persönlichen Schwerpunktes gegenüber dem institutionellen Schwerpunkt im Zusammenhang mit der journalistischen Ethik einbezogen werden. Traditionell ist die Tendenz, die persönliche Ethik des vor Ort operierenden Journalisten hervorzuheben. Andererseits besteht das Argument, dass in einem Medienklima, das von Monopolen regierungseigener Medien oder von Oligopolen kommerzieller Medien, die die Realität für uns gestalten und interpretieren, kontrolliert wird, ethische Regeln formuliert und erfüllt werden müssen, die auch für lokale und internationale Organisationen bindend sind, angefangen mit der Ebene der Nachrichtenredakteure über die obere Verwaltungsebene bis hin zu den Eigentümern.

Zu guter Letzt – wie sorgt man dafür, dass man traditionelle ethische Werte nicht verliert? Wie arbeitet man ohne ständig die Heimat zu verteidigen? Wie sucht man nach Informationen auf beiden Seiten der Front? Wie fällt man journalistische Entscheidungen unter Bedingungen einer Diktatur auf der einen und einem Klima "demokratischen Drucks" auf der anderen Seite?

### Die Macht der Medien

**Die unmittelbare Dimension:** Im Gegensatz zur populären Meinung, die Medien erzeugten das Klima für oder gegen einen Krieg, argumentieren wichtige Forscher, dass es nicht das Fernsehen als Medium oder als Technologie ist, das die Revolte der öffentlichen Meinung verursacht.<sup>76</sup> In Vietnam hat das Fernsehen nicht von Anfang an sämtliche Gräueltaten offen gelegt, sondern hat sich erst später den Kritikern des Krieges angeschlossen, ähnlich wie die israelischen Medien im Libanonkrieg, als die Zivilbevölkerung den Preis des Krieges zu spüren begann (Särge im vietnamesischen Zusammenhang, Nachrichten von der Front in beiden Libanonkriegen). Es scheint, dass die Medien damals wie heute lange davor zurückschrecken, Blut und Feuer zu zeigen und sich mit Rauchsäulen begnügen. Der patriotische Geist und die Ergebenheit dem Establishment gegenüber zu Beginn der Kriege helfen den Regierungen und Armeen im Grunde beim Eintritt

<sup>74</sup> Gavriely-Nuri, Shinar (2000), Mandelzis und Peleg, op. cit.

<sup>75</sup> Schechter D., *When News Lies: Media Complicity and the Iraq War*, New York, Select Books, 2006. (+ DVD Weapons of Mass Deception); [www.keshev.org.il](http://www.keshev.org.il)

<sup>76</sup> Siehe Ro'eh, Y., Sieben Einleitungen zur Durchsicht in den Medien und in der Presse, Even Yehuda, Reches, 1994, S. 104-106. (Nur in Hebr.)



in die Kriegsarena (Vietnam, Libanon, Gaza und andere), nicht unbedingt bei deren Verlassen.

Daraus folgt, dass die Medien nach, nicht vor Änderungen der öffentlichen Meinung oder in anderen Bereichen reagieren, dass sie nicht führen, sondern mitgerissen werden. Vielleicht ist es richtig, dass sie in Zeiten der Not dazu neigen, einerseits Götter und andererseits böse Hexen zu schaffen. Gleich, ob man diese Auffassungen annimmt oder ablehnt, so kann man sie doch zu einer weiteren Entwicklung, als Hebel zur Förderung der Diskussion um die Funktion der Medien im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen, benutzen.

Die allgemein systematische Dimension: Zwei Aspekte können bei der Erstellung einer Tagesordnung des Nachdenkens und des Forschens zum Thema Berichterstattung in Sicherheitsfragen, einschließlich Krieg und anderer Lebensbereiche, helfen. In den vergangenen Jahren eingetretene gesellschaftliche Veränderungen können vielleicht erhellen, wie die hier diskutierten neuen Techniken, Narrative und Moralvorstellungen entstanden sind.

Der erste Aspekt ist politisch-wirtschaftlich im Sinne des Verhältnisses zwischen dem Markt und gesellschaftlichen Werten. Der zweite Aspekt ist politisch-kulturell im Sinne des Mangels an professionellen Mitteln, die das Überleben einer wirksamen medialen Ethik gewährleisten können.

### Der politisch-wirtschaftliche Aspekt

Beim politisch-wirtschaftlichen Aspekt geht es um eine ideale Ethik, die eine Stärkung der neoliberalen Präsenz in der medialen Praxis wiedergibt. Der Ausgangspunkt ist hier die Kritik des brutalen und unmenschlichen Kapitalismus, der in den letzten Jahren in den Westen (und auch nach Israel) importiert wurde, insbesondere des neuen "Schweinekapitalismus". Die Kritik richtet sich zunächst gegen die Auflösung der Trennung und der historischen Autonomie von Mechanismen, die in der Vergangenheit unabhängig vom Markt soziale Werte geschaffen haben. Die Kritik richtet sich gegen die Tatsache, dass es in den letzten Jahren der neoliberalen Kapitalismus und der Markt sind, die soziale und kulturelle Werte bestimmen.<sup>77</sup>

Die Umsetzung dieser Kritik der journalistischen Ethik führt zu dem Schluss, dass der Markt auf die gleiche Weise wie er ethische Normen im Bereich des Handels, im Geschäftsleben und in der Gesellschaft überhaupt festlegt, nun auch beginnt, die mediale Ethik zu kontrollieren. Bei der Berichterstattung über Themen im Bereich Sicherheit und Krieg ebenso wie

bei der Berichterstattung über andere Bereiche stützt sich diese Ethik auf Regierungen, auf geschäftliche Megakonzerne, auf professionelle Einrichtungen und auf Publikumsgruppen, die die Legitimation der auf dieser Weise erzeugten Techniken und Narrative akzeptieren. Dazu sagt Robert McChesney: "Der Neoliberalismus funktioniert nicht nur als wirtschaftliches System sondern auch als politisches und kulturelles System. Der Neoliberalismus funktioniert besser in formalen Demokratien, in denen die Bevölkerung von Informationen, Zugang und von öffentlichen Sphären ferngehalten wird, die zu einer effizienten Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung erforderlich sind..."<sup>78</sup>

Daher kann der Schluss gezogen werden, dass auch bei der Berichterstattung über Sicherheitsthemen und Kriege eine erneute Trennung zwischen den Verhältnissen und den Normen des Marktes und der professionellen Ethik in der Berichterstattung unterschieden werden muss. Dies muss zu einem Punkt der neuen Tagesordnung in der Medienforschung werden. Doch brauchen wir eine neue Ausformulierung des Verhältnisses zwischen dem Markt und den gesellschaftlichen Institutionen, einschließlich der Medien, wie die Luft zum Atmen.

### Der politisch-kulturelle Aspekt

Der politisch-kulturelle Aspekt dreht sich um eines der aus dem wirtschaftlichen Aspekt hervorgehenden Dilemma, dessen Ursprung beispielsweise die Kritik des traditionell marxistischen Arguments von Hans Magnus Enzensberger ist. Dieses besagt, dass zur Korrektur des Eindringens des Marktes in den Bereich journalistischer Werte und Ethik die progressiven Kräfte die Medien erobern müssten. Doch wie schon Baudrillard sagt, ist es nicht sinnvoll, dass der Medienkonsument den Platz des Rundfunksprechers einnimmt, da die Eroberung der Medien gleichbedeutend ist mit der Bewahrung des Leitprinzips der Massenmedien. Um diesen Zustand zu ändern, muss ein neues bidirektionales Modell entwickelt werden, das auf Interaktion, nicht auf Umkehrung (reversibility) der Rollen von Sprecher und Verbraucher basiert. Gerade hier besteht eine große Hoffnung, sich zu diesem Zweck der neuen Technologien bedienen zu können.<sup>79</sup> ■



<sup>77</sup> Soros G., "The Capitalist Threat", *The Atlantic Monthly Review*, 279 (2), Februar 1997.

<sup>78</sup> McChesney R., *Rich Media Poor Democracy*, New Press, 1999, S. 110.

<sup>79</sup> Enzensberger H.M., "Constituents of a Theory of the Media", *New Left Review*, 64, 1970, S. 13-36; Baudrillard J., "Requiem for the Media", In Jean Baudrillard, *For a Critique of the Political Economy of the Sign*, St. Louis, Mo, Telos Press, 1981, S. 164-184.

## Zusammenfassung der Konferenz "Gesellschaft und Nationale Sicherheit in Israel"

Das S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben am 2. September 2009 im Anschluss an zwei im Mai und im Juni 2009 durchgeführte Workshops eine zusammenfassende Konferenz veranstaltet.

An der Konferenz am 2. September 2009 nahmen Akademiker, Sicherheitsexperten aus dem militärischen und zivilen Bereich sowie einige Journalisten teil. Die Teilnehmer haben im Rahmen von vier Panels folgende Themen bearbeitet:

- Untersuchung des Ausmaßes der Mitwirkung des militärischen Apparates an der Politik der nationalen Sicherheit, bei gleichzeitiger Empfehlung zur Definition des Verhältnisses zwischen ihm und dem politischen Apparat. Es wurde auch der Umfang der Aufsicht und der Kontrolle geprüft, welche die zivile Ebene über Militär und Verteidigungssystem ausübt.
- Untersuchung des Verhältnisses zwischen "Sicherheit" und dem Verteidigungssystem einerseits und zivilen Themen und Bereichen wie Bildung, Wohlfahrt, Geschlechterbezug und Infrastruktur andererseits bei der Festlegung der Prioritäten für die nationale Sicherheit.
- Analyse der Wechselbeziehung von Territorium und nationaler Sicherheit in der israelischen Gesellschaft.
- Untersuchung der Rolle der Medien bei der Gestaltung der Wahrnehmung von nationaler Sicherheit.

Die Diskussionen zu diesen Themen wurden vor einem Publikum von etwa 200 Teilnehmern geführt. Dazu zählten Akademiker, Studenten, Vertreter des Verteidigungssystems, Mitglieder von NGOs, Vertreter von Botschaften und die breite Öffentlichkeit.

Dieses Dokument enthält eine Übersicht und Zusammenfassung der bei der Konferenz gezeigten Präsentationen.

### Einführende Worte

In seiner Eröffnungsrede sagte **Dr. Ralf Hexel**, Leiter des Israel-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass diese Konferenz die Bedeutung des Sicherheitsbegriffs und die Verbindung zwischen nationaler Sicherheit und der Zivilgesellschaft untersuchen wird. Seit September 2001 seien neue sicherheitspolitische Ansätze entwickelt

worden, um neuen Herausforderungen wie Terrorismus und Staatszerfall zu begegnen. Charakteristisch für diese Ansätze, die weltweit diskutiert werden, sei, dass sie nicht nur auf militärische Mittel setzen, sondern einen erweiterten Sicherheitsbegriff beinhalten.

**Dr. Ephraim Sneh**, Vorsitzender des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue und ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister beschrieb folgendes Szenarium: "Unsere militärische Überlegenheit über unsere Nachbarn nimmt mit der Zeit kontinuierlich ab. Der Verteidigungshaushalt wird regelmäßig gekürzt und das Bildungssystem, in der Vergangenheit ein starkes System, das den qualitativen Vorteil Israels gewährleistete, bricht zusammen. Zugleich erhielt die arabische Welt hochintelligente Waffensysteme und schließt zu Israel auf." Dr. Sneh ist der Meinung, dass Israel seine militärische Überlegenheit auch in Friedenszeiten sichern muss, um seine fortdauernde Existenz zu sichern, da sich die Dinge über Nacht ändern können.

**Dr. Reuven Pedatzur**, akademischer Direktor des Zentrums, widersprach dem zentralen Argument von Dr. Sneh und argumentierte, der Verteidigungshaushalt Israels sei im Laufe des letzten Jahrzehnts gestiegen und die militärische Überlegenheit Israels wachse von Tag zu Tag.

### Erstes Panel:

#### Politischer Apparat und militärischer Apparat – Wer bestimmt die Politik?

Im ersten Panel ging es um das Verhältnis zwischen dem politischen Apparat und dem militärischen Apparat und dem Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden, wer die Politik der nationalen Sicherheit in Israel bestimmt.

**Tamar Malz-Ginsburg** vom Institute of National Security Studies (INSS) an der Universität Tel Aviv ist überzeugt, dass die Sicherheitspolitik Israels im wesentlichen Maße von kulturellen Faktoren beeinflusst wird. Sie meint, "das Verhalten des Staates im Zusammenhang mit der Sicherheit ist ein Ausdruck klar definierter kultureller Erscheinungen. Kultur bestimmt Politik, wenn sie normatives Verhalten bestimmt". Darüber hinaus argumentierte Malz-Ginsburg, dass die Wahrnehmung von Sicherheit in Israel stets mit der Angst vor existenzieller Bedrohung verknüpft sei – ganz besonders heute, angesichts der Angst vor der





nuklearen Bedrohung durch den Iran. Israel habe nie das Gefühl gehabt, dass seine Existenz gesichert sei.

Sie argumentiert, dass die Sicherheitspolitik Israels auf zwei Faktoren begründet sei: Erstens, ein Gefühl der Verletzlichkeit angesichts der schlimmen Geschichte des Diaspora-Judentums und des "unfreundlichen Viertels" im Nahen Osten. Zweitens, die Notwendigkeit von zionistischem Aktivismus. Ihrer Ansicht nach "ist der Kämpfer ein Symbol für den neuen aktiven Juden. Dies findet seinen Ausdruck in weiten Bereich der Erfindungen und der Hightech-Produkte. Israels Sicherheitspolitik ist ein Ergebnis dieser Ansätze". Ihrer Ansicht nach sollte das auf Aktivismus begründete israelische Verständnis von Sicherheit nicht als Militarismus ausgelegt werden.

**Dr. Kobi Michael** vom Jerusalem Institute for Israel Studies an der Ben-Gurion-Universität im Negev erkennt einen "politischen Militarismus" in Israel. Er argumentierte, dass dem Militär ein großer Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung zufalle, da es keine alternativen Quellen zu den aus militärischen Quellen gewonnenen Einschätzungen gebe. "Der Generalstabschef ist der stärkste Mann im Land und niemand wagt es, ihm zu widersprechen", sagte Michael. Das Militär allein verfüge über die Mittel zu tiefgründigen und umfassenden Situationsanalysen. Michael meint, kein ziviles Organ verfüge über Ressourcen, die denen des Militärs und der Nachrichtendienste gleichkommen. "Natürlich gibt es eine enge Verbindung zwischen der Art, wie ein Problem untersucht wird, und dem Weg zu seiner Lösung. Wenn ich ein chirurgisches Problem habe, werde ich es nicht homöopathisch behandeln", sagte Michael. Seiner Meinung nach ist Israel vier hauptsächlichen Bedrohungen ausgesetzt: der demographische Bedrohung, dem Verlust der Legitimation, wirtschaftlichen Problemen und militärischen Bedrohungen. Da die militärische Bedrohung als die unmittelbarste betrachtet werde, würden militärische Ansätze zur Lösung von Problemen politischen Charakters herangezogen. Michael empfahl eine Trennung zwischen den politischen und militärischen Institutionen, um den politischen Institutionen zu ermöglichen, ihre Ziele zu erreichen.

**General (a.D.) Yaakov Amidror**, der als Leiter der Nachrichtenabteilung der IDF mehreren Regierungen als Berater diente, wies die Kritik Michaels zurück. Laut Amidror hat sich die Armee mit Ausnahme des Sechstagekrieges, in dessen Verlauf Israel im Jahr 1967 die Golanhöhen, die Westbank, den Gazastreifen und die Halbinsel Sinai eroberte, der Regierung im Entscheidungsprozess niemals aufgedrängt. Im Gegenteil. Die Regierungen Israels hätten im Laufe des Oslo-Prozesses sowie beim einseitigen Rückzug

aus dem Gazastreifen gegen ausdrückliche Warnungen des Militärs gehandelt. "Jedes Mal, wenn die Regierung eine politischen Entscheidung treffen wollte, tat sie dies ohne Genehmigung des Militärs und zuweilen gegen den Willen des Militärs wie zur Zeit des Libanonkrieges und beim einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen oder bei den Oslo-Vereinbarungen".

**Peri Golan** bezog sich in seinem Beitrag auf die Frage der Werte, die am Berührungspunkt zwischen dem politischen und dem Sicherheitsapparat aufkommt. Seines Erachtens existiert eine Gleichung, in welcher der Begriff "Werte" mit dem Begriff "Qualität" gleichzusetzen ist, eine Gleichung, die ein wesentliches Element der politischen Macht des Staates Israels darstellt. Die Aufrechterhaltung von Werten ist laut Golan eine Quelle der Macht des Verteidigungssystems. Diese Werte fungieren als eine Art Kompass, insbesondere in einer verschwommenen und unklaren Realität.

Nach Ansicht Golans existiert der Staat Israel wie die jüdische Gesellschaft vor Gründung des Staates in einem sehr instabilen und von ernststen sicherheitsbezogenen Dilemmas durchsetztem Umfeld, das Teil der Sicherheitswahrnehmung des gesamten politischen Apparates sei. Ben Gurion habe als erster die Spielregeln zwischen dem Sicherheitsapparat und den politischen Entscheidungsträgern festgelegt.

Der politische Apparat habe ein Interesse, sich auf einen professionellen und objektiven Sicherheitsapparat zu stützen. Dies folge unter anderem aus der Komplexität der israelischen Politik. Der wichtigste Wert sei Staatlichkeit in Verbindung mit Korrektheit und professioneller und direkter Objektivität, unabhängig von der persönlichen Weltanschauung, ohne jegliche Manipulation, doch auch die Dilemmas darstellend. Ein Problem sei laut Golan die Existenz eines einflussreichen professionellen Apparates. Der professionelle Apparat müsse Aufsichts- und Kontrollmechanismen einführen und offen sein für freie Kontrolle.

## **Zweites Panel:**

### **Die Beziehung von nationaler Sicherheit und Zivilgesellschaft in Israel**

**Dr. Orit Kamir** von der juristischen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem analysierte den Unterschied zwischen den Begriffen Würde (dignity) und Ehre (honor) im Zusammenhang mit nationaler Sicherheit. Im Jahr 1992 wurde in Israel das "Grundgesetz: Die Würde des Menschen und seine Freiheit" verabschiedet, das auf den westlich-liberalen Ansatz und UNO-Konventionen bezüglich der Würde und Freiheit des Menschen zurückgreift. Diesem Gesetz zufolge "hat jeder Mensch ein angeborenes Recht, bei

dem es sich um einen absoluten Wert handelt, und daraus folgt, dass alle Menschen gleich sind", sagte Kamir. Es sei Aufgabe des Staates zu gewährleisten, dass diese geheiligten Rechte allen Bürgern gewährt werden. Nach Ansicht Kamirs spielt Ehre eine wichtige Rolle im israelischen kulturellen Umfeld. Auf Ehre basierende Gesellschaften respektieren Werte, die den Werten, die eine Gesellschaft der Würde diametral entgegengesetzt seien. "In Gesellschaften, die einen hohen Wert auf Ehre legen, gibt es Blutrache und einen starken Wettkampf", sagte Kamir. Die Ehre sei ein Null-Summen-Spiel. Da Ehre relativ sei, werde ein Mensch, der Ehre erwirbt, stets dafür sorgen, dass ein anderer Mensch seine Ehre verliert. Daher sei die persönliche Sicherheit eines Menschen in einer solchen Gesellschaft niemals gewährleistet.

**Dr. Sarai Aharoni** von der Hebräischen Universität in Jerusalem befasste sich mit dem Einfluss dauerhafter Sicherheitskrisen auf Frauen in Israel. Aharoni meint, dass Frauen aufgrund ihrer sekundären Rolle in der Armee und in den Sicherheitsorganen im System der politischen Entscheidungsträger in Israel nicht vertreten seien. "In Zeiten politischer Konflikte werden Frauen weniger erhört und sind in verschwindendem Maße vertreten", argumentierte Aharoni. "Von den etwa 1000 während der Zweiten Intifada getöteten Israelis waren 70 % Zivilisten und 30 % Frauen und Kinder". Ihrer Aussage zufolge wird der Unterschied zwischen Hinterland und Front bei der heute existierenden Kriegsführung zusehends diffuser, wie es während des Zweiten Libanonkrieges und der Operation "Gegossenes Blei" zum Ausdruck kam, als Tausende Raketen auf israelische Siedlungen und Ortschaften gefeuert und Familien gezwungen wurden, sich wochenlang in Bunkern aufzuhalten." Daher seien Frauen ihrer Meinung nach in Konfliktsituationen heute stärker benachteiligt.

**Dr. Orna Sasson-Levi** von der Fakultät für Geschlechterstudien an der Bar-Ilan-Universität untersuchte den Mythos der IDF als Volksarmee. Ihrer Meinung nach stimmt diese Definition nicht mehr mit der israelischen Realität überein. Nur 75 % der jüdischen Männer und weniger als 60 % der jüdischen Frauen absolvieren heute einen Militärdienst und viele von ihnen absolvieren nicht die gesamte gesetzlich festgelegte Dauer. Sie sagte, die Armee habe im Laufe der Neunzigerjahre begonnen, "geschäftlich zu denken". "Die Armee betrachtet sich als Unternehmen, dessen Kunden die Zivilisten sind, deren Auftrag sie zu erfüllen hat", sagte Sasson-Levi. Daher habe die Armee auf ihre an Aufgaben reiche soziale Rolle wie die Aufnahme von Neueinwanderern oder die Errichtung neuer

Siedlungen verzichtet. Andererseits, argumentierte Sasson-Levi, bringe eine Ausweitung der Wehrpflicht auf neue Gruppierungen in der Gesellschaft wie etwa orthodoxe Juden neue Herausforderungen mit sich. So hätten beispielsweise die Absolventen von 43 Hesder-Yeshivot<sup>80</sup> einen für Männer und Frauen getrennten Wehrdienst gefordert. Dies habe weit reichende Folgen auf die israelische Gesellschaft.

Sasson-Levi erkennt die sozialen Vorteile der Umwandlung der Armee in eine Berufsarmee, da die Gesellschaft damit weniger militaristisch würde. Dabei sah Sasson-Levi auch die Gefahren eines Übergangs zu einer Berufsarmee. "Eine Berufsarmee hat nie genug Soldaten", sagte Sasson-Levi. Daher müsse die Armee Soldaten rekrutieren, die in der Regel aus den untersten sozialen Schichten stammen. Da eine moderne Armee eine integrale Kommandoebene benötige, könnte dies zu einer Zwei-Stände-Armee führen, in der die Offiziere aus der mittleren und hohen gesellschaftlichen Schicht stammen, während die Kämpfer aus den unteren, erfolglosen Schichten kommen. Daher, schloss Sasson-Levi ab, ermögliche die "Volksarmee" soziale Gleichberechtigung.

**Dov Ben-Meir**, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Knesset, argumentierte, man könne den Zustand der Gesellschaft nicht an einem einzelnen Punktmessen. Stattdessen müsse die Entwicklung entlang der Zeitachse untersucht werden. Seines Erachtens geben die Medien oft nicht die öffentliche Meinung wieder. Die Bevölkerung habe ihre eigene Meinung und interessiere sich nicht immer für die Medien. Da sich die israelische Gesellschaft heute im Übergang zum Individualismus befinde, müsse geprüft werden, wie man sich mit dieser Situation auseinandersetzt und vor diesem Hintergrund gewährleistet, dass das System in nationaler Hinsicht funktioniert.

Wenn Werte über einen längeren Zeitraum hinweg geprüft würden, könnte man beobachten, wie sie sich im Laufe der Jahre der Existenz des Staates veränderten. Die Werte, an die man in Israel Jahre lang geglaubt hätte, hätten sich verändert. Dinge, die früher getan worden seien, um Kritik aus dem Weg zu gehen, seien heute nicht mehr akzeptabel. Laut Ben-Meir können die alten Werte, beispielsweise die Transferidee von Berl Katzenelson und Arlosorov in den Zwanziger- und Dreißigerjahren und die Idee des Transfer von Rehavam Ze'evi in den Achtziger- und Neunzigerjahren nicht in die Gegenwart übernommen werden.

<sup>80</sup> Anm. d. Üb.: Hesder ist ein Programm, das orthodoxen Männern ermöglicht, ihr religiöses Studium mit dem Wehrdienst zu verknüpfen. Hesder-Yeshivot sind religiöse Schulen, die an dem Programm teilnehmen.



Ben-Meir glaubt, dass die Situation positiv geprüft werden müsse, um abzuschätzen, wie gute Elemente genutzt werden könnten– die in der Regel in Notzeiten hervorkämen. Israels Widerstandskraft, so Ben-Meir, liege in der Fähigkeit, Fehler zu korrigieren, und darin liege Israels Stärke.

## **Drittes Panel:**

### **Nationale Sicherheit, Geographie und Territorium**

**Der Geograph Dr. Amiram Oren**, freiberuflicher Forscher und Forschungs-Fellow am Van-Leer-Institut und Experte für die militärische Bodennutzung argumentierte, dass die Hälfte des nationalen Territoriums von Israel (ohne die besetzten Gebiete) den Verteidigungskräften gehöre oder von ihnen kontrolliert werd. Darüber hinaus, so Oren, beherrsche das Militär den elektromagnetischen Raum, den Seeraum und den Luftraum des Staates. Oren argumentierte, die Benutzung des Gebietes durch das Militär habe einen maßgeblichen Einfluss auf die Umwelt und auf die begrenzten Bodenflächen des Staates. Oren legte die immer wieder gestellte Frage vor, ob Israel nun ein "Staat ist, der eine Armee hat oder eine Armee, die einen Staat hat". Es war eindeutig, dass Oren den zweiten Standpunkt vertritt.

**Zohar Avitan**, Leiter des vorakademischen Programms am Sapir College in Sderot, sprach vom diskriminierenden Ansatz der Entscheidungsträger in Israel zu Fragen der Sicherheit im Landeszentrum gegenüber ihrem Verhältnis und ihres Umgangs mit der Sicherheit in der Peripherie. Avitan kritisierte die Regierung für ihre Missachtung der Bedürfnisse der Bewohner von Sderot. Er argumentierte, dass die Einwohnerzahl der Stadt heute bei 100.000 stünde, wenn alle im Laufe der Jahre dort geborenen Menschen dort geblieben wären. Darüber hinaus deutete Avitan darauf hin, dass die israelischen Medien die Reaktion der Bewohner der Kibbutzim von Sha'ar HaNegev auf den Raketenbeschuss in einem völlig anderen Licht darstellten als die Reaktion der Bewohner von Sderot. Während die Kibbutzim als Siedlungen im Grenzgebiet gewertet worden seien, gelte Sderot, eine vor allem von Neueinwanderern aus den arabischen Ländern bewohnte Entwicklungsstadt, als "Peripherie" und so würde sie geographisch, politisch und kulturell auch behandelt. Laut Avitan betrachte die Regierung die Entwicklung und die Investition in Sderot nicht als legitimes Ziel. Die Bewohner von Sderot verfügten jedoch nicht über die politische Macht zur Änderung der Prioritäten der relevanten Entscheidungsträger.

**Oberst (a.D.) Shaul Arieli** vom Council for Peace and

Security (Rat für Frieden und Sicherheit) beschäftigte sich mit dem Verhältnis zwischen Sicherheit, Territorium und Demographie. Er beschrieb das zentrale Dilemma der zionistischen Bewegung seit ihrer Gründung. Sie habe stets gehofft, das Gebiet des demokratischen jüdischen Staates würde dem des biblischen israelischen Staates entsprechen. Doch die Verbindung aus Demographie, Demokratie und Geographie verhindere die Erfüllung dieses Traums. Der pragmatische zionistische Flügel habe sich für Demokratie und Demographie und gegen die Geographie entschieden. "Wenn ich mich zwischen einem Zweivölkerstaat auf dem Gebiet von ganz Palästina und einem jüdischen Staat auf einen Teil dieses Gebietes entscheiden muss, so wähle ich den jüdischen Staat", zitierte Arieli den ersten Premierminister des Staates Israel David Ben-Gurion. Die nationalreligiösen Ströme im Judentum betrachten den Zionismus nicht als Weg zur Emanzipation des jüdischen Volkes, sondern als Weg zur Emanzipation des Heiligen Landes und streben nach Maximierung seines Gebietes. Laut Arieli sei im Anschluss an den Sechstagekrieg das soeben eroberte Gebiet als Sicherheitsstreifen betrachtet worden, doch für zahlreiche Mitglieder der nationalreligiösen Strömung habe die Anfügung dieses zusätzlichen Gebietes als Ziel an sich, als endgültiges Ziel gegolten.

Seitdem habe sich das Denken in Israel gewandelt. Laut Arieli sei diese Veränderung in der demographischen Gefahr begründet, die Israel infolge seiner andauernden Kontrolle über die besetzten Gebiete in der Westbank drohe. Zudem strebe die nationale Führung in Israel, die in der Vergangenheit die Existenz des Staates durch große territoriale Pufferzonen zwischen Israel und den feindlichen Ländern zu gewährleisten suchte, heute danach, die Zukunft Israels mittels eines entmilitarisierten palästinensischen Staates zu sichern. Darüber hinaus argumentierte Arieli, dass Israel durch Annexion von 2,5-6 % des Gebietes der Westbank 80 % der jüdischen Siedler in der Westbank unter israelischer Herrschaft belassen könnte.

## **Viertes Panel:**

### **Die Darstellung von Themen mit Sicherheitsbezug in den israelischen Medien**

**Dr. Mike Dahan** von der Fakultät für Medien und Öffentliche Politik am Sapir College in Sderot diskutiert den Zweiten Libanonkrieg und den Begriff "Infosphäre". Die "Infosphäre" ist laut Dahan das Umfeld der neuen Medien, einschließlich von Zellulartechnologie, Blogs, Foren und sozialen Netzwerke wie Twitter, Facebook und YouTube. Laut Dahan stellt die "Infosphäre" eine

erhebliche Herausforderung für autoritäre Regimes wie den Iran dar, da es sehr schwer sei, diese Inhalte zu zensieren. "Diese neuen Plattformen ermöglichen eine Demokratisierung der Information", sagte Dahan. Er beschrieb, wie die Hisbollah im Laufe des Zweiten Libanonkrieges ihre Raketen mit Hilfe von Google Earth ausgerichtet und die Bewegung israelischer Soldaten durch Informationen aus der Presse oder durch das Abhören von Mobiltelefonen geortet habe. Laut Dahan habe es darüber hinaus weit verbreitete Propaganda im Internet gegeben.

Der Armeesprecher **Brigadegeneral Avi Benayahu** vermittelt einen kurzen Überblick über die Beziehung zwischen der IDF und der Gesellschaft in Israel im Laufe der neueren Geschichte. Er wies auf fünf Ereignisse hin, die das Vertrauen der Bevölkerung in seiner Armee erschüttert haben. Das erste traumatische Ereignis sei der Jom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 gewesen, der zu einer schweren Krise des Vertrauens in die Armee führte. Das zweite traumatische Ereignis sei der Erste Libanonkrieg gewesen. Die israelische Gesellschaft habe einen Mangel an Transparenz und einen Mangel an Ehrlichkeit seitens der Entscheidungsträger empfunden. Dieses allgemeine Gefühl sei laut Benayahu im Laufe der Ersten Intifada eskaliert. Damals begannen zahlreiche Israelis zum ersten Mal die Fortsetzung des Status quo in den Gebieten infrage zu stellen und zu erwägen, dass dafür Alternativen gefunden werden müssten. Das vierte Ereignis sei die Tse'elim-Katastrophe im Jahr 1994 gewesen, bei der fünf Soldaten einer Sondereinheit im Laufe einer Übung ums Leben gekommen waren. Infolge dieser Katastrophe mischten sich die Eltern von Soldaten zunehmend in den Militärdienst ihrer Kinder ein. Das letzte Ereignis, welches das Vertrauen der Bevölkerung in der Armee erschüttert habe, sei der Zweite Libanonkrieg. Die Bevölkerung spüre in gewisser Weise, dass dieser Krieg eine verpasste Gelegenheit sei. Im Laufe dieses Krieges habe sich die Armee mit der Leichtigkeit, mit der Informationen flossen, auseinandergesetzt und mit der Schwierigkeit, diesen Informationsfluss zu kontrollieren. Eine Erscheinung, die für Israel oft zerstörerisch gewesen sei. Benayahu argumentierte, die Militäroperation in Gaza habe das Vertrauen der Bevölkerung in das Verteidigungssystem wiederherstellen können, nachdem sich zeigte, dass die IDF die Fähigkeit hatte, die Bürger Israels zu schützen und sich den Terrororganisationen entgegenzustellen.

**Dr. Reuven Pedatzur**, akademischer Direktor des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue am Netanya Academic College, kritisierte die fehlende Pressefreiheit in Sicherheitsfragen. Seine Aussage diene als eine Art Gegengewicht zu jener des Armeesprechers.

Dr. Pedatzur argumentierte, die Öffentlichkeit erhalte in der Regel nur vom Armeesprecher vorgefertigte Informationen. Seiner Ansicht nach verbietet der Hauptzensor des Öfteren die Veröffentlichung von Nachrichten ohne das Veröffentlichungsverbot zu begründen. Ebenso erläuterte Pedatzur, dass das israelische Recht (Presseverordnung, 1933) die sofortige Stilllegung einer Zeitung ermöglicht, sofern bestimmtes Material, das in der Zeitung erscheint, nach Ansicht des Innenministers den öffentlichen Frieden stören könnte, unwahre Meldungen oder unwahre Gerüchte enthält, die seines Erachtens Panik oder Verzweiflung hervorrufen könnten.

Dieses Gesetz sei hauptsächlich bei der Stilllegung arabischer Zeitungen zur Anwendung gekommen. Allerdings habe der Innenminister auch eine hebräische Zeitung ("Stimme des Volkes") stillgelegt. Pedatzur argumentierte, die israelische Presse akzeptiere die Informationen, die sie vom Armeesprecher erhält, ohne Protest und ohne eigene Recherchen. So berichtete die Presse beispielsweise fehlerhaft vom Verteidigungshaushalt und übernahm die vom Militär veröffentlichten Daten. Während die Medien von einer Kürzung des Verteidigungshaushalts in den Jahren vor dem Zweiten Libanonkrieg sprachen, präsentierte Pedatzur Daten, die auf das genaue Gegenteil hinwiesen (der Verteidigungshaushalt wurde nicht gekürzt, sondern im Laufe des gesamten Zeitraums erhöht). Pedatzur schloss mit den Worten, dass Journalisten durch die gehorsame Veröffentlichung der vom Armeesprecher der IDF gelieferten Informationen keine Daten zu sicherheitsrelevanten Themen veröffentlichten, die der offiziellen Linie der Armee entgegenliefen. ■



**Diese Zusammenfassung basiert auf einem Artikel von Dr. Gil Yaron.**





## Die Teilnehmer an den Workshops

### Teilnehmer am Workshop A

**Oberst (a.D.) Shaul Arieli** ist ein leitender Wissenschaftler am Economic Cooperation Fund (ECF), einer der Initiatoren der Genfer Initiative und leitendes Mitglied des Council for Peace and Security. Im Rahmen seines Militärdienstes hat er die nördliche Brigade im Gazastreifen befehligt, stand dem Direktorium für die Zwischenvereinbarung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde während Yitzchak Rabins Amtszeit als Premierminister vor und leitete das Direktorium für die Verhandlungen für eine Dauerregelung in der Regierung Ehud Baraks.

**Peri Golan** diente viele Jahre lang in einer Reihe von Aufgabenfeldern im Inlandsgeheimdienst (Shabak) innerhalb der operativen Kernaktivität des Dienstes in den Bereichen Informationssammlung und Terrorbekämpfung. Unter anderem stand Peri Golan der arabischen Abteilung des Nachrichtendienstes vor und führte das Kommando über deren südlichen Abschnitt.

**Dr. Lev Grinberg** ist Soziologe und politischer Wirtschaftswissenschaftler. Er leitete die Fakultät für Soziologie und Anthropologie (2006-2001) und das Humphrey-Institut (1998-2002) an der Ben-Gurion-Universität in Negev. Dr. Grinberg ist Mitbegründer der jüdisch-arabischen Studentenbewegung „Campus“ (1974) und war erster Sprecher der Bewegung „Yesh Gvul“ (1982, 1988). Unter anderem studierte er die politische Wirtschaft der Jahre 1960-1980 sowie den Widerspruch zwischen Demokratisierung und Kolonisierungsprozessen.

**Dr. Kobi Michael** ist Dozent an der Ben-Gurion-Universität und Forschungsmitarbeiter am Jerusalem Institute for Israel Studies. Im Rahmen seiner Forschung beschäftigt er sich mit den Beziehungen zwischen Militär und Staat in Israel, der nationalen Verteidigung und Friedenseinsätzen als Mittel zur Beilegung von Konflikten und zur Lösung des Status von Jerusalem. Sein Buch „Between Militarism and Statesmanship in Israel“ (Zwischen Militarismus und Staatskunst in Israel) erhielt den Israeli Political Science Association-Preis für das beste Buch des Jahres 2008.

**Tamar Malz-Ginsburg** ist Forschungsmitarbeiterin am Institute for National Security Studies (INSS) an der Universität Tel Aviv. Ihre Forschung umfasst den Einfluss der nationalen Kultur in Israel auf die Gestaltung der Sicherheitspolitik.

**General (a.D.) Yaakov Amidror** ist tätig als Vizepräsident des Lander-Instituts am Jerusalem Academic Center sowie als Vorsitzender des Programms Öffentliche Anwaltschaft am Jerusalem Center for Public and State Affairs. Er war Leiter der Forschungsabteilung im Direktorium des militärischen Nachrichtendienstes, diente als Armeesekretär des Verteidigungsministers und als Kommandant der Militärhochschulen.

**Prof. Gabi Sheffer** ist Dozent an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem. Er hat mehrere Bücher und Artikel über die Beziehungen des Verteidigungsapparates und der IDF einerseits und den politischen und sozialen Systemen in Israel andererseits veröffentlicht. Vor kurzem erschien in hebräischer Sprache das Werk *Eine Armee, die einen Staat hat?*, das er gemeinsam mit zwei Forschungsmitarbeitern herausgegeben hat. Er diente als Berater im Amt des Premierministers, sowie in den Außen-, Verteidigungs- und Bildungsministerien.

## Teilnehmer des Workshop B

**Zohar Avitan** war Direktor des Vorakademischen Zentrums und Gründer des Vorbereitungsprogramms für entlassene Wehrdienstleistende am Sapir Academic College. Herr Avitan besitzt einen MA-Abschluss in Politischer Kommunikation von der Universität Tel Aviv und arbeitet zurzeit an seiner Dissertation an der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tel Aviv.

**Dr. Sarai Aharoni** ist Dozentin an der Hebräischen Universität in Jerusalem und Forscherin am Davis Institute for International Relations. Ihre Forschung beschäftigt sich mit dem Zusammenwirken von Geschlecht, Krieg und Frieden. Dr. Aharoni hat akademische Artikel zum Thema Geschlecht im israelisch-palästinensischen Konflikt und der Beteiligung von Frauen an den Friedensgesprächen veröffentlicht.

**Dr. Amiram Oren** ist Geograph, freiberuflicher Forscher und Forschungsmitarbeiter am Van Leer-Institut. Er schreibt und veröffentlicht Bücher und Artikel über die Nutzung von Land zu Sicherheitszwecken. Zuvor diente er in der Infrastruktur- und Einsatzabteilung des Planungsstabes im Generalstab und im Kommando der Bodentruppen. Er war beteiligt an der Planung der Verteidigungssicherheit und der Schnittstellen zwischen ziviler Planung und den Bodenverwaltungen.

**Dr. Dalia Gavrieli-Nuri** ist leitende Dozentin am Hadassah College in Jerusalem und sie lehrt an der Bar Ilan-Universität. In ihren Studien beschäftigt sie sich mit dem Verhältnis zwischen israelischer Kultur und nationaler Sicherheit sowie mit der Erforschung des Diskurses zu Krieg und Frieden in Israel. Sie hat die Juristische Fakultät an der Hebräischen Universität in Jerusalem abgeschlossen und ist als Rechtsanwältin zugelassen. Ihre Dissertation hat sie an der Fakultät für Kulturstudien an der Universität Tel Aviv geschrieben.

**Dr. Orit Kamir** war als Dozentin für Jura, Geschlechterstudien und Kultur an der Hebräischen Universität in Jerusalem tätig. Sie war Co-Leiterin des Israel Center for Human Dignity und als Forschungsmitarbeiterin am Hartman Institute for Judaism in Jerusalem tätig.

**Prof. Dov Shinar** leitete den Magisterstudiengang Medienstudien und das „Fair Media: Center of the Study of Conflict, War and Peace Coverage“ am Netanya Academic College. Im März 2010 tritt er die Position des Dekans an der Fakultät für Medienstudien an. Er ist emeritierter Professor der israelischen Ben Gurion-Universität sowie der Concordia-Universität in Montreal, Kanada. Prof. Shinar hat Bücher und Artikel zu den Themen Medien, Krieg und Frieden; Medien und soziale Entwicklung; internationale Medien; sowie über Medien und Technologie veröffentlicht.

## Moderator der Workshops und Herausgeber der Publikation

**Dr. Reuven Pedatzur** ist Akademischer Direktor des S. Daniel Abraham Center for Strategic Dialogue und leitender Dozent an der Fakultät für Medienstudien am Netanya Academic College. Dr. Pedatzur ist Experte in den Bereichen Sicherheit und Strategie. Er hat zahlreiche Artikel zu diesen Themen veröffentlicht und vier Bücher verfasst. Dr. Pedatzur schreibt eine Kolumne über Sicherheit und Strategie in der Tageszeitung Haaretz und leitet das wöchentliche Radioprogramm „Der Sicherheitsstreifen“ im Armeesender.